Deutscher Bundestag

179. Sitzung

Bonn, Freitag, den 17. März 1972

Inhalt:

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn, 1
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. (0 22 29) 6 35 51



(A) (C)

179. Sitzung

Bonn, den 17. März 1972

Stenographischer Bericht

Beginn: 9.00 Uhr

Vizepräsident Dr. Jaeger: Die Sitzung ist eröffnet.

Die Fraktion der CDU/CSU hat mit Schreiben vom 10. März 1972 für den aus dem Schuldenausschuß bei der Bundesschuldenverwaltung ausscheidenden Abgeordneten Windelen den Abgeordneten Röhner vorgeschlagen. Ist das Haus damit einverstanden? — Ich höre keinen Widerspruch. Damit ist der Abgeordnete **Röhner** als **Mitglied des Schuldenausschusses bei der Bundesschuldenverwaltung** gewählt.

(B)

Nach § 76 Abs. 2 der Geschäftsordnung soll der **Bericht über die Tagung der Beratenden Versammlung des Europarates vom 19. bis 26. Januar 1972 in Straßburg** — Drucksache VI/3140 — dem Auswärtigen Ausschuß, der **Mietenbericht 1971** — Drucksache VI/3237 — dem Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen überwiesen werden. — Ich höre keinen Widerspruch; dann ist so beschlossen.

Die folgenden **amtlichen Mitteilungen** werden ohne Verlesung in den Stenographischen Bericht aufgenommen:

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat am 14. März 1972 die Kleine Anfrage der Abgeordneten Leicht, von Alten-Nordheim, Dr. Ritgen, Bittelmann, Dr. Ritz, Richarts, Adorno, Frau Griesinger, Dr. Stark (Nürtingen), Susset und Genossen betr. **Preis für Zuckerrüben** — Drucksache VI/3211 — beantwortet. Sein Schreiben wird als Drucksache VI/3271 verteilt.

Der Präsident des Bundestages hat entsprechend dem Beschluß des Bundestages vom 25. Juni 1959 die nachstehenden Vorlagen überwiesen:

EG-Vorlagen

Verordnung des Rates (EWG) zur **Festsetzung einer Übergangsvergütung für die am Ende des Wirtschaftsjahres 1971/72 vorhandenen Bestände an Weichweizen, zur Brotherstellung geeignetem Roggen und Mais**

— Drucksache VI/3253 —

überwiesen an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mit der Bitte um Vorlage des Berichts rechtzeitig vor der endgültigen Beschlußfassung im Rat

Richtlinie des Rates über die **Verbrauchsteuern und die anderen indirekten Steuern als die Mehrwertsteuer, die mittelbar oder unmittelbar den Verbrauch von Erzeugnissen belasten**

Richtlinie des Rates über die **Harmonisierung der Verbrauchsteuern auf Alkohol**

Richtlinie des Rates über eine **harmonisierte Verbrauchsteuer auf Wein**

Richtlinie des Rates über die **Harmonisierung der Verbrauchsteuern auf Bier**

Richtlinie des Rates über die **Verbrauchsteuerregelung für Mischgetränke**

Entscheidung des Rates über die **Einsetzung eines „Ausschusses für Verbrauchsteuern"**

— Drucksache VI/3256 —

überwiesen an den Finanzausschuß (federführend), Ausschuß für Wirtschaft, Haushaltsausschuß mit der Bitte um Vorlage des Berichts rechtzeitig vor der endgültigen Beschlußfassung im Rat

Wir kommen zu den Punkten 21 und 22 der Tagesordnung:

Aussprache über den **Agrarbericht 1972** der Bundesregierung gemäß § 4 des Landwirtschaftsgesetzes

— Drucksachen VI/3090, zu VI/3090 —

Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Ergänzung des **Dritten** Gesetzes zur **Änderung des Milch- und Fettgesetzes**

— Drucksache VI/2546 —

(D)

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (9. Ausschuß)

— Drucksache VI/3229 —

Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Ritz
(Erste Beratung 134. Sitzung)

Ich danke dem Berichterstatter für seinen Schriftlichen Bericht. Ist eine Ergänzung veranlaßt? — Das ist nicht der Fall.

Dann können wir in die Aussprache eintreten. Soll es zunächst eine allgemeine Aussprache sein?

(Abg. Dr. Ritz: Wir können auch zuerst über das Gesetz abstimmen! — Zurufe von der SPD.)

— Wir treten dann zunächst in die allgemeine Aussprache ein. Wer wünscht das Wort? — Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Früh.

Dr. Früh (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum siebzehnten Male bringt die Bundesregierung den **Grünen Bericht** ein. Manche Kreise sind der Ansicht, das wäre langsam eine langweilige Geschichte. Aber wer den Grünen Bericht aufmerksam studiert, muß feststellen, daß er ein immer ergiebigeres Nachschlagewerk wird und daß wir uns glücklich schätzen könnten,

Dr. Früh

(A) wenn wir in anderen europäischen Ländern ebenfalls ein solches Werk hätten,

(Abg. Dr. Ritz: Sehr wahr!)

um den schwierigen Weg der Landwirtschaft in die industrielle Welt verfolgen zu können.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Deshalb ist es an dieser Stelle sicherlich nicht mehr als recht, wenn denen gedankt wird, die vor 17 Jahren gesetzgeberisch dieses Werk geschaffen haben, und auch denen, die alljährlich — angefangen von den 8000 Testbetrieben draußen im Lande bis hinauf zu den Spitzen der Ministerien — die Daten zusammentragen und daraus ein solches Werk herstellen, aus dem wir ständig neue Schlüsse ziehen können. Bedauerlich ist nur, daß die vielen Ratschläge, die die Landwirtschaft für die Lösung ihrer Probleme auch von außerhalb bekommt, nicht davon zeugen, daß sich die Ratgeber intensiv mit den vorliegenden Grünen Berichten auseinandergesetzt haben.

Nun bin ich heute morgen in der äußerst schwierigen Lage, daß ich hier die Debatte über einen Grünen Bericht eröffnen soll, obwohl Sie, Herr Bundesminister, von einer neuerlichen Schlacht in Brüssel zurückkehren und uns sicherlich — das haben wir aus der Presse entnommen; andere Nachrichten stehen uns leider nicht zur Verfügung — einiges sagen werden. Ich hätte gewünscht, Sie hätten es zuvor dem Hohen Hause bekanntgegeben. Es wäre für die Opposition wesentlich leichter gewesen, darauf zu replizieren.

(B) (Zustimmung bei der CDU/CSU.)

Allerdings weiß ich nicht recht, ob ein bißchen Methode dahintersteckt. Natürlich können Sie die Ratssitzungen in Brüssel nicht so legen, wie es gerade für die Bonner Termine günstig ist. Aber für uns ist es eine ungemeine Erschwernis, ohne Kenntnis der Details hier zu diskutieren, während Sie nachher die in den nächtelangen Kämpfen von Brüssel errungenen Erfolge darlegen können. Dabei nehmen Sie mir bitte nicht übel, daß ich allgemein — ich sehe, Herr Wehner, Sie lächeln; es ist klar, das ist eine schwierige Situation — von gewissen Pyrrhussiegen ausgehen muß, wobei ich gern bereit bin, mich nachher belehren zu lassen.

(Abg. Dr. Schäfer [Tübingen]: Sie kennen es nicht, aber Sie halten es für falsch!)

— Nein, Herr Schäfer, warten Sie doch ab! Manchmal kommt es mir nämlich so vor, als wenn man das Kind in den Brunnen fallen läßt und dann, wenn es im Brunnen liegt, ungemeine Anstrengungen macht — das muß man dann anerkennen —, um es noch zu retten. Wenn man die Anstrengungen jedoch gemacht hätte, bevor es hineingepurzelt ist, wäre uns manches erspart geblieben.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Lassen Sie mich zum eigentlichen Gegenstand der heutigen Debatte kommen; das sind nicht die Brüsseler Beschlüsse, sondern das ist eine Aussprache über den Grünen Bericht. Sie wissen, daß sich dieser Grüne Bericht nicht gerade besonders auszeichnet.

(C) Ich will nicht, wie es in einem Kommentar gestanden hat, darauf Bezug nehmen, daß man im Olympiajahr sagen könnte, daß hier Rekorde entstanden sind. Es sind jedenfalls Tiefenrekorde. Sie wissen, daß der Anpassungsprozeß der Landwirtschaft in diese industrielle Welt hinein — darüber sind wir uns alle im klaren — schwierig ist. Niemand bestreitet das. Wer könnte das besser wissen als eine CDU/CSU, die 20 Jahre lang für diesen schwierigen Weg die Verantwortung getragen hat! Aber seit es Grüne Berichte gibt, ist es noch nie geschehen, daß das **Einkommen** von einem auf das andere Jahr um 10 % gefallen ist.

(Beifall bei der CDU/CSU. — Zurufe von der SPD.)

— Herr Saxowski, ich richte mich nur nach den Zahlen. Ich will hier ja nicht polemisieren, aber so steht das geschrieben.

In einer Zeit, in der die übrigen Einkommen — der Grüne Bericht soll ja mit ein Mittel sein, um die **Disparität der Landwirtschaft** mehr und mehr zu überwinden, so schwierig das auch ist — um 14 % gestiegen sind — obwohl der Begriff „Globaldisparität" ohnehin nicht mehr so genannt werden darf und auch gar nicht mehr ausgewiesen wird —, muß man trotzdem darauf hinweisen, daß mit diesem Ergebnis etwas geschehen ist, was anderthalb Jahrzehnte hindurch kontinuierliche Agrarpolitik in Frage gestellt hat. Ich werde nachher noch darauf zurückkommen. Hier ist nämlich auch in Betrieben einer Größe von über 50 ha die Disparität auf über minus 27 % hinaufgeschnellt. Damit ist natürlich vielfach jungen (D) Leuten, die diesen Anpassungsprozeß unter großen Anstrengungen vollzogen haben, der Mut genommen worden.

(Abg. Dr. Klepsch: Sehr wahr! — Abg. Dr. Jobst: Leider wahr!)

Sie wissen, daß in Betrieben unter 20 ha — ich will mich gar nicht in Zahlen vertiefen; jeder, den es interessiert, hat diesen Bercht sicher gelesen — diese Disparität sogar auf 39 % gestiegen ist; das ist doch immer noch die Hauptmasse unserer Betriebe.

Natürlich gibt es dafür Gründe. Ich will mich nachher mit ihnen auseinandersetzen. Aber zunächst darf ich folgendes anführen. Es ist nicht so, daß man in diese Situation einfach hineingestolpert wäre. Es gibt eine Große Anfrage der CDU/CSU zur Agrarpolitik, die vor dieser Entwicklung gewarnt hat, es gibt eine gezielte Kleine Anfrage vom Februar 1971, speziell der baden-württembergischen Abgeordneten. Das sage ich nicht im Hinblick auf den 23. April, wie manch einer meinen könnte, sondern das sind Tatsachen, in deren Zusammenhang eine Disparität von 40 % genannt worden ist, errechnet aus Vorausberechnungen von 1250 buchführenden Betrieben im Lande Baden-Württemberg. Wir haben darauf eine Antwort bekommen. Herr Bundesminister, Sie haben uns zu diesem Zeitpunkt, als aus buchführenden Betrieben Vorausberechnungen vorlagen, in Ihrer Antwort mit der Bemerkung abgeschmettert — ich zitiere wörtlich —, „es handle sich hier um problematische Annahmen und Schätzungen", und das, ob-

Dr. Früh

(A) wohl Berichte von buchführenden Betrieben da waren. Wir verstehen das heute noch nicht. Aber wir haben gewarnt. Deshalb wird es schwierig sein, Ihnen zu diesem Ergebnis mildernde Umstände zuzubilligen.

(Sehr richtig! bei der CDU/CSU.)

Lassen Sie mich schnell etwas einfügen. Allen in diesem Haus wird sicherlich bekannt sein, daß es frühere ein geflügeltes Wort gegeben hat, die Landwirtschaft müsse barfuß in die EWG gehen. Wir alle wissen, daß sie nie ganz dicke Socken anhatte, und mit diesen nicht ganz dicken Socken hat sie natürlich in diesem schwierigen Prozeß hin und wieder kalte Füße bekommen. Welche Landwirtschaft der Welt in einer industriellen Gesellschaft hat das nicht?

(Abg. Dr. Klepsch: So ist es!)

Aber nun ist eines geschehen. Mit kalten und mal wieder mit warmen Füßen kann man laufen. Aber wenn man einbricht und noch dünne Socken anhat, wenn man kalte und nasse Füße bekommt — das ist doch hier geschehen —, dann ist der Weitermarsch ungemein schwieriger.

(Beifall bei der CDU/CSU. — Zurufe von der SPD.)

— Herr Schäfer, Sie lächeln.

(Abg. Dr. Schäfer [Tübingen]: Ich freue mich so, wenn ich Sie mir so mit Socken vorstelle!)

(B) Ich will dieses Bild einmal in Zahlen ausdrücken. Sehen Sie, 10 % minus und dann sofort hinterher der Trost: Aber seid befriedigt, im nächsten Jahr 12 % mehr, und dann ist das ausgebügelt. Was heißt denn das? Das heißt, in zwei Jahren plus minus null bei allen Risiken, die noch drinliegen, und das heißt weiter, daß Sie wahrscheinlich diesen äußerst schwierigen Prozeß, der sich bisher im großen und ganzen auf einer Disparitätsbasis zwischen 20 und 30 % abgewickelt hat, auf die nächsthöhere Stufe zwischen 30 und 40 % gebracht haben.

(Abg. Dr. Klepsch: Hört! Hört!)

Lassen Sie mich zu den Gründen kommen, die hier vorliegen. Das ist einmal die Ernte, dann der Schweinezyklus, und das sind die Kosten.

Zur **Ernte** darf man doch sagen, Herr Minister, daß die Bodenbruttoproduktion fast gleichgeblieben ist — so weisen es wenigstens die Statistiken aus —, daß die Getreidemenge nur um 9 % gefallen ist und daß die Futtermittelzukäufe dadurch um 8 % gestiegen sind. Aber dadurch sind auch 5 % mehr tierische Erzeugung geleistet worden. Ich frage mich: Warum konnten denn diese Futtermittelzukäufe so stark zu Buche schlagen, nachdem sie doch auf der einen Seite durch die Aufwertung so verbilligt wurden und andererseits durch die verhältnismäßig geringere Ernte der Interventionspreis bei Getreide überschritten wurde? Diese Dinge sind also nicht so drastisch, wie sie von Ihnen dargestellt worden sind.

Bei den Schweinen wird es schon kritischer. Natürlich, der **Schweinezyklus** ist eine nicht nur vom

(C) jetzigen Bundesernährungsminister zu beklagende Erscheinung, sondern er hat auch uns schon viel zu schaffen gemacht. Aber dieser Schweinezyklus war lang und tief und niederschmetternd, und zwar aus folgendem Grunde. Herr Gallus, jetzt müssen Sie gut zuhören. Jetzt muß ich ein altes, zwischen uns immer wieder umstrittenes Thema ansprechen.

(Abg. Gallus: Ich höre!)

Ist dieser Zyklus nicht doch eine Nach- und Spätwirkung dieser **Aufwertung?**

(Widerspruch bei den Regierungsparteien.)

— Herr Dr. Schmidt (Gellersen), das ist oft bestritten worden. Ich will das hier gar nicht vertiefen; wir können das in einer Fragestunde einmal tun. Wie oft ist der Agrarpolitik der Vorwurf gemacht worden, sie sollte sich mehr mit der Wissenschaft verbünden und sich von der Wissenschaft beraten lassen! Vielleicht auch Ihnen, Herr Gallus, ist in unserem Land Professor Böckenhoff bekannt. Er ist ein Statistiker, der ganze Reihen in der „Agrarwirtschaft" veröffentlicht hat. Ich würde Sie bitten, einmal das Heft 1 des Jahrgangs 1972 durchzulesen. Ich will Ihnen nur einen Satz dazu sagen — das längere Zitat kann ich Ihnen gern zur Verfügung stellen —, den ich mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren darf:

> Der Einfuhrüberschuß

— es handelt sich um das Jahr 1971 —

> war um 25 % höher als im Vorjahr und nahezu doppelt so hoch wie vor zwei Jahren . . .

(D) Und wenn Sie seinen persönlichen Kommentar dazu hören wollen, möchte ich Ihnen sagen, daß in diesem persönlichen Kommentar steht, daß in erster Linie die Wirkung der Aufwertung ein entscheidender Grund dafür war.

(Abg. Dr. Ritz: Hört! Hört!)

Es kann ja gar nicht anders sein. Ich würde so sagen: Hier ist nicht — und das ist jetzt der nächste Zusammenhang — das marktkonforme Verhalten der deutschen Bauern zu kritisieren, sondern hier liegt doch ganz klar auf der Hand, daß in den Partnerländern, etwa in Belgien und Holland — ich will niemanden anklagen; das sind tüchtige Bauern —, in den letzten acht Jahren die Schweineproduktion zum Teil um 100 % gestiegen ist. In den zurückliegenden Jahren — von 1969 bis 1971 — ist sie in Belgien sogar um 36 % und in Holland um 29 %, aber — und das ist jetzt die wichtige und entscheidende Zahl — nur um 8,7 % in der Bundesrepublik Deutschland angestiegen. Das heißt: marktkonform haben sich die deutsche Bauern verhalten,

(Sehr wahr! bei der CDU/CSU)

weil der Anstieg parallel zum Verbrauch verlaufen ist. Nun gehe ich nicht so weit, zu sagen: das ist unfair von unseren Partnern. Ich sage vielmehr so, Herr Minister: Tugend ist oft nur Mangel an Gelegenheit.

(Lachen bei der SPD.)

— Nur die Ruhe! Das wissen Sie doch alle. Sie, Herr Bundesminister, und mehr noch der Bundeswirtschafts- und -finanzminister haben bei Gott durch

Dr. Früh

(A) die Veränderung der Währungsparitäten diesen holländischen und belgischen Bauern, die clever sind und rechnen können, Gelegenheit zum Sündigen in reichem Ausmaße gegeben, und sie haben ihre Marktchance voll genutzt.

Ich muß noch etwas zu den **Kosten** sagen, weil ja die Kosten auch angekreidet worden sind. Aber das kann ich kurz machen. Jedermann weiß, daß die Preise für landwirtschaftliche Produkte in diesem Jahr auf einem Index von 98,1 — das Jahr 1961/62 gleich 100 genommen — lagen, daß die Kosten mit der Mehrwertsteuer um 4,9 % gestiegen sind und daß nichts mehr vorhanden ist von der Fata Morgana der Kostenverbilligung durch die Aufwertung, die man mit 500 Millionen DM im Aufwertungsverlustausgleich im vorhinein abgezogen hat. Man darf auch nicht immer nur von den Preisen reden. Man muß Kosten und Preise zusammen sehen; dann kommt nämlich erst das richtige Ergebnis — das für die Bauern niederschmetternde Ergebnis — heraus.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

In dieser Situation haben wir hier unseren Antrag auf **Erhöhung der Mehrwertsteuer** um 3 % eingebracht, um dieses für die Bauern unerträgliche Auseinanderlaufen aufzuhalten. Das Opfer der Aufwertung haben die Bauern gebracht, aber der Nutzen der Kostensenkung ist bei ihnen nicht eingetreten.

(Abg. Dr. Klepsch: Das ist die reine Wahrheit!)

(B) Und was ist geschehen? Es ist ein Trauerspiel. Dieser Antrag ist — das wissen Sie — in den Ausschüssen auf Eis gelegt worden, und nach einem Jahr — Sie kennen die Debatten, die wir im Ernährungsausschuß vor den Ferien, nach den Ferien und später geführt haben — ist der Antrag dann in beiden Ausschüssen, auch im Finanzausschuß, niedergebügelt worden. Wenn Zeitungsmeldungen von heute morgen — man konnte sie sich ja nur sehr flüchtig ansehen — stimmen — es ist schade, Herr Minister, daß Sie die Debatte nicht eröffnet haben, sonst könnte ich es bestimmt sagen —, dann haben Sie genau das gemacht, was wir nicht wollten und was Sie im Prinzip auch nicht wollen können, nämlich die Mehrwertsteuer gegen die neue Aufwertung nach der Festschreibung einzusetzen. So war das von uns nicht vorgesehen. Diese Mehrwertsteuer war von uns als ein echter Beitrag zum Auffangen der nicht gebremsten Kostenentwicklung bei sinkenden Preisen in der Landwirtschaft unabhängig von jeder Aufwertung gedacht.

(Beifall bei der CDU/CSU. — Abg. Löffler meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

— Lassen Sie mich den Gedanken noch zu Ende führen, Herr Löffler.

Ich möchte eine Frage stellen, die mich bewegt: Warum kann die belgische Landwirtschaft — Herr Minister, hier sind Sie nun wirklich angesprochen — melden, soweit ich mich darauf verlassen kann, daß sie in diesem Jahr ein um 17 % höheres Einkommen hat? Warum kann der französische Bauernverband seiner Regierung für die wachsende Realkaufkraft der französischen Landwirtschaft danken?

(C) Das ist doch das eigentliche Menetekel dieses Berichts, das uns zu denken geben muß. Die Zahlen für die deutsche Landwirtschaft sind in den Keller gesaust, während die übrigen Landwirtschaften mit den Ergebnissen dieses Jahres zufrieden sind.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Vizepräsident Dr. Jaeger: Herr Abgeordneter, gestatten Sie jetzt eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Löffler?

Dr. Früh (CDU/CSU): Ja, bitte!

Löffler (SPD): Herr Dr. Früh, ist Ihnen bekannt, daß bereits in der „grünen Debatte" des Jahres 1962 ein Sprecher Ihrer Fraktion ausgeführt hat, daß der Preisindex für landwirtschaftliche Erzeugnisse nach dem damals vorliegenden Bericht von 221 auf 211 zurückgegangen ist, also um 5 %, und dieser Sprecher weiterhin ausführte: „Das gleiche können wir leider für die Betriebsausgaben nicht sagen"? Wären Sie bereit, dem Hohen Hause darzulegen, welche Maßnahmen Ihre Partei im Jahre 1962 ergriffen hat, um dieses bereits damals vorhandene Mißverhältnis auszugleichen?

(Beifall bei den Regierungsparteien. — Zurufe von der CDU/CSU.)

Dr. Früh (CDU/CSU): Herr Kollege Löffler, ich gestehe Ihnen offen, ich habe die Debatten von 1962 nicht gelesen.

(D) (Abg. Dr. Schäfer [Tübingen]: Lesen Sie sie jetzt! Weitere Zurufe von der SPD.)

— Einen Moment, ich bin noch nicht fertig. Ich war damals noch nicht in diesem Hohen Hause. Ich kann Ihnen nur eines sagen: Es ist sicher — ich beziehe mich hier auf die Aussage des Deutschen Bauernverbandes —, daß von 1961 bis 1969 das Einkommen der deutschen Landwirtschaft pro AK durchschnittlich um 10 % gestiegen ist. Das ist doch der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Ich würde mich hier mit Ihnen, Herr Löffler, nicht um Indexe streiten oder darüber auseinandersetzen, wenn in diesem Bericht stünde, das Einkommen der Landwirtschaft pro AK sei seit dem letzten Jahr um 10 % gestiegen.

(Zuruf von der SPD. — Abg. Dr. Jobst: Er hat den Bericht nicht gelesen!)

Vizepräsident Dr. Jaeger: Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kiechle?

Dr. Früh (CDU/CSU): Ja, Herr Kiechle.

Kiechle (CDU/CSU): Herr Abgeordneter Früh, wären Sie so freundlich, den Fragesteller darauf hinzuweisen, daß die deutsche Landwirtschaft in jenem Jahr noch in der Lage war, zu rationalisieren, weil die Preise stabil waren und damit einen Teil even-

Kiechle

(A) tuell einmal eingetretener Preisverluste aufzufangen, was heuer nicht mehr der Fall ist?

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Dr. Früh (CDU/CSU): Herr Kiechle, ich teile voll Ihre Auffassung. Wahrscheinlich war es zur damaligen Zeit für Herrn Löffler schwierig, über agrarpolitische Probleme nachzudenken.

(Oho-Rufe bei der SPD. — Sehr gut! bei der CDU/CSU.)

Lassen Sie mich zu einem dritten Aspekt kommen, dem des **Gemeinsamen Marktes.** Hier möchte ich zunächst eine erfreuliche Feststellung treffen. Ich kenne noch die Zeiten — da war ich hier, und da waren auch Sie hier, Herr Löffler, und deshalb wollen wir uns darauf beschränken, das macht viel mehr Spaß — —

(Widerspruch bei der SPD. — Zuruf des Abg. Dr. Schäfer [Tübingen].)

Vizepräsident Dr. Jaeger: Meine Herren, ich finde es sehr nett, daß Sie so früh am Morgen schon so munter sind. Wahrscheinlich hängt das damit zusammen, daß vor allem Vertreter der „grünen Front" anwesend sind, die das Frühaufstehen gewöhnt sind. Ich möchte aber vorschlagen, daß Sie jetzt etwas ruhiger sind, dem Redner zuhören und ihm nachher erwidern. Wir kommen dann rascher voran. Um die Mittagszeit wird das Haus nicht mehr so gut besetzt sein wie jetzt.

(B) **Dr. Früh** (CDU/CSU): Herr Präsident, ich danke Ihnen, daß Sie das frühe Aufstehen in der Landwirtschaft ansprechen. Hoffentlich wissen alle Zuhörer, daß man dort auch spät ins Bett geht und bei einer so langen Arbeitszeit nur ein solches Einkommen vorweisen kann.

Aber lassen Sie mich etwas für Sie Erfreuliches sagen. Sie hindern mich dauernd daran. Es ist sicher erfreulich, daß beim Bundesernährungsminister inzwischen ein Lernprozeß stattgefunden hat, der zwar schmerzhaft war, über den wir uns aber freuen. An diesem Pult nämlich ist fast theatralisch gesagt worden: Ich muß diese Suppe auslöffeln, die ihr eingebrockt habt. Bei der Einbringung des Grünen Berichts sind Worte, die ich anerkenne, vom Minister gesprochen worden, daß nämlich keine Regierung, keine Person, keine Partei usw. für die Entwicklung verantwortlich gemacht werden könne, sondern die wirtschaftliche und technische Entwicklung, die man nur richtig lenken müsse.

(Abg. Gallus: So ist es!)

— Jawohl, so ist es, Herr Gallus. Es ist gesagt worden, daß die EWG ein von uns allen anerkanntes Faktum ist; das ist voll zu unterstreichen. Die Schwierigkeit liegt hier eben nur beim Lenken. Da bin ich nun nicht ganz sicher, daß hier in den letzten zweieinhalb Jahren richtig gelenkt worden ist.

(Sehr richtig! bei der CDU/CSU.)

Lassen Sie mich das kurz ausführen. Einer der schlimmsten oder einer der günstigsten Gegenstände für Versammlungen — wo auch immer — ist es, zu (C) sagen: Das Unglück ist diese **Rechnungseinheit,** diese Rechnungseinheit bringt uns um, sie ist der Fluch, — —

(Zuruf des Abg. Gallus)

— Herr Gallus, Sie haben einmal das Wort vom Bauerngericht zitiert, vor das manche gehören.

(Lachen und Zurufe bei den Regierungsparteien.)

— Lassen Sie mich das bitte ausführen; Sie können nachher reden. Diese Rechnungseinheit war doch der kühne Gedanke, war der Faßreifen, um die auseinanderstrebenden Interessen in der EWG überhaupt zusammenzubringen; sie war das Leuchtzeichen für eine Währungsunion. Ohne diesen Durchbruch — seien wir doch ehrlich — hätten wir zu dieser Stunde keine EWG. Hier hat die Landwirtschaft in einem ungeheuren Maße Vorarbeit geleistet

(Beifall bei der CDU/CSU)

und hat beispielhaft auf die europäische Zukunft hin etwas getan, wovon sich alle übrigen, die in Brüssel oft um viel kleinere Dinge feilschen, ein gutes Stück abschneiden könnten. Ich darf ein Wort des französischen Landwirtschaftsministers anführen, das er auf der ersten Grünen Woche im Jahre 1970 in Berlin gesprochen hat. Er hat damals gesagt, man rede immer über diese Landwirtschaft, die die EWG blockiere und bremse. Nein, das tut sie nicht, weil die Landwirtschaft den größten europäischen Beitrag geleistet hat. Man sollte lieber über die Bereiche reden, in denen noch nichts geleistet worden ist. (D)

(Sehr wahr! und Beifall bei der CDU/CSU.)

Glauben Sie nicht, meine Damen und Herren, daß wir, wenn wir in Brüssel zu verhandeln hätten — etwa über gleiche Löhne, gleiche Soziallasten, gleiche Steuern und all die anderen Dinge —, genauso Marathonsitzungen abhielten, nur noch längere und noch schlimmere? Das ist doch die große **Leistung der Landwirtschaft** gewesen; sie ist nicht der Bremsblock der EWG, von dem dauernd geredet wird, sie ist der Vorreiter, und sie lädt alle anderen dazu ein — nur so kann sie der Vorreiter bleiben —, es ihr nachzumachen. Die Väter, die die EWG geschaffen haben — der Minister hat von Zeugung und Pubertätsjahren gesprochen —, wollten, daß die Wirtschafts- und Währungsunion 1969/70 fertig ist. Bis zu diesem Zeitpunkt hat die CDU/CSU die Landwirtschaft mit wachsendem Einkommen in die EWG hinübergeführt. Und dann ist das Schlimmste passiert, in nationalen Alleingängen — und das war gegen das Gesetz und gegen den Geist dieser EWG —:

(Beifall bei der CDU/CSU)

Abwertung, Aufwertung, Floating, Bandbreiten; Sie kennen das alles.

Glauben Sie mir, es ist den Bauern kaum mehr zuzumuten, die daraus erwachsenden Schwierigkeiten zu ermessen. All das hat doch diese gute, nach vorn drängende Schrittmacheridee in ihrem Kern getroffen.

Dr. Früh

(A) Durch diese **Währungsveränderung** haben wir, ohne daß die deutsche Landwirtschaft Kostenerleichterungen erhalten hat — das war ja der Sinn der Sache —, in der Bilanz dieser drei Jahre gegenüber Frankreich — ich will das nur einmal global nehmen; niemand kann es auf das letzte Prozent nennen — eine **Wettbewerbsverschlechterung** um 28 %, was sogar voll zutrifft, wenn wir an die Waren denken, die nicht in den Marktordnungen — Obst, Gemüse, Kartoffeln — Sie wissen alle, welche Sorgen auf uns zukommen — stehen.

(Abg. Dr. Klepsch: Das hat Schiller gemacht!)

— Das ist richtig, das war die Wirtschaftspolitik dieser Bundesregierung.

(Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Inflationspolitik! — Abg. Wehner: Früher war alles in Ordnung; die Bauern hatten den Koffer voll Gold!)

— Nein, Herr Wehner, es war immer ein schwieriger Weg; aber dieser schwierige Weg der Landwirtschaft ist jetzt fast unmöglich gemacht worden.

Jetzt darf ich einmal zitieren, was hier der Bundesernährungsminister — auch wieder auf der Grünen Woche — gesagt hat: „Noch eine Aufwertung" — und was ist aus dem Floating anders geworden? —, „und diese EWG-Rechnungseinheit ist im Eimer."

Ich weiß, was für ein schwerwiegendes Wort das ist; ich gebe mich da keinen Illusionen hin. Aber eines ist sicher: Wenn das so weitergeht — und wer weiß, wie lange es weitergeht —, muß der Bundes-(B) ernährungsminister wissen, daß, wenn er immer nur reagiert und nach Ausgleichen — degressiven Ausgleichen, wegfallenden Ausgleichen, Mehrwertsteuer und was es da gibt — greift und mit großer Anstrengung, mit hohem Einsatz danach greift, trotzdem kein anderer Weg übrigbleibt, als daß am Schluß schließlich die deutsche Landwirtschaft „im Eimer" ist.

Deshalb unsere Forderungen — die Ihnen klar sind, das ist gar nichts Neues; aber anders können wir es nicht mehr tun —: **Grenzausgleich,** qualifizierter als bisher; Verringerung der **Bandbreiten,** eine dringende Notwendigkeit, weil Sie die Folgen kennen.

Sicher sind wir in Washington von 4,5 auf 2,5 gekommen. Das wird als großer Erfolg gefeiert. Das kann man auch als Erfolg sehen; nur muß man so ehrlich sein und sagen, daß wir eben vorher schon bei 1,5 waren

(Abg. Dr. Klepsch: So ist es!)

und daß man hier zwei Schritte zurück und nur einen nach vorn geht. So ist das nicht zu machen.

Nun zu den **nationalen Maßnahmen** für die Produkte, die nicht in den Marktordnungen stehen. Sie werden sagen, das könnte die EWG sprengen. Das wollen wir nicht. Niemand kann das wollen, daß der gemeinsame Markt als Schrittmacher dieser EWG auseinanderbricht. Aber niemand kann auch wollen, daß die deutsche Landwirtschaft auf Grund der destruktiven Automatik dieser europäischen Rechnungseinheit in eine ständig schlechtere Wettbe-(C)werbssituation kommt, ohne daß sie sich dagegen wehren kann, ohne daß sie dadurch Kostensenkungen erreicht.

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU.)

Wenn es vielleicht, meine Damen und Herren — wo gibt es das nicht? —, am Anfang der EWG oder bei der Konzeption der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft da und dort die — vereinfachte — Vorstellung gegeben haben sollte, die Stärke Frankreichs werde der Agrarmarkt sein und das Gegengeschäft werde mit der Industrie gemacht, dann ist doch eines ganz klar — jeder ist klüger geworden, jeder weiß Bescheid —: die Bundesrepublik Deutschland kann und will ihre Landwirtschaft nicht aufgeben, gerade weil sie eine industrielle Gesellschaft ist.

Inzwischen ist doch deutlich geworden, daß es nicht nur um die Ernährung geht, sondern daß es in der **industriellen Gesellschaft** bei der **Erhaltung einer funktionsfähigen Landwirtschaft** auch um ganz andere Dinge geht — von Umwelt, Landschaft und Erholung angefangen —. Weil wir eine industrielle Gesellschaft sind, brauchen wir eine funktionsfähige Landwirtschaft.

Lassen Sie mich ferner dazu sagen: Niemand in der EWG — niemand! — ist doch bereit, etwa bei diesem vielleicht einmal gedachten Gegengeschäft seine Industrie zu opfern. Daran denkt doch kein Mensch!

Deshalb müssen, falls hier einmal falsche Akzente gesetzt worden sind, die in eine falsche Richtung geführt haben, diese Akzente energisch und zäh (D) verändert werden. Und ich bin davon überzeugt, daß deshalb die Wirtschaftsgemeinschaft nicht auseinanderbrechen wird.

Auch die **Bauern in der EWG** müssen umlernen. Auch für die Bauern unserer Partnerländer muß der vielleicht einmal gehegte Irrglaube — ich erinnere an frühere Reden des Landwirtschaftsministers Pisani, der gesagt hat: Französische Bauern, dort in Deutschland ist eure Chance; ich habe nichts dagegen, das muß er sagen, er muß sie anfeuern —, dieser gehegte Irrglaube muß weg, die europäischen Bauern könnten auf dem Rücken der deutschen Kollegen den gemeinsamen Agrarmarkt gewinnen. Keiner kann es auf dem Rücken des anderen. Das ist eine genauso überholte Idee wie die Spannungen, die es bei uns zwischen hauptberuflichen Landwirten und Landwirten im Nebenberuf geben mag, wo der eine manchmal meint — es ist heute besser als früher —, der andere sei ihm im Weg.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Lassen Sie mich nun zu einem weiteren Punkt kommen — ich kann nur wenige Sätze dazu sagen —, und zwar zu dem Teil Ihrer Einführungsrede, Herr Minister, in dem Sie in Ihrem Agrarhaushalt darzulegen versucht haben, wieviel Sie für die Landwirtschaft mehr getan haben. Dabei wird aufgeführt, daß die Altershilfe, die Krankenversicherung und alle diese Maßnahmen, die ergriffen werden, hohe Millionenbeträge erfordern. Diese **soziale Absicherung der Landwirtschaft** ist unbe-

(A)

Dr. Früh

stritten. Sie ist sehr wichtig und ist zu loben. Ich will mir weitere Anmerkungen hierzu ersparen. Aber man sollte auch sagen, daß das keine zusätzlichen Kraftakte sind, sondern daß auch von der anderen Seite die Gegenrechnung aufzumachen ist. Diese Gegenrechnung besagt, daß 110 Millionen DM weniger im **Aufwertungsverlustausgleich** sind, daß es für die **Berufsgenossenschaften** 100 Millionen DM weniger sind, obwohl Sie 160 Millionen DM übertragen haben — das ist alles bekannt —, und daß die Berufsgenossenschaften dafür ihre Reserven auflösen müssen.

Man könnte sich vielleicht auch darüber Gedanken machen — lassen Sie mich das nur in einem Schlenker anbringen —, ob Sie angesichts der Lage der Landwirtschaft, so wie sie in diesem Grünen Bericht ausgewiesen ist, dem von unserem Kollegen Röhner im Haushaltsausschuß vorgebrachten Vorschlag — ich war damals Zaungast — nicht hätten nähertreten können, in dem es um zusätzliche 300 Millionen DM ging.

(Zuruf des Abg. Gallus.)

— Herr Gallus, seien Sie friedlich! Sie waren der erste, der dagegen gesprochen hat. Der Herr Minister hat es in seiner Schlußbemerkung nicht in Abrede gestellt, daß die Möglichkeit dieser Finanzierung besteht. Er hat nur anklingen lassen: Wir wollen das Jahr weiter fortschreiten lassen —

(Abg. Gallus: Genau das habe ich gesagt!)

— was Sie gesagt haben, können Sie im Protokoll nachlesen —, denn bei dieser Trockenheit weiß niemand, wie das Jahr ausgeht. Das hat er so gesagt,

(B)

damit er Mitte des Jahres mit den 300 Millionen DM den Weihnachtsmann spielen kann; er nimmt mir das nicht übel.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Darf ich hier etwas Gewagtes sagen, Herr Bundesernährungsminister. Ich weiß nicht, wieweit sie stichhaltig sind.

(Abg. Sander: Dann würde ich es gar nicht erst sagen!)

— Doch, Herr Sander! Es ist nicht unwichtig, denn es geht um 700 Millionen DM, und das muß man immer sagen. Es ist gesagt worden, der Agrarhaushalt sei um die EWG-Ausgaben geringer, nur deswegen sei er gesunken. Das ist richtig. Wir alle wissen aber auch, daß Sie die nicht in Brüssel verbrauchten Mittel in den nationalen Haushalt überführen können. Damit haben Sie sich lange und zu Recht gerühmt. Für Brüssel waren immer etwa 2,5 Milliarden DM angesetzt. Effektiv ausgegeben wurden etwa 1,8 Milliarden DM. In dieser schwierigen Lage der Landwirtschaft hätte man um diese Differenz kämpfen müssen. Herr Minister, bevor dieser Grüne Bericht vorgelegt wurde, haben Sie doch in Geheimbesprechungen mit dem Herrn Bundeskanzler und auch mit dem Herrn Bundeswirtschafts- und -finanzminister noch versucht — so ging es wenigstens durch die Presse —, herauszuholen, was ging. 65 Millionen sind dann gekommen. Wäre es nicht möglich gewesen, mindestens zu versuchen, diese frühere Chance zu nutzen, die wir doch schon so oft genutzt haben,

(C)

der Landwirtschaft aus nicht verbrauchten Mitteln der EWG zu helfen — da handelt es sich um den Brocken von 700 Millionen DM —, statt diese einfach von den übrigen Ressorts — der Bundesfinanzminister wird es dringend brauchen — kassieren zu lassen und damit künftig weniger Bewegüngsfreiheit in schweren Zeiten der Landwirtschaft zu haben? Herr Gallus, 300 Millionen und diese 700 Millionen, das ist etwa eine Milliarde. Das wäre ein Brocken.

Vizepräsident Dr. Jaeger: Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Abgeordneter?

Dr. Früh (CDU/CSU): Ich will gerade noch dieses Kapitel abschließen.

Ein Letztes dazu. Was Sorge macht, ist, daß wir jetzt in diesem **Ernährungshaushalt** keinen Spielraum mehr haben, daß die **Sozialausgaben** 22 % betragen. Und das ist wichtig: Niemand wird hier ein Wort gegen die Sozialausgaben sagen. Niemand wird sie verzögern, wie man draußen in den Versammlungen immer wieder so gern verbreitet. Aber diese 22 % Sozialausgaben wachsen in der **mittelfristigen Finanzplanung** auf 45 %. Und bei **steigenden Kosten** kann doch dann für diese Landwirtschaft weniger investiv unternommen werden. Darum würde ich um eines bitten: Man sollte hier nach Frankreich hören, wo dem französischen Landwirtschaftsminister klipp und klar gesagt worden ist: Das mit den Sozialausgaben ist richtig; aber vergessen Sie nicht: die Landwirtschaft ist kein Zusammenschluß von Lohnarbeitern, sondern von Unternehmern.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Deshalb muß das hier nicht in dieser einseitigen Richtung geschehen.

Vizepräsident Dr. Jaeger: Eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Peters.

Peters (Poppenbüll) (FDP): Herr Kollege Dr. Früh, ist Ihnen bekannt, daß 500 Millionen DM heute nicht im Ernährungsetat für Marktordnung, im Einzelplan 10, sondern im Einzelplan 60 verplant sind, daß diese Mittel aber genauso Einsatz für die Landwirtschaft finden, als wenn sie im Einzelplan 10 wären und daß es ein altes Verlangen aller Fraktionen des Bundestages ist, diese Mittel aus der Marktordnung nicht im Einzelplan 10, sondern im Einzelplan 60 zu etatisieren?

Dr. Früh (CDU/CSU): Herr Peters, ich würde wünschen, daß Ihr Anliegen sich verwirklicht. Wir können ja später darüber reden. Ich kann nur eines sagen; wenn das sich so erfüllt wie der Abschluß Ihrer letzten Rede, mit der ich Sie gern konfrontieren würde, dann kann ich davon nicht viel halten.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Lassen Sie mich zum Schluß kommen und hier noch einige Bemerkungen zum **einzelbetrieblichen Förderungsprogramm** machen. Sie wissen sehr genau, daß dieses einzelbetriebliche Förderungsprogramm von Anfang an, fast würde ich sagen: einer der

(A)

Dr. Früh

„großen Schlager" dieser Bundesregierung und des Bundesernährungsministers gewesen ist. Aber auch eines ist ganz deutlich: Nach zweieinhalb Jahren — und ich weiß, das war Übergangszeit, es war Ankündigung, aber die Propaganda ist draußen lange gelaufen; und jetzt am 1. Juli ist es wirklich in Kraft gesetzt worden — ist doch das Ergebnis nicht als zu glanzvoll zu nennen — ich will mich zart ausdrücken; ich könnte es auch anders sagen —, und zwar weil gerade die investive Förderung mehr als zögernd anläuft und weil uns auf dem sozialen Sektor die Dinge fast über den Kopf zu wachsen drohen.

Von dort kommen nämlich viele Klagen, daß die Bedingungen der **Landabgaberente** großzügiger gehandhabt werden sollten. Viele reden davon, daß man sogar die Grenze völlig wegschaffen müßte. Es gibt nämlich, wenn man die Dinge so streng nimmt, wirklich schlimme Fälle. Ich darf Ihnen einen berichten. Da kommt ein Bauer zu mir

(Zuruf von der SPD: Wo?)

— aus der Ravensburger Ecke, wissen Sie —, nicht allzu guter Boden, 26 ha. Er würde gern die Landabgaberente nehmen. — Geht nicht, weil er ein bißchen zu groß ist. Wir haben das ja schon erweitert. Jetzt kommt der andere — 16 ha —, bedrängt mich: er will unbedingt aufnehmen. Aber er liegt unter der Fördergrenze und darf nicht. Und so stehen die beiden sich gegenüber, knirschen mit den Zähnen, schimpfen natürlich in dem Fall auch auf mich,

(B)

(Sehr gut! und Lachen bei der SPD)

obwohl ich gar nichts dafür kann, und sagen: Ihr müßt bessere Gesetze machen. Da kann ich immer nur sagen: Wir hatten noch nie ein so gutes, glänzendes, allerdings auch mit sehr viel Aufwand verkauftes und sämtliche Fehlinvestitionen verhinderndes Förderprogramm wie zur Stunde. Und trotzdem geht es nicht.

(Abg. Gallus: Es geht!)

— Ja, Herr Gallus, ich schicke die beiden zu Ihnen, und dann werden Sie es mit ihnen regeln.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU. — Abg. Gallus: Aber Vorsicht! Die werden dann FDP-Wähler! — Gegenruf von der CDU/CSU: Die letzten!)

Aber der wesentliche Punkt und der Erfolg dieses Programms ist doch — so hat der Minister gesagt —, daß die Bauern rechnen gelernt haben. Herr Minister, ich bin davon überzeugt, daß die Bauern auch zu der Zeit, als Sie Berater in Miesbach waren, schon gerechnet haben. Wenn sie es nicht getan haben sollten, haben sie es hoffentlich bei Ihnen gelernt. Damals kam aber bei ihrer Rechnung eine Rendite heraus, und deshalb konnten sie investieren.

Wir alle in diesem Hause sind uns wohl darüber klar, daß Agrarpolitik eine komplexe Angelegenheit geworden ist,

(Abg. Gallus: Sehr gut!)

daß es sich nicht nur um Einkommenspolitik handelt, sondern um einen tiefgreifenden Strukturwandel

(C)

größten Ausmaßes und um die gleichberechtigte **Integration der Landwirtschaft in die industrielle Welt.** Deshalb kann die Landwirtschaftspolitik bei aller unbestrittenen Vorrangigkeit der Preispolitik — das muß immer wieder mal gesagt werden, sonst geht dies in den übrigen Programmen unter — ihren konkreten Ansatzpunkt nur in der **Region** finden. Dort beginnt die Vielfalt, und die Vielfalt der Region zwingt uns doch geradezu eine flexiblere Fördergrenze auf, nicht — wie befürchtet wird —, weil wir die Verhältnisse zementieren wollen, sondern weil wir in der Lage sein müssen, bei den Verhältnissen anzusetzen und sie zu verändern.

Ich will Ihnen deshalb mit einem Satz die Tragik dieses Programms sagen. Für diese Tragik ist nicht der Bundesernährungsminister in erster Linie verantwortlich,

(Abg. Gallus: Nein, die Länderminister!)

sondern für den „Maßanzug", wie es der Bundesernährungsminister genannt hat, hat ihm ein anderer, nämlich der Bundeswirtschafts- und -finanzminister, die falschen Maße geliefert.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

An ihm lag es doch: daß diese Maße nicht mehr gestimmt haben. Der Bundeswirtschafts- und -finanzminister hat z. B. das Maß gesetzt: Wir werten auf, die Kosten sinken, und dann kann man besser investieren. Den Gefallen, Schlepper in Deutschland billiger zu verkaufen, haben uns die andern aber eben nicht getan.

(D)

Der inflationäre Kostendruck hat noch nicht nachgelassen, obwohl uns der Bundesernährungsminister in seiner Einbringungsrede versprochen hat, daß die Zügelung der Kosten begonnen habe. Wir sind gespannt, wann diese Entwicklung zum Halten kommt. Das Schlimme an diesem Programm ist also, daß es daran leidet, daß bei dem inflationären Kostendruck die Förderschwelle zu hoch und die Hilfen — ohne Investitionsbeihilfe, nur mit Zinsverbilligungen — zu gering sind, so daß bei sinkenden Preisen — wie es doch bei der Veröffentlichung dieses Programms aussah — keine Chance bestand, sinnvoll zu investieren.

Wir brauchen in gewissen Regionen die flexibleren Schwellen, damit — das ist der entscheidende und wichtige Satz, und zu diesem Satz sollten wir alle in diesem Hause uns durchringen — das Kernstück unserer Agrarstruktur, der durchrationalisierte, gesund strukturierte bäuerliche Betrieb bleiben und fortentwickelt werden kann — neben allen übrigen Formen der Landwirtschaft im Nebenberuf.

Es ist ein großes Verdienst, daß die **Nebenerwerbslandwirtschaft** in diesen Grünen Bericht aufgenommen worden ist. Plötzlich entdeckt man sie, aber plötzlich scheint man sie, weil sie ja der einzig geringe Lichtblick ist, auch hochjubeln zu wollen. Hier darf ich vielleicht etwas anfügen, was in der Öffentlichkeit so nicht dargestellt werden kann. Man sagt — und es gibt Artikel in dieser Richtung —: Der Landwirtschaft geht es gar nicht so schlecht, weil ja etwa 60 % Nebenerwerbsbetriebe sind und weil diese Nebenerwerbsbetriebe ein Ein-

Dr. Früh

(A) kommen haben, das man bei der Gesamtrechnung dazurechnen muß. Niemand redet von der Mehrleistung und von der Mehrarbeit. Mir kommt das gerade so vor, als ob nächstens jemand — darauf warte ich — argumentiert: Auf Tariferhöhungen werden alle Beamten, Angestellten oder wer auch immer verzichten, deren Frauen etwas dazuverdienen oder die abends Versicherungen abschließen oder sonst etwas arbeiten; denn dieser Gruppe geht es ja insgesamt nicht schlecht.

So kann doch dieses Argument auf keinen Fall verkehrt und die schwierige Situation der hauptberuflichen Landwirtschaft dadurch verkleinert und verniedlicht werden.

Ich muß zum Schluß kommen; ich sehe die Lampe leuchten. Ich glaube, der langjährige und oft mit Erbitterung in diesem Hause geführte Prinzipienstreit, ob Struktur oder Preise, ist heute hinfällig geworden; darüber sind wir uns alle einig. Wir wissen, daß es keine Alternative gibt, kein Entweder/Oder, sondern nur die eine konstruktive Antwort: Preise und Struktur. Wir wissen — das ist ja das Generalthema —, daß die Marktlage und die notwendige Übereinstimmung von sechs und bald auch von zehn Partnern diesem Konzept Grenzen setzen; das wissen wir alle.

Wenn dem aber so ist, dann muß doch zum mindesten ein Förderprogramm mit so günstigen Bedingungen entwickelt werden, damit die notwendige Anpassung — wobei man nicht verschnaufen kann; sonst vergißt man das Schnaufen in dieser europäischen Konkurrenz — auch noch sinnvoll ist.

(B) Die Tragik der letzten zwei Jahre ist doch gewesen, daß im Verhältnis zu den inflationären Kostensteigerungen, die nicht auf das Konto dieses Ernährungsministers gehen, die Preise zu gering, die Kosten zu hoch und die Förderkonditionen zu schlecht waren, um sich anpassen zu können.

(Abg. Dr. Klepsch: Das ist Inflationspolitik!)

Eine von der Preis- und Förderpolitik doppelt in die Zange genommene Landwirtschaft — und so war es doch — kann und darf sich jedoch nicht mit sozialen Hilfen abspeisen lassen. Hier gibt es nur eine einzige richtige Reaktion — und leider zeichnet sie sich ab —: die Resignation.

Es ist bedauerlich, wenn das Ifo-Institut darauf hinweist, daß wir vor der Tatsache stehen, daß die besten jungen Leute langsam beginnen, zu resignieren und die Flinte ins Korn zu werfen — ausgerechnet die Leute, die wir auf dem künftigen schweren Weg der Landwirtschaft in die Zukunft brauchen würden.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Vizepräsident Dr. Jaeger: Herr Abgeordneter, darf ich Sie bitten, zum Schluß zu kommen.

Dr. Früh (CDU/CSU): Ich habe nur noch einen Satz, Herr Präsident.

Um diese Resignation der jungen Leute, die bisher unter großen Opfern Betriebe aufgebaut haben, die Erstaunliches leisteten und leisten, zu verhindern — wir können sie uns in der Landwirtschaft (C) nicht leisten —, gibt es in diesem Hause nur eine Möglichkeit: daß wir gemeinsam das Einkommenstief, in das die Landwirtschaft geraten ist, möglichst rasch wieder überwinden, damit es auf diesem Weg in die EWG weitergehen kann. Sie dürfen sicher sein, Herr Minister, daß wir von der CDU/CSU dazu, wenn es sich um vernünftige Vorschläge handelt, jederzeit die Hand bieten. Wir können nur staunen, Herr Gallus, daß Sie selbst bei so klaren Forderungen wie z. B. nach einer Erhöhung der Mehrwertsteuer nicht über Ihren Schatten springen konnten, obwohl es um das Schicksal der Landwirtschaft geht.

(Beifall bei der CDU/CSU. — Abg. Gallus: Ich war doch bei der Abstimmung gar nicht dabei!)

Vizepräsident Dr. Jaeger: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Schmidt (Gellersen).

Dr. Schmidt (Gellersen) (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir zunächst eine Vorbemerkung an die Adresse meines Kollegen Früh. Es ist ein Vorteil für Sie, Herr Kollege Früh, daß Sie noch so jung in diesem Hause sind und daher die Entwicklung der Agrarpolitik seit dem Jahre 1958, seitdem die EWG besteht, nicht mitverfolgt haben. Ich bin Ihnen aber nicht böse, zumal Ihre Ausführungen eine verhältnismäßig freundliche Note zeigten. Ich möchte Ihnen nur sagen, daß Sie in einigen Punkten allerdings sehr tief in die alte Mottenkiste hineingegriffen haben. (D) Das Thema „Aufwertung 1969 und deren Folgen" hängt uns allmählich zum Halse heraus.

(Abg. Breidbach: Das tut weh! Das tut sehr weh! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU.)

Dabei verschweigen Sie wohlweislich die übrigen Leistungen der Bundesregierung.

(Beifall bei der SPD. — Abg. Dr. Früh meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

— Nein, jetzt noch nicht!

(Zuruf von der CDU/CSU: Sie vergessen die Inflationspolitik, Herr Schmidt!)

Vizepräsident Dr. Jaeger: Herr Abgeordneter Schmidt, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Früh?

Dr. Schmidt (Gellersen) (SPD): Also schön!

Dr. Früh (CDU/CSU): Herr Kollege Schmidt, können Sie mir wirklich die „alte Mottenkiste" ankreiden, wenn erst jetzt in „Wissenschaftliche Publikationen", Heft 1, Jahrgang 1972, die Wirkungen von Aufwertung und Schweinezyklus dargelegt werden? Ich kann nicht schneller als die Wissenschaft sein.

Dr. Schmidt (Gellersen) (SPD): Das ist e i n e wissenschaftliche Publikation. Ich kann Ihnen andere zeigen, die zu ganz anderen Ergebnissen kommen.

(Abg. Dr. Ritz: Dann zeigen Sie sie mal!)

Dr. Schmidt (Gellersen)

(A) Aber lassen Sie mich noch eine weitere Vorbemerkung machen. Sie haben gesagt — das ist mir im Sinn geblieben —, es gebe ein geflügeltes Wort, wonach die deutsche Landwirtschaft barfuß in die EWG gegangen sei. Sie haben nicht das Wort „barfuß" benutzt, sondern Sie haben von „dünnen Socken" gesprochen. Aber sagen Sie doch einmal, wer sie denn mit „dünnen Socken" in die EWG geschickt hat. Haben Sie nicht damals die volle Verantwortung gehabt? Hätten Sie die Landwirtschaft nicht über ein Jahrzehnt lang auf diesen Tag vorbereiten können? Wir hätten einen Minister Pisani nötig gehabt. Sie haben aber die Sache sogar noch verharmlost und gesagt: Es wird schon nichts passieren. Heute kriegen wir den Druck zu spüren. Sie hätten sich früher darauf einstellen können.

(Beifall bei der SPD.)

Eine letzte Bitte an Sie. Sie haben zu Beginn Ihrer Ausführungen gesagt, es sei für Sie im Augenblick sehr schwer, die europäischen Verhandlungen zum Gegenstand der Debatte zu machen. Das meine ich auch. Deswegen sollten Sie Minister Ertl nicht unnötig peinigen und ihm keine Fragen stellen, die er einfach nicht beantworten kann, weil die Entscheidungen erst am nächsten Montag oder Dienstag fallen. Wir sollten nichts tun, was das bisherige Ergebnis verschlechtern könnte.

(Zustimmung bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich im Telegrammstil, im Telexstil einige Bemerkungen zum **Agrarbericht** machen. Wir meinen, daß der (B) **Aussagewert** dieses Berichts — das wird auch von der Öffentlichkeit allgemein anerkannt — größer geworden ist. Er enthält keine Spekulationen und Verharmlosungen, und dabei ist auch keine Tünche verwendet worden, wie es in Ihren Kreisen schon vor der Drucklegung hieß. Ich meine, es ist ein solider Bericht, der sich mit seiner Aussage sehen lassen kann.

Auch die **Einbringungsrede** von Bundesminister Ertl zeigte die gebotene Nüchternheit. Sie war konzentriert auf die wesentlichen Punkte — verbunden natürlich mit einer Würdigung der agrarpolitischen Arbeit und der zukünftigen Maßnahmen —, und sie hat sogar die kritischen Punkte, Herr Kollege Früh, nicht ausgelassen. Dem können wir nichts hinzufügen. Ich möchte an dieser Stelle für meine Freunde dem Minister Ertl dafür Dank sagen, daß er so offen und so frei hier gesprochen hat.

Aus dem Agrarbericht wird noch für uns alle sichtbar, daß die agrarpolitischen Maßnahmen der letzten Jahre, auch in dem Jahre 1970/1971, bis heute weiterentwickelt worden sind, und zwar, wie ich meine, harmonisch weiterentwickelt worden sind. Dem Nachholbedarf agrarpolitischer Entscheidungen ist weitestgehend Rechnung getragen worden.

Das Ergebnis dieses Berichts war bereits im vergangenen Jahr zu erwarten und bringt also insoweit nichts Neues.

(Zuruf von der CDU/CSU: Nichts Gutes!)

Ich will das Ergebnis nicht bagatellisieren. Die unerfreuliche Gesamtrechnung ist zu sehen. Aber sie (C) ist auch kein Novum in der Agrarpolitik der letzten zehn Jahre, solange wir einen Grünen Bericht haben. Aber Sie weisen doch ständig darauf hin, daß es das einzige Mal in den letzten 15 Jahren sei, wo wir derartige Einkommensminderungen zu verzeichnen hätten. Herr Kollege Löffler hat es schon wiederholt angedeutet. Es gibt viele Zitate aus Ihren eigenen Reden, vom Kollegen Struve und von Herrn Bauknecht, über schwierige Situationen in den sechziger Jahren und auch vorher.

(Zurufe von der CDU/CSU.)

Im übrigen: für das Wirtschaftsjahr 1970/71 haben wir ja eine gleiche und ähnliche Tendenz auch bei unseren Nachbarländern. In Belgien haben wir sogar Einkommensminderungen bis zu 20 %.

(Abg. Stücklen: Das nützt doch dem deutschen Markt nichts!)

Ich frage Sie: Sieht sich unter diesem Gesichtspunkt nicht die Lage bei uns ganz anders an?

Wir wissen also — das ist das Gesamtergebnis —, daß die gesamtwirtschaftliche Entwicklung

(Abg. Stücklen: Die ist miserabel!)

und deren Bindungen sich immer deutlicher auf der Kostenseite niederschlagen und ebenso einkommenswirksam sind wie die Ernten und die Marktlage. In den beiden ersten Fällen kann der Landwirt nichts dazu; das geht ohne ihn ab. Aber was den Markt angeht — das möchte ich hier doppelt und dreifach unterstreichen —, da trägt die Landwirtschaft eine Mitverantwortung. Die kann ihr auch niemand abnehmen.

(D) Staatlicherseits, Herr Dr. Früh, ist in dem genannten Wirtschaftsjahr doch alles getan worden, was man überhaupt tun konnte. Die Interventionen sind maximal ausgeschöpft worden. Ich möchte Ihnen sagen: es gab und es gibt keine Möglichkeit — auch in Zukunft nicht —, die politische **Verantwortung für den Markt** zu verstärken. Ich fürchte das Gegenteil und rechne damit, daß im Rahmen der Zehnergemeinschaft die politische Verantwortung für den Markt zugunsten der Eigenverantwortung weiter abgebaut wird. Der Bundestag hat doch der Landwirtschaft zwei Instrumente für das Marktverhalten gegeben: das Absatzfondsgesetz und das Marktstrukturgesetz. Ich bin der Meinung — es ist für mich eine gewisse Enttäuschung, das sagen zu müssen —, daß die Landwirtschaft die Chancen des Marktstrukturgesetzes nicht genützt hat. Man kann doch das nicht länger hinnehmen, was von Jahr zu Jahr passiert: Wenn es gut geht, haben die landwirtschaftlichen Organisationen das Nötige getan; geht es schlecht, dann werden die Politik und die Regierung dafür verantwortlich gemacht.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Ich meine, aus diesen Gründen und gerade nach dem Ergebnis 1970/71 muß der Landwirtschaft mehr Verantwortung im Markt zugebilligt werden. Da helfen keine schönen Reden. Müssen denn erst Marktkatastrophen eintreten, Kollege Ritz,

(Abg. Dr. Ritz: Wir müssen erst gleiche Voraussetzungen in der EWG haben, Herr Kollege! Das ist das Problem!)

Dr. Schmidt (Gellersen)

— aber das gilt doch für unseren Raum! —, müssen denn erst Marktkatastrophen eintreten, um der Landwirtschaft und dem letzten Betrieb klarzumachen, daß in dem gegenwärtigen Run um die die Marktanteile sogar die Existenz insgesamt gefährdet ist? Gewiß, ich räume ein, wir haben auf vielen Teilmärkten den Verdrängungswettbewerb. Aber wie beseitigt man diesen Verdrängungswettbewerb?

(Abg. Dr. Ritz: Sicher nicht durch Aufwertung!)

Sicher nicht dadurch, daß man die Verantwortlichkeiten dafür allein der Regierung und der Politik zumutet. Auch die Landwirtschaft selbst muß ein Teil Verantwortung dafür übernehmen.

(Abg. Dr. Ritz: Nicht allein!)

— Herr Kollege Ritz, denken Sie nur an das berühmte Beispiel der Gemüsekonserven. Wir haben das untersuchen lassen. Folgendes war das Ergebnis. Ein Teil der Belastung stammt zwar aus der Aufwertung, aber nur ein Teil. Die größere Belastung entstand aus einer Konstruktion auf dem Weg vom Erzeuger bis zur Gemüsekonservenfabrik. Solange wir das nicht in den Griff bekommen — das ist Sache der Landwirtschaft selbst —, können wir über Verdrängungswettbewerb nicht klagen.

Meine Damen und Herren und Herr Bundesminister, mir scheint es an der Zeit, daß wir uns das Marktwesen in der Bundesrepublik insgesamt vornehmen und durchleuchten — es ist ja seit 20 Jahren fest eingefroren — und die Förderungsmaßnahmen dahin gehend überprüfen, damit wir, um es kurz zu sagen, zu neuen Ufern gelangen können. Ich will keine weiteren Einzelheiten zum Markt sagen.

Lassen Sie mich ein paar kurze Bemerkungen zur **Preispolitik** machen. In den letzten Wochen wurden Schauermärchen darüber erzählt, daß unser Preisniveau unter das des Jahres 1961/62 gerutscht ist.

(Abg. Dr. Ritz: Reicht das noch nicht?)

Es sind Schauermärchen; denn das heutige Preisgefüge, meine Kollegen von der Opposition, ist doch nicht nur das Ergebnis der letzten zwei Jahre, sondern es ist das Ergebnis der letzten eineinhalb Jahrzehnte. Da haben Sie doch mit entscheidende Verantwortung getragen.

(Beifall bei den Regierungsparteien. — Zurufe von der CDU/CSU: Die Kosten! — Ihre Inflationspolitik!)

Ich mache Ihnen aus gewissen Entscheidungen in Brüssel gar keinen Vorwurf.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das können Sie auch gar nicht!)

Das werde ich nie tun und habe ich auch in der Vergangenheit nicht getan. Aber wir wissen doch um die unterschiedliche Interessenlage bei unseren Partnerstaaten, die in der Zehnergemeinschaft noch viel stärker werden wird. Wir wissen doch um die eifrigen und konsequenten Bemühungen der Bundesregierung um die Veränderung im Preisgefüge; das alles können Sie doch nicht wegwischen. Ich bin überzeugt, daß wir auch am kommenden Montag/Dienstag vernünftige Lösungen erfahren werden.

Vizepräsident Dr. Jaeger: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Ritz? — Bitte.

Dr. Ritz (CDU/CSU): Herr Kollege Dr. Schmidt, wollen Sie, wenn Sie hier auf das Preisgefüge eingehen, nicht wenigstens einräumen, daß selbst die Sachverständigen zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in ihrem Jahresgutachten 1972 klipp und klar aussagen, daß die Erzeugerpreise im Wirtschaftsjahr 1970/71 um rund 8 % gesunken sind, während die Betriebsmittelpreise um 6 bis 8 % gestiegen sind? So steht das im Jahresgutachten unter der Ziffer 83.

Dr. Schmidt (Gellersen) (SPD): Wir haben diesen Tatbestand nicht geleugnet, er kommt auch im Agrarbericht im Gesamtergebnis deutlich zum Ausdruck. Aber Sie können doch nicht leugnen, daß sich Bundesminister Ertl, solange er im Amt ist, erstens bemüht hat, weitere Senkungen zu verhindern, und zweitens voriges Jahr in der Anhebung der Erzeugerpreise erfolgreich war. In diesem Jahr stehen wir wieder vor dem Problem, und ich bin überzeugt, er wird dabei erfolgreich sein.

(Beifall bei den Regierungsparteien — Zurufe von der CDU/CSU.)

Wir wissen aber auch — darin sind wir uns einig —, daß selbst diese Anhebung der Erzeugerpreise nur dann ihre dauerhafte Sicherung hat, wenn wir zu einer Wirtschafts- und Währungsunion kommen. Wenn das nicht geschieht, wird das Stückwerk bleiben, da sind wir uns einig.

(Zuruf von der CDU/CSU: Voraussetzung ist eine stabile Währung!)

Aber Sie wollen doch nicht leugnen, daß die Wirtschafts- und Finanzminister in der vorigen Woche mit der Einführung der ersten Stufe einen ganz entscheidenden Schritt getan haben. Gewiß: erst zum Juli dieses Jahres. Wir haben bisher nur Hoffnungen; wir sehen einen Silberstreifen am Horizont. Hoffentlich bleibt das so und wird keine Fata Morgana. Aber dieser ernsthafte Versuch ist von allen Partnern anerkannt worden. Es gibt keine Meinungsverschiedenheiten. Ich habe selbst in der Wirtschaftsdebatte keinen Versuch von Ihrer Seite gehört, dieses Ergebnis zu bagatellisieren.

Mit diesem Eintritt in die erste Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion wird nach meiner Ansicht auch die Agrarpolitik in der EWG eine andere Rolle haben. Es wird aber auch weitere Konsequenzen für die Produktion und für die Arbeitsteilung haben. Ich darf hinzufügen: es wird auch Konsequenzen für das Preisgefüge haben.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich angesichts der Zeit schnell noch eine dritte Bemerkung zur **Strukturpolitik** ganz allgemein machen. Sie ist heute Gott sei Dank ein entscheidender Bestandteil unserer Agrarpolitik überhaupt. Das war nicht

Dr. Schmidt (Gellersen)

immer so. Wir haben lange darum kämpfen müssen, vielleicht am Ende sogar gemeinsam kämpfen müssen. Der Rückgang um über 83 000 Betriebe, Kollege Früh, hat zwar Schlagzeilen gemacht. Sie haben es nicht gesagt; ich will es nur sagen. Ich halte ihn nicht für ein Krisengespenst, und ich halte diese Entwicklung auch nicht für außergewöhnlich, auch nicht für besorgniserregend. Denn selbst zu Höcherls Zeiten hat es in einem Jahr einmal einen Rückgang um fast 100 000 Betriebe gegeben. Gucken Sie in den Zahlen nach! Dieser Rückgang zeugt doch nur davon, daß das Bewußtsein der Menschen wach wird, daß landwirtschaftlichen Existenzen gewisse Grenzen gesetzt sind.

(Beifall bei der SPD.)

Dieser Prozeß der Veränderung wird sich verstärken, er wird weitergehen, und niemand, auch keiner in Ihren Reihen, wird ihn aufhalten können; vielleicht auch nicht wollen.

Ich meine — das ist meine persönliche Überzeugung —, wir werden erst dann von einer gesamtwirtschaftlich ausgewogenen agrarpolitischen Struktur reden können, wenn der Anteil der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft zwischen 4 und 5 % liegen wird. Das werden wir bald erreichen, auch ohne jeden politischen Eingriff. Das wird auch nicht dadurch aufzuhalten sein, daß man der Landwirtschaft neue Aufgaben — Umweltschutz, Landschaftspflege — zumutet.

Nun, meine Damen und Herren, über das künftige Bild der Landwirtschaft brauchen wir uns nicht zu unterhalten. Es wird sicher genauso bunt sein wie bisher. Es war für mich verblüffend, im Ausschuß bei der Generalaussprache zum Gesetz über die Krankenversicherung der Landwirte zu hören, daß Sie die Entwicklung im Grunde genommen genauso prognostizieren, wie ich es eben getan habe.

(Abg. Dr. Ritz: Es ist nur verwunderlich, daß Sie darüber verblüfft sind!)

— Ja, da war ich verblüfft; denn wir haben bisher immer etwas ganz anderes gehört.

(Abg. Dr. Ritz: Nur, wir ziehen daraus sozialpolitisch die richtigen Konsequenzen!)

Anläßlich einer zentralen Tagung über sozioökonomische Beratung in Bonn im Beisein des Bundesernährungsministers und des Bauernverbandspräsidenten Heereman habe ich meinen Standpunkt zu dieser Frage genauer umrissen und die Problematik aufgezeigt. Das möchte ich im Grunde genommen auch hier tun, damit es zu keinen Mißverständnissen kommt. Aber aus Zeitgründen darf ich mir erlauben, diesen Teil, den ich sogar ausgearbeitet habe, nachher zu Protokoll zu geben.

Zum Thema Struktur nun noch drei abschließende Bemerkungen. Herr Kollege Früh, Sie haben das **Förderungsprogramm** hier erwähnt, waren in der Beurteilung allerdings viel zahmer als früher. Ich erinnere mich nur an die verketzernden Bemerkungen gerade aus Ihren Reihen. Das ist jetzt alles in Wohlgefallen aufgelöst. Bei der Diskussion der Fortschreibung war sogar eine Atmosphäre der Gemeinsamkeit zu spüren. Ich kann Ihnen dazu nur meine Glückwünsche aussprechen. Ich meine, daß man gerade auch bei der Betrachtung des Kapitels „Fremd- und Eigenkapital" in diesem Agrarbericht daraus die Konsequenzen ziehen muß, so daß dieses Förderungsprogramm im Grunde genommen genau die richtige Lösung ist.

Ein Wort noch zu den überbetrieblichen Strukturmaßnahmen. Sie laufen bei uns seit fast zwei Jahrzehnten. Ich hielte es für an der Zeit, daß wir dabei einmal Zwischenbilanz ziehen, um zu sehen, was noch weitergehen muß, was man abbauen kann und was in Zukunft verstärkt werden muß. Um eine solche Zwischenbilanz werden wir uns sicher im Ausschuß gemeinsam bemühen.

Eine Bemerkung zur **EWG-Agrarstrukturpolitik.** Meine Damen und Herren, da haben wir sehr viele Pläne hinter uns. Sie liegen alle im Papierkorb. Anstelle maximaler Forderungen haben wir eine pragmatische Gangart mit einem Plafond eingeschaltet. Wie ich den Zeitungen entnehme, hat es über diesen Plafond ausführliche Diskussionen gegeben. Ich hoffe nur, daß es dabei bleibt, denn unsere grundsätzliche Haltung zur EWG-Agrarstrukturpolitik hat sich nicht geändert. Wir möchten meinen, daß auch die Regierung diesen Standpunkt beibehält.

Nun noch drei Sätze zu einem weiteren Komplex, zur **Sozialpolitik.** Sie gehört neben der Markt-, der Preis- und der Strukturpolitik zu den wichtigsten Kapiteln. Die Sozialpolitik hat es schwer gehabt, Eingang in die Agrarpolitik zu finden. Wir haben uns 15 Jahre lang ununterbrochen darum bemüht, und das Jahr 1972 dürfte einen Höhepunkt in den agrarsozialen Entscheidungen bringen. Wir meinen, daß damit die Sozialpolitik endgültig ein voll- und gleichwertiges Instrument der Agrarpolitik geworden ist. Wir zeigen darüber tiefste Genugtuung.

Lassen Sie mich zum Schluß kommen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das ist gut!)

Ich habe bewußt in meinen kurzen Darlegungen

(Zuruf von der CDU/CSU: Nichts gesagt!)

die in dieser Regierungszeit erreichte politische Gleichwertigkeit der vier Säulen hervorgehoben. Damit ist keine Wunderwaffe entstanden, aber diese gesetzliche und politische Gleichwertigkeit bietet die beste Gewähr dafür, daß erstens die Entwicklung in der Landwirtschaft pragmatisch weiterverläuft und daß zweitens die Spannungen und Krisen vermindert werden. Und, Herr Kollege Früh, sie bietet auch Gewähr dafür, daß die negativen Auslesen in unserem Nachwuchs vermieden werden.

Ich gebe zu, daß diese vier Kriterien in jedem Lande der EWG verschieden beurteilt werden. Dies ist auch die Ursache dafür, daß wir in der Agrarpolitik bis heute viel Krampf fabriziert haben.

(Abg. Wehner: Sehr wahr!)

Hier liegt auch der Grund dafür, daß viele der — so möchte ich sagen — die Zukunft belastenden Ungereimtheiten entstanden sind, die nur mit sehr viel Mühe bereinigt werden können. Der Kollege Ertl hat in diesen zwei Jahren den Geschmack da-

Dr. Schmidt (Gellersen)

(A) für bekommen, wie viele Ungereimtheiten hier in Zukunft zu beseitigen sind.

(Zustimmung des Abg. Wehner.)

Wir wissen, daß der Handlungsspielraum für uns eingeengt ist. In der Zehnergemeinschaft wird die Zahl der offenen Fragen für die Landwirtschaft nicht kleiner, sondern wahrscheinlich größer werden.

(Zuruf von der CDU/CSU: Ja!)

Aber lassen Sie mich abschließend sagen: Landwirtschaft hat es immer gegeben und wird es auch und gerade in unserem Lande immer geben. Sie steht zur Zeit — seit Jahren — vor großen Problemen, vielleicht vor den größten Probleme seit der Jahrhundertwende. Aber ihre Lage wird ja von allen übrigen Gesellschaftsgruppen gewürdigt, und insoweit steht sie also nicht auf verlorenem Posten, Herr Kollege Früh. Aber den Standort der Landwirtschaft in dieser Gesellschaft bestimmt nicht die Politik, sondern diesen Standort bestimmt die Landwirtschaft selber. Darüber sollten wir uns klar sein. Und dazu, daß die Landwirtschaft das erkennt, meine Damen und Herren, sollten wir alle beitragen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Vizepräsident Dr. Jaeger: Herr Abgeordneter Schmidt (Gellersen), seit zwei Jahren werden hier keine Reden mehr zu Protokoll genommen.

(Zurufe von der CDU/CSU.)

(B) Das kann ich also leider nicht akzeptieren.

(Abg. Wehner: Das hat er gesagt, weil Sie ihn immer „Herr Kriedemann" genannt haben! — Heiterkeit bei der SPD.)

— Einmal! — Entschuldigen Sie, Herr Kollege.

Bitte, Herr Abgeordneter Gallus!

Gallus (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Ausführungen des Herrn Kollegen Dr. Früh habe ich persönlich — es wird manchem hier im Saal so gegangen sein — als einen groß angelegten Versuch der Opposition betrachtet, sich auf leisen Socken aus der EWG-Verantwortung zu schleichen.

(Oh-Rufe bei der CDU/CSU.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, hier kann doch heute morgen niemand sagen, er wisse eigentlich nicht, was in Brüssel geschehen sei. Wenn in **Brüssel** in den letzten Tagen Negatives geschehen wäre, hätte es die Opposition gewußt.

(Sehr richtig! bei der FDP.)

Nachdem aber heute morgen in der „Frankfurter Allgemeinen" zu lesen steht „Beachtlicher Erfolg Ertls beim Agrar-Marathon in Brüssel", hat man so getan, als wüßte man das nicht.

(Beifall bei den Regierungsparteien. — Abg. Dr. Apel: Die lesen doch nur die Bildzeitung!)

(C) Ich glaube, das muß hier zunächst einmal festgestellt werden.

(Abg. Dr. Reinhard: Lesen Sie doch einmal das Protokoll nach!)

Der Agrarbericht 1972 der Bundesregierung über das Wirtschaftsjahr 1970/71 liegt vor und wurde von Bundesminister Ertl am 2. März in diesem Hohen Hause eingebracht.

Vizepräsident Dr. Jaeger: Herr Abgeordneter Gallus, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Bewerunge?

Gallus (FDP): Nein, meine Zeit ist viel zu knapp, als daß ich etwas davon verschenken könnte.

(Zurufe von der CDU/CSU.)

Vizepräsident Dr. Jaeger: Herr Abgeordneter Gallus, für Sie sind 45 Minuten Redezeit angemeldet. Ich gebe Ihnen natürlich einen Zuschlag, wenn Zwischenfragen gestellt werden.

Gallus (FDP): Herr Präsident, ich werde mich bemühen, in weniger als 45 Minuten fertig zu sein.

Vizepräsident Dr. Jaeger: Ich danke Ihnen für diese Bemühungen.

Gallus (FDP): Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Agrarbericht hat für die deutsche Landwirtschaft wenig Erfreuliches aufzuweisen. Das wird von mir unumwunden zugegeben. Die Disparität zu vergleichbaren Berufen ist stark gestiegen, (D) der Strukturwandel hat sich verstärkt. Die Stellungnahme des **Deutschen Bauernverbandes** beginnt mit dem für die Bundesregierung sehr harten Satz:

> Der Agrarbericht 1972 beweist, daß die Bundesregierung ihr agrarpolitisches Ziel, die volle Beteiligung der Landwirtschaft an der allgemeinen Einkommens- und Wohlstandsentwicklung, nicht erreicht hat.

Es hätte dabei der berufsständischen Vertretung gut angestanden, zu sagen: „bis jetzt" nicht erreicht.

(Lachen und Zurufe von der CDU/CSU.)

Dieser Bericht macht nämlich nur Aussagen über ein Wirtschaftsjahr. Das darf ich doch hier einmal in aller Sachlichkeit feststellen. Schon nachdem die erste Hälfte des Wirtschaftsjahres 1970/71 vorüber war, hat es an Hochrechnungen und Vorausschauen nicht gefehlt, um das schlechte Ergebnis vorwegzunehmen und in die agrarpolitische Auseinandersetzung einzubringen.

(Abg. Dr. Ritz: Das war vor allem, um konkrete Maßnahmen vorzuschlagen!)

Die Lust zu Hochrechnungen für das neue Wirtschaftsjahr 1971/72 scheint allerdings bei den Länderagrarministern der CDU nicht im gleichen Maße vorhanden zu sein wie im vergangenen Jahr.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sie wollen doch auch Minister werden! — Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Um Gottes willen! — Heiterkeit bei der CDU/CSU.)

Gallus

(A) Für die deutsche Landwirtschaft muß das der untrügliche Beweis dafür sein, daß die Opposition hier und anderswo die Schwierigkeiten

(Zurufe von der CDU/CSU: Der letzte Mohikaner! Der Sterndeuter!)

im agrarischen Bereich gern hochspielt, jedoch selbst kein besseres Konzept anzubieten hat, um in dem schwierigen Stadium der EWG-Anpassung einen gangbaren Weg für die deutsche Landwirtschaft aufweisen zu können.

(Zuruf von der CDU/CSU: Wir sind nicht im Wahlkampf von Baden-Württemberg!)

Ich wiederhole, was ich vor einem Jahr gesagt habe. Wer bei der Verabschiedung der EWG-Verträge geglaubt hat, in der Zukunft würde sich alles ohne Probleme vollziehen, der ist im Halbschlaf in die EWG hineingetaumelt. Wo waren denn die Agrarminister der CDU, als es galt, beim Aufbau der EWG die Interessen der deutschen Landwirtschaft zu wahren?

(Abg. Stücklen: Ihr wollt ja alles besser machen!)

Es darf wohl immer noch festgestellt werden, daß der traurigste Markstein auf dem Marsch in die EWG der Beschluß von Anfang Dezember 1964 war, den Getreidepreis von 475 auf 425 DM pro Tonne Weichweizen zu senken.

(Sehr wahr! bei der SPD. — Zurufe von der CDU/CSU.)

(B) Das war für den damaligen CDU-Wirtschaftsminister Schmücker der schönste Tag seines Lebens.

(Oh-Rufe bei der CDU/CSU. — Abg. Dr. Ritz: Das glaubt Ihnen auch der letzte Hinterbänkler nicht! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU.)

Der Deutsche Bauernverband hatte zu diesem Zeitpunkt vom damaligen Bundeskanzler Erhard das Versprechen des vollen Ausgleichs für die deutsche Landwirtschaft erhalten. Aber dieses Versprechen wurde nie eingelöst.

(Beifall bei den Regierungsparteien. — Zurufe von der CDU/CSU.)

Der Beschluß vom Dezember 1964 wurde ab 1. Januar 1967 wirksam, und der Erzeugerpreisindex beweist es. Wenn wir das Jahr 1966 gleich 100 setzen, haben wir 1967 92,9, 1968 92,7, 1969 98,9 und 1970 97,9.

Wie schwer es ist, in Brüssel Preiszugeständnisse mit den übrigen Partnern auszuhandeln,

(Abg. Dr. Reinhard: Haben Sie erst jetzt erkannt!)

das haben die letztjährigen Preisverhandlungen ebenso bewiesen wie die diesjährigen. Unser Bundeslandwirtschaftsminister Ertl hat zum erstenmal als Agrarminister der Bundesrepublik die Interessen der deutschen Landwirtschaft in Brüssel wirkungsvoll vertreten.

(Beifall bei den Regierungsparteien. — Abg. Dr. Ritz: Das ist doch eine Unverschämtheit, so etwas hier zu sagen! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU.)

(C) Durch die vorgezogene, einseitige Integration des Agrarmarktes,

(Abg. Dr. Früh meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Vizepräsident Dr. Jaeger: Herr Abgeordneter Früh, der Abgeordnete Gallus gibt nicht die Erlaubnis zu Zwischenfragen. Das ist sein Recht. Ich habe darüber nicht zu verfügen.

Gallus (FDP): . . ., die bewußt betrieben wurde, sind die Probleme der EWG agrarpolitisch erst entstanden. Der Grüne Dollar und keine gemeinsame Währung lassen durchaus Zweifel als berechtigt erscheinen, ob das Gesamtsystem, das geschaffen wurde, für die Zukunft tragfähig ist, wenn eine gemeinsame Währung ausbleibt. Wir haben aber die Hoffnung, daß es dieser Regierung gelingen wird, eine gemeinsame Wirtschafts- und Währungsunion voranzutreiben.

(Lachen bei der CDU/CSU. — Abg. Dr. Früh: Da müssen Sie sich aber beeilen! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU.)

— Wir haben dafür Beweise nicht nur auf Grund der Konferenz von Den Haag, sondern auch auf Grund der jüngsten Beschlüsse in Brüssel und der derzeitigen Haltung Frankreichs, die, wenn ich die Dinge richtig sehe, eine ganz andere ist als zu der Zeit, als Ihre Minister mit Herrn de Gaulle verhandeln mußten.

(Abg. Dr. Früh: Das ist doch nicht Ihr Verdienst!) (D)

In diesem Zusammenhang ein Wort zur letzten nationalen Möglichkeit, zur Anhebung des **Trinkmilchpreises** am 1. Februar 1971. Die vom Bundeslandwirtschaftsminister Ertl verfügte Verordnung hat sich positiv auf den Milchauszahlungspreis ausgewirkt.

(Abg. Dr. Reinhard: Und das Gesamtergebnis, Herr Gallus?)

Im Schnitt — das kommt im nächsten Grünen Bericht 1971/72 zum Ausdruck — sind 1971 die Milchauszahlungspreise — ich habe mir die Zahlen der einzelnen Länder geben lassen — um 3,2 Pfennig gestiegen. Es gibt aber auch Länder, in denen der Anstieg erheblich höher ist. Dazu zählen auch weite Gebiete von Baden-Württemberg.

(Zuruf des Abg. Dr. Früh. — Gegenruf des Abg. Wehner.)

— Ich rede keine Stunde, Herr Kollege Früh; ich will hier Zeit sparen. Ich sage Ihnen aber eines — das müssen Sie sich sagen lassen —: Der CDU/CSU-Opposition blieb es vorbehalten, durch einen ihrer Abgeordneten die Bundesregierung zu fragen, was diese unternehmen würde, um den Anstieg des Trinkmilchpreises zu verhindern.

Als eine der herausragendsten Zahlen im Agrarbericht 1972 muß richtigerweise die Zahl der 83 000 ausgeschiedenen Betriebe gesehen werden. Es ist zu fragen, ob dies schädlich ist. Nüchtern analysiert waren es 68 000 Betriebe der Zu- und Nebenerwerbs-

Gallus

(A) landwirtschaft, die aufgegeben haben und andererseits dazu beitrugen, daß die Vollerwerbsbetriebe zugenommen haben.

Es darf als bekannt vorausgesetzt werden, was die CDU/CSU in ihrem Entwurf eines Gesetzes zur Nachversicherung landwirtschaftlicher Unternehmer in der gesetzlichen Rentenversicherung — Drucksache VI/438 — zur Begründung ausgeführt hat. In dieser Drucksache heißt es — ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten —:

> Dieser Vorschlag beruht auf der Erwägung, daß der Strukturwandel der deutschen Landwirtschaft in den letzten Jahren aus gesamtwirtschaftlichen Überlegungen — vor allem durch die vorzeitige Verwirklichung des gemeinsamen Agrarmarktes — ausgelöst worden und im Interesse des weiteren Wachstums der industriell-gewerblichen Wirtschaft zu beschleunigen ist.

Ich will nicht sagen, daß dies die Agrarier der CDU/CSU formuliert haben. Ich darf aber doch wohl annehmen, daß die ganze Fraktion der Opposition hinter diesem Antrag stand, und ich muß annehmen, daß die Agrarier der CDU/CSU das gelesen haben.

Nun ist die Frage aufzuwerfen: Wo liegen die **Gründe für die schlechte Ertragslage 1970/71?**

Es ist hier bereits von Herrn Kollegen Schmidt (Gellersen) davon gesprochen worden, daß sich der **Schweinezyklus** über ein Dreivierteljahr negativ auf das Gesamtergebnis ausgewirkt hat. Ich sage (B) Ihnen, es war nicht so, daß im Zusammenhang mit der Ostpolitik die Preise für uns schlechter waren, sondern wir sind dadurch, daß wir die Exporte an Schweinen in Drittländern von 1970 auf 1971 von 2400 t auf 28 200 t — vornehmlich in die Ostblockstaaten — erhöht haben, verhältnismäßig günstig über diese ganze Situation hinweggekommen.

(Beifall bei den Regierungsparteien. — Zuruf des Abg. Dr. Früh.)

Ich sage das hier in aller Deutlichkeit gegenüber dem, was Sie draußen dem Volk erzählen.

Die Bundesregierung hat durch Erhöhung der Abschöpfungen, Erhöhung der Exporterstattungen, Lagerbeihilfen, Werbung und dergleichen einiges beigetragen.

Die **geringere Getreideernte** in diesem Berichtsjahr war eine Tatsache, für die man keine Regierung verantwortlich machen kann, höchstens den Herrgott. Und ich nehme an, daß Sie vielleicht bessere Beziehungen dorthin haben.

(Oho-Rufe und Heiterkeit bei der CDU/CSU. — Zuruf von der CDU/CSU: Haben Sie keine Beziehung?)

Wir jedenfalls müssen uns mit den Realitäten auseinandersetzen. Die Kostenentwicklung wird von uns nicht bestritten.

(Abg. Dr. Früh: Gut!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren Kollegen der Opposition, was die **Verlagerung der Warenströme in der EWG** auf Grund der Aufwertung betrifft, stimmen Ihre Aussagen überhaupt (C) nicht. Tatsache ist vielmehr, daß die Zufuhren aus der EWG in die Bundesrepublik Deutschland 1970 gegenüber 1969 um 5 %, die Zufuhren aus der Bundesrepublik Deutschland in die EWG in dem gleichen Zeitraum um 11 % gestiegen sind. Im ersten Halbjahr 1971 haben wir gegenüber dem ersten Halbjahr 1970 aus der EWG in die Bundesrepublik Deutschland ein Plus von 15 % und aus der Bundesrepublik in die EWG ein Plus von 19 %.

(Zuruf von der CDU/CSU: In Prozenten ist das leicht zu sagen! — Prozente wovon?)

Ich glaube, Sie müssen in diesem Zusammenhang einmal anerkennen — ob Sie es wahrhaben wollen oder nicht —, daß der **Agrarexport** in einem nie dagewesenen Ausmaß gestiegen ist.

(Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Und trotzdem haben wir ein solches Minus!)

Dabei möchte ich die Arbeit der CMA durchaus positiv bewerten, soweit nicht mit Bauern- und Staatsgeldern großzügigst umgegangen wurde. Schade, daß Herr Kollege Klinker nicht da ist.

(Anhaltende Zurufe von der CDU/CSU.)

Es wird angesichts dieser Gesamtsituation der Opposition nicht gelingen, Bundesminister Ertl zum Sündenbock **agrarpolitischer Versäumnisse der CDU/CSU** zu machen.

(Beifall bei den Regierungsparteien. — Abg. Dr. Früh: Herr Gallus, hier ist keine (D) Bauernversammlung! — Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Er hat jahrelang mitregiert!)

Ertl hat nicht nur in Brüssel um bessere Preise gekämpft, er hat auch auf nationaler Ebene bei seinem Amtsantritt die Haushaltsansätze des Einzelplans 10 im Jahre 1970 gegenüber der langjährigen mittelfristigen Finanzplanung von Franz Josef Strauß um rund 500 Millionen DM aufstocken können.

(Oho-Rufe von der CDU/CSU.)

Ja, ich muß sagen — wenn es Ihnen auch nicht gefällt —, die Aussichten für die deutsche Landwirtschaft unter einem künftigen Finanzminister Franz Josef Strauß wären schrecklich.

(Beifall bei den Regierungsparteien. — Lachen bei der CDU/CSU. — Zuruf des Abg. Strauß.)

Der Versuch der Opposition, den letzten Haushalt pauschal zu kürzen, hätte in erster Linie eine Gefahr für den Agrarhaushalt bedeutet.

Franz Josef Strauß hat nämlich 1967 und 1968 gezeigt, wo er mit dem Rotstift ansetzen würde, nämlich zuerst bei der Landwirtschaft. Diese Regierung hat im Haushalt 1971 alle verfügbaren Reserven des Einzelplans 10 der Landwirtschaft zugute kommen lassen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das habt ihr doch bestritten!)

(A)

Nun komme ich zu den 480 Millionen DM. Herr Kollege Früh, auch der Staat kann als guter Haushalter das Geld nur einmal ausgeben.

(Abg. Dr. Barzel: Sagen Sie das mal Herrn Schiller! — Heiterkeit bei der CDU/CSU.)

— Sie können doch nicht glaubhaft machen, wir hätten nicht gewußt, daß in diesem Haushalt noch Mittel sind. Wir haben sie aber zu dem Zeitpunkt ausgegeben, von dem wir glaubten, daß es für die Landwirtschaft vernünftig war. Wir haben im letzten Jahr insgesamt sogar 680 Millionen DM ausgegeben. Der Unfallversicherung sind 160 Millionen DM zugewiesen worden, und in diesem Jahr brauchen die Unfallversicherungen nicht etwa auf ihre Rücklagen zurückzugreifen, sondern sie können ihre Aufwendungen aus den Betriebsmitteln decken, die zu 50 % durch die Zuschüsse von seiten des Bundes angesammelt werden konnten. Auch das darf in diesem Zusammenhang einmal gesagt werden.

Ich stelle mir die Frage: Hätte die Opposition mehr getan? Darauf kann jeder neutrale Beobachter nur nein sagen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Man kann vielmehr sagen — jetzt müssen Sie gut hinhören —:

(Lachen bei der CDU/CSU)

Die Haltung von Strauß bei der mittelfristigen Finanzplanung, die Anfrage bei der Trinkmilchpreiserhöhung, die Begründung des Nachzahlungsantrags zur Rentenversicherung,

(B)

(Abg. Dr. Barzel: Damals war das Geld mehr wert!)

die Haltung einiger CDU-Abgeordneter im Finanzausschuß bei der Schaffung des § 2 a im Einkommensteueränderungsgesetz wegen der Verlustübertragung bei der gewerblichen Veredelung sind für mich der schlagende Beweis, wie wenig eine von der CDU geführte Regierung bereit wäre, der Landwirtschaft zu helfen.

(Beifall bei der FDP.)

Für uns gilt es aber, in die Zukunft zu schauen. Zwei wichtige Änderungen im agrarsozialen Bereich liegen vor, als erstes die Einführung der **berufsständischen Krankenkasse.** Sie geben doch zu, daß die CDU/CSU sich hier völlig vergaloppiert hat.

(Abg. Dr. Früh: Das wird sich noch zeigen!)

Ich nehme an, die Zustimmung der Opposition zu diesem Gesetz ist gesichert. Die Übernahme der alten Last durch die Regierung bedeutet, daß unsere bäuerlichen Rentenempfänger keinen Beitrag zur Krankenversicherung mehr zu zahlen brauchen, jedoch voll versichert sind. Die Beiträge der Aktiven können vernünftig gestaltet werden. Die Stellungnahmen des Bundesverbandes der AOK und anderer Verbände, daß man ihnen das gute Versicherungsrisiko abnehme, müssen dem letzten vollends die Augen öffnen, daß diese Bundesregierung mit der berufsständischen Krankenkasse richtig liegt. Die Tatsache, daß wir uns dabei einmal auf einer Linie mit dem Deutschen Bauernverband befinden, bedauert die Opposition, und nur deshalb ist sie dagegen.

(C)

(Abg. Dr. Früh: Und Sie nur deshalb dafür! — Abg. Niegel: Wir sprechen uns nach zwei Jahren wieder! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU.)

Ab 1. September dieses Jahres wird das **Altersgeld auf 240 DM angehoben,** ein Jahr früher, als es die von der CDU geführten Regierungen früher getan haben. Altersgelderhöhungen gab es bei Ihnen immer erst wenige Monate vor der Bundestagswahl,

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

damit die Bauern am Wahltag wußten, wem zu danken sei.

Ich muß nun auch ein Wort dazu sagen, daß ich im letzten Jahr einen CDU/CSU-Antrag auf Erhöhung des Altersgeldes abgelehnt habe. Das gehört genau in das Kapitel, Herr Dr. Früh, wo die 480 Millionen DM entweder den Bauern direkt gegeben werden konnten oder zur Erhöhung des Altersgeldes dienen konnten. Selbst der Deutsche Bauernverband hat zu diesem Zeitpunkt verlangt, das Geld direkt auszuzahlen. Auch hier gilt: Man kann das Geld nur einmal geben. Es wäre ehrlich, wenn Sie das den Bauern sagten.

(Beifall bei den Regierungsparteien. — Abg. Dr. Reinhard: Sie haben zuerst gesagt, Sie hätten das Geld nicht! Sie haben behauptet, das Geld sei nicht da! — Weitere lebhafte Zurufe von der CDU/CSU. — Abg. Wehner [zur CDU/CSU]: Sie müssen mal Ihre Finger und Ihre Zwischenrufe sortieren!)

(D)

Vizepräsident Dr. Jaeger: Ich bitte um etwas mehr Ruhe.

Gallus (FDP): Meine Damen und Herren, wenn die vorliegenden Gesetzentwürfe die Zustimmung des Parlaments gefunden haben, hat diese Regierung agrasozialpolitisch mehr geleistet als jede andere Regierung zuvor.

(Abg. Dr. Früh: Auf Kosten der Bauern!)

In der Zukunft werden die agrarsozialen Leistungen stark ansteigen. 1970 hatten wir 865 Millionen DM, 1973 werden es 2,1 Milliarden DM und 1975 2,4 Milliarden DM sein.

(Abg. Dr. Reinhard: Und woher nehmen Sie das Geld?)

— Ich komme schon darauf, keine Sorge! Die Frage des Verlustausgleichs — da können wir uns einig sein — machen wir zum Wahlkampfthema der Bundestagswahl 1973.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Der Agrarbericht 1972 macht zum erstenmal auch Aussagen über die Neben- und Zuerwerbslandwirtschaft, die ich, weil die Grenzen dort fließend sind, unter dem Begriff **Teilzeitlandwirtschaft** zusammenfassen möchte. Die Aussagen zu diesem Bereich der Landwirtschaft werden von uns begrüßt. Sie stellen

Gallus

(A) keinen Versuch dar, dadurch die Gesamtlage der Landwirtschaft zu verschönern.

(Abg. Dr. Früh: Da gibt es nichts zu verschönern!)

Teilzeitlandwirtschaft ist aber eine Realität, und die derzeit laufende Landwirtschaftszählung wird die echte Lage hinsichtlich des Anteils der verschiedenen Gruppen in unserer Landwirtschaft offenlegen. Dies wird in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich sein, und manchem werden nach dieser Zählung die Augen aufgehen.

Teilzeitlandwirtschaft ist in meinen Augen keine Konkurrenz zum Vollerwerbsbetrieb. Sie wird in vielen Gegenden in Kooperation mit industrieller Tätigkeit die einzige Möglichkeit sein, die vielseitigen Probleme des flachen Landes zu meistern.

(Abg. Dr. Früh: Herr Gallus, haben Sie zugelernt?)

— Herr Dr. Früh, von Ihnen brauche ich in dieser Beziehung deshalb nichts zu lernen, weil ich schon zu einem Zeitpunkt Vorsitzender des Ausschusses für Nebenerwerbslandwirtschaft des Bauernverbandes Württemberg-Baden war, als Sie an diese Dinge noch gar nicht gedacht haben.

(Heiterkeit.)

In der **Agrarstrukturpolitik** wurde ein Neuanfang durch das **Ertl-Programm** gemacht. Dabei gilt wie überall: Aller Anfang ist schwer. Aber eines ist richtig. Die Richtung stimmt beim Ertl-Programm.

(Zurufe und Lachen bei der CDU/CSU.)

(B) In der Tat gibt es dazu keine Alternative. Es gibt keine Alternative.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das gibt es überhaupt nicht — keine Alternative!)

Es gibt nur einmal einen Streit darüber, ob nicht die CDU für sich in Anspruch nehmen will, es Höcherl-Programm zu nennen, weil ja die Anfänge auf die Zeit Ihres Landwirtschaftsministers Höcherl zurückgehen.

(Abg. Dr. Früh: Dessen schämen wir uns nicht!)

Das wird doch von uns gar nicht bestritten. Sagen Sie doch den Bauern, daß man insgesamt mit der Agrarstrukturpolitik am Ende war. Das müssen Sie den Bauern einmal sagen.

(Abg. Dr. Früh: Und dann kamen Sie!)

Nun hat unser Herr Bundesminister Ertl schon bei der Ingangsetzung am 1. Juli 1971 seine Bereitschaft erklärt, dieses Programm zu verbessern, sobald man sieht, wie es in den einzelnen Ländern anläuft.

Dieses Programm — das wissen Sie genausogut wie ich — geht ab 1. Januar 1973 in die Gemeinschaftsaufgabe der Länder ein. Die Bundesregierung verfährt genau richtig, wenn sie jetzt schon die Länder voll in die Beratungen dieses Programms einbezieht. Wenn aber bei einer der Sitzungen während der Grünen Woche in Berlin ein Landesagrarminister der CDU — und ich kann den Namen hier nennen: Dr. Brünner — erklärt hat, daß er wohl wisse, wie dieses Programm zu ändern wäre, auch in (C) bezug auf Baden-Württemberg, er aber wegen des Wahlkampfs in Baden-Württemberg geschwiegen hat — in bezug auf seine angeblichen Verbesserungsvorschläge —, so ist das ein schlechter Stil der Zusammenarbeit zwischen Ländern und Bund.

(Abg. Bewerunge: Das müßte man doch auf die Wahrheit überprüfen! Was Sie erzählen, das glauben Sie doch selbst nicht! Schämen Sie sich, so mit der Wahrheit umzuspringen!)

Nun, wir haben jetzt schon, nachdem dieses Programm ein halbes Jahr läuft, von seiten der Bundesregierung Initiativen ergriffen, um dieses Programm zu verbessern. Eine flexible Handhabung der Förderschwelle — 20 % Anrechnung des Verdienstes außerhalb der Landwirtschaft — wird in den schwierigen Gebieten mit höherem Grünlandanteil die Schwelle auf rund 16 000 DM bringen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das ist doch zu wenig!)

Für **Aussiedlung** und Teilaussiedlung stehen Beihilfen mit 60 000 bzw. 42 000 DM zur Verfügung, und die Übergangskredite werden auf 30 000 bzw. 35 000 DM angehoben. Wir wissen schon, was wir tun, wenn wir diese Dinge gemacht haben. Sie sagen, das ist zuwenig. Und ich sage Ihnen: Die Dinge sind sehr unterschiedlich in der Bundesrepublik. Man kann kein Bundesagrarprogramm nur für das Land Baden-Württemberg machen. Das Land Baden-Württemberg muß dann von sich aus zusätzlich (D) Leistungen erbringen, auch finanzieller Art.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Nun noch etwas. Bei diesen Verbesserungen ist auch vorgesehen, das **förderungsfähige Gesamtvolumen der Investitionen** von 600 000 auf 1 Million DM heraufzusetzen. Ich bezweifle — ich sage das ganz offen —, ob das richtig ist, solange nicht eine Lösung auf EWG-Ebene gefunden ist, die **Veredelungsproduktion** in irgendeiner Form an die Bodenproduktion zu binden. Es besteht nämlich die Gefahr, daß die Landwirtschaft immer mehr ihr eigener Konkurrent wird. Das brauche ich nicht zu sagen in bezug auf die süddeutsche Landwirtschaft, das muß ich sagen in bezug auf die norddeutsche Landwirtschaft, wo einige Großunternehmer spielen wollen.

(Abg. Dr. Früh: Und auf die italienische!)

Diese Debatte darf nicht vorübergehen, ohne daß auch die Frage des **bäuerlichen Eigentums** und seiner Zukunftssicherung angesprochen wird. Bei der Verabschiedung des Städtebauförderungsgesetzes und des Zweiten Einkommensteueränderungsgesetzes sind Entschädigung und Besteuerung landwirtschaftlichen Vermögens an Grund und Boden vernünftig gelöst worden. Auch die Opposition hat diese Lösungen begrüßt. Ich frage mich nur, was der Vorwurf draußen bezwecken soll, „das Eigentum sei in Gefahr". Die CDU vergißt — wie immer — den Beschluß ihres eigenen Landesverbandes Hamburg auf Kommunalisierung von Grund und Boden.

Gallus

(A) Wer im Glashaus sitzt, soll doch nicht mit Steinen werfen.

(Abg. Dr. Reinhard: Haben Sie schon einmal was von Jungdemokraten gehört?)

Diese Regierung hat eine klare Konzeption in der Agrarpolitik.

(Zuruf von der CDU/CSU: Nicht die Jungdemokraten!)

— Da gibt es solche und solche — wie bei der Jungen Union.

(Heiterkeit und Beifall bei den Regierungsparteien.)

Die Bundesregierung ist dabei, der deutschen Landwirtschaft in der EWG den Platz zurückzuerobern, der ihr zusteht. Das kann auch das schlechte Wirtschaftsjahr 1970/71 nicht verschleiern.

(Zuruf von der CDU/CSU: Und der Herr Bangemann?)

— Der ist bereits längst vernünftig geworden.

(Lachen bei der CDU/CSU.)

— Wollen Sie denn jemandem politisch verwehren, daß er jeden Tag klüger wird? Das hat doch schon Adenauer gesagt.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Schon im nächsten Jahr werden die positiven Auswirkungen unserer Agrarpolitik sichtbar werden.

(Abg. Stücklen: Immer diese Versprechungen!)

(B) Für uns, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, ist aber dieser Agrarbericht Grund genug, einige **Vorschläge für die künftige Agrarpolitik** an die Regierung zu richten.

(Abg. Niegel: An welche Regierung?)

— An unsere Regierung. Das mache ich selbst, weil der Herr Kollege Früh von der Opposition das nicht getan hat. Sehen Sie, da setzen wir uns ganz deutlich von Ihnen ab, weil Sie nämlich immer nur kritisieren, aber keine Vorschläge machen.

(Abg. Bewerunge: Und Sie reden von Gemälden! — Zuruf von der CDU/CSU: Ist Ihre Regierung so schlecht?)

— Nein, die ist gut; ich will sie aber noch besser machen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Erstens. Neben dem Kampf um Preisverbesserungen in der EWG muß die Bundesregierung bei der Kommission in Brüssel einen Kontrollausschuß gegen Wettbewerbsverzerrungen im Agrar- und Ernährungsbereich verlangen.

(Ab. Dr. Früh: Das haben Sie schon immer gefordert, und was ist da inzwischen geschehen?)

Zweitens. Auf EWG-Ebene muß die Bindung der Veredelungsproduktion an den Boden eingeführt werden.

Drittens. Die Erzeugergemeinschaften im Bereich der Schweineproduktion müssen schneller ausgebaut (C) werden, um auf diesem Wege in der EWG zu einer Mengenregulierung zu kommen, und ich fordere die Opposition auf, die ja die Mengenregulierung in ihrem Agrarprogramm gestrichen hat, diese wieder hereinzunehmen.

Viertens. Bei der EWG ist der Versuch zu unternehmen, zu erreichen, daß Strukturmittel der EWG nicht dazu führen, die Agrarüberschüsse Europas zu vergrößern. Es ist besser, in Italien Fabriken zu bauen, als die Agrarproduktion dort anzukurbeln.

Fünftens. Bevor das Ertl-Programm Gemeinschaftsaufgabe wird, sollte der Versuch unternommen werden, auch die Hofübergabe in Gemeinschaft mit den Ländern in die Förderung einzubeziehen.

Sechstens. Kooperationen in der Teilzeitlandwirtschaft bei Rindern und Schafen sollten nach meiner Auffassung mitgefördert werden.

Siebentens. In der Teilzeitlandwirtschaft sind Modellbetriebe mit extensiver Bewirtschaftungsweise zu schaffen.

Achtens. Im Zusammenhang mit der künftigen Gesetzgebung auf dem Gebiete des Landschaftsschutzes und der Landschaftspflege ist mit den Ländern zu klären, in welchen abgegrenzten Gebieten Flächenzuschüsse gegeben werden können, ohne die nach meiner Auffassung in diesen abgegrenzten Mittelgebirgslagen keine zukunftsträchtige Landwirtschaft mehr möglich ist.

Neuntens. Schließlich bitte ich, in Zusammenarbeit mit den Ländern die Frage der Ausbildung (D) und Beratung für Teilzeit-Landwirtschaft zu klären.

Ich bin darüber hinaus der Meinung, daß die Bemühungen in den Ausschüssen vorangetrieben werden müssen, die Vorsteuerpauschale in der Mehrwertsteuer von 5 auf 6 % anzuheben.

Ich bin weiterhin der Auffassung, daß man durchaus darüber reden kann — das hat Herr Dr. Früh als einziges angesprochen —, die **Landabgaberente** flexibel zu gestalten. Die Zeit verbietet es mir, darauf einzugehen, was von allen möglichen Seiten her in bezug auf die Landabgaberente gefordert wird. Ich habe an der Diskussion am Schliersee teilgenommen, wo selbst Ihr Kollege von der CDU zugebilligt hat, die Zumutbarkeit — Landabgaberente gleich Landabgabe, Tauschmöglichkeiten usw. — sei wegen der Zumutbarkeit zu prüfen. Ich habe mich glatt dagegen ausgesprochen. Über diese Dinge werden wir uns einmal zu späterer Stunde zu unterhalten haben.

Ich glaube, daß es gut ist, wenn diese Punkte mit eingebracht werden. Sicher können sie keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben; wie wir aber wissen, geht die Entwicklung Europas weiter, und wir alle müssen unseren Teil dazu beitragen.

Zum Schluß möchte ich nur ganz kurz noch auf zwei, drei Dinge eingehen, die der Kollege Früh angesprochen hat. Er hat gesagt, die besten jungen Leute liefen uns davon. Ich sage Ihnen: Die Zulassungszahlen zur Meisterprüfung im Lande Baden-

Gallus

(A) Württemberg steigen laufend. Das beweist, daß wir mit unserer Agrarstrukturpolitik richtig liegen.

(Abg. Dr. Früh: Fragen Sie Ihren Bauernschuldirektor!)

Diese **Schwarzmalerei** und diese Angstmacherei auch jetzt in dem Landtagswahlkampf mache ich nicht mit.

(Zurufe von der CDU/CSU: Gut! Bravo! — Weitere Zurufe.)

Angst vor der Inflation, Angst vor den Russen, Angst vor den Verbrechern — und so geht es weiter. Ich sage Ihnen, Sie als christliche Partei sollten wissen, daß das Evangelium damit beginnt: „Fürchtet euch nicht!"

(Beifall bei den Regierungsparteien. — Lachen und Zurufe von der CDU/CSU.)

Und jetzt noch zu jenem höchst interessanten Vorschlag des Herrn Kollegen Röhner im Haushaltsausschuß. Hier muß ich das Gedächtnis von Herrn Kollegen Früh etwas auffrischen; denn hierzu habe ich gesagt, es sei ein Experiment, das die Gefahr heraufbeschwöre, daß die Einfuhr- und Vorratsstelle in ihrer Funktionsfähigkeit beeinträchtigt werde und daß die deutsche Landwirtschaft durch eine derartige Schwächung unter Umständen erhebliche Verluste über geschmälerte Preise am Markt hinzunehmen hätte. Eines müssen Sie wissen: Die verbleibende Manövriermasse, die nach den Vorstellungen der CDU/CSU an verbilligten Krediten zur Verfügung stehen würde, ist zu gering; denn immerhin sind doch 600 Millionen DM in der (B) Berlin-Reserve und rund 1 Milliarde DM in der Bundesreserve gebunden. Ich glaube, nachdem auch dieser Vorschlag nicht groß weiterverfolgt worden ist, wird er wieder sehr schnell in der Versenkung verschwinden.

(Abg. Dr. Früh: Weil der Minister ihn offengelassen hat!)

Man kann nämlich nicht mit verbundenen Augen Agrarpolitik machen und schon am Anfang des Jahres alles das kaputtschlagen, was man im Laufe des restlichen Jahres braucht.

Damit bin ich am Ende. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Vizepräsident Dr. Jaeger: Das Wort hat der Herr Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Ertl, Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, dem Kollegen Gallus muß man bestätigen, daß er das gemacht hat, was eigentlich die Opposition hätte machen müssen: Er hat konkrete Vorschläge für die weitere Arbeit aufgezeigt, während die Opposition bewiesen hat, daß sie zu dieser Agrarpolitik weder eine Alternative hat noch überhaupt Vorschläge machen kann.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Das wollte ich vorausschicken. Ich will noch ein zweites bemerken. Ich werde Gelegenheit haben, (C) am Schluß der Debatte noch einmal das Wort zu ergreifen. Ich habe mich nur deshalb zwischendurch zu Wort gemeldet, um ein Mißverständnis aufzuklären. Mir ist gesagt worden, man sei im Ältestenrat dahin übereingekommen, daß zunächst die Vertreter der drei Fraktionen reden sollten und ich danach einen kurzen Zwischenbericht über die Verhandlungen in Brüssel geben sollte. Wenn diese Mitteilung falsch war, tut es mir leid. Aber ich weiß, daß gerade die Kollegen der Fraktionen auch großen Wert darauf legen, nicht ununterbrochen Ministerworte zu hören. Ich wollte das respektieren. Aber wie man es auch macht, es ist offensichtlich bei dieser Opposition immer falsch.

(Lachen bei der CDU/CSU.)

Ein weiteres, damit auch das um der Sachlichkeit willen klargelegt wird: Die für die **Vollerwerbsbetriebe** schlechter gewordene **Ertragslage,** auf die in diesem Agrarbericht in der Tat in differenzierter Form hingewiesen werden mußte, ist bereits im letzten Agrarbericht angekündigt worden. Das können Sie nachlesen. Der Kollege Struve, der ein sehr kluger und weit vorausschauender Mann ist, hat, nachdem ich im letzten Jahr hatte berichten können, daß sich das Einkommen der Landwirtschaft überproportional verbessert habe, gesagt: „Wir werden uns in einem Jahr wieder sprechen." Darauf habe ich zu ihm gesagt: Ich weiß, wir werden uns wieder sprechen, und dann werde ich hier stehen und sagen, wie in diesem Jahr das Ergebnis aussieht. Aber ich sage auch: wir werden uns nächstes Jahr wieder sprechen, und das hat der Kollege Gallus gemeint. Es gibt Länderminister der CDU, die jetzt (D) über Zwischenbilanzen verfügen, voriges Jahr in Panik gemacht haben und jetzt schweigen,

(Abg. Wehner: Hört! Hört!)

weil sie jetzt der Landwirtschaft bessere Ergebnisse vorzeigen müßten. Das ist kein fairer Stil, Herr Fraktionsvorsitzender Barzel.

(Beifall bei den Regierungsparteien. — Abg. Dr. Barzel: Herr Kollege Ertl, geben Sie dem Hause doch die erfreulichen Bilanzen bekannt!)

— Ja, das werde ich heute ausführlich tun; ich bin wohlpräpariert, Herr Fraktionsvorsitzender. Ich will aber zunächst die Debatte ein bißchen laufen lassen. Ich kann gute Ergebnisse mitteilen. Auf diese Weise lernt dieses Haus endlich einmal die Zahlen kennen.

(Abg. Dr. Barzel: Warum stehen sie nicht in Ihrem Bericht?)

Vielleicht hört man dann auf, mir zu unterstellen, ich malte ununterbrochen mit falschen Behauptungen rosarot.

(Abg. Wehner: Aber so lange hat Herr Barzel nicht Zeit! — Abg. Rösing: Rot ganz sicher!)

Außerdem liegt mir das gar nicht. Rosarot ist eine mir sympathische Farbe. Da sich Herr Kollege Barzel, wie ich im Fernsehen gesehen habe, inzwischen auch um die Betriebe kümmert, müßte ihm rosarot eigentlich sogar sehr liegen.

Bundesminister Ertl

(A)

Hier wurde behauptet — ich will nur drei Bemerkungen für die weitere Diskussion machen —, nur in der deutschen Landwirtschaft habe sich die Einkommenssituation verschlechtert. Das stimmt nicht. Der niederländische Agrarbericht weist aus, daß im selben Berichtszeitraum, über den wir hier diskutieren, auch in den Niederlanden ein **Einkommensrückckgang** zu verzeichnen war, und zwar von 17,1 %.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Die Vorausberechnungen für die Niederlande lauten ebenso wie bei uns, nämlich 12,2 %. Daran sehen Sie, daß das nicht ein Problem der Auf- bzw. Abwertung gewesen sein kann, sondern daß es sich in der Tat um ein **EWG-Problem** handelt. Über diese Frage werde ich mit Ihnen gern diskutieren. Die Meldungen aus Belgien liegen auf genau der gleichen Linie. Auch Belgien hat ungefähr auf der gleichen Ebene Rückgänge zu verzeichnen. Die Einkommen der belgischen Landwirtschaft sind um 4,6 Milliarden bfrs. zurückgegangen. Ich wollte das hier nur einmal sagen, weil ich meine, daß wir dann auf dieser Basis eine nützliche Diskussion führen können. Im übrigen möchte ich mich bei allen Diskussionsrednern für die bisherigen Beiträge bedanken.

Lassen Sie mich nun einige Bemerkungen zu den Verhandlungen in Brüssel machen. Die **Verhandlungen des Agrarministerrates über die Agrarpreise 1972/73 und die Strukturrichtlinien** sind noch nicht abgeschlossen. Sie sind aus Termingründen unterbrochen worden und werden in der nächsten Woche fortgesetzt. Daher kann ich natürlich nur einen Zwischenbericht geben. Wir wären vielleicht in dieser Woche schon fertig geworden; aber ich mußte, wie Sie wissen, an dieser Debatte teilnehmen. Sie sehen, wie recht ich gehabt habe, als ich Sie bat, diese Debatte nicht schon am Donnerstag zu beginnen. Sonst hätten wir vielleicht noch nicht einmal dieses Zwischenergebnis erzielen können.

(B)

Die Beratungen über die Preise liefen sich im Rat sehr schnell fest, weil die Unklarheit über den am Tag X für die Landwirtschaft festzusetzenden Ausgleich für die Aufwertungsverluste verschiedene Delegationen verunsicherte. Man wußte nicht, ob ein möglicher **Währungsausgleich** in Form einer Rechnungseinheit erfolgen oder Preisanhebungen von den Preisbeschlüssen für das kommende Wirtschaftsjahr abgezogen oder auf Preiserhöhungen noch aufgestockt werden sollten. Beide Wege sind, wie Sie wissen, gangbar. Ein Abzug des Währungsausgleichs von den Preiserhöhungen ist für die aufwertenden Mitgliedstaaten nicht akzeptabel. Dadurch würden nämlich die von uns für notwendig gehaltenen Preiserhöhungen um den Aufwertungsausgleich verkürzt. Eine Erhöhung der Preisbeschlüsse um den Währungsausgleich ist für die nicht aufwertenden Mitgliedstaaten andererseits aus konjunkturellen Gründen nicht akzeptabel. Die Frage des Währungsausgleichs mußte deshalb vorab geregelt werden, um den Weg für die Preisentscheidungen frei zu machen. Nach sehr schwierigen Diskussionen hat sich der Rat auf folgende Lösung zum **Ausgleich der Aufwertungsverluste der Landwirtschaft** geeinigt, die jedoch noch der endgültigen Zustimmung der Mitgliedstaaten bedarf:

(C)

1. Ermächtigung an die aufwertenden Mitgliedstaaten, mit Hilfe nationaler Maßnahmen, z. B. Steuermaßnahmen, einen wesentlichen Teil oder die Gesamtheit der Aufwertungsverluste auszugleichen,

2. Grenzausgleich für den Teil der Aufwertungsverluste, die nicht durch die vorgenannten nationalen Maßnahmen abgedeckt sind,

3. gemeinsame finanzielle Verantwortung für den Grenzausgleich,

4. stufenweiser Abbau des Grenzausgleichs, wobei jeder degressive Schritt durch andere Maßnahmen kompensiert wird, um Einkommensverluste der Landwirtschaft zu vermeiden. Die Einzelheiten werden zu gegebener Zeit vom Rat auf Vorschläge der Kommission festgelegt.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen)

Meine Damen und Herren, Sie werden verstehen, daß ich mich im gegenwärtigen Stadium noch nicht im einzelnen zu der Lösung äußern möchte. Wir sind noch mitten in den Verhandlungen, die wir nur aus Termingründen, wie bereits erwähnt, insbesondere wegen der heutigen Sitzung, unterbrechen mußten. Wir werden die Beratungen in der nächsten Woche in Brüssel fortsetzen. Ich kann deshalb meine Verhandlungsposition nicht dadurch schwächen, daß ich hier auf alle Einzelheiten eingehe.

(D)

(Abg. Barzel: Selbstverständlich!)

Ich möchte nur darauf hinweisen, daß diese Lösung gegenüber dem derzeitigen Grenzausgleichssystem einen Fortschritt bedeutet, weil durch die Kombination von Grenzausgleich und Mehrwertsteuerlösung für mehr Produkte ein Ausgleich geschaffen werden kann, als es durch das Grenzausgleichssystem bisher möglich war. Das gilt insbesondere für die Produkte, die an die Rechnungseinheit gebunden sind.

Wir haben einen weiteren, sehr wichtigen Beschluß gefaßt: die Plafondierung bei den **Strukturmaßnahmen** wird beibehalten, und wenn sich herausstellt, daß durch die Strukturmaßnahmen ein größerer Mehrbedarf entsteht, als vorhergesehen worden ist — nämlich 285 Millionen Rechnungseinheiten plus Reserven für bisher nicht getätigte Ausgaben —, dann ist das Verfahren gemäß der neuen Finanzordnung nach Art. 6 anzuwenden. Auch das, glaube ich, ist ein sehr entscheidender Beschluß gewesen, weil nun der Weg für die Gestaltung einer vernünftigen Agrarstrukturpolitik in der EWG frei, aber umgekehrt klargestellt ist, daß dadurch nicht neue Belastungen für die deutschen Steuerzahler entstehen. Mit diesem Beitrag zur Debatte will ich es im Augenblick bewenden lassen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kiechle.

(A)

Kiechle (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir, die CDU/CSU, wissen, daß ein Landwirtschaftsminister ein schweres Amt hat. Seine eigene Fraktion unterstützt ihn derzeit mit etwa sechs bis sieben Mann bei der Debatte zu einem Agrarbericht, der das schlechteste Ergebnis zeitigen und bekanntgeben muß, seit es überhaupt diese Grünen Pläne gibt.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Gestatten Sie mir ein paar Vorbemerkungen. Unser Kollege Gallus hat heute wieder sein selbstgemachtes und erfundenes Evangelium verkündet — wie schon seit seiner Zugehörigkeit zum Bundestag —, hat unsachliche Behauptungen hier in den Raum gestellt und unbeweisbare Prognosen gegeben.

(Zuruf von der CDU/CSU: Fürchtet euch nicht!)

Dies entspricht keineswegs dem Ernst der Situation, die dieser Bericht bekanntgibt. Ich möchte mich deswegen auch nicht auf das Niveau seiner Ausführungen begeben.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Ich habe hier nur zwei Bemerkungen zurückzuweisen.

(Abg. Wehner: Lesen Sie mal bei Matthäus nach!)

— Ach, wissen Sie, das ist das Gallus-Evangelium, das hat nicht so viel Beweiskraft wie das von Matthäus.

(B)

(Heiterkeit bei den Regierungsparteien. — Abg. Wehner: Bei dem Evangelium scheinen Sie Prokura zu haben! — Abg. Dr. Jenninger: Aber wir haben keine falschen Apostel!)

Das erste war: er hat hier behauptet, daß es nach dem Krieg nur einen einzigen Landwirtschaftsminister gegeben habe, der sich für die Bauern echt eingesetzt habe. Das ist eine Ungeheuerlichkeit, sie entspricht dem, was Sie auch sonst sagen. Mehr sage ich dazu nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Sie haben zweitens behauptet, daß Sie alle Ausgleiche eingehalten hätten, die Sie versprochen haben, im Gegensatz zu denen, die die CDU versprochen hatte. Ich kann Ihnen dazu nur sagen, wir haben einmal einen Ausgleich für Getreide bezahlt. Möglicherweise hat sich die Ausgleichszahlung wegen Haushaltsschwierigkeiten ein wenig verschoben. Sie haben aber sämtliche Preise der Landwirtschaft — nicht nur für Getreide — gesenkt, und die Ausgleichszahlungen sind in vier Jahren beendet.

Sie haben in den Saal gerufen: Fürchtet Euch nicht! Dem kann ich nur zustimmen; denn wenn Sie mit Ihrer Politik noch lange weitermachen, haben die deutschen Bauern ohnehin nichts mehr zu fürchten, weil nichts mehr da ist, weswegen sie sich fürchten könnten.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

(C)

Herr Dr. Schmidt (Gellersen), Sie haben Ihre Ausführungen mit der Feststellung eingeleitet, daß Ihnen dieses ewige Reden von der Aufwertung zum Halse heraushänge. Das mag von der Formulierung her möglicherweise so sein, aber, Herr Dr. Schmidt (Gellersen), von den Auswirkungen her, die diese Aufwertung für Deutschlands Bauern hat — ich sage nicht hatte, sondern hat —, ist es leider so, daß das den deutschen Bauern nicht nur zum Halse heraushängt, sondern ihre Existenz bedroht.

Der Agrarbericht ist, insgesamt gesehen, ein deprimierendes Dokument, und zwar der Agrarbericht, um den es sich hier handelt, nicht der, der morgen erstellt wird oder früher einmal erstellt wurde. Er legt nämlich Zeugnis über die Auswirkungen der fehlgelaufenen Politik dieser Bundesregierung gegenüber der deutschen Landwirtschaft ab. Will man ihn richtig beurteilen, muß man ihn vor dem Hintergrund all jener Aussagen beurteilen, die diese Regierung zur Agrarpolitik gemacht hat, als sie ihre Verantwortung übernahm, als es nämlich hieß — das war ein amtliches Versprechen des Bundeskanzlers —, die Landwirtschaft werde an der **allgemeinen Einkommens- und Wohlstandsentwicklung** teilhaben. Dies ist wohl laut dieses amtlichen Berichtes ins Gegenteil verkehrt worden.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Dazu gehören auch jene vielfältigen Aussagen, die von allerhöchster Stelle nicht nur einmalig getroffen wurden, daß es zwar bedauerlich sei, wenn wir Preissteigerungen in der bekannten Art hätten, daß es aber trotzdem jedem Bürger dieses Landes besser gehe; denn sein Einkommen sei mindestens stärker gestiegen als die Preise. Für die Bauern trifft dies mit Sicherheit nicht zu. So gesehen ist dieser Bericht, bezogen auf das Berichtsjahr, für die deutschen Bauern eine Katastrophe, und man braucht sich nicht zu wundern, wenn sich Existenzangst und Resignation breit machen.

(D)

(Sehr richtig! bei der CDU/CSU.)

Denn 10 % weniger Einkommen je Arbeitskraft — das sollte man einmal irgendeinem anderen Berufsstand zumuten oder irgendeiner Gewerkschaft sagen, daß dies eintrete oder eingetreten sei, da würden Sie sich über andere Reaktionen als über die bescheidenen Proteste deutscher Bauern wundern.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Dazu kommen ja ohnehin noch die wie für jeden Bürger dieses Landes auch eingetretenen 5 bis 6 % Preissteigerungen.

Nach den Ausführungen, die im Agrarbericht gemacht werden, läßt übrigens der Begriff **„Betriebseinkommen"** eine Aussage über das jeweils echt zur Verfügung stehende Reineinkommen, das für Privatverbrauch und Eigenkapital zur Verfügung steht, überhaupt nicht zu. Man muß sich selbst ausrechnen, weil es im Bericht nämlich nicht steht, was dann an Verlust aufzuzeichnen ist. Das sind ganze 20 %. Dem stehen 14 % Lohnerhöhung bei der übrigen Bevölkerung gegenüber.

Meine Damen und Herren, ich möchte hier einmal außerhalb dieses Berichts eine Bemerkung machen.

Kiechle

(A) Vielleicht wäre es möglich und auch nicht zu viel verlangt, wenn der **deutsche Gewerkschaftsbund** als eine große Organisation, die sich zur sozialen Gerechtigkeit bekennt und sich immer als deren Hüter ausgibt, und auch der **Verband des Groß- und Außenhandels** diese Zahlen einmal zur Grundlage ihrer Überlegungen machen würden, bevor sie sich öffentlich gegen jede Preiserhöhung für landwirtschaftliche Produkte wendeten. Selbst das Jahresgutachten des Sachverständigenrates findet für die deutschen Bauern freundliche Worte, wofür wir uns im übrigen bedanken.

Wir bedanken uns auch, meine Damen und Herren, bei unseren Verbrauchern in Stadt und Land. Denn wir können feststellen, daß sie überwiegend erkennen, auf welch hohem Qualitätsstand unsere deutschen Lebensmittel sind und wie wenig die Bauern an den Preisen, die sie, nämlich die Verbraucher, zahlen, teilhaben. Um so unverständlicher ist uns die Haltung der **Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände,** wenn es um Preiserhöhungen für deutsche Bauern geht. Diese Arbeitsgemeinschaft hat sich leider in diesem Punkt als notorischer Gegner der Bauern unseres Landes selbst deklassiert. Wir können nur „Gott sei Dank" sagen, daß die Verbraucher selbst mehr Verständnis für uns, die Bauern, haben als ihr Bonner Verein.

Die **Einkommensdisparität** zu vergleichbaren Berufsgruppen hat sich, und zwar differenziert, erschreckend erhöht, je nach Betriebsart von 24 auf 39 %, von 17 % auf 35 % und von 7 % auf 27 %. Dabei sind vor allem die großen und die modernen (B) Betriebe in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Man kann das ansehen, wie man will; das ist keine parteipolitische Feststellung, sondern eine Feststellung dieses amtlichen Berichts. Jedenfalls ist dazu zu sagen, daß damit die Agrarpolitik der Bundesregierung ein überall sonst allgemeingültiges ökonomisches Prinzip auf den Kopf gestellt hat.

Dabei sind das nur Durchschnittszahlen. In Süddeutschland sieht die ganze Geschichte noch schlechter aus. Ich will nur eine Zahl nennen: Futterbaubetriebe über 50 ha hatten 1969/70 schon eine Disparität von 32 %, im darauffolgenden Jahr eine von 66 %.

(Hört! Hört! bei der CDU/CSU.)

Dies bedeutet, daß ein Bauer mit 50 ha Grünland, der nur Rinder und Milchvieh halten kann, in diesem Berichtsjahr praktisch ein Drittel eines normalen gewerblichen Einkommens verdient hat. Wohin der Weg führt, ist unschwer zu sagen. Er führt glatt in den Ruin. Dies zeigt auch allen Theoretikern, warum die Grünlandbauern von Betriebsgrößen à la Mansholt nichts halten.

Wir freuen uns, Herr Bundesminister, daß Sie nun auch **Nebenerwerbsbetriebe** als bedeutenden Faktor der Landwirtschaft anerkennen. Wenn man aber die Daten und Zahlen sammelt, gehört nach meiner Meinung getrennt ausgewiesen, was aus welchem Einkommen stammt. Sonst würde nämlich ein statistisches Mischeinkommen entstehen, das das wahre Bild völlig verzerrt. Sowenig, wie man in der Bundesrepublik künftig nur mit einer Hobbylandwirtschaft wird weitermachen können, sowenig darf (C) übersehen werden, daß der Vollerwerbsbetrieb ein rentabler Betrieb sein muß, wenn die Landwirtschaft überhaupt soll bestehen können.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Ich würde es als geradezu makaber und unreell ansehen, wenn nach außen ein statistisches Bild entstünde, das über die außerlandwirtschaftlichen Einkommen fleißiger Bauern mit hoher Arbeitsleistung und langen Arbeitszeiten die Produktion von Lebensmitteln sozusagen künstlich verbilligen würde. Eine innere Subvention, meine Damen und Herren, wäre gerade das letzte, was man der Landwirtschaft noch zumuten sollte.

(Sehr richtig! bei der CDU/CSU.)

Herr Bundesminister, es mutet schon einigermaßen seltsam an, wenn Sie und Ihre Sprecher seit Beginn der Vorlage dieses Berichts dauernd sagen, daß zwar das laufende Wirtschaftsjahr nicht so gut gewesen sei, aber das kommende — das wäre also das jetzt laufende — eine Einkommensverbesserung von 12 % bringe.

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Peters?

Kiechle (CDU/CSU): Bitte schön, Herr Peters.

Peters (Poppenbüll) (FDP): Herr Kiechle, ist Ihnen bewußt, daß Sie genau das umgekehrte Spiel (D) voriges Jahr getrieben haben?

(Abg. Dr. Barzel: Hier wird doch kein Spiel getrieben!)

Kiechle (CDU/CSU): Herr Abgeordneter Peters, wir haben mit den Sorgen der Bauern noch nie gespielt.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Sie sagen also, daß dieses Einkommen überrelativ hoch ansteige. Ganz nüchtern betrachtet bedeutet dies unter der Voraussetzung, daß Ihre Aussage auch stimmt, was ja nicht unbedingt der Fall sein muß, gerade noch ein Aufholen auf den Stand von 1969, ein Jahr, dessen Preisauswirkungen Sie noch nicht zu verantworten hatten, obwohl Sie den Erfolg auf Ihre Fahnen geschrieben haben.

(Zustimmung bei Abgeordneten der CDU/CSU.)

Sie, Herr Bundesminister, müssen also heute geradezu froh sein und verkünden es auch schon im voraus als einen Erfolg Ihrer Politik, wenn Sie im Agrarbericht 1973 nachweisen könnten, hinsichtlich der landwirtschaftlichen Einkommen wieder auf dem Stand zu sein, den Sie bei Ihrem Amtsantritt vorgefunden haben. Und da muß ich nur sagen: diese Feststellung, glaube ich, könnte zu einiger Bescheidenheit Anlaß geben.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Vielleicht — so möchte ich nur sagen — ist es möglich, daß all die Verkünder der reinen Lehre aus

Kiechle

(A) Ihrer Fraktion nun wieder etwas stiller werden, die stets predigend durchs Land ziehen und, unbeeindruckt von allen Realitäten, verkünden, wie schlecht doch die Agrarpolitik der CDU/CSU gewesen sei.

(Zuruf von der FDP: Stimmt!)

Sie sollten besser sagen, was jetzt ist und was künftig werden soll, aber in konkreten Angaben und nicht nur in Versprechungen für spätere Pläne und ähnliches; denn davon haben wir alle — und die Bauern ganz besonders — mehr als genug.

(Beifall bei der CDU/CSU. — Abg. Dr. Jenninger: Bis ins Jahr 2000!)

Eingebrockt hat Ihnen, Herr Bundesminister, die ganze Geschichte Ihr Superkollege Karl Schiller. Seine für seine eigene Zielprojektion der Stabilität höchst fragwürdigen, für die Bauern aber lebensgefährlichen Währungsmanipulationen und die letzten Endes unter seiner Verantwortung entstandene inflationsbedingte Preissteigerung haben nämlich dieses vorliegende Resultat maßgeblich beeinflußt.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Es mutet manchmal schon geradezu ärgerlich an, wenn Herrn Schillers soziales und volkswirtschaftliches Gewissen immer nur dann laut und vernehmlich wird, wenn es um einkommensverbessernde Erzeugerpreiserhöhungen für die Bauern geht. Er hat sich geradezu zum bösen Geist der deutschen Landwirtschaft entwickelt.

(Beifall bei der CDU/CSU. — Zurufe von der SPD.)

(B) Meine Damen und Herren, ich habe mir das Vergnügen gemacht — und es war wirklich eines —, Reden des heute verantwortlichen Ministers und seines Staatssekretärs aus den Jahren 1966 bis 1969 nachzulesen. Da gibt es viele interessante Verlautbarungen. Ich will nur einige Feststellungen zitieren.

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Herr Abgeordneter, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Löffler?

(Zurufe von der CDU/CSU: Jetzt mach einmal weiter! — Mach weiter!)

Kiechle (CDU/CSU): Herr Kollege Löffler, ich sage bei Ihnen sehr ungern nein, aber wir sind alle in Zeitdruck.

(Zurufe von der SPD. — Gegenruf des Abg. Stücklen: Ihr laßt doch nie eine Frage zu, aber ihr wollt dauernd fragen!)

Einige Feststellungen, die seinerzeit getroffen wurden, möchte ich hier zitieren.

(Zuruf von der SPD: Nicht sehr mutig, Herr Kiechle! — Abg. Stücklen: Ach, mutig! Denken Sie doch einmal nach!)

Herr Logemann, Sie waren stets ein glühender Verfechter von kostendeckenden Preisen. „Mut zur Preispolitik!" — so steht es im Protokoll des Deutschen Bundestages — haben Sie diesem Hohen Hause 1966 zugerufen. Ich kann nur feststellen: (C) jetzt, wo Sie die Verantwortung tragen, ist das Verhältnis von landwirtschaftlichen **Erzeugerpreisen** zu **Betriebsmittelkosten und Löhnen** so schlecht, wie es noch nie gewesen ist. Und es ist ganz einfach nur die halbe Wahrheit, wenn Sie draußen im Lande erzählen, die Erzeugerpreise seien zur Zeit wieder gestiegen, aber dabei nicht hinzufügen, daß die Landwirtschaft von einer Kostenlawine überrollt wird.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Und dabei weiß doch jeder, daß nur die Betrachtung von Kosten und Preisen zusammen, also die Berücksichtigung ihres Verhältnisses eine echte Beurteilung des Einkommens zuläßt.

(Sehr richtig! bei der CDU/CSU.)

Man könnte ja ein wenig spöttisch sagen, daß die Bauern beim Briefeschreiben und Telefonieren notfalls Einsparungen machen können, aber, meine Damen und Herren, sie können es nicht bei Frachten, bei Maschinen, bei Reparaturen, bei Düngemitteln und ähnlichem mehr. Und das ununterbrochene Sparen bei den Investitionen ist eben ein echter Rückschritt.

(Zuruf von der CDU/CSU: Ausgezeichnet!)

Herr Bundesminister, Sie haben damals — auch 1966 — mit sehr viel Überzeugungskraft — ich habe es nachgelesen — von der Gretchenfrage der Preise gesprochen. Heute wissen auch Sie laut Ihrer eigenen Aussage bei der Einbringungsrede keine Patentlösungen mehr. Im Jahre 1966 haben Sie per Antrag in diesem Hause — das war Umdruck 21 — (D) Frachtbeihilfen oder Sondertarife für die **Bergbauerngebiete** beantragt. 1967 haben Sie diese Forderung wiederholt. Heuer, 1972 — unter sozialliberaler Regierung —, erhöhen sich — und das nicht zum erstenmal — sämtliche Frachtkosten für die ganze Landwirtschaft sowohl beim Bahn- als auch beim Güterkraftverkehr beträchtlich. Zusätzliche Kosten und Steuerlasten beider Transportunternehmungen werden auf die gesamte Landwirtschaft abgewälzt und bringen neue Lasten. Dies geschieht, obwohl die Bundesregierung, vertreten durch Herrn Hermsdorf, in diesem Hause Zusagen gemacht hat, daß sie derartige Belastungen verhindern wolle. Ich brauche Ihnen als Präsident der Alpwirschaft wohl nicht zu sagen, was das für marktferne Produktionsgebiete bedeutet. Es ist nämlich in diesem Zusammenhang eine kumulierende Last.

Im Agrarbericht sind im großen und ganzen nur Bekundungen des guten Willens vorhanden, soweit es sich um politische Aussagen handelt. Es wird hinsichtlich der künftigen **Preispolitik,** also zur Gretchenfrage, keine konkrete Aussage gemacht. Ich möchte doch einmal wissen, Herr Bundeskanzler, welche Preiserhöhungen die Bundesregierung eigentlich für erforderlich hält und für welche sie unter allen Umständen kämpfen will. Oder weiß sie das noch nicht?

(Beifall bei der CDU/CSU.)

CDU und CSU haben sich jedenfalls schon vor einem Jahr klar für 10 % ausgesprochen und haben dies auch der Öffentlichkeit gesagt und ihr gegenüber

Kiechle

(A) vertreten. In Ihren Augen war das damals unrealistisch und utopisch. Sie wollten also nicht dafür kämpfen, obwohl Bundeskanzler Brandt diese Forderung — es war nicht unsere, sondern die des Bauernverbandes — als maßvoll und gerecht bezeichnet hat.

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Schmidt (Gellersen)?

Kiechle (CDU/CSU): Bitte schön!

Dr. Schmidt (Gellersen) (SPD): Herr Kollege Kiechle, Sie reden gerade von den 10 %. Ist Ihnen Ihre neue Entschließung unbekannt, worin zu lesen ist, daß nur noch eine angemessene Preiserhöhung anzustreben sei?

(Abg. Dr. Ritz: Jetzt weiterlesen! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU.)

— Nein, nein, Ziffer 5. Ist Ihnen das unbekannt?

(Zuruf von der CDU/CSU: Der Kostensteigerung angemessen! — Abg. Dr. Barzel: Lest doch den ganzen Satz mal vor!)

Kiechle (CDU/CSU): Das ist mir nicht unbekannt. Erstens können Sie das aber ruhig in Zusammenhang mit dem vorigen Jahr sehen, und zweitens wird die Aussage durchaus konkreter, wenn Sie weiterlesen. Wir wollen Spielraum für (B) Diskussionen lassen, was angemessen ist, während man sonst den notwendigen Spielraum für Diskussionen leider nicht findet.

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Ritz?

Kiechle (CDU/CSU): Bitte schön!

Dr. Ritz (CDU/CSU): Herr Kollege Kiechle, würden Sie den Kollegen Dr. Schmidt (Gellersen) darauf aufmerksam machen, daß es in unserem Entschließungsantrag eindeutig heißt, daß es um Agrarpreiserhöhungen geht, die der inflationären Kostenentwicklung entsprechen.

(Abg. Dr. Barzel: Jetzt hat er das Zitat vollständig!)

Kiechle (CDU/CSU): Das wäre das volle Zitat gewesen.

Dazu möchte ich gleich noch einen Satz sagen. Heute läßt sich, wie Sie sehen, mit der damaligen Forderung von 10 % noch nicht einmal die nach dem Motto „alle Jahre wieder" eintretende Preissteigerung von 5 bis 6 % ausgleichen.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Meine Damen und Herren, ein Wort zum **einzelbetrieblichen Förderungsprogramm** und seiner Auswirkung bezüglich seiner Praktikabilität. Die Festlegung von Förder- und Einkommensschwelle bei (C) gleichzeitigem Einkommensrückgang ist, wenn man die beiden Positionen einander gegenüberstellt, schlicht gesagt, ein Unding. Die wenigsten Bauern können das Programm so, wie es jetzt ist, gebrauchen. Das betrifft gerade diejenigen, die rechnen können, Herr Bundesminister. Sie haben darauf aufmerksam gemacht, daß einige endlich das Rechnen gelernt hätten, aber gerade diejenigen, die rechnen können, kommen mit diesem Programm am wenigsten zurecht. Ich möchte deswegen sagen, wenn Sie künftig novellieren und verbessern wollen, muß dabei als Grundsatz beachtet werden, je benachteiligter die Region und je kapitalaufwendiger der Produktionszweig, desto abgestufter und den Umständen angepaßter das Programm; denn Einheitsrichtlinien haben sich als völlig unpraktikabel gezeigt.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Wie wir hören, Herr Bundesminister, gibt es in Brüssel womöglich bald eine Einigung über **Strukturziele** und gemeinsame Richtlinien dafür bzw. die Finanzierung der Strukturziele. Sie sollten vor einer abschließenden Einigung über die besonderes zu behandelnden und von der Natur benachteiligten Regionen eine einheitliche Rahmenregelung erzielen, denn nachher ist es zu spät. Wir wollen nicht erleben, daß unsere Höhen- und Problemgebiete schlechter gestellt sind als etwa die Englands, Frankreichs oder Italiens. Achten Sie bitte darauf, daß hier nur Richtlinien und keinesfalls Verordnungen erlassen werden, und überlassen Sie den einzelnen Ländern geeigneten Spielraum zur detaillierten Ausfüllung dieser Programme. (D) Da haben Sie beispielsweise schon eine Alternative. Sie sind geradezu dazu verpflichtet, Herr Bundesminister, in den schönsten Gebieten der Bundesrepublik, die leider gleichzeitig auch landwirtschaftliche Problemregionen sind, Bauern, die das Land auch weiterhin bewirtschaften, dort zu halten und die Entvölkerung zu verhindern.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Im Zusammenhang mit der Frage der Preiserhöhungen in Brüssel möchte ich noch ein besonderes Problem beim Schlüsselprodukt **Milch** hinweisen. Beide Interventionsprodukte — nicht nur Eiweiß, sondern auch die Butter — bedürfen der Preisanhebung. Eine Preisanhebung bei Magermilchpulver ohne gleichzeitige und laufende Erhöhung der Fütterungsbeihilfe hieße, den Bauern das Geld aus der einen Tasche herausziehen, um es ihnen für die andere Tasche wieder anzubieten. Die Tatsache, daß die Milchpreisbeschlüsse in der geplanten Höhe, bezogen auf den derzeitigen Marktpreis, der Landwirtschaft ohnehin keinen einzigen Zehntelpfennig mehr an Milchgeld bringen, sondern nur ein Hinterherhinken bedeuten, möchte ich hier kurz erläutern.

Der Anstieg der Preise im vergangenen Herbst, auf den Sie sich immer bezogen haben — Herr Gallus hat noch eine Zahl genannt —, beruht auf folgenden Tatsachen: erstens auf der eingetretenen Entspannung am Milchmarkt hinsichtlich der Überschüsse, zweitens auf der Preisentwicklung auf dem

Kiechle

(A) Magermilchpulversektor, und zwar weltweit, drittens auf der Selbsthilfe der Bauern, der Genossenschaften und der industriellen Verarbeitung durch Rationalisierung. Die Interventionspreise sind so gerechnet, daß sie normalerweise für die Bauern etwa 90 % des Erlöses bringen, der angestrebt wird, wenn man die Milch nur zu Interventionsprodukten verarbeitet. Seit mehreren Monaten liegen aber die Marktpreise über den Interventionspreisen. Will man nun die erreichten Milchauszahlungspreise über den Garantiepreis absichern, so müßte eine Anhebung bei der Butter um mindestens 4 % und beim Magermilchpulver um 30 % vorgenommen werden. Der Milchrichtpreis bedarf einer zehnprozentigen Anhebung, um das derzeitige Niveau abzudecken. Erst bei Preisverbesserungen über diese Sätze hinaus hätten die Bauern eine echte zusätzliche Preiserhöhung. Mit Sicherheit kann gesagt werden, daß eine D-Mark-Aufwertung, die nicht voll durch Grenzausgleichsmaßnahmen korrigiert wird, zu einer Senkung der Milchauszahlungspreise führen müßte.

Wir hoffen — ich sage da nur: Ihr Wort in Gottes Ohr! —, daß das, was Sie uns vorhin als Zwischenbericht gegeben haben, dann auch real so eintreten wird.

Meine Damen und Herren, im Agrarbericht steht unter Ziffer 3 ein zwar nicht sehr neuer, aber dafür wahrer Satz. Ich darf ihn hier zitieren:

> Politik für den ländlichen Raum ist heute nur bei einer engen Integration von Agrar-, allgemeiner Wirtschafts-, Raumordnungs-, Regional-, Sozial- und Bildungspolitik möglich.

(B) Wir unterstützen diese Auffassung. Ich muß allerdings noch einmal darauf hinweisen, wie sehr weit weg wir uns im Berichtsjahr beim Verlauf der Wirtschafts- und Agrarpolitik vom Begriff der Integration und vom Weg hin zur Integration befunden haben.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das kann man wohl sagen!)

Völlig unverständlich ist uns aber, wie eine Bundesregierung, die sich zu der oben angeführten Ansicht bekennt, die **soziale Integration der Landwirte** bei der Krankenversicherung ablehnen kann und die Landwirte der Isolation zuführt.

(Sehr richtig! und Beifall bei der CDU/CSU. — Abg. Stücklen: Da spricht ein Praktiker!)

Dafür hat die CDU/CSU kein Verständnis, und sicher auch nicht die fast 350 000 Bauern, die aus ihren AOK-Kassen, mit denen sie zufrieden waren und sind, herausmüssen.

(Beifall bei der CDU/CSU. — Abg. Stücklen: Sehr richtig!)

Im übrigen hat es mehr als ein Jahr gedauert, bis die Bundesregierung eingesehen hat, wie berechtigt unsere Anträge auf Erhöhung des Altersgeldes und der Landabgaberente sind. Wir bedauern dies um der alten Menschen willen. Wir bedauern auch, daß dieses Anliegen erst im Herbst dieses Jahres erfüllt werden soll. Wir bedauern außerordentlich, Herr Minister, die Tatsache, daß die Finanzierung (C) aus Mitteln des Aufwertungsausgleichs erfolgen wird, und zwar zu Lasten der aktiven Landwirtschaft.

Wir verlangen, daß auch für die Landwirtschaft die Dynamisierung der Altershilfe eingeführt wird, daß eine gesetzliche Absicherung der Zuschüsse zur Unfallversicherung erfolgt, die die Bauern heute zwingen, ihre Betriebsrücklagen zu verbrauchen, und fordern angesichts der bevorstehenden Neuorientierung des Altershilfegesetzes die Möglichkeit des Wiedereintritts für die Bauern, die sich seinerzeit befreien ließen.

Schließlich erinnern wir an unsere Anträge, die Landabgaberente und Nachversicherungszuschüsse zur Rentenversicherung auch dann zu gewähren, wenn eine extensive Weiterbewirtschaftung von Land gewährleistet ist.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Wir glauben nach wie vor, daß dies eine Möglichkeit wäre, der Gefahr übermäßiger Sozialbrache entgegenzuwirken.

Meine Damen und Herren! Die Opposition bietet trotz oder — besser gesagt — gerade wegen eingetretener Schwierigkeiten ihre Mitarbeit an.

(Aha! bei der SPD.)

Sie kann dies allerdings nur, wenn die Bundesregierung zur **Zusammenarbeit** bereit ist und ein völlig unnötiges Gegeneinander vermeidet.

(D) Ich erinnere Sie, Herr Bundesminister, an Ihr Wort vor der Delegiertenversammlung des Deutschen Bauernverbandes 1970. Damals sagten Sie mit viel Pathos: „Gebt mir die entsprechenden parlamentarischen Mehrheiten, dann könnt ihr alles von mir haben." Ein sehr kühnes Wort, wie wir es ja von Ihnen des öfteren gewohnt sind.

Wir sind schon oft bereit gewesen und sind es auch wieder, Ihnen bei Ihrer Agrarpolitik Mehrheiten zu geben, falls Sie mit Ihrem Koalitionspartner nicht ganz zurechtkommen.

(Zustimmung bei der CDU/CSU.)

Unsere Unterstützung können Sie haben bei Fragen der Preise und Marktpolitik, bei der Erhöhung der Mehrwertsteuer — die wegen Ihres Vetos heute nicht auf der Tagesordnung stehen konnte —, in der bestmöglichen Regelung der sozialen Anliegen der Bauern, bei sinnvollen Lösungen der Fragen des Landschafts- und Naturschutzes — und zwar im Sinne der Erhaltung unserer Kulturlandschaft — und bei allen Problemen im Zusammenhang mit gesunden Lebensmitteln.

Eine Feststellung, Herr Bundesminister Ertl, kann ich Ihnen und der von Ihnen mitgebildeten und mitgetragenen Bundesregierung angesichts des Agrarberichts 1972 leider nicht ersparen: Es wurden seit 1969 schon zu viele agrar- und wirtschaftspolitische Fehler gemacht, die die Bauern heute büßen müssen.

(Lachen bei der SPD.)

— Das können Sie wohl nicht bestreiten!

Kiechle

(A) 225 **Bauernhöfe,** die im Berichtsjahr in der Bundesrepublik täglich verschwunden sind, sprechen dazu eine ganz klare, eindeutige Sprache.

(Zustimmung bei der CDU/CSU.)

Und die Sprache wird noch deutlicher, wenn man Frankreichs Zahlen dagegensetzt, die bei mehr als doppelt soviel Bauern nur halb so groß sind.

An dieser Stelle schließe ich mit einem Zitat, das ich unserem Bundesminister für Ernährung

(Zuruf von der SPD: Und Landwirtschaft!)

abnehme — er hat es 1968 bei der Agrardebatte gebraucht — und hier noch einmal wiederhole. Er sagte seinerzeit:

> Die Verbrechen finden in dieser Welt nicht immer ihre Sühne. Die Fehler aber werden immer bestraft, erbarmungslos und ohne Ausnahme.

(Zurufe von der SPD: Ihre Fehler!)

Meine Damen und Herren, eine freundlichere Abschlußbemerkung hat der Bericht leider nicht verdient.

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU. — Zurufe von der SPD.)

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Meine Damen und Herren! Das Wort hat der Herr Bundeskanzler.

Brandt, Bundeskanzler: Herr Präsident! Meine (B) Damen und Herren! So ernst ich die Sorge — unsere gemeinsame Sorge — um die Zukunft der **deutschen Landwirtschaft** nehme, so wenig ist den Menschen in der Landwirtschaft mit Polemik und einseitigen Darstellungen gedient.

(Beifall bei den Regierungsparteien. — Zurufe von der CDU/CSU.)

Was wir brauchen, ist gerade auch in diesem Bereich eine sachliche Prüfung der Tatbestände.

(Zuruf von der CDU/CSU: Genau das haben wir getan!)

Ich will jetzt nicht wiederholen, was hier schon über das ungewöhnlich schwierige Wirtschaftsjahr 1970/71, über die seitdem wieder günstigere Entwicklung und über die Zusammenhänge zwischen Preispolitik, regionaler Wirtschaftspolitik und sozialpolitischen Maßnahmen gesagt worden ist.

Im übrigen sollte bei einer kritischen Bilanz auch nicht vergessen werden, daß die Bundesregierung im vergangenen Jahr gerade wegen der schwierigen Situation, in der sich die Landwirtschaft befand, in erheblichem Maß zusätzliche Mittel bereitgestellt hat, um die Liquidität der Betriebe zu verbessern. Das waren im Jahre 1971 allein 680 Millionen DM.

Dem verehrten Herrn Vorredner möchte ich sagen: es wäre meiner Meinung nach ungerecht, die energischen Bemühungen nicht zu würdigen, die Herr Kollege Ertl — nicht erst jetzt, sondern auch im vergangenen Jahr — auf preispolitischem Gebiet unternommen hat. Ich möchte von mir aus dem ein Wort zu den aktuellen **Brüsseler Verhandlungen** hinzufügen. (C) Wir haben den kurzen Zwischenbericht des Herrn Kollegen Ertl über den Stand dieser Verhandlungen gehört. Er hat dabei mit Recht gesagt, daß heute noch nicht der Zeitpunkt gekommen ist, über einzelne Teilergebnisse der Verhandlungen, soweit sie sich bereits abzeichnen, zu debattieren und eine Gesamtbewertung vorzunehmen. Vernünftigerweise muß man das Ende dieser Verhandlungen abwarten und eine Wertung dann vornehmen, wenn das Gesamtergebnis, nämlich in bezug auf Preise, Strukturpolitik und Maßnahmen zum Währungsausgleich, vorliegt.

Dennoch, meine Damen und Herren, läßt sich bereits heute sagen: Die Brüsseler Verhandlungen der letzten Tage haben deutlich gemacht, daß die Bundesregierung auch und gerade jetzt ihre agrarpolitische Verantwortung sehr ernst nimmt.

Sie wird erstens ihre Zusage einlösen, daß durch **währungspolitische Maßnahmen** der deutschen Landwirtschaft keine Nachteile entstehen sollen. Ich habe dies im Rahmen der letzten deutsch-französischen Gespräche in Paris, wie auch schon im vergangenen Jahr, mit starker Betonung dargelegt.

Zweitens. Die Bundesregierung wird auch in Zukunft darauf achten, daß die strukturpolitische Komponente in unserer nationalen Agrarpolitik weiterhin den ihr zukommenden Platz erhält. Das bedeutet jedoch keine Absage an die Harmonisierung der **Agrarstrukturpolitik** in der Gemeinschaft und an eine begrenzte Gemeinschaftsfinanzierung einer solchen Politik.

Drittens. Die Bundesregierung setzt sich — unbeschadet der Auswirkungen auf die Lebenshaltungskosten — wie im vergangenen Jahr für eine gezielte **Anhebung der Agrarpreise** ein. (D) Aber meine Damen und Herren, die Schwierigkeiten gerade auf diesem Gebiet infolge der unterschiedlichen Interessenlage der Mitgliedstaaten sind dem Hohen Hause gewiß hinreichend bekannt.

Ich meine deshalb, bei allem, was sonst umstritten sein mag, sollten wir dem Kollegen Ertl danken für sein unermüdliches Engagement und seinen persönlichen Einsatz bei diesen Verhandlungen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Ich glaube, wir helfen ihm und der deutschen Landwirtschaft am besten, wenn wir die ohnehin schwierigen Verhandlungen nicht unnötig belasten.

Die Bundesregierung führt diese zähen Verhandlungen in Brüssel nicht, um teilweise überholte Strukturen zu konservieren und um eventuell damit, wie man so sagt, politisch über die Runden zu kommen. Die **Agrarpolitik** der Bundesregierung trägt vielmehr der Tatsache Rechnung, daß die Landwirtschaft ein Teil, ein wichtiger Teil der Volkswirtschaft ist und wie viele andere Bereiche einem ständigen Strukturwandel unterliegt.

Als ich im vergangenen Jahr in diesem Haus zum Agrarbericht sprach, habe ich darauf hingewiesen, daß Strukturwandel und Reformen keine Bedrohung der menschlichen Existenz, sondern Voraussetzung für gesellschaftlichen Fortschritt und Wohlstand

Bundeskanzler Brandt

(A) sind. Ich habe den Eindruck, daß viele Menschen auf dem Lande dies verstehen und daß sie unsere Bemühungen anerkennen: nämlich ihnen durch gezielte einzelbetriebliche Förderung, durch die Schaffung außerlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze und durch eine umfassendere Sozialpolitik als früher echte Alternativen zu bieten, Alternativen, zwischen denen sie sich frei entschieden können. Unter den Betrieben — zugegebenermaßen, wie eben gesagt wurde, zahlreichen Betrieben —, die auch im vorigen Jahr aufgegeben wurden, sind viele, deren Inhaber diese Hilfestellungen der Bundesregierung angenommen haben.

Wir wissen natürlich genau, meine Damen und Herren, daß dieser Anpassungsprozeß der Landwirtschaft für viele der Betroffenen schmerzhaft ist und daß er nicht immer — leider nicht immer — ohne soziale Härten bewältigt werden kann. Deshalb hat die Bundesregierung gerade in diesem Bereich besondere Anstrengungen unternommen und die **soziale Sicherung** der landwirtschaftlichen Unternehmen und ihrer Familien immerhin in einem Maße ausgebaut, das noch vor wenigen Jahren zwar gefordert wurde, aber als nicht realisierbar erschien.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Mit der Pflichtkrankenkasse, mit der vorgesehenen Erhöhung des Altersgeldes und der Landabgaberente sowie mit der Nachversicherungsmöglichkeit der Landwirte, die ihren Betrieb aufgeben, ist die soziale Sicherung auch im ländlichen Raum stabiler und fester geworden.

(B) Lassen Sie mich noch feststellen, daß unsere Politik weiterhin darauf gerichtet sein wird, die Zukunft der Menschen in den ländlichen Räumen zu sichern. Das erfordert aber, daß diese Politik der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung in realistischer Weise Rechnung trägt und weder Wunschvorstellungen nachjagt noch falsche Hoffnungen weckt. Die Bundesregierung wird im Interesse unserer ländlichen Bevölkerung weiterhin eine solche realistische Politik verfolgen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Meine Damen und Herren, das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Barzel.

Dr. Barzel (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch in der Agrardebatte des vergangenen Jahres haben wir aus Ihrem Munde, Herr Bundeskanzler, ähnliche Versprechen gehört wie soeben.

(Zuruf von der CDU/CSU: So ist es, genau! — Beifall bei der CDU/CSU.)

Zugleich liegen nun die Fakten auf dem Tisch, und Sie baten um eine sachliche Prüfung der Tatbestände. Wir sind gern bereit, darin einzutreten.

In einem sind wir uns eing, daß der Kollege **Ertl** ein sicherlich mit großer Energie bemühter Kollege ist.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

(C) Er hätte es aber sehr viel leichter, wenn er nicht den Hauptteil seiner Arbeitskraft gegen andersdenkende Kabinettskollegen aufwenden und den Reparaturarbeiten in den Fragen zuwenden müßte, die der Kollege Schiller gerade für sein Ressort immer wieder aufwirft.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Zu dem, was der Herr Bundeskanzler mit sachlicher Prüfung der Tatbestände meinte: Herr Bundeskanzler, niemand in diesem Hause — und Sie selbst bestimmt nicht — kann bestreiten, daß neben den Rentnern, neben den Kinderreichen und den Sparern unsere Landwirte die Hauptbetroffenen der inflatorischen Entwicklung sind.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Mit Erklärungen können Sie hier nicht die Tatsache vom Tisch wischen, daß wir ein sinkendes **Einkommen** je Arbeitskraft um 10 v. H. haben, wie dies in der Debatte ausgeführt worden ist, während wir von 1960/61 bis 1970 im Durchschnitt eine Steigerung um 10 % hatten. Dies ist eine Zahl, die nicht bestritten wird und die sich auch aus den Dokumenten des Deutschen Bauernverbandes ergibt. Wenn Sie, Herr Bundeskanzler, das — völlig zu Recht — in die Gesamtzusammenhänge der Volkswirtschaft einordnen, dann hätte doch eigentlich ein Wort hierher gehört zu dem, was der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Jahresgutachten 1972 dazu sagt. Mit Genehmigung des Herrn Präsidenten möchte ich das hier zitieren. Er sagt:

(D)

> Von der Einkommensexpansion des letzten Jahres blieb die Landwirtschaft weitgehend ausgeschlossen ... So verteuerten sich die Betriebsmittel, die die Landwirtschaft vom gewerblichen Sektor bezieht, im Wirtschaftsjahr 1970/71 um 8,3 v. H. Besonders ausgeprägt waren dabei die Preissteigerungen bei Instandhaltung von Gebäuden und Maschinen. Gleichzeitig sanken die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise. Sie lagen im Wirtschaftsjahr 1970/71 um nahezu 8 v. H. unter denen des Vorjahres.

(Abg. Rösing: Hört! Hört!)

Das heißt: Hier ist ein Berufsstand an der Arbeit, der von Ihnen eben freundliche Worte bekommt, dessen Einkommen sinkt und dessen notwendige Aufwendungen — um überhaupt die Existenzen zu erhalten — um die gleiche Summe steigen. Zu dieser Schere von Ihnen, Herr Bundeskanzler, kein Wort! Und das ist doch das Problem.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Wir haben auch kein Wort von Ihnen zu den währungspolitischen Problemen gehört. Wir fragen Jahr um Jahr: Wie soll das eigentlich nach 1973 weitergehen? Die Währungsausgleiche? Ich weiß, Herr Kollege Apel hat einmal den Zuruf gemacht, dann seien wir wieder dran. Lassen wir im Augenblick einmal diese unsachliche Bemerkung weg, meine Damen und Herren!

(Lachen bei der SPD. — Zuruf von der SPD: Dies ist festzuhalten!)

Dr. Barzel

(A) — Sie halten das fest? Vielleicht verständigen wir uns zwischendurch noch über das Datum: etwas früher, als Sie sich das vorstellen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU.)

Herr Bundeskanzler, es ist doch wirklich sehr wichtig, zu wissen, wie das nach 1973 weitergehen soll. Und wenn Sie hier mit diesen guten Worten kommen, müssen Sie doch die Sorge der Landwirte wegnehmen und sagen können, wie Sie sich dies vorstellen. Was ist denn Ihre Vorstellung von dem Problem, wenn wir nun eine Wirtschafts- und Währungsunion haben werden? Glauben Sie, daß die Beschlüsse, die da gerade gefaßt sind und deren sich alle so loben, obwohl sie eigentlich nur die Wiederherstellung des Zustandes des vergangenen Jahres bringen, eine größere Kraft haben werden, wenn Sie nicht endlich gleichzeitig einen Stufenplan zur **politischen Union** vorlegen? Glauben Sie nicht, daß dies, wenn Sie das alles weiter vor sich herschieben, alles auf dem Rücken z. B. der deutschen Landwirte ausgetragen werden wird?

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Dies alles gehört doch zu einer sachlichen Betrachtung, von der aber hier soeben nicht die Rede war.

Wir haben im vergangenen Jahr bereits — auf den Zuruf eines Kollegen nach den Alternativen — hier Anträge eingebracht hinsichtlich der **Mehrwertsteuer,** hinsichtlich der Altershilfe, hinsichtlich der Verbesserung der investiven Möglichkeiten. Was aus diesen Anträgen geworden ist, wissen Sie. Wir (B) kennen Ihre Worte, und wir kennen Ihre Handlungen, wenn Sie im Ausschuß alles das ablehnen, was wir an sachlichen Vorschlägen machen.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Das ist die Realität.

Wir würden diese Position gegenüber der Landwirtschaft nicht einnehmen, wenn wir nicht fest überzeugt wären, daß das, was unsere Landwirte tun, nicht nur aus allgemeinen Gründen wichtig ist oder vielleicht wichtig ist aus Gründen der Überlieferung und Historie, auch nicht nur wichtig ist im Hinblick auf das, war wir hier an Natur haben und an Strukturproblemen, sondern daß es wichtig ist für unsere **volkswirtschaftliche Bilanz.** Denn wir wissen, daß Importe aufhören, billig zu sein, wenn man abhängig ist.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Das wollen wir an dieser Stelle nicht vergessen. Wir kennen den Produktivitätsfortschritt der deutschen Landwirtschaft, der durchaus Schritt halten kann mit dem Produktivitätsfortschritt in der deutschen Industrie. Das heißt: Hier sind Mitbürger am Werk, die tüchtig sind, deren Schwierigkeiten nicht von ihnen kommen, sondern aus den Verhältnissen, und die deshalb sehr wohl Anspruch haben, Hilfe zur Selbsthilfe zu bekommen, und dies auch für die Zukunft.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Auf diese Fragen hätten wir gern eine Antwort bekommen, zumal, Herr Bundeskanzler wir alle wissen, daß die Fragen unserer bäuerlichen Mitbürger ja weit ausstrahlen — ich erinnere an das, was (C) Kollege Struve hier gelegentlich vorgetragen hat — auf die ländlichen Räume. Und täuschen Sie sich nicht: es geht über die ländlichen Räume hinaus um ein gesamtgesellschaftliches Problem. Wenn die Mitbürger, die auf eigenem Grund und Boden als Bauern tätig sind, in dieser Gesellschaft immer mehr an den Rand geraten, dann wird fraglich, was überhaupt mit Selbständigkeit und Eigentum in dieser Gesellschaft übermorgen sein wird.

(Beifall bei der CDU/CSU. — Lachen bei der SPD.)

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Meine Damen und Herren! Das Wort hat der Herr Abgeordnete Peters.

Peters (Poppenbüll) (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kiechle und Herr Dr. Früh haben Kritik geübt, und, Herr Dr. Barzel, man kann von Ihnen auch nichts anderes sagen: Sie haben ebenfalls nicht mehr aufgezeigt. Wenn man das nimmt, was Sie in Ihrem Entschließungsantrag gebracht haben, dann sind darin zur Hälfte Anliegen enthalten, die die jetzige deutsche Bundesregierung, die Koalition eingeleitet hat.

(Abg. Wehner: Hört! Hört! — Beifall bei den Regierungsparteien. — Zurufe von der CDU/CSU.)

Wir haben die schlechte **Ertragslage der Landwirtschaft** 1970/71 nie heruntergespielt. Wir haben vor einem Dreivierteljahr, als wir die Hochrechnung kannten, offen darüber diskutiert. Nur: Wir waren uns über den Tatbestand, worauf diese Rückgänge (D) zurückzuführen sind, nicht einig.

Wir haben gesagt — das ist inzwischen von der Wissenschaft voll bestätigt —, es gibt dafür drei Gründe: die schlechte Ernte 1970, den Schweinezyklus mit schlechten Schweinepreisen von 20 % weniger als sonst und mit schlechten Rinderpreisen und die Kostensteigerungen. Sie haben gesagt: Das ist alles eine Folge der Aufwertung.

(Abg. Wehner: Sehr wahr! — Zustimmung bei den Regierungsparteien.)

Dazu kann ich Ihnen nur sagen, meine Damen und Herren: Der Bauernverbandspräsident hat auf dem Bonner Marktplatz vor einem Jahr gesagt, die Bundesregierung hätte den Währungsausgleich korrekt und voll abgewickelt.

(Abg. Wehner: Hört! Hört! — Zustimmung bei den Regierungsparteien.)

Wenn Sie die jetzige Gestaltung der **Erzeugerpreise** anführen, müssen Sie, wenn Sie ehrlich sind, auch sagen, daß wir vom 1. Januar 1971 bis zum 31. Dezember 1971 Preissteigerungen von 10 % bei Milch, von 13 % bei Rindern und von 12 % bei Schweinen hatten. Der nächste Grüne Bericht wird also weit anders aussehen und für das nächste Jahr auch in eine Entwicklung mit einer Preissteigerungsrate hineinlaufen, die nicht glänzend zu sein braucht, die aber weit besser sein wird, als bisher vorausgesagt.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Peters (Poppenbüll)

(A) Wenn Sie, meine Damen und Herren, nun noch mit dem Märchen kommen, die **Handelsströme** hätten sich verlagert, daran können wir Ihnen nur entgegenhalten, daß die Ausfuhr an Agrargütern im Jahre 1971 stärker gestiegen ist als 1970 und daß die Importe nicht in dem Maße gestiegen sind.

(Zuruf des Abg. Dr. Jenninger.)

— Ich weiß nicht, ob Sie so viel von Veredelungsproduktion verstehen.

Wenn Sie dann noch die **Schweinehaltung** als Beweis anführen, kann ich Ihnen nur drei Daten nennen: Es wurde am 1. Januar 1970 aufgewertet. Wenn zu der Zeit in einem Nachbarland — Belgien und Holland werden hier immer angeführt — ein Landwirt den Beschluß faßte, mehr Schweine zu halten, brauchte er von der Sauenbedeckung bis zur Lieferung des Mastschweines zehn bis zwölf Monate. Der Schweinezyklus hatte sein Hoch aber schon im Sommer 1970. Welchen Unsinn Sie damit behauptet haben, werden Sie durch diese Zusammenstellung der Zahlen schon erkennen.

(Beifall bei den Regierungsparteien. — Abg. Dr. Jenninger: Sie haben doch gerade gesagt, 1971 seien die Exporte hochgegangen und 1970 seien sie zurückgegangen! Das widerspricht sich doch!)

— Ja, die Preise gehen in der Landwirtschaft in der Regel dann zurück, wenn die Menge wächst; wenn also mehr Schweine da sind, gehen die Preise zurück. Wenn es umgekehrt ist, steigen sie.

(B) Nun, meine Damen und Herren, es ist zwar unbestritten, daß die CDU weder die schlechte Ernte 1970 noch den Schweinezyklus hätte verhindern können; man muß Minister Ertl aber zugestehen, daß er mit viel Vehemenz und mit Einschaltung nicht nur von deutschen, sondern auch von EWG-Stellen die Überschüsse in der EWG kräftig hat mit beseitigen helfen und daß dadurch eine bessere Wettbewerbs- und Ertragslage für die deutsche und die europäische Landwirtschaft eingetreten ist. Das ist der Tatbestand.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Nun, Herr Dr. Barzel, ein Wort zur Unterstützung von Herrn **Ertl** durch den Bundeskanzler und durch das Bundeskabinett. Wenn Sie die Sache objektiv beurteilen wollen, müssen Sie zwei Dinge nebeneinander sehen. Sie können heute feststellen, daß Herr Ertl die volle Unterstützung des Bundeskanzlers, des Wirtschafts- und des Außenministers hat und damit verhandeln kann.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Wie war es denn während Ihrer Regierungszeit, meine Damen und Herren? Wie war es denn, als der von mir verehrte Herr Schwarz nach Brüssel geschickt wurde? Da wurde er von Kanzler Erhard und von Außenminister Schröder im Stich gelassen

(Abg. Wehner: Sehr wahr!)

(C) und von Herrn Schmücker noch dazu hereingelegt. So ist es gewesen.

(Beifall bei den Regierungsparteien. — Zuruf von der CDU/CSU: 10 % mehr Einnahmen! — Weitere Zurufe.)

— Sie können ja hier antreten.

Nun, meine Damen und Herren, zu den **Kostensteigerungen,** auf denen Sie immer wieder herumreiten. Sie behaupten, die Kostensteigerungen seien zu Ihrer Zeit geringer gewesen. Wir behaupten das Gegenteil und können das auch beweisen. Denn allen Maßnahmen, die wir gegen die Kostensteigerungen getroffen haben, der Aufwertung, dem Floaten der D-Mark, den Steuervorauszahlungen und den Haushaltsbeschränkungen, haben Sie nicht zugestimmt. Sie haben sich zum Teil dagegen ausgesprochen, zum Teil haben Sie sich der Stimme enthalten. Sie waren der Bundesregierung bei der Konjunktursteuerung nicht behilflich, sondern haben bei all diesen Maßnahmen abseits gestanden, Herr Dr. Barzel.

(Abg. Dr. Barzel: Sind Sie denn mit dem Ergebnis zufrieden?)

— Herr Dr. Barzel, wir sind mit der Preissteigerungsrate bestimmt nicht zufrieden. Es fragt sich nur, ob die Preissteigerungsrate, wenn Sie an der Regierung gewesen wären, niedriger gewesen wäre. Das ist die entscheidende Frage. Auf Grund Ihres Verhaltens in der Opposition kann man nur annehmen, daß Sie sich einer noch höheren Preissteigerungsrate gegenübergesehen hätten.

(D) (Beifall bei den Regierungsparteien. — Abg. Dr. Schulze-Vorberg: Die Preissteigerungen waren zu allen Zeiten geringer!)

Ich will Ihnen noch ein Weiteres sagen. Ich glaube, daß die **Tarifpartner,** insbesondere die Gewerkschaften, wenn Sie an der Regierung gewesen wären, sehr wahrscheinlich noch weniger eingelenkt hätten, als es schon jetzt der Fall war. Als die Bundesregierung mit dem Tarifpartner, mit dem sie es zu tun hat, nämlich mit den Vertretern des öffentlichen Dienstes, 1970 über normale Lohnsteigerungsraten verhandelte, haben Sie hier einen Antrag gestellt und die Bundesregierung aufgefordert, mehr Prozente zuzulegen. Das war der Tatbestand.

(Abg. Wehner: Hört! Hört! Das ist leider wahr!)

Bundesminister Ertl hat jetzt über die **Erhöhung der Agrarpreise** verhandelt. Wir haben nur eine allgemeine Übersicht bekommen. Aber ich wiederhole an dieser Stelle: Wir haben volles Vertrauen nicht nur zu Minister Ertl, sondern auch zum Kabinett — der Bundeskanzler hat soeben noch einmal ausdrücklich erklärt, daß der Minister volle Handlungsfreiheit habe —, daß er bei diesen Verhandlungen unbeschadet der Lebenshaltungskosten heraushandeln wird, was herauszuhandeln ist. Eine solche Handlungsmarge hatte bisher kein Landwirtschaftsminister in Deutschland.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Peters (Poppenbüll)

(A) Trotzdem übersehen wir nicht die **Schwierigkeiten,** die sich auch künftig in der **Agrarpolitik** ergeben werden. Wir wissen, daß die Agrarerzeugung in der EWG stärker steigen wird als der Verbrauch von Lebensmitteln und daß sich daraus Schwierigkeiten in der EWG ergeben werden. Wir sehen auch, daß der Druck der USA auf die EWG mit dem Ziel, Agrarprodukte in der Gemeinschaft, und zwar möglichst billig, loszuwerden, zunehmen wird. Man kann heute schon sagen, daß die ungerechtfertigten amerikanischen Forderungen nur deshalb abgewehrt werden konnten, weil es dem Bundeskanzler und dem Außenminister vorher gelungen war, die Gemeinsamkeit innerhalb der EWG zu stärken. Durch diesen Beitrag konnten die amerikanischen Forderungen schließlich auf ein Mindestmaß zurückgeführt werden.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Wir sehen weitere Schwierigkeiten auf die Landwirtschaft auch dadurch zukommen, daß landwirtschaftliche Bereiche durch die starke Ausbreitung gewerblicher Veredelungproduktionen zurückgedrängt werden. Wir glauben, daß hier nicht nur deutsche Maßnahmen, sondern daß darüber hinaus Maßnahmen in der gesamten EWG ergriffen werden müssen, um eine starke bäuerliche Erzeugung zu halten. Denn sonst würde eine Agrarpolitik in der EWG illusorisch werden. Wir verschweigen aber nicht, daß der **Strukturwandel** sowohl in der Bundesrepublik als auch in der EWG weitergehen wird. Es (B) war eben Ihr großer Fehler, meine Damen und Herren von der CDU, daß Sie das den Bauern 20 Jahre verschwiegen haben.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Ob dieser Strukturwandel in der Zukunft in die Richtung zu größeren Nebenerwerbsbetrieben oder in die Richtung zu größeren Vollerwerbsbetrieben gehen wird, ist heute schwer zu beurteilen. Das einzelbetriebliche Förderungsprogramm der Regierung gewährleistet jedoch, daß beide Typen sich entwickeln und daß früher entstandene Fehlinvestitionen künftig verhindert werden.

Ich will über die **sozialpolitische Absicherung,** über die hier schon vieles gesagt worden ist, nicht weiter reden. Aber jedenfalls ist das, was von der CDU in diesem Punkte gefordert worden ist, durch Veröffentlichungen von Politikern der Koalitionsparteien als ganz klares Programm in dieser Legislaturperiode längst herausgestellt worden.

Nun noch ein Letztes! Kritik ist für eine Opposition selbstverständlich. Aber sie muß sachlich sein, und sie muß Alternativen bieten.

(Sehr wahr! bei der SPD.)

Eine übertriebene Kritik an der Agrarpolitik fördert eine Entwicklung, in der die Strukturpolitik in ein überschnelles Tempo getrieben wird, das wir alle nicht haben wollen, Herr Dr. Ritz. Deshalb sind wir der Meinung, daß manches, was in dieser Beziehung von Ihnen gesagt wird — vielleicht ist es nach (C) Ihrer Meinung für Ihre Partei günstig — für die deutsche Landwirtschaft nicht von Nutzen ist.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Das Wort hat der Abgeordnete Saxowski.

Saxowski (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute morgen hat es in diesem Saal vor Polemik gedröhnt. Es ging von der Einschränkung des Eigentums bis zum vollen Verlust. Das sind die Worte, die wir dauernd draußen in den Versammlungen hören müssen. Es ist nicht so, daß Sie allein der Weisheit letzten Schluß aus dem Land beziehen, sondern auch wir sind unterwegs, auch wir sprechen mit den Bauern. Ich will Ihnen eines sagen: es ist sehr traurig, Herr Kollege Kiechle, wenn man hier nur Angstneurosen züchtet, die die Unsicherheit bei dem bäuerlichen Berufsstand immer noch weiter erhöhen. Man sollte davon ausgehen, daß man mit den Menschen, um die wir hier bemüht sind — gemeinsam, betone ich —, etwas vorsichtiger umgehen sollte. Man sollte ihnen aufzeigen, wohin die **Politik in der EWG** zu führen hat, wie wir sie noch leiten und lenken können und welche Zuständigkeiten heute gar nicht mehr in unseren Bereich hineinzubringen sind.

Herr Struve, wenn man so die alten Reden von 1961/62 liest, die Sie und Herr Bauknecht hier gehalten haben, gewinnt man den Eindruck, daß 1961 und 1962 die Landwirtschaft schon vor dem Ruin stand, ja schon am Ende war. Da haben Sie selbst (D) früher Ihre Regierungen angegriffen. Demgegenüber stehen wir doch heute in einer Situation, die aufzeigt, daß eine gewisse Vorwärtsentwicklung in diesem vor uns liegenden Wirtschaftsjahr erreicht werden kann und wird. Man sollte nicht immer nur nach rückwärts schauen, sondern auch sehen, wie sich die Gegenwart und die nahe Zukunft abzeichnen.

(Beifall bei der SPD. — Zuruf von der CDU/CSU: Die Gegenwart ist aber schlecht!)

Man muß auch einmal um sich sehen, welche **Zuständigkeiten** uns denn noch verbleiben. Sie tun so, wenn man Ihre Ausführungen heute morgen verfolgt hat — aller Ihrer Redner —, als ob wir in der EWG schalten und walten könnten, wie es uns Deutschen gerade recht und billig ist. Das ist doch nicht mehr drin. Wir haben uns mit sechs Partnern mit vollkommen verschiedenen Interessenlagen auseinanderzusetzen. Hier kann man nur im zähen Ringen um den Kompromiß nach vorne kommen. Dann werden natürlich auch Situationen eintreten, die uns nicht immer angenehm sind. Aber damit will ich meine Einführung beenden und mich dem Bericht zuwenden, um den es hier geht, und werde hier den württemberg-badischen Wahlkampf nicht weiter fortsetzen.

(Beifall bei der SPD.)

Der **Agrarbericht 1972** bezieht sich auf das Wirtschaftsjahr 1970/71. Herr Bremm, hören Sie genau zu, ich werde auch die miesen Zahlen nicht verschweigen, das gebietet die Ehrlichkeit dem Berufs-

Saxowski

(A) stand gegenüber und unter uns als Kollegen. Der Bericht stellt also nicht den aktuellen Bezug zur Lage der Landwirtschaft im Frühjahr 1972 her, sondern er befaßt sich mit einer Situation, wie sie vor einem Jahr bestand. Wir alle, auch die verehrten Kollegen von der Opposition, müssen uns vor Augen führen, daß der vorliegende Bericht in der Analyse der bisherigen Entwicklung hinter der Zeit herläuft und daß die darin aufgeführte voraussichtliche Entwicklung zum großen Teil schon Gegenwart ist. Werden wir uns dieser Tatsache bewußt, kann und muß diese Debatte über den Agrarbericht viel freundlicher und hoffnungsvoller geführt werden, als die Sprecher der Opposition dies bislang getan haben. Aber glauben Sie nicht, daß ich für die taktischen Regieanweisungen kein Verständnis habe, nach denen die Opposition heute morgen vorgeht. Wir dagegen werden uns von diesem Zwang zur Profilierung nicht anstecken lassen. Wir setzen uns mit diesem Bericht auseinander, wie es die Sache und die Lage gebieten: kritisch, nüchtern, mit der gebotenen Skepsis, problembewußt, aber ohne in Krokodilstränen auszubrechen, ohne mit dunklen Absichten im Herzen Angstneurosen bei denen zu erzeugen, die uns als betroffene Menschen viel zu schade für psychologische Manipulationen sind.

Das **Wirtschaftsjahr 1970/71** — das läßt der Bericht erkennen — war für die gesamte deutsche Landwirtschaft kein gutes Jahr. Die Wertschöpfung für den Produktionsbereich Landwirtschaft liegt im vergangenen Wirtschaftsjahr bei 16,09 Milliarden (B) DM. Wir müssen hier leider feststellen, daß dies 1,47 Milliarden DM weniger sind als im vorangegangenen Jahr. Die Wirtschaftsleistung je Vollarbeitskraft ging 1970/71 gegenüber dem Vorjahr um 2,7 % auf 11 267 DM zurück. Das sind die nackten Fakten, die wir nicht verschweigen können und wollen, weil der Bericht sie ausweist. Der Abstand zwischen Einkommen aus landwirtschaftlicher und gewerblicher Arbeit ist noch größer geworden. Während sich der gewerbliche Vergleichslohn um 14 % erhöhte, verminderte sich das Betriebseinkommen der Landwirtschaft je Vollarbeitskraft um rund 1300 DM auf 11 800 DM. Das ist auch wieder eine sachliche und nüchterne Feststellung. Es gibt hier Gründe, die dieses Absinken mit hervorgerufen haben,

(Zuruf von der CDU/CSU: Aber nicht entschuldigen!)

aber auch entschuldigen. Hier ist das Evangelium zitiert worden, hier ist der liebe Gott zitiert worden.

(Abg. Dr. Ritz: Nicht von uns!)

Das können wir nicht beeinflussen, weder das Evangelium noch den lieben Gott. Der Herrgott kam von Herrn Gallus und das Evangelium kam von Herrn Kiechle. Wir wollen die Dinge richtig verteilen.

(Abg. Dr. Ritz: Das Evangelium kam auch von Herrn Gallus!)

— Wir wollen kein Kolloquium mehr führen; denn sonst sind wir wieder hier unter uns „Pastorentöchtern".

(C) Da ist zunächst das Absinken der Schweinepreise — das ist bereits von Ihrem Redner gesagt worden —, und es ist immerhin die bemerkenswerte Summe von fast einer Milliarde DM. Wenn Sie bei der bereinigten Betriebsertragsrechnung pro ha einmal nachsehen, die um 105 DM gesunken ist, müssen Sie feststellen, daß allein 85 DM auf Schweine entfallen. Das muß man mit berücksichtigen und hier auch mit zur Diskussion stellen. Darüber kann man sich nicht hinwegmogeln.

Dann kommt die Getreideernte, anschließend erhöhter Futtermitteleinkauf, das zyklische Angebot an Kartoffeln — Herr Bittelmann, das wissen Sie — und teilweise an Obst und Gemüse und natürlich auch das starke Ansteigen der Preise für Vorleistungen aus dem gewerblichen Bereich. Das geben wir auch zu. Der Index der Einkaufspreise der landwirtschaftlichen Betriebsmittel insgesamt ohne Mehrwertsteuer lag 1970/71 mit 110,8 um 4,7, der Index der Einkaufspreise einschließlich Mehrwertsteuer um 4,9 Punkte höher als 1969/70; auch eine Tatsache.

Wenn wir über den Berichtszeitraum sprechen, so sollten wir jedoch die darauffolgende Entwicklung nicht außer acht lassen. Denn seit Oktober ist hier eine Beruhigung eingetreten. Wir stehen im Augenblick auf 5,2; das ist der letzte Bericht vom Januar dieses Jahres. Für Februar hat es weiter keine Verschlechterung gegeben. Das heißt, hier läuft die Entwicklung nach oben.

Auf der anderen Seite muß ich auch bei den Produkten sehen, wie sich das Angebot und die Nachfrage am Markt gegenüberstehen. Auch das können wir mit politisch dekretierten Mitteln allein nicht (D) bewerkstelligen.

Meine Damen und Herren, hier wurde von Herrn Kiechle ein Katalog aufgestellt, der die Sozialpolitik beinhaltete. Nun, dieses Koalition, die Sie als klein bezeichnen

(Zuruf von der CDU/CSU: Noch kleiner!)

— noch kleiner; das stört uns nicht —, hat in 2½ Jahren doch endlich den Schritt in die **soziale Agrarpolitik** hinein getan, der von Ihnen so lautstark gefordert wird und den Sie schon lange hätten bewerkstelligen können.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Denken Sie an das soziale Ergänzungsprogramm, in dem die Landabgaberente auf das Fünffache des Mindesteinheitswerts angehoben wurde und der Personenkreis so weit erweitert wurde, daß fast 80 % der Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe darunterfallen.

(Abg. Horstmeier: Nur theoretisch.)

— Ob das theoretisch ist, Herr Horstmeier, oder nicht, auf jeden Fall ist es nicht akademisch, wie Sie es hier immer abhandeln wollen. Es ist ein Tatbestand. Sie haben, glaube ich, dem Gesetz sogar zugestimmt, der „Theorie"; der haben auch Sie zugestimmt. — Und weiter: Für die jüngeren Landwirte ist die Rentenversicherung geöffnet worden mit einer enormen Leistung des Bundes an Einkauf in diese

Saxowski

(A) Versicherung hinein. Das muß man auch einmal sehen.

(Zuruf von der CDU/CSU.)

— Bitte?

(Zuruf von der CDU/CSU: Wie sieht der Erfolg aus?)

— Der kann sich nicht in einem Jahr zeigen. Sie wollen alles in einem Jahr. Wenn ich an meinen sehr verehrten Herrn Kollegen Struve denke, den ich persönlich sehr achte, muß ich immer an seine Worte denken, die er sprach, wenn etwas Neues — Altersgeld und all diese Fragen damals — in Angriff genommen wurde: Wir müssen erst mal Erfahrungen sammeln. Uns will man nicht ein Jahr Erfahrung sammeln lassen. Das muß bei uns alles ad hoc im Geschwindschritt, wenn nicht sogar im eiligsten Laufschritt geschehen. So kann man es auch nicht machen.

Was Herr Kiechle dann hier forderte, war sehr publikumswirksam. Aber fest steht, daß die Bundesregierung bereits das Altersgeld ab 1. Januar 1974 dynamisieren will und daß die Landabgaberente wie auch das Altersgeld noch in diesem Jahr einer Erhöhung in den Leistungen zugeführt werden.

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhard.)

Das sind also Dinge, die schon lange den Bach heruntergeschwommen sind, Herr Dr. Reinhard. Da geht kein Weg dran vorbei.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Was Sie also hier nur prophylaktisch gefordert haben, ist doch bereits Tatbestand durch Beschlüsse (B) dieser Bundesregierung. Das müssen wir doch sehen.

Gestern haben wir das Gesetz über die Krankenversicherung für die Landwirte im Ausschuß verabschieden können, und es geht den Weg in den Sozialausschuß. Hier wurde gesagt, daß man alles aus der AOK herausreißt. Ich erinnere mich an Aussprüche von Herrn Kollegen Bewerunge gestern, als er sagte: Ich muß an meine 14 sauerländischen Kreise denken, die das alles gar nicht wollen.

(Zuruf des Abg. Horstmeier.)

— Hören Sie mal, ich war in der vergangenen Woche in zwei landwirtschaftlichen Kreisversammlungen seiner Bauernverbände im Sauerland, jede Versammlung von 140,150 Bauern besucht. Wenn man mit ihnen sachlich über diese Krankenversicherung spricht

(Abg. Horstmeier: Haben Sie da abstimmen lassen?)

— oh ja, wir haben drei bis vier Stunden zum Teil miteinander gerungen

(Abg. Horstmeier: Abgestimmt?)

— wir stimmen ja nicht ab — und wenn sie dann hören, welche Leistungen und welche Beiträge gezahlt werden müssen, Herr Kollege Horstmeier, dann werden sie auch kleiner.

Und tun Sie nicht immer so — das stört nur; es stößt nicht ab, es stört nur —, als ob Sie allein die Weisheit und die Erfahrungen auf Ihrer Seite hätten.

(C) Da sind Sie in einem kolossalen Irrtum befangen, und ich würde Sie bitten, sich davon zu befreien.

(Beifall bei den Regierungsparteien. — Abg. Stücklen: Das behaupten wir ja gar nicht!)

Hier wurde man sich nach den Diskussionen dahin einig, daß man sich auch mit der KVdL durchaus einverstanden erklärt, vor allen Dingen mit dem, was durch uns und mit Unterstützung dieser Regierung noch in dieses Gesetz hineingearbeitet werden konnte. Das wollen wir einmal sehen!

(Erneuter Beifall bei den Regierungsparteien.)

Und wir haben die tiefe Befriedigung, daß wir mit dem Bauernverband und seinen Forderungen hier fast auf einer Ebene liegen;

(Sehr gut! bei der SPD)

wir sind kongruent; unsere diesbezüglichen Auffassungen decken sich fast hundertprozentig. Dagegen wehren Sie sich als Berufsvertreter.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das ist auch das erstemal!)

— Ach, hören Sie, das ist nicht das erstemal. Wir sprechen ab und zu auch mit dem Bauernverband, und wir werden auch diese Gespräche gar nicht fürchten. Ganz im Gegenteil, wir haben diesen Leuten ja auch etwas zu sagen und etwas anzubieten, ebenso wie wir hoffen, von ihnen zu lernen. (D) Wir sind nicht so ignorant zu sagen, daß wir die Weisheit allein gepachtet hätten, wie es in bezug auf Sie manchmal aus Ihren Ausführungen hervorklingt.

(Beifall bei der SPD. — Zurufe von der CDU/CSU.)

Nun noch zum Schluß ein Wort zur **Preispolitik.** Hier werden lautstark eben auch wieder 10 % gefordert. Ich weiß, daß Sie sich damals bei der Preisfrage doch voll den Copa-Beschlüssen angeschlossen haben, und die lauteten auf 12 %. Wenn Sie aber nun einmal Herrn Knottnerus hören, den Vorsitzenden des Landbouwschap in Holland — ich wollte hiermit nur einmal die Einigkeit der Copa verdeutlichen —, der nun an seinen Landwirtschaftsminister Landinois die Forderung richtet, es müßten mindestens 7 bis 8 % erreicht werden, dann sehen Sie, daß man da schon etwas realitätsbewußter ist, als wir es uns zum Teil hier immer noch vorgaukeln.

Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten steht in Struktur-, Währungs- und Preisfragen noch immer in sehr harten Verhandlungen. Es sind ja im Vorjahr erstmalig — und das muß man auch einmal betonen — Preisanhebungen erfolgt. Sie können also nicht mehr so tun, als lehnten wir Preisanhebungen auf voller Breite und bei voller Flotte immer ab. Ganz im Gegenteil erklären wir — das darf ich hier sehr deutlich sagen — die Preispolitik als ein Instrument zu einem der vornehmsten Anliegen im agrapolitischen Bereich. Preispolitik, Strukturpolitik, Marktpolitik und

Saxowski

(A) Sozialpolitik, diese vier Dinge sind bei uns die kompakte Agrarpolitik. Und diese Dinge können wir auch losgelöst voneinander gar nicht betreiben.

Die $5^{1}/_{2}$ oder — wir können uns ja darum streiten — 5,2 % im Vorjahr, die in diesem Jahre durchschlagen, können Sie beim besten Willen nicht leugnen und nicht abstreiten.

(Abg. Dr. Reinhard: Aber die Inflation können Sie auch nicht abstreiten!)

— Sie, hören Sie doch mit Ihrer Inflation auf! Gucken Sie sich einmal die anderen Inflationsraten draußen an!

(Abg. Stücklen: Das ist doch kein Trost! — Erneuter Zuruf des Abg. Dr. Reinhard.)

— Sie haben gestern und vorgestern in Inflation gemacht; bei Ihnen ist alles Inflation. Ich will Ihnen einmal eines sagen: ich trete her oben schon bald so auf die Inflation, daß ich ins Stolpern komme, nicht wahr.

(Heiterkeit und Beifall bei den Regierungsparteien.)

Mit dem Ding können Sie auf Ewigkeit keine Politik betreiben. Das ist doch wohl ganz klar. Warum soll man immer nur dieses abgedroschene Zeug erzählen? Aber das ist das einzige, was man von Ihnen hört. Im Augenblick können Sie nicht leugnen, Herr Dr. Reinhard, daß eine Preisberuhigung auf dem Betriebsmittelsektor eingetreten ist und weiter eintreten wird.

(B) (Zustimmung des Abg. Wehner. — Weitere Zurufe von der CDU/CSU.)

Das werden Sie im Laufe dieses Jahres verfolgen können.

(Abg. Dr. Reinhard meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

— Bitte schön!

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Herr Abgeordneter, ich darf Sie gleichzeitig darauf aufmerksam machen, daß Ihre Redezeit abgelaufen ist.

Bitte, Herr Abgeordneter, der Kollege läßt die Frage zu.

Dr. Reinhard (CDU/CSU): Herr Abgeordneter, ist nicht vielleicht eine Erhöhung der Preise um nur 2 % bei einer stabilen Währung mehr als eine Erhöhung von 5 % bei einer Inflation?

(Zuruf von der SPD.)

Saxowski (SPD): Also, ich sehe das mit der Inflation überhaupt nicht.

(Zurufe und Lachen bei der CDU/CSU.)

Ich bin kein Währungsexperte. Aber das haben Ihnen schon andere gesagt.

(Anhaltende Zurufe und Lachen bei der CDU/CSU.)

(C) — Warum lachen Sie? Lesen Sie einmal schön die Indexzahlen der Währungen vergleichbarer Industrienationen durch, und dann haben Sie die volle Beruhigung für Sie — wir sind schon lange beruhigt —, daß wir am Ende stehen.

(Abg. Stücklen: Das hilft mir doch nicht! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU.)

— Herr Stücklen, wir wissen doch, was Sie wollen! Aber Sie bringen uns damit nicht in die Ecke. Es tut mir leid, Ihnen das zu sagen.

(Erneuter Zuruf des Abg. Stücklen.)

Mir bleibt, da ich zum Schluß kommen muß, nur eines: dem Minister für seine robusten, energischen und zielstrebigen Verhandlungen in Brüssel herzlich zu danken. Das ist unser Bedürfnis,

(Beifall bei der SPD)

sowohl das der FDP wie das der SPD.

(Beifall bei den Regierungsparteien. — Erneuter Zuruf des Abg. Stücklen.)

Wir danken auch dem Bundeskanzler, daß er in den Gesprächen mit Präsident Pompidou diese Fragen in einer sehr energischen und abgerundeten Form bereinigen konnte, so daß wir, im ganzen gesehen, nicht mehr Angstneurosen um uns herumstreuen, sondern zielbewußt und hoffnungsfroh auch in die landwirtschaftliche Zukunft sehen können.

(Zustimmung des Abg. Wehner.)

(D) Wir wissen, daß es hier noch viele Strukturveränderungen geben wird, die Sie wie auch wir nicht auffangen können. Wir können nur dafür sorgen, daß Auffangmöglichkeiten bestehen, die diesen Leuten den Übergang so elegant wie eben möglich machen. — Vielen Dank für Ihre Geduld.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Ritz.

Dr. Ritz (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will versuchen, in die Begründung zu unserem Entschließungsantrag einige Antworten auf Aussagen einzuarbeiten, die Sprecher der Koalition gemacht haben, aber auch auf das, was der Herr Minister als Zwischenbericht aus Brüssel gegeben hat.

Meine Damen und Herren, es ist leider so, ob wir es gerne hören oder nicht, die **EWG-Probleme im Agrarbereich** bewegen uns schwerwiegend, weil sie am stärksten auch unmittelbar einkommenswirksam sind. Darum zuvor zu diesem Problem einige Worte. Es kann gar kein Zweifel sein, daß sich die CDU/CSU immer zur EWG und zum gemeinsamen Agrarmarkt bekannt hat und bekennt. Wir bekennen uns auch zu dem Weg, den wir seit den Jahren 1956/58 in der EWG gegangen sind. Wir können aber für uns in Anspruch nehmen und tun dies auch, daß wir nicht zuletzt wegen der Konsequenzen bis 1969 nicht bereit waren, währungspolitische Allein-

Dr. Ritz

(A) gänge mit den sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Landwirtschaft hinzunehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Meine Damen und Herren, ich spreche auch nicht gerne von der Aufwertung 1969, aber es tut mir leid, wir müssen halt noch davon sprechen, und zwar nicht von der Aufwertung, sondern von den Folgen.

(Abg. Dr. Schmidt [Gellersen]: Weil Sie sonst weiter nichts haben!)

Es kann doch gar kein Zweifel sein, daß durch den Teil des Aufwertungsausgleichs, der flächenbezogen gewährt wird, den wir hier auch gar nicht verniedlichen oder verkleinern wollen, Marktvorteile für andere Partner im deutschen Agrarmarkt einfach nicht verhindert werden können. Das wirkt eben nach, das ist doch das entscheidende Problem.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU. — Zurufe von der SPD.)

Deshalb bleibt für uns die Frage, wie wir nach all den Übergangsregelungen, die hier eingebaut sind, mit den Problemen fertig werden.

Nun zu dem **Zwischenbericht**, den der Minister gegeben hat. Da es ein Zwischenbericht war, kann dies auch nur eine Zwischenwertung sein, keine abschließende Wertung. Herr Minister, Sie haben im Verlauf der Verhandlungen erreicht, daß man einen **Grenzausgleich** in einer bestimmten Größenordnung — wenn ich das recht sehe, 2,7 % — für eine bestimmte Übergangszeit —, degressiv bzw. (B) in Stufen abzubauen — durchgesetzt hat. Lassen Sie mich zu diesem Teil ganz deutlich sagen, dies ist eben auch nur ein Grenzausgleich im bisherigen Umfang, d. h. er erfaßt viele Agrarprodukte gar nicht, und er erfaßt darüber hinaus bei vielen Veredelungsprodukten nur einen Teil des Warenwerts. Nun machen Sie uns den Vorwurf: Wenn ihr, Opposition, einen umfassenden Grenzausgleich fordert, müßt ihr wissen, das ist mit dem Vertrag gar nicht vereinbar. Herr Minister, das nehmen wir hin, wenn Sie das sagen, nur müssen Sie dann hinnehmen, daß wir darauf hinweisen, daß Sie noch im Dezember 1971 im Deutschlandfunk gesagt haben, es stelle sich jetzt die Frage, inwieweit das bisherige Konzept überhaupt noch beibehalten werden könne; nach Ihrer Meinung solle man den Weg nach vorn gehen und eine flexiblere Lösung als die Rechnungseinheit suchen. Ich kann nur sagen, wenn Sie als amtierender Minister durchaus zu Recht als Folge der währungspolitischen Veränderungen zu dieser Schlußfolgerung kommen, können Sie es der Opposition doch nicht verargen, daß sie Vorschläge macht, die letztlich allein die Möglichkeit geben, langfristig Nachteile von einem landwirtschaftlichen Teilmarkt, nämlich dem der deutschen Landwirtschaft, fernzuhalten. Das ist doch das eigentliche Problem, und man sollte doch nicht immer uns einseitig Vorwürfe machen, wir machten unrealistische Vorschläge, während Sie selbst in Aussagen des Jahres 1970, aber auch des Jahres 1971, zu diesen Konsequenzen kommen, wie ich sie zitiert habe.

Meine Damen und Herren, nun ist die Mehrwertsteuer in der Größenordnung bis zu 2 % vorgesehen. (C) Herr Minister, gegen diese Lösung ist gar nichts zu sagen; im Gegenteil! Auch wir meinen, daß die **Mehrwertsteuerregelung,** wenn sie in den Umsatzsteuergrenzausgleich einbezogen wird, im Grunde viel wirksamer packt als das Grenzausgleichssystem.

(Sehr gut! bei der CDU/CSU.)

Das wollen wir genauso. Nur, meine Damen und Herren: Wir sind nach wie vor der Meinung — und deshalb bedauern wir, daß wir das heute nicht diskutieren und nicht darüber abstimmen konnten —, daß eine Anhebung der Mehrwertsteuer als Ausgleich für das, was wir 1970/71 hinnehmen mußten, überfällig gewesen wäre. Das ist jetzt der entscheidende Punkt, d. h. wir nehmen jetzt die Mehrwertsteuer zum Ausgleich für die vor uns stehende Paritätsfestsetzung und haben damit keinerlei Manövriermasse, um durch eine solche nationale Maßnahme entscheidende Verbesserungen durchzusetzen.

(Sehr richtig! Sehr wahr! bei der CDU/CSU.)

Nun zu den Fragen des Marktes und der **Marktstruktur.** Hier gehe ich gern auf den Kollegen Schmidt (Gellersen) ein. Niemand von uns bestreitet, daß wir in Fragen der Marktstruktur auch weiterhin große Anstrengungen machen müssen, auch die Praxis selbst. Was nützen uns aber — ich meine, das hat der Kollege Früh mit den Zahlenbeispielen sehr deutlich gemacht — marktkonforme Verhaltensweisen, indem wir die Schweineproduktion etwa nur in einem Umfang von 8 % ausweiten, wenn die andern dies um 25 bis 35 % tun und dann noch Vorteile erhalten, die durch die Geldparität bestimmt sind und die noch im deutschen Markt voll wirksam werden. (D) Hier liegen doch die eigentlichen Probleme. Ich sage noch einmal: Niemand verkennt bei uns, daß wir im Bereich der Marktstruktur weiterhin beachtliche Leistungen erbringen müssen, wenn wir vor allem auch in einer erweiterten EWG — ich denke hier auch an die Dänen — unsere Marktanteile halten wollen. Nur befürchten wir — diese Befürchtung ist hier nicht ausgeräumt worden —, daß wir, unabhängig von diesen Anstrengungen im EWG-Gefüge, Verzerrungen bekommen haben, die die Landwirte allein nicht mehr auszugleichen in der Lage sind.

Meine Damen und Herren, wenn wir uns aber schon im Bereich des Grenzausgleichs damit abzufinden haben, daß er nicht umfassend ist, daß er nicht den vollen Warenwert erfaßt, dann werden wir — und hier ist wieder die Frage nach der Alternative — nicht umhin können, **nationale Ausgleichsmittel** für Wirtschaftsgruppen bereitzustellen — ich nenne hier jetzt nur als Beispiele die Kartoffel- und Geflügelwirtschaft, die Eier-, Obst- und Gemüseproduktion —, um hier wirklich die schwerwiegenden Konsequenzen, die sich aus diesem begrenzten Grenzausgleich ergeben, einigermaßen befriedigend abfangen zu können. Das ist dann die einzige Konsequenz, die sich daraus ergibt.

Lassen Sie mich ein Wort über die verbesserte Lage heute sagen. Ich kenne keinen Kollegen, der nicht einräumt, daß sich die Entwicklung im laufenden Wirtschaftsjahr verbessert hat. Ich glaube, Sie werden mir einräumen — ich sehe hier den Kollegen Lemp; ich habe mit ihm Podiumsdiskussionen be-

Dr. Ritz

(A) stritten, oder er mit mir, wie man will —, daß ich dies nie, auch nicht draußen in Versammlungen bezweifelt habe. Nur, meine Damen und Herren, es bleibt halt dabei: Wenn ich das Wirtschaftsjahr 1970/71 und das von 1971/72 in seiner prognostischen Aussage addiere, dann komme ich zum Ergebnis Null, und das in einem Zeitraum, in dem in übrigen Wirtschaftsbereichen Einkommensverbesserungen in der Größenordnung von 16 bis 18 % eingetreten sind.

(Beifall bei der CDU/CSU. — Zurufe von der SPD.)

Da kann man doch nicht sagen: Das alles ist in Ordnung.

(Zurufe von der SPD.)

— Das sind nun Tatsachen, an denen man nicht einfach vorbeisehen kann. Ich wiederhole: Wir ignorieren nicht, daß die Situation im laufenden Wirtschaftsjahr besser geworden ist. Aber diese Verbesserung reicht leider nur dazu aus, um den alten Stand von 1969/70 wiederzuerreichen; das ist doch das eigentliche Problem.

(Zurufe von der SPD. — Gegenrufe von der CDU/CSU.)

Ein Wort zur Strukturentwicklung. Niemand in diesem Hause, auch nicht im Bereich der Opposition, bestreitet, daß sich der **Strukturwandel** in der Landwirtschaft fortsetzt. Das hat es nie gegeben, und heute gibt es auch niemanden, der dies sagt. Aber es ist eben die Frage, ob man das Ausscheiden von 80 000 Betrieben und 120 000 Menschen in einem (B) Wirtschaftsjahr als normal hinstellt und damit als normales Tempo für die nächsten Jahre charakterisiert. Ich kann nur sagen, dieses Tempo ist zu hoch! Denn dies ist ein Tempo, das dazu führen würde, daß in weiten Teilen der Bundesrepublik der Strukturwandel der Landwirtschaft überhaupt nur noch durch **passive Sanierung** zu meistern wäre.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Da ich aber weiß, daß niemand — ich gehe jedenfalls nach wie vor davon aus — in diesem Hause passive Sanierung, d. h. Abwanderung aus der Fläche in den Ballungsraum, will, nehme ich an, daß wir uns dann auch einig sind, daß diese Ziffern zu hoch sind und daß wir den Strukturwandel wieder in eine normale, in eine organische Entwicklung überführen müssen.

Dazu gehört, daß der Landwirt die Sicherheit hat, daß er sowohl über die Preise wie über die Förderungskonditionen in der Lage ist, sein Einkommen so zu gestalten, daß er insgesamt ein zufriedenes Dasein daraus erwirtschaften kann. Das ist der Punkt.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das ist krisenhaft!)

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich jetzt zur Begründung des Antrages noch einige Worte darüber hinaus sagen. Wir bringen in dem Antrag zum Ausdruck, daß wir eine Anhebung der **Preise** entsprechend der **Anpassung an die Kostenentwicklung** für notwendig halten. Da sind mir vorhin

(Abg. Peters [Poppenbüll]: 5 %!)

(C) — verzeihen Sie, Herr Kollege Peters — 5 % genannt worden. Wenn ich davon ausgehe, daß im vergangenen Wirtschaftsjahr die Kostensteigerung bei 6,8 % lag und wir in Brüssel nominal etwa 2 bis 3 % Preissteigerung realisiert haben — ich nehme das für dieses Jahr mit hinzu —, dann kommen Sie halt immer noch auf die 10 % — um das hier ganz deutlich zu sagen.

Wir haben in unserem Entschließungsantrag noch einmal sehr deutlich auf die Notwendigkeit der **Harmonisierung** im Bereich der EWG in ganz bestimmten Sektoren hingewiesen. Wir meinen hier vor allem den Bereich des **Futtermittel-, Lebensmittel- und Arzneimittelrechts.** Niemand von der Opposition hat sich dagegen verwahrt oder sich dagegen gewehrt, daß die Bundesregierung Gesetze erarbeitet und diesem Hause vorgelegt hat, die auf einen verstärkten Gesundheitsschutz im Bereich des Lebensmittel-, Futtermittel- und Arzneimittelrechts abheben. Da sind wir durchaus der Meinung, das ist gut so. Nur muß sichergestellt sein, daß wir in einem gemeinsamen Agrarmarkt auch von gemeinsamen Regelungen ausgehen.

Wenn dies nicht geht, und wenn dies nicht so schnell geht, wie dieses nationale Parlament arbeitet, dann muß halt an der Grenze sowohl im Interesse der Verbraucher als auch der Erzeuger nach diesen unseren verschärften rechtlichen Bestimmungen gehandelt werden.

Dabei gibt es dann viele Probleme. Wir können eben viele Rückstände noch nicht — etwa im Grenz- (D) verkehr — sofort und schnell feststellen. Deshalb bleibt die Forderung nach der Harmonisierung eine der dringendsten Forderungen im Hinblick auf den gemeinsamen Agrarmarkt.

Wir haben in diesen Entschließungsantrag auch den Bereich der **nationalen Agrarpolitik** aufgenommen und fordern, im **Förderungsprogramm** sicherzustellen, daß stärker als bisher den unternehmerischen Fähigkeiten des Betriebsleiters und der aktuellen Situation des landwirtschaftlichen Betriebes Rechnung getragen wird und wir wieder zu einer echten Investitionsbeihilfe kommen.

Hier ist heute gesagt worden, wir hätten dieses Programm total zerrissen. Zu Recht, wie ich meine. Denn diese unsere Kritik über ein Jahr hat ja nun in der Tat dazu geführt, daß einige von uns gar nicht geleugnete Verbesserungen in dieses Förderungsprogramm eingebaut worden sind. Das begrüßen wir; denn wir haben doch die Istzahlen des vergangenen Jahres.

(Abg. Löffler: Doch nicht wegen Ihrer Kritik!)

— Wie Sie das nennen, ist Ihre Sache.

Wir haben von Anfang an gesagt, daß das Förderungsprogramm mit seinen damaligen Möglichkeiten nicht in der Lage sein würde, auch nur annähernd vernünftige Förderungskonditionen zu gewähren, daß dieses einzelbetriebliche Förderungsprogramm höchstens deshalb seinen Namen verdiene, weil man

Dr. Ritz

(A) damit nur noch einzelne Betriebe fördern könne. Das war doch von Anfang an das Problem.

(Abg. Löffler: Das sagen Sie immer; das ist nicht originell!)

— Herr Kollege Löffler, das ändert nun alles nichts. Wir sind im Bereich der **betrieblichen Investitionsförderung** — wenn ich einmal von der Zahl 20 000 im gesamten Bundesgebiet absehe — praktisch über eineinhalb Jahre auf der Stelle getreten. Das ist die Wirklichkeit. Hier sind jetzt einige Verbesserungen.

Wir regen in diesem Entschließungsantrag ebenfalls an, den **Dieselkraftstoff** für die Landwirte bis zu einer Umstellung auf ein neues System zusätzlich um 2 Pf zu verbilligen. Das sind genau die 2 Pf, von denen der Parlamentarische Staatssekretär Hermsdorf hier im Hause gesagt hat, daß durch die Umstellung von dem sogenannten Leber-Pfennig auf die erhöhte Kfz-Steuer der Landwirtschaft zusätzliche Kosten im Bereich der Transporte entstehen. Wir meinen, es wäre das mindeste, daß man auf diesem Wege wenigstens diesen Kostenanstieg neutralisierte.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Einen letzten Gedanken, der sich mit der Sozialpolitik beschäftigt: Wir schlagen vor, nach entsprechender Anhebung der **Altershilfe** und der **Landabgaberente** — hier bestehen keine Meinungsverschiedenheiten im Hause — auch zu einer **Dynamisierung** dieser Maßnahmen zu kommen.

Darüber hinaus regen wir in diesem Entschließungsantrag an, doch einmal zu prüfen — das er- (B) scheint mir nicht unwichtig —, ob man nicht in den Bereichen, in denen Betriebe zwar die Bereitschaft haben, ihr Land langfristig zu verpachten, aber niemand mehr da ist, der dieses Land aufnimmt, einen völlig neuen Weg gehen sollte, auch etwa mit **direkten Einkommensübertragungen** oder **Bewirtschaftungszuschüssen.**

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Herr Kollege, ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie zum Ende kämen.

Dr. Ritz (CDU/CSU): Herr Minister, Sie wissen, diese Frage spielt eine entscheidende Rolle. Ich bin der Meinung, wir hätten hier einen ersten guten Einstieg, die Betriebe, die ihr Land heute verpachten wollen, aber nicht können, durch direkte Bewirtschaftungszuschüsse im Interesse der Erhaltung der Natur- und Erholungslandschaft zu fördern, wenn sie extensiv ihre Flächen der Allgemeinheit weiterhin erhalten. Dies scheint mir zur Begründung zu sagen zu sein.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Meine Damen und Herren, es ist hier gesagt worden, von Alternativen sei keine Rede. Hier ist eine ganze Reihe von alternativen Vorschlägen vorgebracht worden. Es bleibt dabei, eine der Hauptschwierigkeiten bleibt die Regelung der europäischen Probleme. Wir sollten aber auch alles, was wir national machen können, im vollen Umfang tun. Hierzu haben Sie unsere Mitarbeit, auch durch ganz konstruktive Vorschläge. Ich meine, die Landwirtschaft hat es verdient, daß sich alle in diesem (C) Haus gleichermaßen bemühen, das Optimale für sie zu tun.

(Beifall bei der CDU/CSU.)

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Das Wort hat der Herr Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Fosten.

Ertl, Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will jetzt auf einige Bemerkungen eingehen und hoffe, daß wir diese Debatte dann beenden können. Herr Kollege Ritz, Sie haben aufgezählt, was die Regierung möglicherweise versäumt hat. Ich gebe Ihnen einen guten Rat: Lesen Sie einmal den **Entschließungsantrag der CDU/CSU-Fraktion** aus der ersten Debatte nach, die ich als Bundesernährungsminister **im Jahre 1970** bestreiten mußte! Lesen Sie mal nach, was Sie da für Vorschläge gemacht haben! Wenn ich mich an die Vorschläge der Opposition gehalten hätte, dann hätte ich möglicherweise den Milchpreis gesenkt. Ich habe ihn erhöht.

(Abg. Wehner: Hört! Hört!)

Lesen Sie mal Ihren eigenen Entschließungsantrag nach! Aber da waren bei Ihnen noch die Nachwirkungen vorhanden, da haben Sie noch ein besseres Gedächtnis gehabt. Da wußten Sie ganz genau, in welche Lage Sie die Landwirtschaft durch Ihr eigenes Nichtstun auf dem Preissektor im Rahmen der EWG-Agrarpolitik hineinmanövriert haben. Das haben Sie 1970 noch zugegeben, und das kann (D) jedermann in den Parlamentsprotokollen nachlesen. Wenn ich mich daran gehalten hätte, wäre der Einkommensverlust der Landwirtschaft in diesem Jahr möglicherweise noch höher. Aber ich habe von vornherein eine andere, nämlich eine aktive Preispolitik in der EWG betrieben — das kann ich heute an Hand von Zahlen nachweisen —, und zwar in einer Form, die weit über das hinausgegangen ist, was Sie als Opposition im Frühjahr 1970 zu fordern gewagt haben.

(Abg. Stücklen: Kosteninflation!)

— Ich werde auch noch auf die Frage der Preise eingehen.

Ich möchte es jetzt etwas zusammenfassen. Im wesentlichen hat es sich ja um die vier Punkte gehandelt: Landwirtschaft im Rahmen der EWG und die sich daraus ableitenden Folgen, einzelbetriebliches Förderungsprogramm, Sozialpolitik und Marktpolitik. Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich nicht auf alle einzelnen Argumente eingehe, insoweit auch nicht auf die vom Kollegen Früh angesprochenen kalten Füße. Ich kann Ihnen nur sagen: Nach Schmücker hatte die deutsche Landwirtschaft sich in Brüssel sogar die Zehen erfroren. Aber ich will auf diese Gesichichte gar nicht weiter eingehen.

Lassen Sie mich jetzt einige Bemerkungen zur Situation der Preise machen.

(Abg. Struve: So etwas ist eines Ministers unwürdig! Gucken Sie sich die Grünen Berichte der zehn Jahre an und das Ergebnis Ihrer beiden Jahre!)

Bundesminister Ertl

(A)

— Herr Kollege Struve, ich mache Ihnen hier sogar ein Angebot.

(Abg. Struve: So eine Pöbelei!)

Wir werden diese vier Jahre mit Ihren vier Jahren vorher bilanzieren. Dazu bin ich bereit. Das ist ein faires Angebot.

(Beifall bei den Regierungsparteien. — Abg. Struve: Welche vier Jahre?)

— Die vier Jahre, in denen ich Verantwortung getragen habe.

(Zuruf von der CDU/CSU: Die sind noch nicht um!)

Ich bin bereit, diese mit den Durchschnittszahlen Ihrer Jahre auf allen Gebieten zu bilanzieren. Darüber werden wir uns nächstes Jahr unterhalten, und dann werden Sie sich nicht mehr aufzuregen haben bzw. werden Sie zugestehen müssen, daß diese Regierung wesentlich mehr Aktivität in die Agrarpolitik investiert hat als jede Regierung, die von Ihnen mitgetragen wurde.

(Abg. Bremm: Auch die inflationäre Kostenentwicklung!)

Ich bin aufgefordert worden, Zahlen zu nennen. Ich nenne hier Zahlen. **Index der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise,** 1961/62 gleich 100! 1964/65: 107,2, 1965/66: 114,1, 1966/67: 109,3, 1967/68 — Herr Kollege Struve, jetzt kommen wir gleich zu diesem Thema, und ich nehme an, daß Sie das wenigstens nicht bezweifeln —: 99,8.

(B)

(Abg. Struve: Ich rede vom Einkommen!)

— Ja, aber die Preise — das sagten Sie doch selber — sind ein wesentlicher Teil des Einkommens.

(Abg. Dr. Reinhard: Herr Minister, Sie sind doch viel zu klug, um die Abhängigkeit von Preisen und Kosten zu übersehen!)

— Herr Kollege Reinhard, Sie können mich nicht durcheinanderbringen.

(Abg. Dr. Reinhard: Das will ich auch gar nicht!)

Das müssen Sie mir glauben. Sie sollten nicht versuchen, durch solche Dinge hier Ablenkungsmanöver zu unternehmen. Sie sollten einmal bei dem bleiben, was ich hier vortrage. Ihr Vorsitzender hat mich aufgefordert.

Dann geht es weiter: 1968/69: 102,6, 1969/70: 106,2 — sehen Sie —, 1970/71: 98,1, aber ohne Ausgleichszahlung und Liquiditätshilfen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch das gehört doch dazu, daß Sie dann mindestens den Betrag von rund 1,2 Milliarden DM, der als Ausgleichszahlung und Liquiditätshilfe gezahlt wird, auf das Einkommen umrechnen. Das tun Sie überhaupt nicht. Vor allen Dingen, wenn ich Ihre Reden nachlese, tun Sie einfach so, als wenn das selbstverständlich wäre.

Nun kommt die Wende: Juli 1971: 99,2, August 1971: 102, September 1971: 102,4, Oktober 1971: 103,6, November 1971: 105,0, Dezember 1971, 106,7, Januar 1972: 106,3, Februar 1972: 108,3. Das ergibt gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 12,2 %.

(C)

Das sind die Zahlen, die effektiv sind. Ich wäre Ihnen doch sehr dankbar, wenn man dann hier nicht ununterbrochen behauptete, diese Regierung operiere mit Zahlen, die nicht nachweisbar seien.

(Abg. Dr. Reinhard: Lesen Sie uns doch auch die Zahlen für die Kostenentwicklung vor!)

— Ich bin gerade dabei. Sie sind immer zu voreilig; deshalb haben Sie kein Glück, Herr Dr. Reinhard.

Nun ein Weiteres. Ich komme Ihrem Wunsch nach. Ich tue ja alles; wissen Sie, ihrem Charme kann ich mich nicht entziehen.

(Heiterkeit.)

Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel: 1960: 92, 1961: 94, 1962: 98, 1963: 100, 1964: 102, 1965: 105, 1966: 107, 1967: 103, 1968: 100, 1969: 103. Sie sehen, auch in der Zeit vor mir ist es schon heraufgegangen. Das gebe ich zu, allerdings kommt dann ein sehr beachtlicher Sprung: 1970: 108. Den habe ich übrigens in meiner Rede auch nicht verkleinert, sondern das habe ich in aller Offenheit zugegeben.

(Zurufe von der CDU/CSU: Und 1971?)

Aber jetzt werde ich Ihnen sagen, wie es ausschaut im Vergleich zur EWG.

(Anhaltende Zurufe von der CDU/CSU: Und 1971?)

— Die Zahl habe ich im Augenblick nicht da,

(Sehr gut! und Lachen bei der CDU/CSU)

(D)

aber sie dürfte um ungefähr 5 % höher liegen. Der Durchschnitt ist im Agrarbericht nachzulesen; er liegt bei 4,7 %.

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhard.)

— Sehen Sie, Herr Dr. Reinhard, ich finde das immer so merkwürdig. Mit mir können Sie ja reden. Ich muß Ihnen aber sagen: So, wie Sie sich immer bei Rednern der Koalition aufführen — da müssen Sie eine Rede von Gallus mit mehr Würde ertragen. Das muß ich Ihnen ganz offen sagen. Ich habe das Gefühl, daß Sie das gar nicht können, uns einmal ungestört reden zu lassen, daß Sie sich selber sehr beleidigt fühlen, wenn Sie unterbrochen werden, daß Sie aber ständig unterbrechen. Das ist auch eine Frage der Fairneß in diesem Hause.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Aber ich bin bereit. Sie können sich zu Wort melden. Stehen Sie auf! Ich rede mit Ihnen stundenlang, wenn Sie wollen, bis nachmittags um fünf.

Noch einmal: 4,7 % im Durchschnitt.

(Abg. Stücklen: Wo ist der Gallus?)

— Herr Stücklen, es steht Ihnen frei, eine Frage zu stellen.

(Abg. Stücklen: Wo ist Gallus?)

— Der muß in seinen Heimatort. Er ist aus Baden-Württemberg. Wo sind denn Ihre Freunde? Herr Stücklen, machen Sie es sich doch nicht so einfach und billig!

(Abg. Stücklen: Wir sind da!)

Bundesminister Ertl

(A) Ich werde Ihnen auch die Zahlen aus Frankreich vorlesen, weil das ja so wesentlich ist. Ich gehe aber nur auf die Zahlen für 1970 ein, die sich übrigens im Jahre 1971 nicht abgeschwächt haben — damit hier keine Irrtümer entstehen. In Frankreich 121 zu 108 in der Bundesrepublik, in den Niederlanden 122 zu 108 in der Bundesrepublik, in Belgien 118 zu 108 in der Bundesrepublik.

Und jetzt komme ich zur **Relation zwischen Preisen und Kosten.** Diese Relation ist in unseren Partnerländern für die Landwirtschaft wesentlich schlechter als in dieser Bundesrepublik, nicht zuletzt durch die gesamte Wirtschaftspolitik dieser Bundesregierung. Und in diesem Zusammenhang müssen Sie auch die Aufwertung sehen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Sie sehen, ich könnte den Dialog sehr weit und sehr intensiv fortsetzen. Aber ich will das gar nicht.

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Ehnes?

Ehnes (CDU/CSU): Herr Minister, können Sie mir sagen, warum andere EWG-Staaten angesichts der Preis-Kosten-Relation gegen die Preiserhöhungen in Brüssel sind?

Ertl, Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Das will ich Ihnen sehr genau (B) sagen: Weil ein Kollege — ich will jetzt keinen Namen nennen, denn ich will keinen Kollegen in Brüssel in Schwierigkeiten bringen — erklärt hat: Uns interessieren die Forderungen des Berufsstandes gar nicht; wir machen eine Politik für unsere Verbraucher.

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Herr Minister, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Ritz?

Ertl, Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Das war eine sehr präzise Antwort, meine ich. Und das will ich hier auch ganz offen sagen, Herr Kollege Ehnes: Diese Regierung macht, weil sie die gesellschaftspolitische Bedeutung der Bauern erkannt hat und voll würdigt, diese Politik, obwohl erhebliche Teile des Berufsstandes einseitig CDU-Politik machen und die Regierung nicht unterstützen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Aber wir machen die Politik um der Sache willen. Ich sage das, damit Sie nicht meinen, wir wären so dumm und wüßten das nicht. Für die Stimmen brauchen wir diese Agrarpolitik bestimmt nicht zu machen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Hier steht der Mensch im Mittelpunkt. Ich sage das, weil gerade auch Sie, Herr Kollege Ehnes, und Sie, Herr Kollege Struve, im Interesse der Bauern und (C) auch der Politik eine besondere Verantwortung haben.

(Abg. Stücklen: Nicht so böse!)

— Ja, das mußte ich sagen.

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Ritz (CDU/CSU): Herr Minister, ich glaube, es läge im Interesse einer objektiven Unterrichtung, wenn wir doch in der Lage wären, auch Vergleichszahlen etwa aus dem EWG-Bereich in den Agrarbericht einzubauen. Trifft es zu, daß im Jahre 1970/71 — ich persönlich habe diese Zahl gelesen — die Einkünfte der französischen Farmer um 7 % gestiegen sind?

Ertl, Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Bei den Franzosen stimmt es, aber nicht bei den Holländern und Belgiern.

(Zurufe von der CDU/CSU: Aha! Also es stimmt?!)

Die Betriebsmittelpreise aber — das betone ich noch einmal — sind in Frankreich erheblich gestiegen.

(Zuruf des Abg. Dr. Ritz.)

— Aber, verehrter Herr Kollege Ritz, wärmen Sie doch nicht alte Kamellen auf!

(Zuruf von der SPD: Immer dasselbe!)

Die **Franzosen** haben doch zunächst einmal einen (D) Vorteil aus den **Getreidepreissenkungen** gehabt. Das darf man ja nicht immer sagen, aber jetzt muß ich es sagen: Sie haben einen Vorteil von 10 % gehabt. Sie haben auch — das weiß jedermann — aus der **Auf- und Abwertung** einen Vorteil gehabt. Daraus ergibt sich per Saldo eine wesentlich größere Preisanhebung, aber es ergibt sich daraus per Saldo nicht eine wesentlich verbesserte Einkommenssituation.

Ich bin gern bereit, dem Ausschuß in dieser Frage noch einmal zu berichten. Ich nehme auch Ihre Anregung dankend zur Kenntnis. Wir werden diesen Teil im nächsten Agrarbericht noch weiter ausdehnen, weil ich in der Tat der Meinung bin, daß das eine sehr wesentliche Frage ist. Ich werde Ihnen dabei behilflich sein und bin auch bereit, jede mögliche Auskunft zu geben.

(Abg. Saxowski: Das ist bei denen vergebliche Liebesmüh'!)

— Ja, aber ich versuch's trotzdem. Man soll nie

(Zuruf von der CDU/CSU: Die Hoffnung aufgeben!)

müde werden.

Ich will nur noch eine Bemerkung machen; ich möchte über dieses Thema nicht zu lange sprechen. Wer den **Einkommensrückgang der Landwirtschaft** genau analysiert, wird feststellen, daß der Rückgang schweinezyklusbedingt — der ist nun weiß Gott nicht EWG-bedingt; einer der Vorredner hat das gesagt — 1 140 000 000 DM ausmachte. Von

Bundesminister Ertl

(A) 2 480 000 000 sind das genau 50 %. Geringere Getreideernte: 590 000 000; höhere Betriebsmittelpreise: 750 000 000.

Ich stimme Ihnen vollauf zu, meine Herren von der Opposition: Für die Landwirtschaft ist es lebensentscheidend, daß die Wirtschaftspolitik unter einem **Primat der Stabilität** geführt wird.

(Beifall bei der CDU/CSU und bei den Regierungsparteien.)

Das gebe ich Ihnen offen zu. Aber ich muß Ihnen auch weiter sagen: Wenn Sie die Wirtschaftszeitungen in dieser Woche lesen, werden Sie feststellen, daß sich die Erzeugerpreise auf dem Industriesektor erneut reduziert und wir insoweit einen beachtlichen Schritt zur Stabilität hin getan haben. Das, glaube ich, werden Sie in dieser Woche nicht mehr ernsthaft bestreiten können; noch dazu — ich war nicht da —, wo das in der Wirtschaftsdebatte, wie ich meine, sicherlich ausführlich behandelt worden ist.

Im übrigen sind wir hier in Übereinstimmung mit allen anderen. Aber auch das sei hier gesagt — ich freue mich sehr über die Feststellung des Kollegen Ritz —: Ich bekenne mich zur EWG, weil ich der Meinung bin, alles, was eine Regierung an Verpflichtungen eingegangen ist, ist auch von einer Regierung mit einer anderen politischen Konstellation einzuhalten. Deutsches Wort muß gelten — ganz gleich, welche Basis eine Politik hat.

(Bravo! bei der CDU/CSU.)

(B) Unter diesem Gesichtspunkt stehe ich zur EWG, obwohl ich — das weiß jedermann; ich sage das nicht nur in diesem Hohen Hause, ich sage das auch dort, wo es notwendig ist — erst in dieser Woche z. B. über das Thema Einkommensübertragung einen echten Diskussionsbeitrag unsererseits vorgeschlagen habe, wie man möglicherweise die Agrarpolitik doch modifizieren kann.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren der Opposition, diesen Weg kann man nur in Übereinstimmung mit der Kommission und unseren Partnern beschreiten. Das verlangt die **europäische Loyalität**, zu der ich vollauf stehe.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Aber ich mache Vorschläge. Mir wäre es allerdings lieb gewesen, wenn solche Vorschläge schon früher gemacht worden wären. Ich habe noch nie gehört, daß in der Zeit, in der Sie, meine Herren, die Verantwortung hatten, echte Alternativen bezüglich der EWG und der Agrarpolitik vorgelegt wurden. Das habe ich, weiß Gott, nie gehört. Ich hätte Sie dabei vollauf unterstützt.

Meine Initiativen können Sie nachlesen. Herr Kollege Ritz, Sie haben recht, wenn Sie zuvor anführten, ich hätte gesagt, mir wäre eine flexiblere Form lieber. Der Beschluß der Nacht zum Donnerstag in Brüssel trägt dieser Flexibilität exakt Rechnung. Aber jedermann weiß, daß erstens solche Formen — das möchte ich noch einmal betonen —, solche Regelungen und Modifizierungen nur in Übereinstimmung mit allen Partnern erfolgen können und daß das zweitens nur in Form von Stufen möglich ist.

(C) Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte am Schluß zu diesem Punkt zusammenfassen: Die Agrarpolitik — auch das habe ich wiederholt meinen Kollegen in Brüssel gesagt, weil ich der Meinung bin, zunächst muß man das denen sagen, mit denen man verhandeln muß — ist zweifelsohne in der Sackgasse, wenn es nicht gelingt, in der Wirtschafts- und Währungsunion zu konkreten Schritten zu kommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch das muß ich hier doch sagen: Noch nie hat es derart konkrete Verhandlungen über die **Wirtschafts- und Währungsunion** gegeben wie in den letzten zwei Jahren. Die Bandbreitenverengung und der Lenkungsausschuß sind doch konkrete Ansätze. Früher wurde immer nur geredet, aber nicht gehandelt. Diese Regierung hat auf diesem Sektor gehandelt und hat sogar Fortschritte erzielt.

(Beifall bei den Regierungsparteien. — Zuruf von der CDU/CSU: Mit zwei Aufwertungen! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU.)

— Mit zwei Aufwertungen! Es tut mir leid, aber Sie zwingen mich dazu — Sie schießen lauter Selbsttore, meine Herren —, immer wieder die Vergangenheit aufzurollen. Die Aufwertung 1969 war doch ein Zugzwang nach der Abwertung des Franc.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

(D) Wollen Sie sagen, daß die Franzosen hier einen Alleingang gemacht haben? Das können Sie natürlich sagen. Aber dadurch wurde ein Zugzwang ausgelöst. Verehrter Herr Kollege Ehnes, unterhalten Sie sich einmal mit Ihrem Parteivorsitzenden über seine verhängnisvolle Rolle. Er hat die Bundesregierung zu einer Zeit, als sie hätte handeln können, ständig daran gehindert zu handeln, als er noch Finanzminister war.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Das hat dem deutschen Steuerzahler und der deutschen Landwirtschaft sicher nicht genutzt.

(Abg. Lemmrich: Das glauben Sie doch selber nicht!)

— Das glaube ich selber nicht? Das kann ich Ihnen sogar auf Heller und Pfennig beweisen.

(Abg. Stücklen: Das stimmt nicht!)

Ich will Ihnen noch etwas sagen. Ich habe selbst einige Marktordnungen ausgehandelt — darüber können Sie mit den Betroffenen reden —, z. B. die Weinmarktordnung, die Tabakmarktordnung, die Fischmarktordnungen

(Abg. Stücklen: Und Hopfen!)

— und die Hopfenmarktordnung. Dafür habe ich sogar — Herr Kollege Stücklen, ich bedanke mich sehr — den internationalen Hopfenorden bekommen.

(Abg. Stücklen: Ich habe es angeregt und habe ihn nicht gekriegt!)

Bundesminister Ertl

(A)

— Sie hätten ihn sich vorher längst holen können, wenn Sie etwas getan hätten.

(Heiterkeit und Beifall bei den Regierungsparteien.)

Ich hätte ihn gern an Sie abgetreten und hätte Ihnen hier gratuliert. Ich wäre ein fairer Mann gewesen und hätte zu Ihnen gesagt: Meinen Glückwunsch, Sie haben etwas geschaffen! Auf jeden Fall haben die Marktordnungen — darüber können Sie sich mit den Betroffenen unterhalten —, die ich in Brüssel ausgehandelt habe, vitale Interessen der deutschen Landwirtschaft nicht aufgegeben, sondern sie haben sie absolut berücksichtigt. Das können Sie in den Agrarberichten nachlesen, wenn Sie sich beispielsweise über die Situation der Weinbauern oder der Tabakbauern informieren.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Hier wurde über das **einzelbetriebliche Förderungsprogramm** gesprochen. Ich freue mich über die Diskussion. Ich möchte dazu nur folgendes feststellen. Mir liegt ein Bericht aus der „Ostfriesen Zeitung" in Leer vor.

(Heiterkeit. — Abg. Stücklen: Ostfriesenwitz!)

— Ja, das ist ein guter Ostfriesenwitz, Herr Schröder. Die Überschrift lautet: „Bauern vertrauen auf Ertl-Plan." Das können Sie nachlesen.

(Zuruf des Abg. Niegel.)

— Das ist eine Tatsache, Herr Niegel. Ich weiß, daß das nicht in Ihr Konzept paßt. Ich glaube mich erinnern zu können, daß im Protokoll verzeichnet ist, daß sich alle Fraktionen des Deutschen Bundestages bei der Beratung des einzelbetrieblichen Förderungsprogramms positiv geäußert haben. Sie haben allerdings gewisse Änderungswünsche angemeldet. Ja, meine Herren, dann sollte man das aber auch hier sagen und sollte nicht draußen ununterbrochen polemisieren.

(B)

(Beifall bei den Regierungsparteien. — Abg. Lemmrich: Das haben Sie früher nie getan!)

— Nein, das können Sie nachlesen, verehrter Herr Kollege Lemmrich. Wenn ich mich mit jemandem auseinandergesetzt habe, habe ich das hier getan. Draußen habe ich immer versucht, die Position und die Schwiergkeiten des jeweiligen Ernährungsministers mit einem Höchstmaß an Objektivität darzustellen. Das hat meiner Partei nicht immer Freude bereitet.

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schröder?

Ertl, Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Bitte sehr!

Schröder (Wilhelminenhof) (CDU/CSU): Herr Minister, da Sie die „Ostfriesen Zeitung" zitiert haben, möchte ich an Sie die Frage richten: Ist Ihnen bekannt, daß die Anträge zu dem einzelbetrieblichen Förderungsprogramm zunächst nur sehr zögernd gestellt wurden, daß sie aber in der Hoffnung gestellt wurden, daß auch das niedersächsische Grünlandprogramm in das einzelbetriebliche Förderungsprogramm einbezogen würde?

(C)

Ertl, Bundesminister für Ernährung, Landwirtwirtschaft und Forsten: Herr Kollege Schröder, ich kann Ihre Meinung — Ihre Frage war übrigens eine Feststellung — nicht teilen. Ich will Ihnen jetzt nicht den ganzen Artikel vorlesen; das will ich Ihnen aus Zeitgründen ersparen. Sie können ihn nachher bei mir einsehen. Er steht in Ihrer Zeitung aus Leer.

(Abg. Schröder [Wilhelminenhof]: Ich kenne den Artikel!)

Ich habe ihn sicherlich nicht angeregt, aber ich habe ihn mir aufgehoben. Ich kann Ihnen nur sagen, was daraus hervorgeht, nämlich daß man an dem Programm in einem Maße Anteil nimmt, wie es früher kaum der Fall gewesen ist.

(Abg. Niegel: Wer hat ihn denn geschrieben?)

— Herr Niegel, Sie können sich zu einer Frage melden. Ich würde sagen: Seien Sie doch endlich einmal anständig in diesem Hause!

(Zustimmung bei der SPD. — Abg. Lemmrich: Au, au! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU.)

— Ist doch wahr! Melden Sie sich doch zu einer Frage! — Bitte sehr, Herr Kollege Struve!

(Abg. Struve: Ich hatte mich zu Wort gemeldet!)

(D)

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Der Abgeordnete Struve hat sich zu Wort gemeldet.

Ertl, Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Ich kann doch gar keine Antwort geben, wenn ununterbrochen Zwischenfragen kommen. Ich kann doch nicht auf alle Bemerkungen eingehen.

(Zuruf des Abg. Stücklen.)

— Gut, wenn Sie wollen, ich kann auch das.

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Meine Damen und Herren — entschuldigen Sie, Herr Minister —, ich wollte nur auf die Geschäftslage des Hauses aufmerksam machen. Wir haben noch zwei Gesetze zu verabschieden, und es liegen dazu auch noch Wortmeldungen aus dem Hause von beiden Fraktionen vor.

Ertl, Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Ich will noch auf einen Punkt hinweisen. Selbstverständlich müssen wir — das habe ich mit Ihnen im Ernährungsausschuß auch besprochen — dieses Programm fortschreiben. Wir werden es möglicherweise fortschreiben müssen im Zusammenhang mit den Strukturbeschlüssen. Wir wollen es doch so fortschreiben, daß es möglichst praktikabel ist.

Bundesminister Ertl

(A) Herr Kollege Kiechle, ich habe mit großem Interesse das Programm des Kollegen **Eisenmann** gelesen, das in Bayern so gelobt wird, das in Bayern so hervorragend ist.

(Abg. Stücklen: Ist doch gut!)

— Wenn das so gut ist, — ich weiß nicht, was dann besonders schlecht ist. Nur eines will ich sagen: ich bewundere den Kollegen Eisenmann, wenn er die Landwirtschaft mit 11 Millionen sanieren kann. Wenn das so einfach ist, dann kann ich dem Finanzminister das nächstemal melden, daß ich mit wesentlich weniger Förderungsmitteln auskomme.

Aber ich komme da auf einen wesentlichen Punkt. Das hängt mit der Schwelle zusammen. Ein Punkt ist z. B. bei der berühmten Aufstallungsprämie: 25 bis 30 Kühe. Herr Kollege Kiechle, Sie sind ein erfahrener Praktiker und wissen ganz genau, daß ein Betrieb mit 25 Kühen die Schwelle überschreitet.

(Abg. Kiechle: Aber nicht das Ertl-Programm!)

— Doch, das Ertl-Programm. Wenn Sie wollen, lade ich Sie ein, sich mal den Agrarbericht anzuschauen; dann werde ich Ihnen die Buchführung darüber zeigen. Dabei bin ich noch gar nicht ausgegangen von der Tatsache, daß in diesen Gebieten bis zu 15 % abgeschlagen werden kann, das 20 % Nebenerwerb angerechnet werden kann, daß der Fremdenverkehr voll angerechnet werden kann. Darauf bin ich noch gar nicht eingegangen, Herr Kollege Kiechle. Da frage ich mich: was ist flexibler, diese (B) Handhabung der Schwelle oder die starre Kuhzahl? Die starre Kuhzahl hat auch Herr Mansholt vorgeschlagen, und ich habe das in Brüssel bekämpft. Ich habe gesagt: bei starren Kuhzahlen ist keine Flexibilität möglich.

(Beifall bei den Regierungsparteien. — Abg. Stücklen: Kampf gegen Mansholt ist immer gut!)

Nun kommt ein Weiteres, Herr Kollege Kiechle. Ich gebe zu: dieses Programm hat selektive Elemente in sich. Aber warum? Wenn ich einen Betrieb fördern will, dann will ich ihn in seiner Einkommens- und in einer sozialen Position aufwerten. Ich will nur dann verantworten, daß er ein zinsverbilligtes Darlehen übernimmt und sich verschuldet, wenn er dadurch seine soziale und damit seine Einkommenssituation verbessert. Ich bin der Auffassung, es ist nützlicher, ihm das vor der Aufnahme des Kredites zu sagen, statt ihm per Gießkanne Kredite zu geben und ihn dadurch in eine unheilvolle Situation zu bringen. Im übrigen — ich brauche mich heute darüber nicht mehr aufzuregen —: die Schwelle ist heute in Europa anerkannt, sie hat Eingang gefunden in das Programm der Kommission und wird von meinen Kollegen als eines der nützlichsten Dinge bezeichnet. Was soll ich mich dann da noch aufregen? Sie können mich auch in dieser Form durch Ihre Kritik heute nicht mehr aus der Ruhe bringen.

(Abg. Kiechle: Wir haben Ihnen ja Vorschläge gemacht!)

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: (C) Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Ritz? — Bitte!

Dr. Ritz (CDU/CSU): Herr Minister, ich wollte nur fragen, ob Sie nicht auch der Meinung sind, daß die von Ihnen erwähnten positiven Wirkungen im Hinblick auf Förderschwelle und Verschuldungsgefahr nicht auch schon in der Zeit Ihres Amtsvorgängers mit der Einführung des Betriebsentwicklungsplanes aufgefangen worden sind?

Ertl, Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Doch, ich stimme Ihnen vollauf zu, und ich anerkenne die Bemühungen vom Kollegen Höcherl; das ist übrigens auch in der Opposition anerkannt. Ich habe damals gesagt: Ich sehe viele alte Bekannte im Höcherl-Programm. Ich habe mich mit meinen Mitarbeitern bemüht, dieses Höcherl-Programm fortzuentwickeln. Das gebe ich offen zu, Höcherl hat hier große Verdienste. Nur muß ich Ihnen eines sagen: dann müssen Sie aber auch so ehrlich sein und Ihre Polemik draußen einstellen, die ja sogar dahin geht, ich würde ein Vertreibungsprogramm machen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Ich freue mich, Herr Kollege Ritz, daß Sie es in die Debatte gebracht haben, und ich bin überzeugt, viele Landwirte werden diesen Dialog mit Ihnen jetzt lesen, und das wird sehr zur Versachlichung beitragen.

Der **Strukturwandel** hat Ausmaße angenommen, (D) die dazu zwingen, die ganze Problematik durchzusehen.

(Zuruf des Abg. Stücklen.)

— Herr Stücklen, ich verstehe, daß Ihre Wortzieherei zu Ihnen und zum Parteiprogramm gehört, aber ich bin folgender Meinung. Wir sehen den Strukturwandel mit Sorge, aber wir wollen auch das hier relativieren, Bei den ausgeschiedenen landwirtschaftlichen Betrieben handelt es sich insgesamt um 68 000 Zu- und Nebenerwerbsbetriebe. Sie können die Zahl nachlesen. Der Großteil der aufgegebenen Betriebe liegt unter 5 oder unter 10 ha. Ich gebe ganz offen zu. die Landabgabenrente und die Sozialmaßnahmen des einzelbetrieblichen Förderungsprogramms greifen. Das ist doch von uns allen gewollt. Im übrigen bin ich hier wie in vielen Dingen gar nicht so allein auf weiter Flur, sondern ich bin hier in einem Boot mit dem Herrn Präsidenten **Heereman** — im Gegensatz zur Opposition. In der Krankenversicherung bin ich auch in einem Boot mit dem Deutschen Bauernverband.

(Abg. Stücklen: Im falschen Boot!)

Der Deutsche Bauernverband hat expressiv verbis meinen Vorschlag unterstützt. Ich finde, diesem Sachverstand sollte man sich beugen. Das sollte man auch den Bauern draußen sagen und nicht so tun, als ob der Deutsche Bauernverband nicht hinter diesem Entwurf stünde. Herr Präsident Heereman hat im Deutschlandfunk am 27. Januar 1972 die verstärkte Abwanderungszahl aus der deutschen Landwirtschaft als Folge — jetzt passen Sie auf — „einer

Bundesminister Ertl

(A)

konstruktiven und auf dem Boden der Tatsachen stehenden Politik" bezeichnet. Dem habe ich nichts hinzuzufügen.

Noch ein Wort zur **Mehrwertsteuer.** Hier wurde so getan, als ob die Mehrwertsteuer eine Erfindung der Opposition wäre. Ich darf Sie, meine sehr verehrten Kollegen von der Opposition, noch einmal auf das hinweisen, was damals in der entscheidenden Debatte letzten Endes gesagt wurde. Sie wissen selbst, wie Sie abgestimmt haben. In der Erklärung der Fraktion hat z. B. der Abgeordnete Krammig als Sprecher der Opposition folgendes erklärt:

> Die vorgeschlagene Lösung — das ist eine weitere Kritik, die wir anzubringen haben — mißbraucht für einen Teil des Schadensausgleichs das Mehrwertsteuerrecht.

Ich glaube, das sind sehr harte Vorwürfe. Er hat der Regierung damals vorgeworfen, sie mißbrauche das Mehrwertsteuerrecht.

(Abg. Wehner: Hört! Hört!)

Dazu könnte ich noch einige Vorschläge machen und einige Zitate liefern. Dann sollte man nicht hingehen und ungefähr sagen: jetzt haben wir den Dollpunkt der EWG-Agrarpolitik gefunden, man muß nur die Mehrwertsteuer erhöhen! Wenn es nach Ihnen gegangen wäre, hätte die Landwirtschaft noch nicht einmal die bisherigen 3 % bekommen. Die hat sie gegen Ihren Widerstand allein dieser Regierung zu verdanken.

(B)

(Beifall bei den Regierungsparteien. — Widerspruch bei der CDU/CSU.)

— Herr Susset, Sie können sich doch nicht herausreden, so wie Sie abgestimmt haben!

(Zurufe von der CDU/CSU: Weil der Grenzausgleich besser war! — Unverschämtheit!)

— Nein, das ist keine Unverschämtheit, sondern das ist eine klare — —

(Abg. Lemmrich: Das ist eine klare Verdrehung, die Sie machen!)

— Ja, haben Sie denn zugestimmt?

(Anhaltende Zurufe von der CDU/CSU.)

— Ja, wie kommt denn die Erklärung von Herrn Krammig zustande?

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Herr Minister, wollen Sie eine Zwischenfrage zulassen? — Bitte!

Dr. Ritz (CDU/CSU): Herr Minister, würden Sie einräumen, daß sich unser Nein damals nur daraus ergab, daß wir der Überzeugung waren, daß ein umfassendes Grenzausgleichssystem in unbefristeter Form der bessere Weg gewesen wäre?

(Beifall bei der CDU/CSU.)

(C)

Ertl, Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Ich würde sagen: ich versuche, es Ihnen zu glauben.

(Beifall bei der SPD. — Lachen bei der CDU/CSU. — Abg. Stücklen: Herr Minister, immer schön bei der Wahrheit bleiben!)

Nun noch zu den Bergbauern.

(Abg. Stücklen: Herr Minister wissen genau Bescheid! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU.)

— Ich darf wohl mit Genehmigung der Opposition fortfahren.

(Abg. Stücklen: Wir haben doch mit einer Stimme zu wenig in diesem Hause nichts zu sagen!)

— Ich kann warten.

Ich darf jetzt noch einmal zu den **Bergbauern** zurückkehren. Zum ersten möchte ich darauf hinweisen — das will ich hier gar nicht in allen Einzelheiten erwähnen —, welche Bemühungen diese Regierung unternommen hat, um beispielsweise den Milchmarkt funktionsfähig zu gestalten. Vor zwei Jahren gab es noch einen großen Butterberg. Unsere Marktpolitik, unsere Sozialmaßnahmen, aber auch unsere agrarstrukturellen Maßnahmen haben dazu beigetragen, diesen Butterberg abzubauen.

Diese Regierung hat den Festpreis für **Trinkmilch** aufgehoben. Wir haben zunächst den Mindestpreis eingeführt, und wir werden in Zukunft den Trinkmilchmarkt ganz liberalisieren. Das war gar nicht so leicht. Meine sehr verehrten Herren von der Opposition. Sie werfen der Regierung vor, sie nehme es mit der Preispolitik nicht so ernst. Ich will mich jetzt nicht in Ihre Situation hineinversetzen. Ich — und mit mir das gesamte Kabinett — hatte den Mut — und ich hätte von Ihnen ein Wort des Dankes und der Anerkennung erwartet —, bei der Trinkmilch eine Preissteigerung von 20 % für die Verbraucher in Kauf zu nehmen — was sicherlich auch die Lebenshaltungskosten berührt hat —, damit die Bauern in einem Jahr insgesamt um 12 % erhöhte Erzeugerpreise bekommen.

(D)

(Zustimmung bei Abgeordneten der Regierungsparteien.)

Eine solche Rate, Herr Kollege Kiechle, hat es in diesen 20 Jahren, hat es seit 1949 noch nie gegeben. Das ist statistisch nachweisbar.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Das ist die Gretchenfrage, und das ist meine Antwort. Ich habe es mit der Preispolitik ernst gemeint, wo ich konnte und wo ich Möglichkeiten hatte. Bei administrierten Preisen innerhalb der EWG kann ich nur den Kompromiß aushandeln und auskämpfen. Ich glaube, darüber brauchen wir uns nicht zu unterhalten, denn das ist ja durch die Erklärung von Herrn Ritz unbestritten.

Ich könnte weiter sagen: Auch die Rinderpreise liegen um 13 % höher. Insoweit ist Ihre Entschließung schon erfüllt. Ich habe die 12 oder 13 % schon.

Bundesminister Ertl

(A) Auch zum Treibstoff noch ein Wort: Wir sind dabei, die Färbung einzuführen. Das ist, wie Sie wissen, ein altes Anliegen der Freien Demokraten. Das werden wir in dieser Legislaturperiode vollenden.

(Abg. Stücklen: Welche Farbe?)

— Ach, Herr Kollege Stücklen, machen Sie sich nicht immer die Sorgen anderer; kümmern Sie sich um Ihre eigene Gruppe.

(Abg. Stücklen: Die ist in Ordnung!)

— Ja, das weiß ich!

(Abg. Stücklen: Da fehlt nichts!)

— Weiß ich!

Noch einmal ein Wort zu den Bergbauern. Ich will jetzt gar nicht in allen Einzelheiten sagen, wo ich überall Ausnahmetarife durchgesetz habe. Herr Kollege Kiechle, ich gebe Ihnen das schriftlich, damit Sie sehen, wie ich mich um Ausnahmetarife bemühe. Sie werden das also schriftlich von mir bekommen. Aber ich will Ihnen dies sagen: Erstens habe ich den Wirtschaftswegebau höher dotiert; zweitens habe ich dadurch, daß ich die Almwirtschaft in den Einkommensausgleich einbezogen habe — und das bestätigen mir die Almbauern selbst —, entscheidend zur Existenzsicherung der Almwirtschaft beigetragen.

Und weil wir schon dabei sind: Im **Aufwertungsausgleichsgesetz** ist eine **Revisionsklausel** enthalten. Dieses Hohe Haus wird einen Bericht abwarten müssen, einen Bericht, der auch von der Kommission (B) eingesegnet wird. In diesem Bericht wird festzustellen sein, ob es noch Auswirkungen infolge der Aufwertung gegeben hat oder nicht. Entsprechend wird dann die Revisionsklausel angewandt. Das ist so festgelegt; so steht es im Gesetz, und dem habe ich nichts hinzuzufügen.

Nun noch etwas zu den sozialen Maßnahmen. Es kann keine Rede davon sein, daß die Sozialmaßnahmen aus dem degressiven Anteil des Aufwertungsausgleichs finanziert werden. Vielmehr ergeben sich bereits für das Jahr 1971 im Bundeshaushalt Aufwendungen in diesem Bereich von 974 Millionen DM. Ich glaube, mit gutem Grund sagen zu können — wobei ich das, was schon gesagt worden ist, gar nicht ergänzen will —: Diese Regierung wird den sozialen Komplex legislativ abschließen und wird dafür sorgen, daß es nach diesen vier Jahren auf dem Sozialsektor keiner besonderen Gesetzgebung für die Landwirtschaft mehr bedarf. Das halte ich in der Tat für ein bedeutendes Ergebnis.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Das sind die wesentlichsten Punkte: EWG, Einkommens- und Preisentwicklung, Strukturpolitik, Sozialpolitik, Marktpolitik. Mit Recht wurde von einigen meiner Vorredner darauf hingewiesen, daß eine vernünftige Marktpolitik nicht ohne Mitarbeit des Berufsstandes betrieben werden kann. Sie können zyklusbedingte Schwankungen sicherlich nicht ganz ausschließen, aber Sie können sie durch Mitarbeit des Berufsstandes reduzieren. Ich habe viele Angebote gemacht. Ich habe es erreicht — das darf ich (C) hier doch einmal sagen —, daß es beispielsweise auf dem Geflügelsektor bereits eine Absprache zwischen den Produzenten der Niederlande und Deutschlands gibt. Dasselbe muß auch auf dem Schweinesektor gelten. In der letzten Woche bzw. gestern sind zwei meiner Ansicht nach bedeutende Beschlüsse gefaßt worden. Im Ministerrat wird sich eine Arbeitsgruppe mit dem Problem des Geflügelmarktes, und zwar sowohl der Förderung des Geflügelmarktes als auch des Geflügelabsatzes, und der sich daraus ergebenden Konsequenz für den Berufsstand befassen. Dasselbe gilt auf der Ebene der EWG und des Rates für die Schweineproduktion. Hier hat die Landwirtschaft echte Möglichkeiten, selbst mitzuwirken. Hierin sehe ich sogar eine große Notwendigkeit. Diese Mitarbeit muß entsprechend den genauen Marktprognosen erfolgen, zu denen wir heute in der Lage sind. Ich erinnere nur an unsere Prognose auf dem Getreidesektor. Vor einem Jahr wurde bezweifelt, daß wir eine Rekordernte haben würden. Ich muß sagen, meine Mitarbeiter haben mit ihrer Prognose fast auf das Kilogramm genau recht gehabt. Wir sind heute in der Lage, wesentlich präzisere Marktprognosen zu machen. Jetzt müssen die Erzeuger von sich aus mitarbeiten, sie müssen sich in Erzeugerringen zusammenschließen und müssen ihre Produktionsgestaltung an Hand dieser Marktprognosen ausrichten. Sie haben dann auch eine Möglichkeit, am Markt Vorteile auszuhandeln. Das ist doch der Grund, warum wir bei Milch über dem Interventionspreis sind. Mir wäre es lieb, wir hätten insgesamt eine Situation, daß wir über den Interventionspreisen lägen. Manche (D) Fragen würden sich dann viel leichter lösen lassen. Wo es notwendig war, haben wir zusätzlich geholfen, z. B. bei Obst und Geflügel sowie bei der Konservenindustrie. Wie Sie wissen, sind wir dabei — im übrigen nicht zur Freude unserer niederländischen Nachbarn —, noch einmal besondere Maßnahmen für Konserven und Kartoffeln zu ergreifen.

Ich glaube nicht, daß man sagen kann, diese Bundesregierung sei nicht willens, zu handeln oder einzugreifen. Ich bin allerdings auch Ihnen gegenüber so weit offen, zu sagen, wir werden auch für die Zukunft noch einen sehr schwierigen und dornigen Weg haben. Deshalb bedarf es der Zusammenarbeit, und ich freue mich über Ihr Angebot, meine Herren von der Opposition. Ich bin bereit. Wir haben auch bisher vieles gemeinsam machen können. Es ist für die Position des Agrarministers in Brüssel leichter, wenn er weißt, er kann auf die Mitarbeit der Opposition zählen.

Aber eines muß ich, wie ich glaube, hier sagen. Diese Bundesregierung kann nicht hinnehmen, daß immer wieder gesagt, daß auch draußen immer wieder dargestellt wird, sie würde sich immer nur bemühen und nicht handeln. Nein, sie hat in vielen Fragen gehandelt und hat dabei positive Ergebnisse erzielen können.

Noch ein letztes. Ich empfinde es wirklich sehr schmerzlich, daß ununterbrochen unterstellt wird, diese Regierung meine es mit dem Eigentum nicht ernst. Diejenigen, die das immer wieder behaupten, sollen endlich einmal den Beweis liefern, wo ein

Bundesminister Ertl

(A) Gesetz dieser Regierung und dieses Parlaments ist, das das Eigentum nicht ernst genommen hat.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Wer so etwas behauptet, muß dafür den Beweis liefern, oder er muß es sich gefallen lassen, der Unwahrheit bezichtigt zu werden.

(Erneuter Beifall bei den Regierungsparteien.)

Denn das vergiftet unsere Atmosphäre, das macht Angst und Panik. — Herr Kollege!

Dr. Schulze-Vorberg (CDU/CSU): Wenn Sie auf die Frage des Eigentums eingehen, möchte ich Sie fragen: Trifft es nicht zu, daß durch die Preissteigerungen und durch die Geldentwertung jeder einzelne Deutsche seit Ihrem Amtsantritt in seinem Einkommen zusätzlich belastet worden ist, da es eine Schmälerung um einen Betrag von rund 1000 DM erfahren hat?

(Zuruf von der SPD: Was hat das mit Eigentum zu tun? — Weitere Zurufe von der SPD.)

Ertl, Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Herr Schulze-Vorberg, Ihre polemische Frage werde ich ebenso polemisch beantworten. Seit 1949 ist das Eigentum eines jeden einzelnen um 50 % vermindert worden.

Dr. Schulze-Vorberg (CDU/CSU): Es waren (B) bei den Regierungen der CDU/CSU im Durchschnitt 2 %, jetzt sind es über 6 %.

Ertl, Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Über den Vergleich können wir durchaus reden. Schauen Sie sich einmal die langfristigen Zahlen an. Sie werden dann zu anderen Schlußfolgerungen kommen.

(Abg. Niegel: Schauen Sie sich das Programm Ihrer Jungdemokraten an!)

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Meine Damen und Herren, im Hinblick auf die Zeit wäre ich dankbar, wenn wir uns sehr stark auf das Thema konzentrieren könnten.

(Zurufe von der CDU/CSU.)

Ertl, Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Herr Kollege Kiechle, Sie können ja hier heraufkommen und sagen, welches Gesetz von diesem Hohen Hause verabschiedet wurde, das die Eigentumsfrage nicht ernst nimmt, und was Sie von der Regierung halten. Ich möchte mich nicht einlassen — —

(Zurufe von der CDU/CSU.)

— Sie wundern sich immer, wenn man dann hart antwortet, Herr Kiechle.

(Abg. Kiechle: Ich doch nicht!)

Sie dürfen nicht beleidigt sein, wenn man Ihnen im Ton nach dem Motto entgegnet: wie es in den Wald hineinschallt, so hallt es zurück. Das müssen Sie (C) dann schon in Kauf nehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Regierungsparteien.)

Ich kann mich auch mit einigen Beiträgen zum Eigentum aus Ihrer Partei befassen, z. B. mit dem Beschluß des Kreisverbandes der CSU in München zum Eigentum. Das lesen Sie einmal nach. Ich will doch gar keine parteiinternen Diskussionen führen. Aber es geht nicht an, daß Sie hier zur Untermauerung ununterbrochen Zwischenrufe machen, die im Protokoll verarbeitet werden, und daraus dann glauben entnehmen zu dürfen: einige Dumme haben es doch wieder geglaubt, und wir haben recht gehabt.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Das können Sie nicht machen; da werde ich Ihnen immer antworten.

Nun, lassen Sie mich sagen — damit komme ich zum Schluß —: Gerade deshalb ist es so notwendig, daß die Agrarförderung auf drei wesentliche Säulen ausgerichtet ist, soweit sie die investive und strukturelle Förderung berührt: 1. auf investivfördernde, langfristig lebensfähige Betriebe nach dem Entwicklungsplan, 2. auf Überbrückungshilfen für jene, die im Moment keine Alternativen haben, 3. auf soziale Hilfen für diejenigen, die ausscheiden. Diesen Dreiklang halte ich hinsichtlich einer vernünftigen Agrarförderung für das Wesentliche. Dann kann ich mit gutem Gewissen behaupten: Es gibt niemanden, der heute in der Landwirtschaft tätig ist, der durch dieses Programm nicht gefördert wird. Denn an einem (D) dieser drei Teile kann er teilhaben, und insoweit ist es zum erstenmal ein Programm, das alle Komplexe einer Agrarförderung umfaßt.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Struve.

Struve (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es entspricht einer alten Übung dieses Hauses, daß der zuständige Ressortminister zum Schluß einer Grünen Debatte noch einmal das Wort nimmt, um Stellung zu dem zu nehmen, was in der Debatte von Regierung und Opposition gesagt worden ist. So durfte man annehmen, daß es auch heute wieder so sein würde. Nun, Herr Bundesminister, ich bin enttäuscht über Ihre letzte Rede; ich bin bitter enttäuscht. Lesen Sie bitte einmal in Ruhe das nach — oder lassen Sie sich von Ihren Mitarbeitern Auszüge machen —, was die Kollegen Früh, Kiechle und Ritz aus der Sicht der Opposition zu dem Grünen Bericht, zur Lage der Landwirtschaft und vor allen Dingen zu der Frage gesagt haben, wie es weiter gehen soll. Sie haben sich auf 1964 berufen. Heute morgen fiel hier der Name Schmücker. Ich möchte Sie dringend bitten, wenn diese Diskussionen fortgeführt werden sollen, wenn Bilanz gemacht werden soll, von der Sie reden, die Grünen Berichte und die Grünen Pläne von der Entstehungsgeschichte des Wirtschaftsgesetzes bis zum Jahre 1969 in Ruhe auf den Tisch zu legen und dann in der deutschen Land-

Struve

(A) wirtschaft Bilanz zu machen und diese Bilanz mit dem zu vergleichen, was heute ist. Aber wenn Sie das alles nicht wollen oder nicht für richtig halten, dann möchte ich Sie dringend bitten, das zu lesen, was unter den Ziffern 81 bis 88 zum erstenmal in dem wissenschaftlichen **Jahresgutachten** des Jahres 1971 vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage gesagt worden ist. Die deutsche Landwirtschaft hat in den letzten 20 Jahren — zum Teil vielleicht in Verbindung mit eigenem Nichterkennen oder gar Verschulden — nicht immer die Stimme der Wissenschaftler gehabt und auch in der öffentlichen Auseinandersetzung vermißt. Ich möchte nicht alles vorlesen, was hier steht, möchte aber zur Problematik einiges sagen, weil Sie sich hier eben noch einmal wieder der Mühe unterzogen haben nachzuweisen, es sei in den letzten beiden Jahren doch alles gut gewesen, alles auf bestem Weg, und es sei doch jetzt, wenn in Brüssel in Verbindung mit den Preisen dies und jenes geschieht, alles in Ordnung.

Herr Präsident, ich darf die Ziffer 85 zitieren:

> Neben den längerfristigen Anpassungsaufgaben der deutschen Landwirtschaft sind es, wie erwähnt, zwei Probleme, mit denen sie zu kämpfen hat, die inflationsbedingte Entwertung der garantierten Agrarpreise — steigende Kosten für Betriebsmittel und Lebenshaltung — sowie der Zwang zur Anpassung bei abrupten Wechselkursänderungen.

(B) Eigentlich ist hier umschrieben, was man, ohne Zahlen zu nennen, in der Ziffer 88 mit großer Sorge zum Ausdruck bringt.

Man hat bei der Abfassung dieses Gutachtens schon Vorstellungen gehabt, und man hat im Kreise dieser Wissenschaftler darüber nachgedacht, was es bedeutet, wenn in einem Jahr 83 000 Betriebe aufgegeben werden und 120 000 Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft ausscheiden.

Man hat sich die Frage gestellt: Wie geht das weiter? Herr Minister, Ihrer Regierung sind seit 1969 die Dinge aus der Hand geglitten. Und wenn wir die Dinge nicht wieder in die Hand bekommen, müssen Sie sich darüber klar sein — —

(Abg. Saxowski: Der Prozeß war doch latent! Das haben Sie doch auch vorher gewußt! — Weitere Zurufe von der SPD.)

— Dann lesen Sie bitte, was in Ziffer 88 steht. In einem solchen Ausmaß hat es das nie gegeben.

Und beachten Sie bitte — ich will die Dinge jetzt wegen der vorgerückten Zeit nicht alle wiederholen; sie sind ja vorgetragen worden —: Während unserer Zeit haben wir die Entwicklung des Strukturwandels in Verbindung mit der Entwicklung der landwirtschaftlichen Einkommen auf der einen Seite in der Hand gehabt, und wir haben auf der anderen Seite die frei werdenden Arbeitsplätze sinnvoll in die industrielle und gewerbliche Gesamtentwicklung eingliedern können. Das ist im Augenblick nicht mehr der Fall.

(Lebhafte Zustimmung bei der CDU/CSU.)

Das ist das Problem, das dahintersteht.

(C) Herr Minister, wenn die Bauern draußen fragen „Wie soll es weitergehen?" und junge Menschen weiterfragen und das lesen, was der derzeitige Minister zum Schluß einer „Grünen Debatte" aufgeführt hat, und sie werden es in Beziehung bringen zu dem, was wir sagen, zweifle ich nicht an deren Urteil. Sie werden eindeutig zu dem Ergebnis kommen: Die Bundesregierung hat auf dem Sektor der Agrarpolitik völlig versagt.

(Beifall bei der CDU/CSU. — Abg. Saxowski: Pfui! Unerhört! — Weitere Zurufe von der SPD: Er redet immer von der Landwirtschaft und differenziert nicht! — Genau, das ist letzte Weisheit!)

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Das Wort hat Herr Bundesminister Ertl.

Ertl, Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich hier zum Stil der Debatte etwas sagen.

(Zustimmung bei der SPD.)

Ich habe mir vorgenommen, so wie im ersten Beitrag sachlich und ruhig zu antworten. Aber wenn man ununterbrochen Zwischenrufe wie von Herrn Niegel und auch in der Form von Herrn Niegel bekommt, wird man gereizt. Jedermann weiß, daß jeder je nach Temperament anders handelt. Ich gehöre zu denen, die sagen: Ich gebe es so zurück, wie ich ununterbrochen Zwischenrufe bekomme. Ich (D) lasse mich nicht dauernd mit „Inflation" und ähnlichem unterbrechen.

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage? — Bitte!

Niegel (CDU/CSU): Herr Bundesminister, würden Sie die Freundlichkeit haben, im Protokoll festzustellen, wie viele Zwischenrufe ich während Ihrer Rede gemacht habe und wie viele Zwischenrufe andere gemacht haben? Ich kann für meine Person feststellen, daß ich nur wenige Zwischenrufe gemacht habe.

(Zurufe von der SPD.)

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: Sie dürfen hier keine Erklärungen abgeben und Feststellungen treffen, sondern nur fragen.

Ertl, Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Ich wollte es nur einmal sagen; aber wir können ja im Protokoll feststellen, wie ich dauernd unterbrochen wurde.

(Abg. Stücklen: Immer freundlich!)

— Nein, nicht immer freundlich, Herr Kollege, zum Teil mit ganz schönen Unterstellungen. Dabei drücke ich mich jetzt sehr vorsichtig aus. — Herr Lemmrich macht gerade einen schönen Augenaufschlag. Er gehört auch zu denen. — Dann fühle ich mich getrof-

Bundesminister Ertl

(A) fen, und dann reagiere ich so. Sie dürfen sich nicht so beleidigt fühlen.

(Abg. Lemmrich: Beleidigt sind ja Sie!)

— Nein! Gott, mit mir kann man feste rangehen. Ich war in meinem Leben noch nie beleidigt. Ich habe noch nie nachgetragen, müssen Sie wissen. Ich liebe diese Auseinandersetzungen.

Herr Kollege Struve, mir liegt sehr daran, festzustellen, daß ich in der Debatte geantwortet habe und daß ich im Bericht und in meiner Einbringungsrede ein völlig **ungeschminktes Bild von der Lage der Landwirtschaft** gegeben habe. Da habe ich den Ernst der Lage vor aller Öffentlichkeit mit aller Deutlichkeit beschworen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Wer sagt, ich bagatellisierte das, unterstellt schon wieder. Ich lasse mir diese Unterstellungen nicht gefallen, und wenn ich heute noch fünfmal hier heraufgehen muß.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Herr Kollege Struve, ich möchte den Dialog nicht fortsetzen. In der Zeit, als Sie die Verantwortung trugen, gab es erhebliche Rückschläge. Ich könnte zitieren, was damals in der Einbringungsrede gesagt worden ist. Die Lage ist nicht so ungeschminkt, nicht so offen und nicht so schmerzhaft dargelegt worden, wie ich es getan habe. Sie wissen, warum ich das getan habe: weil ich unserem Volk, der gesamten (B) Öffentlichkeit und auch unseren Partnern in Brüssel sagen wollte: Angesichts dieser schmerzlichen Entwicklung kann die deutsche Landwirtschaft keine weitere Belastung mehr verkraften.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Deshalb habe ich es getan. Dann kann man nicht sagen, ich wollte das bagatellisieren. Ich lasse jeden Satz nachprüfen.

Noch etwas muß ich zum Schluß sagen. Ich habe jetzt die Zahlen zur Hand genommen. Es gab einen Rückgang von 83 000 Betrieben, 59 500 Betriebe in der Größenklasse 0,5 bis 5 ha, 19 400 Betriebe in der Klasse 5 bis 10 ha, 15 000 Betriebe in der Betriebsgrößenklasse 10 bis 20 ha. In der Betriebsgrößenklasse 20 ha und mehr gab es dagegen eine Zunahme von 11 000 Betrieben. Da kann man doch nicht sagen, das sei ein Prozeß, der die Landwirtschaft zwangsläufig in eine solche Lage bringe. Dieser Strukturwandel ist möglicherweise auch durch die allgemeine soziale Entwicklung in unserer Gesellschaft bedingt. Das wollte ich hier noch einmal erläutern.

Ich betone, ich trage nicht nach, daß wir uns über solche Fakten unterhalten. Aber ich werde immer, wenn es notwendig ist, antworten, wenn man dieser Regierung einfach aus politischen Gründen ununterbrochen Untätigkeit und Versagen bescheinigen will. Das kann ich nicht hinnehmen und werde ich nicht hinnehmen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen: (C) Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Der Ältestenrat schlägt Ihnen vor, den Agrarbericht 1972 dem Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten als federführendem Ausschuß und dem Haushaltsausschuß zur Mitberatung zu überweisen. Der Entschließungsantrag *) der Fraktion der CDU/CSU soll dem Ausschuß für Ernährung, Lndwirtschaft und Forsten überwiesen werden. — Ich sehe und höre keinen Widerspruch; es ist so beschlossen.

Wir kommen zu Punkt 22 der heutigen Tagesordnung. — Der Herr Berichterstatter wünscht nicht das Wort.

Wir treten in die zweite Beratung ein. Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Hauser.

Dr. Hauser (Sasbach) (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit der Vorlage, die soeben vom Herrn Präsidenten aufgerufen wurde, soll nach glücklich 16 Jahren eine Verordnung nachträglich Gesetzesrang erhalten, der nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1967 und einem zusätzlichen obergerichtlichen Urteil des Bundesverwaltungsgerichts aus dem Jahre 1969 die gültige Rechtsgrundlage fehlt. Eine solche **Verordnung** soll hier nun nachträglich geheilt werden, weil aus dieser **Rechtsungültigkeit** Schadenersatzansprüche gegen den Bund drohen. Die gleiche Frage, Herr Schmidt, hat 1961, also vor elf Jahren, schon einmal dieses Hohe Haus beschäftigt. (D)

Worum geht es? Mit dem 6. Umsatzsteuergesetz hat man 1956 die Be- und Verarbeitungsstufe bei **Milch** von der **Umsatzsteuer befreit,** um für die billigere Werkmilch eine Stützungsaktion zu starten. Durch eine Rechtsverordnung sollten sodann die Molkereien angehalten werden, ihre Steuerersparnis an die Milcherzeuger als Ausgleich weiterzugeben, und zwar über einen Ausgleichsstock des Bundes, der an die Länder weiterverteilen sollte.

Hier wurde schon im Jahre des Erlasses der ersten Verordnung deren Rechtsgültigkeit sehr bestritten. Da im Jahre darauf bereits die zweite, fast inhaltsgleiche Verordnung folgte, auf Grund deren die Beträge weiterhin entrichtet werden sollten, richteten sich nunmehr die Angriffe hauptsächlich gegen deren Rechtsgültigkeit. Als 1961 die Novelle zum Milch- und Fettgesetz im Parlament beraten wurde, stand somit auch allein diese Verordnung zur Debatte, obwohl man sehr wohl erwähnte, daß auch bei der ersten Verordnung eine ausreichende Rechtgrundlage bestritten war.

Schon damals haben sich die Juristen sehr eingehend mit dem hier vorliegenden **Problem der Rückwirkung** beschäftigt. Was aber 1961 noch anging, was damals, vier Jahre nach Erlaß der Verordnung, kritische Erwägungen noch zurückstellen ließ, ist 16 Jahre später kaum mehr zu rechtferti-

*) Siehe Anlage 2

Dr. Hauser (Sasbach)

(A) gen. Damals waren ja höchste Gerichte noch nicht damit befaßt. Die Sache war also noch streitig und eine ausdrückliche Klarstellung der gesetzlichen Regelung in diesem Stadium der Auseinandersetzung sehr wohl noch vertretbar, während heute, elf Jahre danach, ein gleicher Vorgang unsere obersten Gerichte desavouiert, die die Rechtsungültigkeit der vorausgehenden Verordnung festgestellt haben. Dies ist in einem Rechtsstaat doch ein sehr ungewöhnlicher Vorgang, wenn der Verordnungsgeber, dem von den obersten Gerichten die Nichtigkeit der Verordnung bescheinigt wurde, an den Gesetzgeber mit dem Ansinnen herantritt, durch ein rückwirkendes Gesetz diese nichtige Verordnung nachträglich mit rückwirkender Kraft zum Gesetz zu erheben, und der Gesetzgeber wohl gar noch diesem Vorschlag folgt.

Ihr Kollege Arndt würde, wenn er noch unter uns wäre, Herr Schulte, gegen ein unter solchen Umständen ablaufendes Verfahren flammenden Prozeß erheben, wie er das 1961 schon getan hat. Dort sagte er in der Plenarsitzung: Wenn der Fehler geschehen sein sollte, dann muß er in Ordnung gebracht werden, aber nicht dadurch, daß man rückwirkende Gesetze macht und im Jahre 1961 fingiert, daß im Jahre 1957 etwas gegolten habe, was damals noch nicht galt, sondern dann muß der Staat — so sagte Herr Arndt damals —, der für die Gesetzgebung verantwortlich ist, seinerseits den Schaden ersetzen.

Was damals schon Zweifel und Bedenken ausgelöst hat, und zwar nicht allein bei Herrn Arndt, muß (B) erst recht heute bedacht werden, wo mehr als eineinhalb Jahrzehnte später unter viel kritischeren Gesichtspunkten und Voraussetzungen hier das gleiche Problem zur Entscheidung ansteht. Es bleibt nämlich die Frage, ob der Gesetzgeber des Jahres 1972 bei einer rückwirkenden Erhebung der hier in Frage stehenden Verordnung zum Gesetz für die Zeit ihres tatsächlichen Bestandes in den Jahren 1956 und 1957 nicht das Rechtsstaatsprinzip verletzt.

Hier sind vor allem die Gedanken des **Vertrauensschutzes** und der **Rechtssicherheit** zu prüfen, die einen sehr engen Rahmen setzen, dies im vorliegenden Fall um so mehr, als die ganze Malaise damit begann, daß das vorhin genannte Umsatzsteuergesetz, das den Ausgangspunkt darstellt, nicht expressis verbis sagte, die durch dieses Gesetz gewährten Steuererleichterungen müßten den Erzeugern zugute kommen. In den einschlägigen Ausschüssen wurde dies zwar erörtert, aber der Wille des Gesetzgebers fand keinen Ausdruck im Gesetzestext selbst. Was also das Parlament hier eigentlich selbst als Aufgabe zu erfüllen gehabt hätte, hat es damals dem Verordnungsgeber zu regeln an die Hand gegeben.

Wenn also bereits allgemein von Rechtsprechung und Literatur klare Grenzen für die Rückwirkung gezogen werden, so gilt dies erst recht, wo die Gesetzlichkeit der Verordnung bereits in der Zeit, als sie erlassen und für verbindlich erklärt war, erheblichen Zweifeln ausgesetzt gewesen ist. Mit anderen Worten: Schon dort, wo eine ganz geringfügige Änderung des Sachverhalts gegeben ist, kommt der (C) Vertrauensschutz der Betroffenen zum Zuge.

Selbst wenn die Milchverarbeitungsbetriebe nicht von Anfang an damit rechnen konnten, daß ihnen diese Steuervorteile verbleiben würden, konnte der Vertrauensschutz, der einer Rückwirkung des Gesetzes entgegensteht, doch zu einem späteren Zeitpunkt einsetzen. Ich will gern übergehen, was an einzelnen Gesichtspunkten hier maßgeblich wäre.

An eines aber will ich erinnern: Als die Milchverarbeitungsbetriebe zu Beginn des Jahres 1970, gerade unter Bezugnahme auf die letztgerichtlichen Entscheidungen, wegen der Rückzahlung beim Ministerium Verhandlungen aufnahmen, ließ man dort keineswegs erkennen, man behalte sich vor, den ganzen Sachverhalt rückwirkend durch Gesetz zu regeln. Ganz im Gegenteil bestritt man die Rückzahlungspflicht der Hauptsumme keineswegs, sondern gab zu erkennen, daß für die Erfüllung dieser Forderung sogar noch ein Stock im Ministerium aus ehemaligen Leistungen vorhanden sei. Allerdings stellte sich heraus, daß es sich hier um einen Irrtum gehandelt hat und die genannten Mittel aus Zahlungen auf Grund der später erlassenen Verordnung stammten.

Man hat die betroffenen Betriebe also hingehalten und kam dann im Sommer des Jahres 1971 auf einmal wie Ziethen aus dem Busch mit dieser Vorlage an den Gesetzgeber heran. Dabei ging man so weit, Herr Schulte, daß man im Wege der Selbstbedienung des Staates in der Tat Verfahren noch in die zweite (D) Instanz getrieben hat, obwohl der Sachverhalt ganz eindeutig geklärt war. Hier bleibt die Frage, ob dies mit dem Respekt vor dem **rechtsstaatlichen Prinzip**, den man gerade von den obersten Spitzen eines Ministeriums erwarten müßte, noch vereinbar ist.

Ich zweifle daran, daß eine mit so vielen Mängeln und Unzulänglichkeiten belastete Vorlage von den Betroffenen ohne weiteres hingenommen werden wird. Meine Freunde und ich

(Abg. Wehner: Wo sind die denn? — Weitere Zurufe von der SPD)

wollen nicht die Hand dazu bieten, ein Gesetz aus der Taufe zu heben, das ganz erhebliche Zweifel an seiner Verfassungsmäßigkeit offen läßt. Ich muß das sagen, so sehr der Grundgedanke dieses ganzen Gesetzeskomplexes mit den Hilfen für die Milcherzeuger auf dem Wege über eine Steuererleichterung gerechtfertigt ist.

Ich kann zum Schluß nur sagen, und zwar mit den Worten von Herrn Arndt: Dieses Gesetz ist ein Lehrstück, wie man es nicht machen sollte. Deswegen werden wir uns der Stimme enthalten.

(Beifall bei der CDU/CSU. — Lachen bei der SPD. — Abg. Wehner: So viel Lärm um ein Omelett! — Weitere Zurufe von der SPD.)

Vizepräsident Dr. Schmid: Das Wort hat der Abgeordnete Metzger.

(A)

Metzger (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir müssen uns ja, Herr Kollege Hauser, darüber im klaren sein, daß wir mit diesem rechtlichen Zwiegespräch, das wir zu dieser Stunde führen, die letzten Sympathien, die die Juristen in diesem Hause noch genießen, verspielen.

Ich glaube, daß wir diese Rechtsfragen, die Sie eben hier dargelegt haben, im Rechtsausschuß sehr eingehend behandelt haben und daß wir hier in dieser landwirtschaftlichen Debatte mit diesen Detailfragen, die Sie auch heute noch einmal zur Diskussion gestellt haben, einfach kein Verständnis finden.

Sie wissen auch, Herr Kollege Hauser, daß es immer mehrere Auffassungen gibt, wenn zwei Juristen zusammen sind. So ist das auch hier bei diesem Gesetz, das uns die Bundesregierung vorgelegt hat. Sie haben Ihre Auffassung, die Bundesregierung und wir haben eine andere Auffassung.

Aber ich glaube, daß unsere Auffassung, die wir vertreten und die auch die Mehrheit des Rechtsausschusses gebilligt hat, den Vorzug hat — Herr Kollege Hauser, ich wäre dankbar, wenn Sie einmal zuhören würden, weil wir ja hier ein Zwiegespräch führen —, da die **jetzige Regelung,** die durch dieses Gesetz angestrebt wird, **dem damaligen Willen des Gesetzgebers entspricht** und durch eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts gestützt wird.

Um was geht es? Ich will versuchen, das in einigen wenigen Sätzen zu sagen. Es geht darum, daß auf Grund einer Änderung des Umsatzsteuergesetzes im Jahre 1956 bestimmte Lieferungen von Milcherzeugnissen im Großhandel von der Umsatzsteuer befreit werden sollten. Der Wille des damaligen Gesetzgebers war, daß diese ersparten Beträge nicht dem Großhandel zugute kommen sollten, sondern den Milcherzeugern, den Landwirten und den Molkereien.

(B)

Das war nicht möglich, weil das auf Grund einer Verordnung geschehen sollte, deren Rechtsgültigkeit, wie Sie richtig ausführten, zumindest Zweifeln unterlag. Dabei muß man doch sehen — ohne daß ich hier polemisch werden will —, daß diese Verordnung, der diese rechtlichen Zweifel galten, von einem Minister vorgelegt und initiiert wurde, der nicht der heutigen Regierungskoalition angehört, sondern Ihrer Fraktion angehörte. Wir müssen heute nun diese Rechtsfehler, die unter Umständen im Jahre 1956 begangen worden sind, ausbügeln. Darum geht es doch.

Das Gesetz, das jetzt hier behandelt wird, hat den Vorzug — ich sagte es bereits —, sich auf eine **Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts** stützen zu können. Ich will es mir jetzt versagen, die entscheidenden Passagen dieses Urteils hier zu verlesen; aber aus diesem Urteil ergibt sich ganz klar und eindeutig, daß zunächst einmal ein Gesetz auch mit rückwirkender Kraft erlassen werden kann, wenn bestimmte Voraussetzungen vorliegen, und diese Voraussetzungen liegen nach unserer Auffassung vor. In der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts wird darüber hinaus klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, daß diejenigen keinen Vertrauensschutz genießen können — und bei Ihnen, Herr Hauser, spielt ja der Vertrauensschutz eine entscheidende Rolle —, die von Anfang an nach dem Willen des Gesetzgebers gar nicht in den Genuß der ersparten Beträge kommen sollten. Es geht nicht an, daß sich ein kleiner Personenkreis auf Kosten der Allgemeinheit bereichert. Dieses Gesetz ist notwendig, um zu verhindern, daß sich dieser kleiner Personenkreis auf Kosten der Allgemeinheit erhebliche Beträge zuschanzt.

(C)

Aus diesem Grunde stimmen wir dem Gesetz zu.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Vizepräsident Dr. Schmid: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die allgemeine Aussprache. Wir kommen zur Einzelaussprache, in der noch das Wort verlangt werden kann.

Ich rufe Art. 1, 2 und 3 sowie Einleitung und Überschrift auf. Keine Wortmeldungen? — Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer zustimmen will, gebe das Handzeichen. — Gegenstimmen? — Enthaltungen? —

(Heiterkeit bei der SPD.)

Bei einigen Enthaltungen angenommen. Ich schließe die zweite Beratung.

Wir kommen zur

dritten Beratung.

Wird das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Wer dem Gesetz zustimmen will, möge sich erheben. — Gegenstimmen? — Keine. Enthaltungen? —

(D)

(Heiterkeit und Zurufe bei der SPD.)

Bei einigen Enthaltungen ist das Gesetz angenommen.

Ich rufe Punkt 23 der Tagesordnung auf:

Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur **Änderung des Gesetzes über die Ermittlung des Gewinns aus Land- und Forstwirtschaft nach Durchschnittssätzen und des Einkommensteuergesetzes**

— Drucksache VI/2983 —

a) Bericht des Haushaltsausschusses (7. Ausschuß) gemäß § 96 der Geschäftsordnung
— Drucksache VI/3268 —
Berichterstatter: Abgeordneter Dr. Tamblé

b) Schriftlicher Bericht des Finanzausschusses (6. Ausschuß)
— Drucksache VI/3224 —
Berichterstatter: Abgeordneter Offergeld

(Erste Beratung 165. Sitzung)

Die Herren Berichterstatter wollen keine mündliche Ergänzung geben.

Ich eröffne die allgemeine Aussprache. Wird das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Ich rufe in der Einzelberatung Art. 1, 2, 3 und 4 sowie Einleitung und Überschrift auf. Wer zustim-

Vizepräsident Dr. Schmid

men will, gebe das Handzeichen. — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Einstimmige Annahme. Ich schließe die zweite Beratung.

Wir kommen zur

dritten Beratung.

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen will, möge sich erheben. — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Ich stelle einstimmige Annahme fest.

Meine Damen und Herren, bevor wir zur Fragestunde kommen, habe ich eine Erklärung abzugeben. Ich habe den Stenographischen Bericht über die 174. Sitzung des Bundestages vom 1. März 1972, in der ich zuletzt den Vorsitz im Plenum innehatte, gelesen. Dabei habe ich festgestellt, daß mir damals zwei Zwischenrufe entgangen sind, die mich, wenn ich sie vernommen hätte, sogleich zu einem Ordnungsruf veranlaßt hätten. Der Abgeordnete Dr. Schäfer (Tübingen) gebrauchte bei einem Zwischenruf den Ausdruck „kluge Idioten" und bei dem anderen den Ausdruck „Schmutzfink". Hierfür rufe ich ihn nachträglich je einmal zur Ordnung.

Wir kommen nunmehr zur

Fragestunde

— Drucksache VI/3243 —

Ich rufe zunächst die Fragen aus dem Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts auf. Auf die Fragen 92 bis 96 wollen die Fragesteller eine schriftliche Antwort haben. Die Antworten werden als Anlagen abgedruckt.

Frage 97 des Abgeordneten Dr. Ritz:

Welche Schritte unternimmt die Bundesregierung, um die zu erwartenden negativen Auswirkungen des isländischen Parlamentsbeschlusses, die Fischereigrenze vor dem Inselstaat von 12 auf 50 Seemeilen auszudehnen, von der deutschen Hochseefischerei abzuwenden?

Moersch, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Auswärtigen: Herr Präsident, zum gleichen Thema haben die Kollegen Cramer und Grobecker fast gleichlautende Fragen gestellt. Ich darf deshalb, weil es die erste Frage ist, die Frage des Abgeordneten Ritz ausführlich beantworten und mich dann bei den folgenden Antworten kurzfassen, weil sie, wie ich schon bemerkte, genau den gleichen Sachverhalt betreffen.

Herr Kollege, die Bundesregierung ist der Auffassung — und sie hat dies der isländischen Regierung gegenüber wiederholt zum Ausdruck gebracht —, daß die vom isländischen Parlament beschlossene **Ausdehnung der isländischen Fischereizone** auf 50 Seemeilen mit Wirkung vom 1. September 1972 mit den geltenden Regeln des Völkerrechts nicht vereinbar ist. Die Bundesregierung ist sich bewußt, daß eine Durchführung des Beschlusses des isländischen Parlaments der deutschen Hochseefischerei schweren Schaden zufügen und sie in ihrer Existenz bedrohen würde, da etwa 62 % der Frischfischanlandungen der deutschen Hochseefischerei aus den fraglichen Gebieten stammen und Ausweichfangplätze nicht vorhanden sind.

Die Bundesregierung hat beschlossen, eine Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs über die zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Island streitige Frage herbeizuführen, ob die von Island angekündigte Erweiterung der Fischereizone Islands auf 50 Seemeilen mit den geltenden Regeln des Völkerrechts vereinbar ist. Die Bundesregierung hofft, daß die isländische Regierung bereit sein wird, für die Dauer des Prozesses mit der Bundesregierung eine vorläufige Regelung zu vereinbaren, wonach deutsche Hochseefischer in bisherigem Umfang in den streitigen Gewässern der hohen See auch nach dem 1. September 1972 fischen können.

Vizepräsident Dr. Schmid: Eine Zusatzfrage.

Dr. Ritz (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, stehen schon irgendwelche Termine in Aussicht, an denen mit der isländischen Regierung über die Übergangsregelung diskutiert und verhandelt wird?

Moersch, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Auswärtigen: Herr Abgeordneter, Sie wissen, daß wir in Kontakt mit der isländischen Regierung in dieser Frage sind. Ich kann jetzt nicht sagen, wann wir zu einem Ergebnis kommen werden.

Vizepräsident Dr. Schmid: Ich rufe die Fragen 98 und 99 des Abgeordneten Grobecker auf:

Wie beurteilt die Bundesregierung die Erweiterung der Fischereigrenzen auf 50 Meilen durch Island?

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Freiheit der internationalen Fischfanggebiete zu sichern?

Bitte, Herr Staatssekretär!

Moersch, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Auswärtigen: Herr Präsident, ich darf mich hier auf die eben gegebene Antwort beziehen. Sie war, glaube ich, auch insofern umfassend.

Vizepräsident Dr. Schmid: Eine Zusatzfrage.

Grobecker (SPD): Trifft es zu, Herr Staatssekretär, daß der isländische Ministerpräsident inzwischen seine Bereitschaft erklärt hat, mit der Bundesrepublik Deutschland für eine Übergangsphase zu verhandeln, bis in Den Haag ein Urteil vorliegt?

Moersch, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Auswärtigen: Herr Abgeordneter, ich kann diese Nachricht nicht bestätigen. Mir liegt jedenfalls im Augenblick darüber kein Bericht vor. Aber ich bin gerne bereit, das nachzureichen, wenn neuere Meldungen da sein sollten.

Vizepräsident Dr. Schmid: Frage 100, Abgeordneter Cramer, ebenso Frage 101, Abgeordneter Cramer. — Ist nicht im Saal. Die Fragen werden schriftlich beantwortet. Die Antworten werden als Anlagen abgedruckt.

Vizepräsident Dr. Schmid

(A)

Frage 102 des Abgeordneten Engelsberger. Der Fragesteller hat um schriftliche Beantwortung gebeten. Die Antwort wird als Anlage abgedruckt.

Frage 103 des Abgeordneten Dr. Jahn (Braunschweig). — Der Fragesteller ist nicht im Saal. Die Frage wird schriftlich beantwortet werden. Die Antwort wird als Anlage abgedruckt.

Fragen 104 und 105 des Abgeordneten Dr. Schulze-Vorberg:

Wie gedenkt die Bundesregierung das „einheitliche Ganze" herzustellen, das die Verträge der Bundesrepublik Deutschland mit den sozialistischen Ländern — „insbesondere mit der UdSSR, Polen, der CSSR und der DDR" — nach der in Moskau getroffenen Absichtserklärung Nummer Eins bilden sollen?

Bedeutet die betonte Nennung dieser vier Länder durch die beiden Vertragschließenden — also die Sowjetregierung und die Bundesregierung —, daß die vier Verträge eine besondere und gemeinsame Rechtsqualität besitzen sollen?

Bitte, Herr Staatssekretär.

Moersch, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Auswärtigen: Herr Präsident, die Antworten lauten wie folgt.

Die in der Absichtserklärung Nr. 1 getroffene Feststellung ist nicht dahin zu verstehen, daß unsere **Verträge mit sozialistischen Ländern** formal in einem Instrument zusammengefaßt werden oder rechtlich eine Einheit bilden sollen. Gemeint ist vielmehr nur, daß diese Abkommen miteinander in einem politischen Gesamtzusammenhang stehen.

Die Frage Nr. 105 ist zu verneinen.

(B)

Vizepräsident Dr. Schmid: Zusatzfrage?

Dr. Schulze-Vorberg (CDU/CSU): Ist das „einheitliche Ganze" mit der Sowjetunion vereinbart worden, oder wie kann ich Ihre Antwort verstehen, Herr Staatssekretär?

Moersch, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Auswärtigen: Wir haben mit der Sowjetunion Gespräche über unsere Gesamtpolitik geführt. Ich glaube, es war von unserer Seite klarzustellen, daß wir hier keine Politik machen wollen, die sich nur um den Ausgleich mit einzelnen Staaten in diesem Bereich bemüht, sondern daß wir alle Staaten des Warschauer Paktes und Osteuropas mit in unsere Entspannungspolitik einbeziehen wollen und daß wir mit all diesen Staaten, mit denen keine Beziehungen bestehen, diese Beziehungen aufnehmen bzw. vertiefen und verbessern wollen. Das ist der Sinn der Sache.

Vizepräsident Dr. Schmid: Eine Zusatzfrage.

Dr. Schulze-Vorberg (CDU/CSU): Diese Verträge des „einheitlichen Ganzen", von denen ja bis jetzt nur zwei vorliegen und zwei — die mit der CSSR und der DDR — ausstehen, haben nach Ihrer Antwort, wenn ich Sie richtig verstanden habe, keine gemeinsame Rechtsqualität. Wie begründet das die Bundesregierung?

Moersch, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Auswärtigen: Was heißt hier „Rechtsqualität", Herr Abgeordneter? Ich verstehe nicht ganz den Sinn dieser Frage. Das ist eine politische Willenserklärung der Bundesregierung, eine Absicht, mit allen Staaten Osteuropas die Beziehungen zu normalisieren. Daß wir in dem Verhältnis zur DDR eine besondere Situation haben, die aus verschiedenen Gründen — die hier gar nicht näher darzulegen sind — gegeben ist, das möchte ich hierbei hervorheben. Aber ich würde mal umgekehrt formulieren: die Vorstellungen, die in früherer Zeit, auch in diesem Hause, bei maßgebenden Mitgliedern verbreitet waren, man könne eine Politik des Ausgleichs und der Aussöhnung mit einigen Staaten machen und andere Staaten dabei umgehen oder sie gar sozusagen indirekt isolieren, diese Politik war sicherlich nicht erfolgreich. Daraus haben wir die Konsequenz einer gleichmäßigen Behandlung aller in Frage stehen Staaten gezogen.

(C)

Dr. Schulze-Vorberg (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, meine zweite Frage — auf die Sie „nein" gesagt haben — lautet:

Bedeutet die betonte Nennung dieser vier Länder durch die beiden Vertragschließenden — also die Sowjetregierung und die Bundesregierung —, daß die vier Verträge eine besondere und gemeinsame Rechtsqualität besitzen sollen?

Moersch, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Auswärtigen: Herr Abgeordneter, ich habe die Frage bereits verneint.

(D)

Dr. Schulze-Vorberg (CDU/CSU): Daraufhin haben Sie klar nein gesagt. Ich frage also: bedeutet Ihre Verneinung, daß der Vertrag mit der DDR nach Meinung der Bundesregierung eine andere Rechtsqualität hat als die Verträge mit den drei anderen hier besonders genannten Staaten?

Moersch, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Auswärtigen: Herr Abgeordneter, eben habe ich versucht auszuführen, daß unser Verhältnis zur DDR kein Verhältnis wie mit ausländischen Staaten ist. Nicht mehr und nicht weniger habe ich hier gesagt. Wir können ja auch wegen der Verantwortung, die die Vier Mächte für Deutschland als Ganzes und für Berlin haben, keineswegs formal so verfahren, wie wir anderen Staaten gegenüber formal verfahren können.

Vizepräsident Dr. Schmid: Eine letzte Zusatzfrage.

Dr. Schulze-Vorberg (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, meine Frage beruhte vor allen Dingen darauf: das gemeinsame Ganze ist in der Absichtserklärung festgestellt und dennoch besitzt dieses gemeinsame Ganze keine gemeinsame Rechtsqualität. Wie erklären Sie das?

Moersch, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Auswärtigen: Das ist sehr einfach, das erkläre ich aus dem Unterschied zwischen Recht und Politik. Es gibt politische Verhaltens-

Parlamentarischer Staatssekretär Moersch

(A) weisen, die nur sinnvoll sind, wenn man sich gleichmäßigen Kriterien unterwirft, aber die muß man sehr sorgfältig von dem unterscheiden, was rechtlich einem Land wie der Bundesrepublik Deutschland möglich ist. Es kann einen politischen Sinn geben, auch wenn man rechtlich zu unterschiedlichen Urteilen kommen muß.

Vizepräsident Dr. Schmid: Die Fragen 106 und 107 des Abgeordneten Rollmann werden schriftlich beantwortet. Die Antworten werden als Anlage abgedruckt.

Ich komme zum Geschäftsbereich des Bundesminister für Bildung und Wissenschaft. Ich rufe die Frage 5 des Abgeordneten Dr. Hellige auf:

Aus welchen Gründen hält die Bundesregierung die Errichtung eines Primatenzentrums für erforderlich?

Raffert, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: Herr Kollege Dr. Hellige, die Bundesregierung hält die **Errichtung eines Primatenzentrums** im Göttinger Bereich für dringend erforderlich. Mich freut besonders, Ihnen das sagen zu können; denn wir haben uns sozusagen im vorparlamentarischen Raum gemeinsam um die Entwicklung dieses Bereiches kümmern können. Sie wissen, daß die Primatenforschung in viele Bereiche hineinreicht. Wir brauchen sie als Voraussetzung für die Verhaltensforschung. Fragen in vielen Bereichen der Psychiatrie sind wirklich schlüssig nur zu beantworten und zu erforschen, wenn wir Primatenforschung betreiben. (B) Klinische Grundlagenforschung, insbesondere in der Neurochirurgie, Eingriffe bei organischen Erkrankungen der Nervensysteme und bei psychischen Störungen, Lernprobleme und deren Störung bei Krankheiten, experimentelle Untersuchungen, auch im Bereich der Herz-Kreislauf-Forschung und anderes sind nur so möglich.

Ganz besonders wichtig aber ist die Primatenforschung für das Feld der Psychopharmaka. Manche Probleme, die wir z. B. mit Contergan gehabt haben, hätten wir vielleicht früher erkennen können, wenn wir auch in Deutschland Primatenforschung betrieben hätten; denn das, was hier bisher von der Deutschen Forschungsgemeinschaft betrieben worden ist, nämlich die Züchtung von Kleinschweinen für Versuchszwecke, ergibt ja jedenfalls nicht solche ausreichenden Antworten, wie sie die uns sehr viel verwandteren Primaten geben könnten, wenn wir uns um die Forschung dort kümmern.

Vizepräsident Dr. Schmid: Eine Zusatzfrage.

Dr. Hellige (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, nachdem auch ich meiner Genugtuung Ausdruck gegeben habe, einem langjährigen und geschätzten Göttinger Mitbürger die ersten Fragen zur Beantwortung in seinem neuen Amte als Parlamentarischer Staatssekretär stellen zu dürfen, darf ich Sie fragen: besteht die Wahrscheinlichkeit, daß in Göttingen betriebene Forschungsaufgaben benachteiligt werden, wenn das Primatenzentrum dort nicht errichtet werden kann?

(C) **Raffert,** Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: Ich muß Ihnen sagen, daß diese Wahrscheinlichkeit besteht. Wir haben zusammen mit der niedersächsischen Landesregierung die Wahl Göttingens gerade deshalb getroffen, weil es dort eine ganze Reihe von Einrichtungen gibt, nicht nur an der Universität, sondern ich erinnere Sie auch an die Max-Planck-Institute, in denen Untersuchungen laufen und Forschungen betrieben werden, die durch die Forschung am Primatenzentrum sehr gut ergänzt werden würden.

Vizepräsident Dr. Schmid: Ich rufe die Frage 6 des Abgeordneten Dr. Hellige auf:

Wie kann die Bundesregierung sicherstellen, daß die Anwohner nicht durch das Primatenzentrum gesundheitlich gefährdet werden?

Raffert, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: Herr Kollege, die Bundesregierung wird die Mittel für ein solches **Primatenzentrum** nur dann zuteilen, wenn durch geologische, hydrologische und Hygienegutachten klargestellt ist, daß eine **Gefährdung der Anwohner** zumindest mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen ist. Es wird eine Quarantänestation errichtet, durch die erreicht werden soll, daß Affen, die als Krankheitsträger nicht in Betracht kommen, nicht im eigentlichen Primatenzentrum gehalten werden.

(D) **Vizepräsident Dr. Schmid:** Eine Zusatzfrage.

Dr. Hellige (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, welche Erfahrungen haben denn andere Länder, die bereits über Primatenzentren verfügen, mit der in Göttingen befürchteten Gefährdung ihrer umwohnenden Bürger gemacht? Gibt es da zuverlässige Methoden und Mittel zur Verhinderung der Gefährdung der Bevölkerung?

Raffert, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: Ja, es gibt eine ganze Reihe von schon existierenden Zentren, allein in den USA 7; drei weitere sind im Aufbau. In der Sowjetunion gibt es ein sehr großes Zentrum. Japan und Holland haben Erfahrungen. Das holländische Zentrum wird von der Organisation für angewandte wissenschaftliche Forschung in den Niederlanden in Rijswijk, der TNO, betrieben und hat tausend Tiere aller Größenordnungen, darunter auch Schimpansen.

Alle diese Zentren sind von den Mitgliedern der Senatskommission der Deutschen Forschungsgemeinschaft für das Primatenzentrum, der auch ausländische Gelehrte angehören, besucht worden. Die ausländischen Wissenschaftler haben uns ebenso wie die deutschen Mitglieder dieser Kommission bestätigt, daß es keinerlei nachteilige Erfahrungen gibt. Wir werden insbesondere mit Holland, das uns am nächsten liegt, eng zusammenarbeiten und die dort gemachten Erfahrungen für uns auch weiter nutzen.

(A)

Vizepräsident Dr. Schmid: Eine Zusatzfrage, Herr Dr. Wichert.

Dr. Wichert (SPD): Herr Staatssekretär, sieht sich die Bundesregierung in der Lage, angesichts der beträchtlichen Unsicherheit, die in der Bevölkerung bei der Vergabe des Standorts des Primatenzentrums in den Göttinger Raum entstanden ist, dafür Sorge zu tragen, daß eine ausreichende Aufklärung erreicht wird?

Raffert, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: Herr Abgeordneter, es kommen ja wohl im wesentlichen die in diesem Bereich liegenden Gemeinden Waake, Mackenrode und Landolfshausen in Frage. Die Bundesregierung beabsichtigt, Mitglieder der Gemeinderäte dieser Gemeinden in das Paul-Ehrlich-Institut in Frankfurt einzuladen, damit sie selbst sehen, wie die Erfahrungen dort sind, und sich an Ort und Stelle ein Bild machen können.

Vizepräsident Dr. Schmid: Ich rufe Frage 7 des Abgeordneten Dr. Gleissner auf:

Teilt die Bundesregierung die Auffassung von Berufsverbänden und Presseorganen, daß nach neuesten Berechnungen, die sich auf den erkennbaren Bedarf von Staat und Wirtschaft und das voraussehbare Angebot von Diplomchemikern stützen, u. a. als Folge des überstürzten Ausbaus der Hochschulen in der Fachrichtung Chemie, Mitte der 70iger Jahre jeder vierte und gegen Ende des Jahrzehnts fast jeder zweite Hochschulabsolvent keinen Arbeitsplatz findet, der seiner Ausbildung entspricht, und ist auch die Bundesregierung der Auffassung von Berufsverbänden der naturwissenschaftlichen Disziplinen (Chemie, Physik), die den bisherigen hektischen Ausbau von Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland erneut kritisieren und davor warnen, daß dieser Ausbau ohne vorherige Prüfung des Bedarfs an akademisch vorgebildeten Fachkräften weiter wie bisher betrieben wird?

(B)

Raffert, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: Herr Dr. Gleissner, Sie gehen vermutlich von einer Untersuchung und den darüber in den Zeitungen erschienenen Berichten aus, die vom Verband der Union leitender Angestellter — hier insbesondere von deren Mitgliedsverband, den Akademikern der chemischen Industrie — durchgeführt worden ist.

Der Bundesregierung ist diese Untersuchung bekannt. Wir haben die Zahlen überprüft und sind zu dem Schluß gekommen, daß der **Ersatzbedarf** für die **Chemiker,** die bis 1980 aus dem Erwerbsleben ausscheiden, bei dieser Untersuchung offenbar nicht ausreichend bewertet worden ist. Die Zahl der Chemiker, die wir brauchen werden, liegt wesentlich höher als die, die der Verband annimmt.

Sie kennen wahrscheinlich auch die hier schon gelegentlich zitierte Untersuchung von Widmaier über hochqualifizierte Arbeitskräfte in der Bundesrepublik Deutschland bis 1980. Widmaier kommt zu sehr viel größeren Zahlen; er nennt 68 000. Demgegenüber wird die Zahl der dann zur Verfügung stehenden Diplomchemiker wahrscheinlich nur 37 000 betragen.

Ich teile natürlich die gelegentlich vorgetragenen Bedenken gegenüber den bisher vorhandenen Modellen der exakten Bedarfsermittlung auch auf diesem Feld. Aber die Unterschiede sind doch hier so eklatant, daß ich glaube, die Sorgen, die Sie aus der vorliegenden Untersuchung ableiten, sind nicht berechtigt.

(C)

Vizepräsident Dr. Schmid: Eine Zusatzfrage.

Dr. Gleissner (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, treffen die wiederholt bekannt gewordenen überdurchschnittlich hohen Arbeitslosenquoten von Hochschulabsolventen einer Reihe von Fachrichtungen — insbesondere von naturwissenschaftlichen und technischen Fachrichtungen in den USA, in Schweden, England und Holland — zu, nachdem deren einschlägige Studentenzahlen bis vor kurzem als beispielhaft herausgestellt wurden?

Raffert, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: Herr Kollege, Untersuchungen dieser Art und auch diese Ergebnisse sind der Bundesregierung bekannt. Wir haben uns erst vor einiger Zeit auf einer Tagung der OECD, an der auch Herr Kollege Dr. Hermesdorf aus Ihrer Fraktion teilgenommen hat, über diese Dinge unterhalten.

Ich darf Ihnen sagen, daß die Schlüsse, die aus diesen Ergebnissen der Entwicklung in diesen Ländern gezogen werden können, uns nicht zu einer Änderung der bisher bei uns betriebenen Methoden des Ausbaus der Studien in diesen Bereichen zwingen.

(D)

Vizepräsident Dr. Schmid: Eine Zusatzfrage.

Dr. Slotta (SPD): Herr Staatssekretär, teilen Sie meine Meinung, daß der Fragesteller möglicherweise den Eindruck erwecken möchte, es sei aus dem möglichen Übergang in einem Bereich zu folgern, daß die Planung im gesamten Hochschulbereich nicht in Ordnung sei?

Raffert, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: Ein Mitglied der Bundesregierung kann nicht daran gehindert werden, hier Eindrücke zu sammeln.

Vizepräsident Dr. Schmid: Ich lasse diese Frage nicht zu.

Raffert, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: Aber ich kann diese Eindrücke nicht wiedergeben.

Vizepräsident Dr. Schmid: Herr Kollege Slotta, Sie können die Bundesregierung hier nicht fragen, ob ein Abgeordneter einen bestimmten Eindruck erwecken möchte.

Wir kommen zu Frage 8 des Abgeordneten Jung. — Er ist nicht im Saal. Die Frage wird schriftlich beantwortet, und die Antwort wird als Anlage abgedruckt.

(A) Ich rufe Frage 9 der Abgeordneten Frau Dr. Walz auf:

Bedeutet die Absicht der Bundesregierung, die durch den Weggang von Frau Dr. Hamm-Brücher freiwerdende Stelle des für den Bildungsbereich zuständigen Staatssekretärs im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft nicht wieder zu besetzen, daß die Bundesregierung die Bildungspolitik nun nicht mehr an der ersten Stelle der inneren Reformen sieht?

Frau Dr. Walz, sollen die Fragen 9 und 10 gleichzeitig beantwortet werden?

(Abg. Frau Dr. Walz: Nein!)

— Gut, eine nach der anderen. — Zur ersten Frage Herr Staatssekretär, bitte!

Raffert, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: Nein, Frau Kollegin.

Frau Dr. Walz (CDU/CSU): Wie gedenkt die **Bundesregierung** die von ihr behauptete **Priorität der Bildungspolitik** konkret zu praktizieren, wenn für den nach richtiger Auffassung der Bundesregierung wichtigen Bildungsbereich kein Staatssekretär zur Verfügung steht und deshalb vielleicht wichtige Reformvorhaben liegenbleiben müßten, falls solche überhaupt vorhanden sind und nicht nur reine Propaganda waren?

(Zurufe von der SPD.)

(B) **Raffert,** Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: Frau Dr. Walz, ich erinnere Sie daran, daß es Ihre Seite war, die im Haushaltsausschuß die Streichung dieser Stelle beantragt hat. Die Seite des Hauses, die die Regierung trägt, hat der Streichung dieser Stelle widersprochen.

Frau Dr. Walz (CDU/CSU): Sind Sie sich darüber klar, Herr Staatssekretär, daß wir die Streichung nur beantragt haben, weil der derzeitige Inhaber der Stelle seinen Aufgaben nicht mehr nachkommen konnte?

Ich stelle aber die zweite Zusatzfrage: — —

Raffert, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: Das war doch eben schon eine, oder nicht?

(Abg. Frau Dr. Walz: Nein!)

— Sie haben mir eben die Frage gestellt, ob ich mir über das und das klar sei. Sie haben mich völlig einwandfrei gefragt. Diese Frage möchte ich beantworten.

(Zuruf von der SPD: Also keine Zusatzfrage mehr!)

Das war doch schon eine Frage, Herr Präsident, oder nicht?

(Abg. Frau Dr. Walz: Nein, es war keine!)

— Nun, ich will höflich sein.

(C) **Vizepräsident Dr. Schmid:** Es ist für mich sehr schwer, gnädige Frau, festzustellen, was Sie eigentlich wollen.

(Zustimmung bei Abgeordneten der SPD.)

Wollen Sie die Beantwortung Ihrer schriftlichen Frage, oder wollen Sie eine Zusatzfrage stellen?

Frau Dr. Walz (CDU/CSU): Ich möchte die Beantwortung der schriftlichen Frage und dann die Beantwortung der beiden Zusatzfragen, die ich stellen möchte. Dies war die erste, Herr Präsident!

Vizepräsident Dr. Schmid: Sie wollen die Beantwortung der Frage 9?

(Abg. Frau Dr. Walz: Frage 9? — Ja, wir sind bei der Frage 9!)

— Die Frage ist beantwortet.

(Zuruf von der SPD: Ja! — Abg. Frau Dr. Walz: Nein, sie ist nicht beantwortet! — Gegenrufe von der SPD: Doch!)

— Sie ist beantwortet mit dem schlichten Wort „nein".

(Abg. Frau Dr. Walz: Die Frage ist beantwortet, aber die Zusatzfrage ist noch nicht beantwortet!)

— Dann bitte ich Sie, die Fragen so zu formulieren, daß auch der Präsident sie verstehen kann.

(Abg. Frau Dr. Walz: Gern, Herr Präsident!)

(D) — Bitte schön!

Frau Dr. Walz (CDU/CSU): Mit welchen Argumenten kann die Bundesregierung die bis heute nicht bestrittene oder gar dementierte Absicht der FDP, ihres Koalitionspartners, entkräften, daß eine Neubesetzung der Staatssekretärsstelle im BMBW gar nicht im Interesse der FDP liege, weil sich die FDP dann im Wahlkampf leichter gegenüber dem großen Partner profilieren kann?

Raffert, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: Solche Erklärungen des FDP-Vorstandes oder, was hier relevant wäre, des FDP-Fraktionsvorstandes sind der Bundesregierung offiziell nicht bekannt.

Vizepräsident Dr. Schmid: Herr Wichert, eine Zusatzfrage.

Dr. Wichert (SPD): Herr Staatssekretär, ist es Ihnen möglich, die Fragestellerin darauf hinzuweisen, daß alle diejenigen Projekte, die bis zum Weggang der Frau Staatssekretärin geplant und entwickelt sein werden, nur noch eine Chance haben, im parlamentarischen Arbeitsgang erledigt zu werden, so daß dadurch keine Verzögerungen in der Abwicklung der Bildungspolitik entstehen?

Raffert, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: Die Antwort lautet: ja.

(A)

Vizepräsident Dr. Schmid: Noch eine Zusatzfrage.

Grüner (FDP): Herr Staatssekretär, ist es Ihnen bekannt, daß die FDP auf die Besetzung dieser Staatssekretärsposition durch einen FDP-Abgeordneten oder durch eine Persönlichkeit der FDP verzichtet hat, aber im übrigen keinerlei Wünsche hinsichtlich der Besetzung oder Nichtbesetzung geäußert hat?

Raffert, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: Herr Kollege, das Verhältnis zwischen den beiden Koalitionspartnern ist gut; das Verhältnis zwischen den hier beteiligten Ministerien und Persönlichkeiten ist gut. Ich bestätige, was Sie sagen.

Vizepräsident Dr. Schmid: Ich rufe die Frage 10 der Frau Abgeordneten Dr. Walz auf:

Wie beurteilt die Bundesregierung (wie in der „Frankfurter Rundschau" vom 2. März 1972 berichtet) die Auffassung des früheren Senators Evers, daß auch der neue Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Klaus von Dohnanyi, in seinem Amt scheitern werde, weil sich die Voraussetzungen gegenüber denen, die beim Amtsantritt seines Vorgängers vorlagen, nicht geändert haben?

Raffert, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: Ich darf zunächst mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten meiner Bewunderung über den Mut der Fragestellerin Ausdruck geben, aus einem Interview zu zitieren, das die Überschrift trägt: „Die CDU hat oft mit jahrelanger Verzögerung Bildungsreformen anderer Länder aufgegriffen." Dies ist der eigentliche Tenor des

(B)

Interviews von Herrn **Evers.** Herr Evers hat außerdem seine Sorge darüber zum Ausdruck gebracht, daß er und auch große Teile der Bevölkerung der Meinung sind, die **Reform des Bildungswesens** könne wegen des Widerstandes reformunwilliger Kräfte nicht zügig genug vorangehen. Diese Sorge teilt auch die Bundesregierung. Er hat sich nicht auf den neuen Bundesminister bezogen, sondern allgemein gesagt: Wenn diese reformunwilligen Kräfte weiter so arbeiteten wie sie gearbeitet haben, müsse jeder neue Bildungsminister scheitern. Das ist der Inhalt des Interviews von Herrn Evers, wie es die Regierung gelesen hat und wie sie es beurteilt.

Vizepräsident Dr. Schmid: Zusatzfrage.

Frau Dr. Walz (CDU/CSU): Das ist keine Antwort auf meine Frage, Herr Staatssekretär, aber meine Zusatzfrage wäre die erste Frage. Da Herr Evers Mitglied des Bundesvorstandes der SPD ist, die Jungsozialisten in Oberhausen den Minister „gewarnt" haben, die gescheiterte Politik seines Vorgängers fortzusetzen, Kollege Wichert nach demselben Interview lieber mit fliegenden Fahnen untergehen will als sich Kompromissen à la Dohnanyi zu beugen, die Freien Demokraten in der Bildungspolitik sowieso eine Profilneurose haben und die Finanzminister sämtlicher Länder der Reformeuphorie des Bundes eine Absage erteilt haben, frage ich Sie, welche Bildungsreformversprechen des Kanzlers der neue Minister überhaupt noch einhalten zu können glaubt?

(C)

Raffert, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: Frau Kollegin, Sie verstehen, daß es sehr schwer ist, eine Frage zu beantworten, in der Behauptungen, Unterstellungen und gelegentliche Erwähnungen von Tatsachen, die dann noch unkorrekt wiedergegeben werden, enthalten sind. Ich möchte trotzdem antworten und Ihnen empfehlen, den Text der Regierungserklärung in bezug auf Bildung und Wissenschaft noch einmal zu lesen, nachzusehen, was innerhalb der letzten zweieinhalb Jahre geschehen ist, festzustellen, ob die Erledigung des einen oder anderen Punktes noch aussteht. Sie werden aber gleichzeitig feststellen, daß das in der Sache bereits eingeleitet ist, um dann zu dem für uns erfreulichen, für Sie vielleicht weniger schönen Schluß kommen zu können, daß die Bundesregierung das, was sie im Bereich von Bildung und Wissenschaft an Reformen angekündigt hat, zum großen Teil erfüllt hat und zum übrigen Teil erfüllen wird.

Vizepräsident Dr. Schmid: Eine letzte Zusatzfrage.

Frau Dr. Walz (CDU/CSU): Die Zusatzfrage lautet: Teilt die Bundesregierung die Auffassung des zurückgetretenen Ministers Leussink, man müsse sich davor hüten, nach dem anfänglichen Linksdrall der Hochschulreform nun ins Rechtsextremistische zu verfallen, wobei hier durchaus gesagt ist, daß der bisherige Regierungsentwurf einen Linksdrall hat?

(D)

Raffert, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: Frau Kollegin, Herr Professor Leussink gehört der Bundesregierung zu meinem persönlichen Bedauern nicht mehr an. Ich darf Ihnen aber versichern, daß diese Regierung ihre Reform der Hochschule nicht nach Kategorien wie links und/oder rechts betreibt, die äußerst unpräzise und so stark ideologisiert sind, daß man auf ihrer Grundlage keine vernünftigen Gesetze machen kann.

Vizepräsident Dr. Schmid: Abgeordneter Wichert, eine Zusatzfrage.

Dr. Wichert (SPD): Herr Staatssekretär, teilen Sie meine Auffassung, daß das Befürchten eines möglichen Scheiterns der einen oder anderen Frage im Bereich der Bildungspolitik, wie es auch Herr Evers und die Jungsozialisten formuliert haben, nur in Betracht kommen könnte, wenn und solange die CDU/CSU nicht bereit ist, sich im Rahmen der allgemeinen Reformentwicklung diesen Reformen auch durch Konzession anzupassen, sondern auf ihrer längst überholten bildungspolitischen Position beharrt und auch bereit ist, diese mit ihrer Mehrheit im Bundesrat gegen die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen auszuspielen?

Vizepräsident Dr. Schmid: Ich kann die Frage nicht zulassen. Die Bundesregierung hat kein Urteil

Vizepräsident Dr. Schmid

darüber abzugeben, ob Parteien überholte oder nicht überholte Auffassungen haben.

Bitte, Herr Dr. Meinecke!

Dr. Meinecke (Hamburg) (SPD): Herr Staatssekretär, ich möchte mich noch einmal auf die Frage 10 von Frau Dr. Walz beziehen. Sehe ich es richtig, daß es sich hier um die Fehlinterpretation eines Interviews durch eine Tageszeitung handelt, und hat der Betreffende, der hier fehlinterpretiert worden ist, sich hierzu geäußert bzw. dieses bedauert?

Raffert, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: Herr Kollege, die Bundesregierung ist bei ihrer Auffassung von dem Originaltext des Interviews ausgegangen. Was ich dazu zu erläutern hatte, habe ich bereits bei meiner ersten Antwort Frau Dr. Walz erklärt.

Im übrigen hat Senator Evers klargemacht, daß er weder irgend etwas persönlich gemeint noch etwa sich gegenüber den Anstrengungen der Bundesregierung kritisch geäußert habe. Das kann ich nur mitteilen. Dies ist der Bundesregierung natürlich bekannt. Wir haben aber auch nichts anderes von ihm annehmen müssen.

Vizepräsident Dr. Schmid: Die Fragen 11 bis 14 werden schriftlich beantwortet. Die Antworten werden als Anlagen abgedruckt.

(Abg. Lenzer: Frage 13 nicht!)

— Zu Frage 13 steht hier ein Vermerk: Der Fragesteller bittet um schriftliche Beantwortung.

(Abg. Lenzer: Kann man das ändern, Herr Präsident? Es muß sich um einen Irrtum handeln!)

— Dann rufe ich Frage 13 auf:

Wie gedenkt die Bundesregierung sicherzustellen, daß auf dem zukunftsträchtigen Markt der Hochtemperaturreaktoren der Kugelhaufenreaktor durch deutsche Firmenkonsortien erbaut wird, und teilt sie die Auffassung, daß dieser Reaktortyp wegen seiner Umweltfreundlichkeit und des Einsatzes von Prozeßwärme geeignet ist, zum Beispiel im Ruhrgebiet oder Saarland einen Beitrag zur wirtschaftlichen Umstrukturierung zu leisten?

Raffert, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: Die Bundesregierung ist gern bereit, die Frage zu beantworten. Herr Kollege, Sie wissen, daß der Bund durch die Förderung des 300-MW-Prototyp-Kernkraftwerks mit einem Thorium-Hochtemperaturreaktor vom Kugelhaufentyp — also dem THTR 300 — zusammen mit dem Land Nordrhein-Westfalen die Grundlage für eine kommerzielle Nutzung dieses Reaktors geschaffen hat, weil er der Auffassung ist, daß Hochtemperaturreaktoren im Vergleich zu Leichtwasserreaktoren bestimmte Vorteile haben. Wegen der besseren Ausnutzung des Urans sind sie unempfindlicher gegen Änderungen des Uranpreises, sie geben weniger Verlustwärme ab und sind daher umweltfreundlicher, und sie gestatten, Prozeßwärme höherer Temperatur zu erzeugen.

Nach Ansicht der Hersteller kann ein **Hochtemperaturreaktorkraftwerk mit Kugelhaufenreaktor** großer Leistung — das heißt ca. 1000 bis 12 000 MW — erst dann ohne unzumutbare Risiken angeboten werden, wenn erste positive Betriebserfahrungen — darauf kommt es hier ja an — mit dem 300-MW-Reaktor vorliegen.

Eine Gutachterfirma hat im Auftrag unseres Ministeriums eine Studie angefertigt, in der die Einsatzmöglichkeiten von speziellen Kugelhaufenhochtemperaturreaktoren entweder für die Koppelproduktion von elektrischem Strom und Prozeßwärme oder ausschließlich für die Prozeßwärmeerzeugung behandelt werden.

Die Möglichkeiten, die sich hier bieten, um die in der Bundesrepublik Deutschland vorhandenen fossilen Brennstoffe Steinkohle und Braunkohle in energiereiche Gase umzuwandeln und in zahlreichen großtechnischen Verfahren oder als Wärmeenergie weiter zu verwenden, sind von großer potentieller volkswirtschaftlicher Bedeutung, insbesondere für das Ruhrgebiet und das Saarland.

Wir wollen ein entsprechendes Entwicklungsprogramm fördern, falls das Ergebnis einer demnächst stattfindenden Gutachtersitzung — Sie wissen, wie dieser Ausschuß zusammengesetzt ist — dies zuläßt.

Vizepräsident Dr. Schmid: Eine Zusatzfrage.

Lenzer (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, hält die Bundesregierung eine Beteiligung weiterer deutscher Firmen an der Hochtemperaturreaktorbau-GmbH für sinnvoll?

Raffert, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: Je mehr sich beteiligen wollen, um so angenehmer wäre es. Aber man muß natürlich von Fall zu Fall prüfen, ob der Beitritt dieser oder jener Firma sinnvoll ist.

Vizepräsident Dr. Schmid: Zusatzfrage.

Lenzer (CDU/CSU): Trifft es zu, daß die Bundesregierung der amerikanischen Firma Gulf General Atomic, die auch auf diesem Gebiet tätig ist, Zusagen der Beteiligung des Bundes an einem 1100-MW-Hochtemperaturreaktor für den Fall gemacht hat, daß diese Gesellschaft Anteile der Hochtemperaturreaktorbau-Gesellschaft übernimmt?

Raffert, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: Herr Kollege, ich wollte über die Fragen, wie weit Verhandlungen zwischen Gesellschaften in diesem Zusammenhang schweben, bei der Antwort auf Ihre nächste Frage, die ja direkt darauf zielt, zu sprechen kommen.

Vizepräsident Dr. Schmid: Ich rufe Frage 14 des Herrn Abgeordneten Lenzer auf:

Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß der Bau von Kugelhaufenreaktoren in der Größenordnung um 300 MW weiter ge-

Vizepräsident Dr. Schmid

(A)

fördert werden sollte, daß ohne Rücksicht auf die weitere Entwicklung des Prototypprojekts in Uentrop/Schmehausen bereits jetzt die notwendigen Fachprogramme entwickelt werden müssen, und welche Auffassung hat in diesem Zusammenhang die Bundesregierung über eine mögliche ausländische Beteiligung an der Hochtemperaturreaktorbau-GmbH (HTB)?

Raffert, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: Ob in den nächsten Jahren kleinere Einheiten des **Kugelhaufenreaktors** insbesondere für die Prozeßwärmeerzeugung auf der Basis der heute verfügbaren Technologie wirtschaftlich interessant sein werden, ist erst auf Grund eingehender Analysen zu beantworten. Das wissen wir noch nicht. Bisher liegt hierzu weder ein Vorschlag für ein Arbeitsprogramm noch ein Förderungsantrag vor.

Die Verhandlungen zwischen den Gesellschaftern der **Hochtemperaturreaktorbau-GmbH** und ausländischen Firmen über eine Zusammenarbeit haben sich nach dem Ausscheiden des einen deutschen Partners im Hinblick auf eine internationale Verbreiterung des Gesellschafterkreises der HTB verstärkt. Die Bundesregierung begrüßt diese Firmeninitiative, da es sich bei der Markteinführung eines neuen Reaktortyps gegen die Konkurrenz erprobter Typen um ein weltweites und nur um ein bundesdeutsches Problem handelt, das vermutlich nur dann erfolgreich gelöst werden kann, wenn alle Kräfte zusammenwirken. Ohne eine geeignete **internationale Zusammenarbeit** wäre zu befürchten, daß die dann einseitig, national benötigten Förderungsmittel nicht mehr aufgebracht werden können.

Vizepräsident Dr. Schmid: Zusatzfrage.

(B)

Lenzer (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, da die Frage der Einführung des THTR bisher sehr stark unter dem Gesichtspunkt der Energieerzeugung für elektrische Zwecke gesehen wird, wäre es nicht möglich, parallel zu der Weiterentwicklung des Prototyps in Uentrop/Schwehausen bereits jetzt unverzüglich ein Forschungsprogramm einzuleiten für Reaktortypen in einer Größenordnung von 300 bis 600 MW, die ausschließlich der Bereitstellung nuklearer Prozeßwärme, Kohlevergasung und Energie für ähnliche Prozesse, im Hinblick auf Strukturhilfen im Ruhrgebiet und im Saarland dienen?

Raffert, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft: Unmittelbare Anträge dieser Art, Herr Kollege, sind mir nicht bekannt. Aber Initiativen aus dem Haus sind nicht unmöglich.

Vizepräsident Dr. Schmid: Ich rufe die Fragen 15 und 16 des Abgeordneten Dr. Probst auf. — Er ist nicht im Saal. Die Fragen werden schriftlich beantwortet. Die Antworten werden als Anlage abgedruckt.

Ich rufe die Frage 17 des Abgeordneten Dr. Sperling auf. — Er ist nicht im Saal. Die Frage wird schriftlich beantwortet. Die Antwort wird als Anlage abgedruckt.

Wir kommen zum Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft und Finanzen. Die Fragen 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42 und 43 sind von den Fragestellern zurückgezogen.

(C)

Zu Frage 44 hat der Abgeordnete Engelsberger um schriftliche Beantwortung gebeten. Dasselbe gilt für die Fragen 45 und 46 des Abgeordneten Freiherr von Fircks und für die Frage 47 des Abgeordneten Werner. Die Antworten werden als Anlagen abgedruckt.

Ich rufe die Frage 48 des Abgeordneten Hansen auf:

Trifft es zu, daß entgegen den Angaben der Bankenverbände die Geldinstitute aus Lohn- und Gehaltskonten neben den Überziehungskrediten zusätzlich beträchtliche Gewinne erwirtschaften durch den ihnen auf Grund des überdurchschnittlichen Guthabenbestandes zur Verfügung stehenden ewigen Kredit, durch die Vergabe von hochrentierlichen Ultimokrediten auf Grund von Daueraufträgen sowie durch Anschlußgeschäfte und Zubringerdienste im Zusammenhang mit den Lohn- und Gehaltskonten?

Hermsdorf, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen: Herr Kollege Hansen, bei meiner letzten Stellungnahme zur Frage der **Gebühren für Lohn- und Gehaltskonten** habe ich mitgeteilt, daß die Führung eines Lohn- und Gehaltskontos nach übereinstimmenden Angaben der Kreditinstitutsverbände rund 50 bis 100 DM Kosten pro Jahr verursacht. In diese Berechnung sind die Gewinne aus dem sogenannten Bodensatz — in Ihren Worten: ewiger Kredit — schon saldiert.

Bei den von Ihnen erwähnten Ultimokrediten handelt es sich um Dispositionskredite. Wie ich Ihnen vor 14 Tagen erläutert habe, decken die Einnahmen aus Dispositionskrediten auch nicht annähernd die Kosten für die Führung der Lohn- und Gehaltskonten.

(D)

Aus Anschlußgeschäften und Zubringerdiensten im Zusammenhang mit Lohn- und Gehaltskonten mögen Gewinne für Kreditinstitute entstehen. Solche Gewinne lassen sich jedoch nicht quantifizieren und auch nicht eindeutig den Lohn- und Gehaltskonten zurechnen. Im übrigen habe ich schon in meiner letzten Stellungnahme ausgeführt, daß eine Verrechnung von Gewinnen und Verlusten in verschiedenen Dienstleistungszweigen der Kreditinstitute, an die Sie nach Ihrer Fragestellung wohl denken, problematisch ist. Eine derartige Lastenverschiebung wird in der Regel gerade die wenig bemittelten Bevölkerungskreise treffen.

Vizepräsident Dr. Schmid: Zusatzfrage.

Hansen (SPD): Herr Staatssekretär, würden Sie grundsätzlich ausschließen, daß man bei überschläglicher Berechnung doch zu höheren Gewinnmargen kommt, als Sie sie in Ihrer Antwort auf meine Frage in der vorigen Fragestunde angenommen haben? Wenn ich von einem Überziehungskredit von etwa 400 bis 500 DM pro Monat bei etwa 8 Millionen Konten ausgehe, würde nach meiner Berechnung bei 10 bis 11 % Zinsen ein Zinsgewinn von etwas mehr als 400 Millionen DM herauskommen.

Hermsdorf, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen: Ich würde dies nicht grundsätzlich ausschließen.

Parlamentarischer Staatssekretär Hermsdorf

(A) Aber die Bundesregierung hat keine Möglichkeit, die Kostenkalkulation der Banken exakt nachzuprüfen. Es sind jedoch auch keine Tatsachen bekanntgeworden, die Anlaß zu Zweifeln an den vorgelegten Berechnungen geben würden.

Vizepräsident Dr. Schmid: Ich rufe die Frage 49 des Abgeordneten Hansen auf:

Wird die Bundesrepublik Deutschland — wenn sie die Einführung von Buchungsgebühren für Lohn- und Gehaltskonten nicht verhindern kann — eine Preisauszeichnungspflicht für alle Gebühren durchsetzen, um so die Markttransparenz und den Wettbewerb zu verbessern?

Hermsdorf, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen: Die Bundesregierung hat bei den Verbänden des Kreditgewerbes angeregt, die Gebühren für die Massengeschäfte, u. a. auch für die Lohn- und Gehaltskonten, in den Schalterräumen auszuhängen. Die Kreditinstitutsverbände haben sich damit grundsätzlich einverstanden erklärt. Die Bundesregierung ist informiert, daß ihr die Verbände in Kürze konkrete Vorschläge vorlegen werden. Außerdem plant die Bundesregierung, die **Preisauszeichnung** im Dienstleistungsbereich und damit auch auf dem **Kreditsektor** allgemein zu verbessern. Eine Änderung der Preisauszeichnungsverordnung wird zur Zeit mit den beteiligten Bundesministerien erörtert.

Vizepräsident Dr. Schmid: Die Frage 50 des Abgeordneten Schulte (Schwäbisch Gmünd) wird schriftlich beantwortet. Die Antwort wird als Anlage abgedruckt.

(B) Ich rufe die Frage 51 des Abgeordneten Dr. Ritz auf:

Hält es die Bundesregierung für berechtigt, die Mittel für den Aufwertungsausgleich im 3. Subventionsbericht als Steuervergünstigung bzw. als Subvention auszuweisen?

Hermsdorf, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen: Herr Kollege Dr. Ritz, die Bundesregierung hält es nicht nur für berechtigt, sondern auch für zwingend geboten, den **Einkommensausgleich** wegen der **Aufwertung der D-Mark** im **Subventionsbericht** auszuweisen. Der Einkommensausgleich in Form von Zahlungen aus dem Bundeshaushalt und der Einkommensausgleich im Rahmen der Mehrwertsteuer entsprechen den auf der Grundlage des § 12 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft entwickelten Begriffsbestimmungen für Finanzhilfen und Steuervergünstigungen und unterliegen deshalb ebenso wie die übrigen finanziellen Hilfen der gesetzlichen Berichterstattungspflicht. Im übrigen wird durch die Qualifizierung des Einkommensausgleichs als Finanzhilfe bzw. als Steuervergünstigung die Berechtigung dieser Maßnahme nicht in Frage gestellt.

Vizepräsident Dr. Schmid: Zusatzfrage.

Dr. Ritz (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, sehen Sie nicht dennoch die Gefahr, daß mit der Einstellung dieser Mittel in den Subventionsbericht sehr leicht in der öffentlichen Meinung der Gedanke aufkommt, daß es sich hier um Subventionen handelt (C) und nicht, wie es den Tatsachen entspricht, um einen Ausgleich für Maßnahmen, die die Landwirtschaft selbst überhaupt nicht zu verantworten hat?

Hermsdorf, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen: Ich sehe diese Gefahr nicht; denn die Bundesregierung hat damals, als sie den Aufwertungsausgleich einführte, erklärt — und ich habe das hier noch als ein Sprecher der Koalitionsparteien dargelegt —, daß sie diesen Aufwertungsausgleich keinesfalls als Subvention ansieht. Dies ist in der Bevölkerung bekannt. Ich sehe deshalb nicht, daß diese Gefahr, die Sie hier ansprechen, besteht.

Vizepräsident Dr. Schmid: Ich rufe den Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit auf. Die Fragen 60 bis 65 sollen schriftlich beantwortet werden. Die Antworten werden als Anlage abgedruckt.

Frage 66 — Frau Abgeordnete Griesinger ist nicht im Saal — und Frage 67 werden ebenfalls schriftlich beantwortet. Die Antworten werden als Anlage abgedruckt.

Dann rufe ich die Frage 68 des Herrn Abgeordneten Josten auf:

Werden von der Regierung Erfahrungen in anderen Ländern gesammelt, wie dort Menschen in der für sie zutreffenden Behinderung, z. B. als Rollstuhlfahrer, Seh-, Hör- oder Gehbehinderte, geholfen wird?

(D) **Westphal,** Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit: Herr Kollege Josten, die Bundesregierung pflegt auf dem Gebiete der **Rehabilitation Behinderter** enge **Kontakte zu anderen Ländern,** um im Austausch gegen eigene Erkenntnisse die dort gewonnenen Erfahrungen in der Bundesrepublik Deutschland zu verwerten. Zentrale übernationale Kontaktgremien, mit denen die Bundesregierung ständig zusammenarbeitet, sind vor allem der Europarat, die Europäischen Gemeinschaften und die Weltgesundheitsorganisation.

Diese Gremien erarbeiten nicht nur Empfehlungen und Richtlinien für Maßnahmen auf nationaler Ebene. Sie sind zugleich auch die Schaltstelle für einen ständigen zwischenstaatlichen Erfahrungsaustausch. Darüber hinaus erhält die Bundesregierung wichtiges Erfahrungsmaterial aus dem Ausland auch durch die Einschaltung privater Verbände und Organisationen, die mit gleichartigen Einrichtungen anderer Länder zusammenarbeiten.

Vizepräsident Dr. Schmid: Eine Zusatzfrage.

Josten (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, gibt es von seiten der Bundesregierung auf Grund ihrer Erfahrungen bereits einen Gesetzentwurf, womit den behinderten Menschen bessere Chancen zur Eingliederung in unsere Gesellschaft geboten werden, oder versucht die Bundesregierung, Verbesserungen auf andere Weise zu erreichen?

(A) **Westphal,** Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit: Es gibt vielfältige Wege, um Behinderten zu helfen. Das drückt sich im materiellen Bereich z. B. in der Sozialhilfe aus. Die Novelle, die bei uns im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit vorbereitet wird, geht auch auf das Problem der Behinderten ein. Es gibt aber weitere Maßnahmen, auf die ich bei der Beantwortung Ihrer zweiten Frage eingehen werde, z. B. aus dem Tätigkeitsbereich des Bundesministers für Städtebau und Wohnungswesen. Dort ist gerade vor kurzem — wenn ich das richtig sehe — eine Kleine Anfrage beantwortet worden, die eingehend darlegt, was im Bereich des Wohnungsbaues für Behinderte getan wird und welche helfenden Baunormen erarbeitet worden sind.

Vizepräsident Dr. Schmid: Ich rufe die Frage 69 des Abgeordneten Josten auf:

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, durch Zusammenarbeit der zuständigen Ministerien mitzuhelfen, damit für die Eingliederung der behinderten Menschen in unsere Gesellschaft mehr getan wird?

Westphal, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit: Die zuständigen Bundesministerien arbeiten auf dem Gebiet der Rehabilitation Behinderter eng zusammen. Zur Durchführung des Aktionsprogramms der Bundesregierung zur **Förderung der Rehabilitation der Behinderten** ist zwischen dem Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit und (B) dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung ein **gemeinsamer Arbeitsausschuß** gebildet worden. In diesem Ausschuß werden alle wichtigen, die Bundesregierung berührenden Fragen abgestimmt. Für Teilbereiche der Rehabilitation Behinderter — z. B. für die Beseitigung baulicher Hindernisse oder den Behindertensport — sind **Unterausschüsse** gebildet worden, in denen wegen der besonderen fachlichen Fragen auch das Bundesministerium für Städtebau und Wohnungswesen und andere Bundesressorts vertreten sind. Soweit die Länder zuständig sind, ist eine Mitwirkung der Bundesregierung durch **Zusammenarbeit mit den Länderministerien** in entsprechenden Ausschüssen, Arbeitsgemeinschaften und Konferenzen gewährleistet.

Die Zusammenarbeit zwischen den Bundesministerien, den Länderministerien und den sonst angesprochenen Stellen hat zu einer Reihe von Maßnahmen geführt, die Umweltbedingungen für Behinderte zu verbessern. So beteiligt sich jetzt auf Veranlassung des Bundesministers für Städtebau und Wohnungswesen der Bund an der Finanzierung des baulich bedingten Mehraufwandes für den Bau von Wohnungen für Schwerbeschädigte, und zwar mit 4000 DM je Wohnung. Die Bewilligung der Bundesmittel ist an die Beachtung der Plannorm DIN 18025, Wohnungen für Schwerbehinderte, Blatt 1, Wohnungen für Rollstuhlbenutzer, gebunden. Durch diese Norm soll erreicht werden, daß der Schwerbehinderte von fremder Hilfe weitgehend unabhängig wird.

Ein weiteres Normblatt mit der Bezeichnung DIN 18025 Blatt 2, das in Kürze als Entwurf erscheint, befaßt sich mit Wohnungen für Blinde und (C) wesentlich Gehbehinderte. Der Mittelbewilligung für Wohnungen für Haushalte, denen ein Blinder angehört, und für Wohnungen in Blindenzentren soll dieses Normblatt künftig zugrunde gelegt werden. Weitere Normblätter dieser Reihe befinden sich in Vorbereitung.

Vizepräsident Dr. Schmid: Eine Zusatzfrage.

Josten (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, nachdem es über 4 Millionen Behinderte in der Bundesrepublik gibt, darf ich Sie fragen: Ist die Bundesregierung bereit, nicht nur in Verbindung mit den Ländern, die Sie vorhin nannten, sondern auch mit den Verbänden bzw. den zuständigen Organisationen der Eingliederung unserer behinderten Menschen eine größere Priorität einzuräumen?

Westphal, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit: Herr Kollege Josten, die Bundesregierung hat dies durch die Vorlage eines umfassenden Rehabilitationsprogramms getan. Dort ist das Ministerium, in dem ich mitarbeite, nicht das federführende, aber doch eines der mitwirkenden, und zwar unter den zwei Aspekten der sozialen und der medizinischen Rehabilitation, während alles das, was darüber hinausgeht, insbesondere die Förderung im beruflichen Bereich, federführend vom Arbeitsministerium wahrgenommen wird. Der Arbeitsminister hat in anderen Unterlagen, die dem Parlament zugänglich sind, deutlich zum Ausdruck gebracht, wie umfassend die Bemühungen dieser Bundesregierung für die Hilfe für Behinderte im gesamten Rehabilitationsbereich (D) sind. Dafür sind viele Millionen gerade im vergangenen Jahr erstmalig ausgegeben worden.

Vizepräsident Dr. Schmid: Zusatzfrage.

Josten (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, ist Ihnen bekannt, wie weit die Auswertung der Aktion „Ideenwettbewerb des guten Willens" gediehen ist, um gute Vorschläge zur Verbesserung der Hilfe für Behinderte zu realisieren?

Westphal, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit: Es tut mir leid, Herr Kollege Josten, aber diese Frage muß an den Arbeitsminister gerichtet werden. Dies hängt zusammen mit der vielfältigen Zuständigkeit der Bundesregierung, die sich an vielen Stellen um Behinderte bemüht. Die von Ihnen genannte Aktion ist unter der Federführung des Arbeitsministers gelaufen.

Vizepräsident Dr. Schmid: Die Fragen 70, 71 und 72 werden auf Wunsch der Fragesteller schriftlich beantwortet. Die Antworten werden in der Anlage abgedruckt.

Die Fragestunde ist damit zu Ende.

Ich berufe die nächste Plenarsitzung ein auf Mittwoch, den 12. April 1972, 9 Uhr.

Ich schließe die heutige Sitzung.

(Schluß der Sitzung: 14.37 Uhr.)

Anlagen zum Stenographischen Bericht

Anlage 1

Liste der beurlaubten Abgeordneten

Abgeordnete(r)	beurlaubt bis einschließlich
Dr. Achenbach *	18. 3.
Adams *	18. 3.
Dr. Ahrens **	18. 3.
Dr. Aigner *	18. 3.
von Alten-Nordheim	17. 3.
Dr. Arndt (Berlin) *	17. 3.
Dr. Artzinger *	18. 3.
Behrendt *	18. 3.
Borm *	18. 3.
Dr. Burgbacher *	18. 3.
Dasch	18. 3.
Dr. Dittrich *	18. 3.
Dr. Dollinger	17. 3.
Dr. Evers	17. 3.
Faller *	17. 3.
Fellermaier *	18. 3.
Flämig *	17. 3.
Dr. Furler *	17. 3.
Gerlach (Emsland) *	17. 3.
Glombig	17. 3.
Freiherr von und zu Guttenberg	18. 3.
Frau Dr. Henze	15. 4.
Hösl **	17. 3.
Horten	17. 3.
Dr. Jahn (Braunschweig) *	18. 3.
Jung **	17. 3.
Kahn-Ackermann **	18. 3.
Dr. h. c. Kiesinger	18. 3.
Frau Klee **	18. 3.
Klinker *	18. 3.
Dr. Koch *	18. 3.
Krammig	17. 3.
Dr. Kreile	17. 3.
Kriedemann *	18. 3.
Lange *	18. 3.
Lautenschlager *	18. 3.
Lenze (Attendorn) **	17. 3.
Liedtke	17. 3.
Dr. Dr. h. c. Löhr *	18. 3.
Lücker (München) *	18. 3.
Dr. Majonica	17. 3.
Matthöfer	17. 3.
Frau Meermann	17. 3.
Meister *	17. 3.
Memmel *	18. 3.
Dr. h. c. Dr.-Ing. E. h. Möller	17. 3.
Müller (Aachen-Land) *	18. 3.
Dr. Müller (München) **	18. 3.
Müller (Remscheid)	17. 3.
Dr. Müller-Hermann	17. 3.
Frau Dr. Orth *	18. 3.
Dr. Reischl *	18. 3.
Richarts *	18. 3.
Riedel (Frankfurt) *	18. 3.
Dr. Rinderspacher	18. 3.
Dr. h. c. Schmücker **	17. 3.
Schwabe *	18. 3.
Dr. Schwörer *	18. 3.
Seefeld *	17. 3.
Seibert	17. 3.
Springorum *	18. 3.
Dr. Starke (Franken) *	18. 3.
Wendelborn	17. 3.
Werner *	18. 3.
Wolf	18. 3.
Wolfram *	17. 3.
Wuwer	17. 3.
Zander	17. 3.

* Für die Teilnahme an Ausschußsitzungen des Europäischen Parlaments

** Für die Teilnahme an Ausschußsitzungen der Beratenden Versammlung des Europarates

Anlage 2 — Umdruck 268

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU zur **Beratung des Agrarberichts 1972 der Bundesregierung** — Drucksachen VI/3090, zu VI/3090 —.

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht:

I.

1. dem Deutschen Bundestag alsbald konkrete Maßnahmen vorzuschlagen, wie die seit dem Herbst 1969 für die landwirtschaftliche Erwerbsbevölkerung eingetretene absolute und relative Einkommensverschlechterung behoben werden kann, damit das von der Bundesregierung von ihr selbst gesteckte Ziel der „Teilnahme der in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen an der allgemeinen Einkommens- und Wohlstandsentwicklung, um eine angemessene Lebenshaltung und eine für das betriebliche Wachstum erforderliche Eigenkapitalbildung zu gewährleisten" zu erreichen;
2. dem Deutschen Bundestag alsbald konkrete Vorschläge darüber zu unterbreiten, wie der wegen der Aufwertung der Deutschen Mark im Jahre 1969 gezahlte direkte Aufwertungsausgleich, der ab 1972 degressiv gestaltet ist und nach dem gültigen Recht ab 1974 fortfällt, direkt einkommenswirksam für die landwirtschaftlichen Unternehmer fortwirken kann;
3. dem Deutschen Bundestag darzulegen, wie sie die durch Auf- und Abwertungen einzelner Mitgliedstaaten der EWG entstandenen und zu befürchtenden Ungleichgewichte im Agrarpreisgefüge der EWG wieder beseitigen will;
4. dem Deutschen Bundestag ihre konkreten Vorstellungen über die Beibehaltung und den Ausbau des Grenzausgleichssystems auf den vollen Warenwert von Agrarerzeugnissen darzulegen;

(A)

5. den Entscheidungen über Agrarpreise auch im Zusammenhang mit währungspolitischen Beschlüssen nur dann zuzustimmen, wenn sich hieraus keine erneuten Belastungen — auch langfristig — für die deutsche Landwirtschaft ergeben, sondern eine angemessene Agrarpreiserhöhung, die der inflationären Kostenentwicklung entspricht, anzustreben;
6. bei den EWG-Verhandlungen darauf hinzuwirken, daß die gemeinsame Agrarstrukturpolitik wegen des unbefriedigenden Integrationsstandes sich auf die Koordinierung der nationalen Maßnahmen beschränkt;
7. energisch darauf hinzuwirken, daß das Lebensmittel-, Futtermittel- und Veterinärrecht in der EWG alsbald einheitlich gestaltet wird, damit den deutschen Produzenten von Agrarerzeugnissen und den Verbrauchern aus dem Verbringen von Agrarerzeugnissen aus anderen EWG-Mitgliedstaaten, die nicht den hohen Anforderungen nach deutschem Recht unterliegen, keine Nachteile erwachsen;

II.

8. das einzelbetriebliche Förderungsprogramm für die Landwirtschaft flexibler zu gestalten und dabei
   a) mehr als bisher auf die unternehmerischen Fähigkeiten des Betriebsleiters als auch auf die betrieblichen Entwicklungsmöglichkeiten abzustellen,

(B)

   b) die in früheren Jahren gewährte 15 %ige Investitionsbeihilfe wieder einzuführen;
9. angesichts der schlechten wirtschaftlichen Situation der landwirtschaftlichen Unternehmen die Richtlinien über die Zinsverbilligung im Bereich der Land- und Ernährungswirtschaft dahin gehend zu ändern, daß die bereits aufgenommenen und zukünftig aufzunehmenden Darlehen bei den Maßnahmengruppen
   a) Verbesserung der Agrarstruktur (z. B. Flurbereinigung, Aussiedlung, Aufstockung),
   b) Wasserwirtschaft und
   c) Verbilligung von Zinsen für Darlehen zur Förderung vordringlicher agrar- und ernährungswirtschaftlicher Maßnahmen (Hofkredit)

   im Zinssatz um 1 % zusätzlich zu den bisher gewährten Zinszuschüssen verbilligt werden;
10. bis zu einer Neugestaltung des Systems der Verbilligung von Dieselkraftstoff für Landwirte den Dieselkraftstoff unverzüglich um 2 Pfennig je Liter zu verbilligen;

III.

11. dem Deutschen Bundestag alsbald konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Landabgaberente unter Anpassung an die Steigerungsraten bei der Rentenversicherung und die Erweiterung des berechtigten Personenkreises sowie die Ausdehnung der Landabgaberente auf solche Unternehmer, die nachweisbar keine Abnehmer für ihre Flächen finden und diese nebenberuflich und extensiv bewirtschaften vorzulegen;

(C)

12. dem Deutschen Bundestag vorzuschlagen, wie die Altershilfe der Landwirte unter Anpassung an die Grundsätze der allgemeinen Rentenversicherung dynamisiert und wie die Altershilfe für Landwirte in eine Altersversorgung fortentwickelt werden kann.

Bonn, den 14. März 1972

Dr. Barzel, Stücklen und Fraktion

Anlage 3

Schriftliche Antwort

des Parlamentarischen Staatssekretärs Hermsdorf vom 17. März 1972 auf die Mündliche Frage des Abgeordneten **Engelsberger** (CDU/CSU) (Drucksache VI/3243 Frage A 44):

Treffen Meldungen zu, daß in Berlin „mit großzügigen Krediten aus Bundesmitteln, die offenen Subventionscharakter haben", ein Teil der Tageszeitungen, die der SPD nahestehen, unterstützt wird, während Zeitungen in gleicher Wettbewerbssituation keine Förderung erhalten, und läßt diese Art der Subventionierung nicht befürchten, daß dadurch die freie Berichterstattung eingeschränkt wird?

Es trifft zu, daß ein Teil der **in Berlin erscheinenden Tageszeitungen mit Krediten zu günstigen Bedingungen öffentlich gefördert** wird. Die Kreditbeträge werden aus dem Landeshaushalt Berlin gezahlt. Die dem Land Berlin entstehenden Aufwendungen werden bei der Bemessung der Bundeshilfe für Berlin berücksichtigt.

(D)

Es trifft jedoch nicht zu, daß nur der SPD nahestehende Tageszeitungen unterstützt werden, und daß andere Verlage von Berliner Tageszeitungen, die sich in gleicher Wettbewerbssituation befinden, keine öffentliche Förderung genießen. Die von Ihnen angesprochene Förderungsmaßnahme des Landes Berlin ist nach den der Bundesregierung vorliegenden Informationen im Beirat des Ausschusses für Gesamtberliner Fragen mit den Stimmen aller Fraktionsvorsitzenden im Abgeordnetenhaus von Berlin vertretenen Parteien beschlossen worden.

Die Bundesregierung befürchtet nicht, daß durch diese Art der Subventionierung die freie Berichterstattung eingeschränkt wird.

Anlage 4

Schriftliche Antwort

des Parlamentarischen Staatssekretärs Hermsdorf vom 17. März 1972 auf die Mündlichen Fragen des Abgeordneten **Freiherr von Fircks** (CDU/CSU) (Drucksache VI/3243 Fragen A 45 und 46):

Inwieweit treffen Meldungen („Deutsche Tagespost" Nr. 24 vom 25./26. Februar 1972) zu, daß „DDR"-Behörden eine zentral gelenkte Aktion eingeleitet haben, bei der die auch heute noch von Bewohnern Mitteldeutschlands in der Bundesrepublik Deutschland geführten Guthabenkonten zwangsweise abzuliefern sind

und der Transfer dieser im Verhältnis 1 : 1 umgetauschten Westguthaben trotz Fehlens einer entsprechenden Mandatserteilung der Kontoinhaber in deren Namen bei den Banken und Sparkassen im Bundesgebiet beantragt wird, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß dieses Verfahren gegen die devisenrechtlichen Bestimmungen in der Bundesrepublik Deutschland verstößt?

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, einen optimalen Schutz der Westkonten von Bewohnern Mitteldeutschlands vor dem Zugriff der „DDR"-Behörden zu schaffen, insbesondere im Hinblick auf die bestehenden Entscheidungsschwierigkeiten der Kreditinstitute und Gerichte, die mit der Interessenwahrung und Entscheidung in diesen durch die politische Situation bedingten Fällen befaßt sind?

Nach den Rechtsvorschriften der DDR müssen — soweit bekannt — **Einwohner der DDR** ihre **in der Bundesrepublik bestehenden Guthaben (Sperrkonten) anmelden und auf Verlangen der Notenbank an diese übertragen.** Es ist der Bundesregierung bekannt, daß die Industrie- und Handelsbank der DDR (IHB) seit einiger Zeit eine Aktion eingeleitet hat, die auf folgendes hinausläuft: Zunächst versucht die IHB, sich Nachweise über Existenz und Höhe in der Bundesrepublik vorhandener Sperrkonten von DDR-Bürgern beschaffen zu lassen. Dies geschieht durch Anträge auf Auskunft bzw. Herausgabe von Sparbüchern an Bankinstitute in der Bundesrepublik. Ist dieser Nachweis erbracht, läßt sich die IHB von den Konteninhabern die wirtschaftliche Verfügungsmacht über die Sperrkonten übertragen und zahlt die Konteninhaber im Verhältnis 1 : 1 aus. Ein Transfer aus der Bundesrepublik in die DDR findet dabei nicht statt.

Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß bereits die Anträge auf Auskunft bzw. Herausgabe von Sparbüchern an Bankinstitute der Bundesrepublik devisenrechtlich genehmigungsbedürftige Tatbestände darstellen.

Die Deutsche Bundesbank erteilt — abgesehen von geringen Beträgen in einzelnen begründeten Härtefällen — im Einvernehmen mit der Bundesregierung keine devisenrechtlichen Genehmigungen für Anträge, die im Zusammenhang mit der Aktion der IHB stehen. Die Bundesbank hat die Geschäftsbanken von ihrer Rechtsauffassung unterrichtet, so daß eine einheitliche Praxis in diesem Sinne gewährleistet erscheint.

Anlage 5

Schriftliche Antwort

des Parlamentarischen Staatssekretärs Hermsdorf vom 17. März 1972 auf die Mündliche Frage des Abgeordneten **Schulte** (Schwäbisch Gmünd) (CDU/CSU) (Drucksache VI/3243 Frage A 50):

Hält es die Bundesregierung für angebracht, daß die Kosten eines Bauherrn für seine im Haus installierte Heizung steuerlich absetzbar sind, die Anschlußkosten für eine Fernheizung jedoch nicht, obwohl die Einrichtung von Fernheizungen ständig zunimmt?

Kosten des **Anschlusses an die Wärmeversorgung** gehören grundsätzlich zu den **Herstellungskosten im Sinne des Einkommensteuergesetzes.** Solche Kosten können im Rahmen der für das jeweilige Gebäude in Betracht kommenden Absetzungen für Abnutzung oder erhöhten Absetzungen bei der Ermittlung der Einkünfte als Werbungskosten bzw. als Betriebsausgaben berücksichtigt werden. Das bedeutet, daß Anschlußkosten für eine Fernheizung steuerlich nicht anders behandelt werden wie die Aufwendungen, die beim Einbau einer Heizung in ein Gebäude anfallen.

Anlage 6

Schriftliche Antwort

des Parlamentarischen Staatssekretärs Westphal vom 17. März 1972 auf die Mündlichen Fragen des Abgeordneten **Wolfram** (SPD) (Drucksache VI/3243 Fragen A 60 und 61):

Reichen die derzeitigen Blutspenden aus, um den Bedarf zu decken, und wie wird die zukünftige Entwicklung beurteilt?

Hat die Bundesregierung die Frage geprüft, ob auch in der Bundesrepublik Deutschland, ähnlich wie in anderen Ländern, Blutspenden von Verstorbenen möglich sein sollen, und ist sie bereit, dafür die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen?

Die Zahl der **Blutspenden in der Bundesrepublik** ist ziemlich konstant und reicht gegenwärtig, und soweit erkennbar auch in absehbarer Zukunft, aus, um den Bedarf an Blutkonserven für Transfusionszwecke zu decken. Von den 1 bis $1^1/_2$ Millionen Blutspenden im Jahr können wegen ihrer auf ca. 3 Wochen beschränkten Haltbarkeit keineswegs alle Konserven bei Transfusionen Verwendung finden und müssen deshalb weiter verarbeitet (fraktioniert) werden.

Da der Bedarf an Blutkonserven in vollem Umfang durch das bestehende System von freiwilligen lebenden Spendern gedeckt werden kann, besteht für die Bundesregierung kein Anlaß, in Überlegungen über die Schaffung gesetzlicher Voraussetzungen für die **Blutspenden Verstorbener** einzutreten. Die Bundesregierung beabsichtigt auch nicht, Organspender-Pässe im Hinblick auf Blutspenden zu erweitern.

Im übrigen wird die Methode der Blutspende von Verstorbenen in der Sowjetunion lediglich in drei Großstädten praktiziert. Da als Spender nur organisch gesunde, frisch verstorbene Unfallopfer in Frage kommen, ist die Zahl solcher Spender und somit der auf diese Weise gewonnenen Blutkonserven naturgemäß stets nur verhältnismäßig gering. Deshalb kann diese Methode keinesfalls das bestehende System der lebenden Blutspender ersetzen.

Außerdem hat sich bisher, soweit bekannt wurde, in den westlichen Ländern vor allem aus ethischen oder religiösen Motiven und aus Gründen der Pietät die Blutspende Verstorbener trotz ihrer medizinisch-wissenschaftlich erwiesenen Unbedenklichkeit bisher nicht durchsetzen können.

Anlage 7

Schriftliche Antwort

des Parlamentarischen Staatssekretärs Westphal vom 15. März 1972 auf die Mündliche Frage des Abgeordneten **Dr. Slotta** (SPD) (Drucksache VI/3243 Frage A 62):

Gedenkt die Bundesregierung, Maßnahmen für die — erwiesenermaßen nicht neue — Methode der Verwendung von Leichen-

(A)

blut für Transfusionen zu unterstützen, da der Bedarf an Blutkonserven nicht zuletzt durch die Zunahme der Verkehrsunfälle stetig größer wird, während die Zahl der Spendewilligen — wie die Erfahrung trotz aller Bemühungen von Organisationen zeigt — kaum noch gesteigert werden kann, und beabsichtigt sie, die bereits ausgefertigten und noch auszustellenden Organspenderpässe auch auf das Blut zu erweitern?

Die Methode der **Gewinnung von Leichenblut für Transfusionen** wird seit längerer Zeit in drei Großstädten der Sowjetunion praktiziert. Dabei muß der Spender sonst organisch gesund und frisch verstorben, d. h. in der Regel ein Unfalltoter sein. Die Zahl der in Frage kommenden Spender und damit die Zahl der mit Leichenblut durchgeführten Transfusionen ist somit auch in der Sowjetunion begrenzt und fällt im Vergleich mit den Transfusionen von Blut lebender Spender nicht nennenswert ins Gewicht.

In der Bundesrepublik Deutschland ist der Bedarf an Blutkonserven für Transfusionen in vollem Umfang durch ein System freiwilliger lebender Blutspender gedeckt.

Deshalb besteht für die Bundesregierung kein Anlaß, Maßnahmen zu ergreifen, um die Methode der Verwendung von Leichenblut für Transfusionszwecke zu unterstützen. Die Bundesregierung beabsichtigt auch nicht, darauf einzuwirken, daß bereits ausgefertigte oder noch auszustellende Organspender-Pässe im Hinblick auf Blutspenden erweitert werden.

(B)

Anlage 8

Schriftliche Antwort

des Parlamentarischen Staatssekretärs Westphal vom 15. März 1972 auf die Mündlichen Fragen des Abgeordneten **Dr. Althammer** (CDU/CSU) (Drucksache VI/3243 Fragen A 63 und 64):

Trifft es zu, daß die Versorgung der Krankenhäuser mit Blutkonserven in naher Zukunft nicht mehr ausreichend gewährleistet wird, da die Anzahl der benötigten Konserven in einem starken Ausmaß steigt, die Zahl der Spendenwilligen aber voraussichtlich nicht mehr gesteigert werden kann?

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung eingeleitet, um zu erreichen, daß das Blut Verstorbener entnommen werden kann, damit diesem Engpaß begegnet werden kann?

Die **Versorgung der Krankenhäuser mit Blutkonserven** ist gegenwärtig und in absehbarer Zukunft in vollem Umfang gewährleistet. Gegenteilige Befürchtungen treffen nicht zu.

Den Blutspendeorganisationen stehen eine ausreichende Zahl von freiwilligen lebenden Blutspendern zur Verfügung. In den vergangenen Jahren war die Zahl der erforderlichen Bluttransfusionen geringer als die Zahl der vorhandenen Blutkonserven. Wegen der begrenzten Haltbarkeit mußte deshalb der nicht für Transfusionen benötigte Teil dieser Konserven durch Fraktionierung weiter verarbeitet werden.

Da es in der Bundesrepublik nicht an Blutkonserven mangelt, sieht die Bundesregierung keinen Anlaß, Maßnahmen einzuleiten, um zu erreichen, daß das **Blut Verstorbener zur Blutspende** entnommen werden kann.

(C)

Im übrigen hat sich im Gegensatz zur Sowjetunion in den westlichen Ländern die Methode der Blutspende Verstorbener trotz erwiesener medizinisch-wissenschaftlicher Unbedenklichkeit aus ethischen, religiösen oder sonstigen Gründen nicht durchsetzen können.

Anlage 9

Schriftliche Antwort

des Parlamentarischen Staatssekretärs Westphal vom 15. März 1972 auf die Mündliche Frage der Abgeordneten **Frau von Bothmer** (SPD) (Drucksache VI/3243 Frage A 65):

Aus welchem Grund ist das Weckmittel AN1 weiterhin nicht rezeptpflichtig, obwohl seine suchtfördernde Wirkung seit etwa zwei Jahren in Fachkreisen unbestritten ist?

Daß die **Arzneispezialität AN 1** auch bei bestimmungsgemäßem Gebrauch — und darauf kommt es bei der Unterstellung eines Stoffes unter die Verschreibungspflicht an — eine suchtfördernde Wirkung hat, war bisher keineswegs unbestritten. Erst in letzter Zeit sind einige wissenschaftlich-analytische Mitteilungen über den Zerfall des wirksamen Bestandteiles der Arzneispezialität AN 1 im Organismus erschienen, die von der hohen Wahrscheinlichkeit sprechen, daß als Spaltprodukt u. a. Amphetamin entsteht. Bewiesen ist es noch nicht.

(D)

Der Beirat nach § 35 AMG, der vor Erlaß einer Rechtsverordnung zur Verschreibungspflicht zu hören ist, hat sich gleichwohl auf seiner letzten Sitzung im Januar 1972 erneut mit der Frage der Verschreibungspflicht von AN 1 beschäftigt. Er hat festgestellt, daß aufgrund der sich aus der Struktur der Substanz ergebenden zentralsympathikomimetischen Wirkung auch bei bestimmungsgemäßem Gebrauch eine Gefährdung der Gesundheit sich nicht ausschließen lasse und deshalb die Unterstellung des Stoffes unter die Verschreibungspflicht empfohlen.

Ich werde dem Votum des Beirats folgen und den Stoff in eine Änderungsverordnung zur Verordnung nach § 35 AMG aufnehmen.

Anlage 10

Schriftliche Antwort

des Parlamentarischen Staatssekretärs Westphal vom 15. März 1972 auf die Mündlichen Fragen der Abgeordneten **Frau Griesinger** (CDU/CSU) (Drucksache VI/3243 Fragen A 66 und 67):

Treffen Pressemeldungen (Bietigheimer Zeitung vom 11. Februar 1972) zu, daß größere Mengen Salat mit erheblichen Rückständen von Pflanzenschutzmitteln, die von den Schweizer Grenzbehörden bei der Einfuhr von Belgien in die Schweiz zurückgewiesen worden sind, für den menschlichen Verzehr in die Bundesrepublik Deutschland ohne Beanstandung durch deutsche Behörden umgeleitet worden sind?

Was gedenkt die Bundesregierung zukünftig zu tun, damit verhindert wird, daß die strengen lebensmittelrechtlichen Vorschriften in der Bundesrepublik Deutschland nicht durch Lieferungen aus anderen EWG-Mitgliedsländern und auch aus Drittländern unterlaufen werden?

In letzter Zeit durchgeführte **Untersuchungen von Salat auf Pflanzenschutzmittelrückstände** haben teilweise überhöhte Rückstandsmengen ergeben. Diese Feststellungen sind bei Salaten verschiedener Herkunft getroffen worden, u. a. auch bei Kopfsalat aus Belgien. Ob es sich bei dem **beanstandeten belgischen Salat um den Salat handelt, der an den schweizer Grenzen zurückgewiesen worden sein soll,** oder um unmittelbar aus Belgien eingeführten Salat, ließ sich nicht feststellen. Eine besondere, alle Importe pflanzlicher Lebensmittel erfassende Kontrolle ist nach geltendem Recht nicht vorgeschrieben. Importierte Lebensmittel pflanzlicher Herkunft werden in gleicher Weise wie im Inland gewonnene Erzeugnisse stichprobenweise im Rahmen der amtlichen Lebensmittelüberwachung untersucht.

Das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit hat die für die amtliche Lebensmittelüberwachung zuständigen obersten Landesgesundheitsbehörden fernschriftlich darum gebeten, in verstärktem Maße insbesondere Gemüseimporte auf Pflanzenschutzmittelrückstände zu untersuchen und die hierfür erforderlichen Proben möglichst unmittelbar nach der zollamtlichen Abfertigung zu entnehmen. Das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit hat im Interesse einer größtmöglichen Effizienz der Kontrolle importierter pflanzlicher Lebensmittel ferner den Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen und den Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten um Unterstützung der mit der amtlichen Lebensmittelüberwachung betrauten Stellen durch die Zolldienststellen und die Stellen des amtlichen Pflanzenschutzdienstes gebeten. Diese Unterstützung ist zugesagt worden. Es ist beabsichtigt, in Kürze schwerpunktmäßig bestimmte Stellen der Lebensmittelüberwachung durch die Zolldienststellen von größeren Importen benachrichtigen zu lassen, um die Lebensmittelüberwachung in die Lage zu versetzen, die erforderlichen Proben möglichst frühzeitig nach der zollamtlichen Abfertigung zu entnehmen.

Anlage 11

Schriftliche Antwort

des Parlamentarischen Staatssekretärs Westphal vom 15. März 1972 auf die Mündlichen Fragen des Abgeordneten **Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein** (CDU/CSU) (Drucksache VI/3243 Fragen A 70 und 71):

> Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung die Verordnung der Verschreibungspflicht für appetithemmende Mittel (phenterminhaltige Arzneimittel) zunächst der Tagespresse bekanntgegeben, bevor Apotheker- und Ärzteschaft über diese so wichtige Vorschrift in den dafür zuständigen Presseorganen informiert wurden?

> Hält die Bundesregierung es nicht für zweckmäßiger, auch schon vor Erlaß solcher Verordnungen Ärzteschaft und Apotheker über Absichten des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit zu informieren, um eine frühestmögliche Aufklärung und Beratung der Patienten zu ermöglichen?

Ärzteschaft und Apothekerschaft waren schon im September 1971 von der Absicht der Bundesregierung informiert worden, **Phentermin enthaltende Arzneimittel** durch eine Rechtsverordnung unter die **Verschreibungspflicht** zu stellen. Ein Zeitpunkt für die Unterstellung konnte damals noch nicht genannt werden, da noch einige Fragen geprüft werden mußten.

Die Bundesregierung hat sodann am 14. Dezember 1971 die Mitglieder der Bundespressekonferenz von der direkt bevorstehenden amtlichen Verkündung einer Rechtsverordnung nach § 35 des Arzneimittelgesetzes über die Verschreibungspflicht von Phentermin enthaltenden Arzneimitteln unterrichtet. Die beabsichtigte Maßnahme wurde auch durch die Presseinformation des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit mit dem Titel „Gesundheit" vom 14. Dezember 1971 an die fachlich interessierten Kreise herangetragen. Die Verordnung über die Verschreibungspflicht von Phentermin enthaltenden Arzneimitteln wurde dann zwei Tage später, am 16. Dezember 1971, im Bundesgesetzblatt verkündet und trat am 17. Dezember 1971 in Kraft. Amtliche und publizistische Form der Veröffentlichung waren also ein Vorgang. Die Bundesregierung hat damit alles getan, um so schnell und so breit wie möglich die Ärzte- und Apothekerschaft zu unterrichten.

Ich bin wie Sie der Ansicht, daß die Betroffenen, insbesondere die Ärzte- und Apothekerschaft, vor Erlaß solcher Voraussetzungen so früh wie möglich unterrichtet werden sollten. Aus meiner Antwort zu Ihrer ersten Frage geht hervor, daß die Bundesregierung in diesem Sinne gehandelt hat.

Anlage 12

Schriftliche Antwort

des Parlamentarischen Staatssekretärs Westphal vom 15. März 1972 auf die Mündliche Frage des Abgeordneten **Dr. Fuchs** (CDU/CSU) (Drucksache VI/3243 Frage A 72):

> Wie beurteilt die Bundesregierung die Wirkung des Antidepressionsmittels Imipramin, das in Deutschland und anderen Ländern unter dem Handelsnamen Tofranil bekannt ist, insbesondere bei Anwendung während einer Schwangerschaft?

Das Bundesgesundheitsamt hat die Mitteilungen des australischen Arztes McBride über **mögliche keimschädigende Wirkungen des Arzneimittels Imipramin,** das in der Bundesrepublik als **Arzneispezialität Tofranil** im Handel ist mit dem Ergebnis überprüft, daß unter den gegenwärtigen Umständen ein Verbot des Inverkehrbringens von Tofranil nicht erwogen zu werden braucht. Diesen Standpunkt vertritt auch die Gesundheitsbehörde Australiens. Tofranil ist in der Bundesrepublik verschreibungspflichtig und nur auf ärztliche Verordnung erhältlich.

Imipramin oder chemisch-pharmakologisch verwandte Arzneistoffe können nach Auffassung des Bundesgesundheitsamtes mitunter nicht entbehrt oder durch embryologisch unbedenkliche Stoffe ersetzt werden. Es ist jedoch heute allgemein bekannt, daß Arzneimittel grundsätzlich während der Schwangerschaft nur bei überzeugendem Erfordernis und nicht ohne den Rat eines Arztes gebraucht

(A) werden sollen. Der Hersteller der Arzneispezialität Tofranil weist in der Packungsbeilage darauf hin, daß dieses Mittel im ersten Drittel der Schwangerschaft nicht angewendet werden soll.

Anlage 13

Schriftliche Antwort

des Parlamentarischen Staatssekretärs Haar vom 16. März 1972 auf die Mündliche Frage des Abgeordneten **Wagner** (Günzburg) (CDU/CSU) (Drucksache VI/3243 Frage A 84):

Ist von der Bundesregierung eine Änderung der Straßenverkehrs-Ordnung in Aussicht genommen, wonach künftighin nur noch voll reflektierende Straßennamenschilder verwendet werden dürfen?

Nein, dies erscheint zur Zeit nicht erforderlich. Es können jedoch nach Abschnitt III Nr. 6 zu den §§ 39 bis 43 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrs-Ordnung alle **Verkehrsschilder rückstrahlend oder von außen oder innen beleuchtet** sein.

Anlage 14

Schriftliche Antwort

des Bundesministers Dr. Ehmke vom 16. März 1972 (B) auf die Mündlichen Fragen des Abgeordneten **Dr. Martin** (CDU/CSU) (Drucksache VI/3243 Fragen A 90 und 91):

Trifft die Mitteilung des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft, Prof. Leussink, auf einer Pressekonferenz vom 29. Februar 1972 zu, er werde als Berater des Bundeskanzlers auch nach seinem Ausscheiden aus dem Amt tätig sein?

Wenn ja, wurde ein Beratervertrag abgeschlossen, wie sind seine Bedingungen, und wie soll die Koordination mit dem designierten Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Dohnanyi, ausgeführt werden?

Herr **Professor Leussink** hat sich bereit erklärt, sowohl dem **Herrn Bundeskanzler** wie dem neuen Bundesminister für Bildung und Wissenschaft **seinen persönlichen Rat auch weiterhin zur Verfügung zu stellen.** Beide haben ihn darum gebeten. An den Abschluß eines Beratervertrages ist nicht gedacht. Wer Herrn Professor Leussink kennt, kann eigentlich auch nicht auf eine solche Idee kommen.

Anlage 15

Schriftliche Antwort

des Parlamentarischen Staatssekretärs Moersch vom 17. März 1972 auf die Mündlichen Fragen des Abgeordneten **Riedel** (Frankfurt) (CDU/CSU) (Drucksache VI/3243 Fragen A 92 und 93):

Was versteht die Bundesregierung unter „den grundsätzlich geschützten Rechten auch im internationalen Bereich . . . der nicht im Geltungsbereich des Grundgesetzes lebenden Deutschen" (vgl. Schriftliche Antwort der Bundesregierung in Anlage 8 im Stenographischen Bericht der 164. Sitzung vom 21. Januar 1972, (C) S. 9465), und gehört zu diesen „grundsätzlich geschützten Rechten" auch Fürsorgeanspruch und Selbstbestimmungsrecht „der nicht im Geltungsbereich des Grundgesetzes lebenden Deutschen"?

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Ostblockstaaten einschließlich der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands Fürsorgeanspruch und Selbstbestimmungsrecht der „nicht im Geltungsbereich des Grundgesetzes lebenden Deutschen" nur im Sinne der Verwirklichung einer leninistischen Rechts- und Gesellschaftsordnung anerkennen, und hat demgegenüber die Bundesregierung in den Ostverträgen verwirklicht oder gefördert, daß auch den nicht im Geltungsbereich des Grundgesetzes lebenden Deutschen in „freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden" ohne Selbstgefährdung noch möglich bleibt?

Zur Klarstellung schicke ich voraus, daß nach dem mir vorliegenden Durchdruck meines Schreibens vom 21. Januar 1972, auf das Sie sich beziehen, in meiner Antwort von „grundgesetzlich geschützten Rechten" und nicht von „grundsätzlich geschützten Rechten" die Rede ist. Es scheint im weiteren Verfahren ein Fehler unterlaufen zu sein.

Zur Sache selbst hat die Bundesregierung bereits in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion betr. Auswirkungen der Ostverträge vom 10. März 1971 in ihrer Antwort zur Frage 5) Stellung genommen. Sie hat erklärt:

„Die Grundrechte des Grundgesetzes binden die Staatsgewalt in der Bundesrepublik Deutschland unmittelbar. In diese Grundrechte darf — außer in den vom Grundgesetz ausdrücklich zugelassenen Fällen — nicht eingegriffen werden. Die Staatsorgane der Bundesrepublik Deutschland sind gehalten, den grundgesetzlich geschützten Rechten auch im internationalen Bereich Rechnung zu tragen." (D)

Daran hält sie fest.

Im übrigen kann ich nur erneut unterstreichen, daß die Bundesregierung unverändert für das Selbstbestimmungsrecht eintritt.

Die Bundesregierung geht bei ihrer Politik von ihren eigenen **Vorstellungen über das Sebstbestimmungsrecht und eine freiheitlich-demokratische Rechts- und Gesellschaftsordnung** aus.

Im Brief zur deutschen Einheit, der im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des Moskauer Vertrags am 12. August 1970 dem sowjetischen Außenministerium zugestellt wurde, hat der Bundesminister des Auswärtigen festgestellt, daß die Bundesregierung an ihrem Ziel festhält, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.

Im übrigen darf ich Sie auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 6) der Großen Anfrage der Fraktion der SPD und FDP betreffend Außenpolitik der Bundesregierung vom 21. Januar 1971 (Drucksache VI/1728) sowie aus jüngster Zeit auf die Antwort auf die Frage 2 der Großen Anfrage der Fraktion der CDU/CSU betreffend Deutschland- und Außenpolitik vom 11. November 1971 aufmerksam machen. Die Bundesregierung hat in beiden Erklärungen eingehend zu dem von Ihnen aufgeworfenen Problem Stellung genommen.

Anlage 16

Schriftliche Antwort

des Parlamentarischen Staatssekretärs Moersch vom 17. März 1972 auf die Mündlichen Fragen des Abgeordneten **Blumenfeld** (CDU/CSU) (Drucksache VI/3243 Fragen A 94 und 95):

Wie gedenkt die Bundesregierung, auf den Vorschlag der Kommission der Europäischen Gemeinschaften zu reagieren, eine Ministerratstagung für unerledigte Fälle abzuhalten, in der vor allem die große Zahl von Verordnungs-, Richtlinien- und Entscheidungsvorschlägen der Kommission auf den Gebieten der Verwirklichung der Niederlassungsfreiheit und der Beseitigung technischer Handelshemmnisse behandelt werden soll?

Ist die Bundesregierung bereit, alles in ihren Kräften stehende zu tun, um den enormen Rückstand bei den Beschlußfassungen des Ministerrats aufzuholen und künftig zu vermeiden?

Der Gedanke, die **Arbeitsrückstände des Rats der EG** in einer besonderen Tagung abzuräumen, ist in der letzten Zeit verschiedentlich erwogen worden. Namentlich der Bundeskanzler hat sich dafür eingesetzt.

Eine konkrete Anregung des Bundesministers des Auswärtigen, eine evtl. auch mehrtägige Ratstagung ins Auge zu fassen, auf der die entscheidungsreifen Kommissionsvorschläge beschleunigt zu behandeln wären, ist in Brüssel allgemein günstig aufgenommen worden. Z. Z. sind dort die erforderlichen Vorbereitungsarbeiten im Gange, aufgrund deren über die Einberufung einer solchen Tagung entschieden werden soll. Ich denke, daß damit die Frage nach dem Interesse der Bundesregierung an einer beschleunigten Erledigung der Arbeitsrückstände des Ministerrats beantwortet ist.

Der Vorwurf enormer Rückstände ist nicht berechtigt. Im vergangenen November hat die Kommission eine lange Liste vorgelegt, in der alle ihre damals noch anstehenden Vorschläge, Entwürfe, Berichte oder Mitteilungen enthalten waren, zu denen sie eine Entscheidung oder Stellungnahme des Rats erwartete. Diese Liste sollte zur Unterrichtung der Beitrittskandidaten und gegebenenfalls zur Konsultation zwischen diesen und der Gemeinschaft dienen. Sie verfolgte also in keiner Weise den Zweck, auf Arbeitsrückstände aufmerksam zu machen und unterscheidet deshalb auch nicht die Fälle, in denen die Beratung normal fortschreitet, von den echten Rückständen, in denen sich eine Entscheidung, aus welchen Gründen auch immer, verzögert.

Die zuständigen Bundesministerien prüfen z. Z. unter Federführung des BMWF diese Liste. Die Prüfung ist noch nicht abgeschlossen; es hat sich vorläufig ergeben, daß unter den rd. 400 von der Kommission aufgeführten Vorgängen nur etwa 20 bis 25 % Kommissionsvorschläge stecken, bei denen der Rat im Verzug sein dürfte.

Die Bundesregierung ist bereit, nach Kräften an der Erledigung dieser Rückstände mitzuwirken.

Anlage 17

Schriftliche Antwort

des Parlamentarischen Staatssekretärs Moersch vom 17. März 1972 auf die Mündliche Frage des Abgeordneten **Kiechle** (CDU/CSU) (Drucksache VI/3243 Frage A 96):

Ist bei dem Besuch des Bundeskanzlers im Iran die von der **Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD** vorgenommene **Charakterisierung der Regierung des Iran** als „eines faschistischen Schah-Regimes" zur Sprache gekommen, und teilt die Bundesregierung diese Auffassung?

Die Ansicht der Bundesregierung ergibt sich eindeutig aus der Erklärung des Bundeskanzlers in Teheran, in der er den Respekt betonte, mit dem wir die vielfältigen iranischen Bemühungen um den Aufbau des modernen Iran verfolgen. Darüber hinaus stellte der Bundeskanzler in seiner Ansprache in Teheran fest, daß beide Regierungen, also auch die iranische, sich einer Politik verpflichtet wissen, die dem gesicherten Frieden dient, und daß sie sich in dem Willen zu noch intensiveren Bemühungen um die beharrliche Sicherung des Friedens einig wissen.

Das schließt aus, daß die Bundesregierung sich mit der von Ihnen zitierten Charakterisierung identifiziert.

Anlage 18

Schriftliche Antwort

des Parlamentarischen Staatssekretärs Moersch vom 17. März 1972 auf die Mündlichen Fragen des Abgeordneten **Cramer** (SPD) (Drucksache VI/3243 Fragen A 100 und 101):

Was gedenkt die Bundesregierung gegen den Beschluß des isländischen Parlaments vom 15. Februar 1972, die Fischereifreigrenze von 12 auf 50 sm auszudehnen, zu unternehmen?

Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei Durchführung dieses Parlamentsbeschlusses eine kontinuierliche und ausreichende Versorgung des deutschen Markts mit Frischfisch nicht mehr gewährleistet ist und die Fischindustrie zum Erliegen kommt?

Was die Bundesregierung gegen den Beschluß des isländischen Parlaments zu unternehmen gedenkt, habe ich soeben bereits dargelegt.

Es trifft zu, daß 62 % der **Anlandungen der deutschen Frischfischtrawler** in den letzten Jahren aus den Gewässern um Island stammten. Diese Fänge, die sich im Durchschnitt der Jahre 1961 bis 1970 auf 120 000 t jährlich beliefen, würden bei einer **Ausdehnung der isländischen Fischereizone auf 50 sm** vollständig entfallen, weil die Fischerei auf die geringen Bestände außerhalb dieser Zone allein nicht lohnend wäre.

Es bestehen auch keine nennenswerten Ausweichmöglichkeiten, weil die in Reichweite der deutschen Frischfischflotte liegenden Fanggebiete vor der norwegischen Küste und in der Nordsee seit Jahren so stark befischt sind, daß ein verstärkter Einsatz dort unrentabel wäre.

Diese Versorgungslücke könnte auch durch die Fänge der Kutterfischerei und Frischfischimporte nicht ausgefüllt werden, weil deren Menge und Sortiment für eine kontinuierliche und ausreichende Versorgung des deutschen Marktes unzureichend sind. Daher würden auch Handels- und Verarbeitungsbetriebe empfindlich betroffen.

(A)

Anlage 19

Schriftliche Antwort

des Parlamentarischen Staatssekretärs Moersch vom 17. März 1972 auf die Mündliche Frage des Abgeordneten **Engelsberger** (CDU/CSU) (Drucksache VI/3243 Frage A 102):

Warum hat die Bundesregierung die Erklärung des sowjetischen Deutschlandexperten Valentin Bereshkow, daß die Nichtratifizierung der Ostverträge „schlimme Folgen" haben und die Möglichkeit sogar eines „heißen Krieges" nicht ausschließen würde, nicht sofort und energisch als unzulässige Einmischung in die politische Entscheidungsfreiheit eines souveränen Staates **und eines frei gewählten Parlaments** zurückgewiesen, und muß nicht die wiederholte Beteuerung der Bundesregierung, „die Verträge werden ratifiziert", als Ursache für die sowjetische Haltung gesehen werden?

Die Bundesregierung hat nie einen Zweifel daran gelassen, daß sie sich, wenn es erforderlich wird, gegen **Einmischungen in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik Deutschland** zu wehren weiß. Das gilt ganz besonders für die Entscheidungsfreiheit des Deutschen Bundestages. Bundesminister Genscher hat erst kürzlich gegenüber der Presse zum Ausdruck gebracht, daß er „bestimmte ausländische Stimmen" zur Haltung der Opposition gegenüber den Ostverträgen für „unangebracht und unangemessen" halte.

Allerdings mehren sich auch im westlichen Ausland die Stimmen, die sehr unglückliche Folgen voraussagen, falls die Verträge scheitern sollten. Die Bundesregierung hält es nicht für sachlich gerechtfertigt, derartige Äußerungen in jedem Einzelfall als Einmischung in die inneren Angelegenheiten unseres Landes zurückzuweisen. Auch unsere Politiker und unsere Presse nehmen für sich in Anspruch, politische Entscheidungen in anderen Ländern zu kommentieren und gegebenenfalls recht weitreichende Betrachtungen über die Folgen derartiger Entscheidungen anzustellen.

(B)

Im Falle des **sowjetischen Deutschlandexperten Bereshkow** lagen widersprüchliche Meldungen über seine **Äußerungen in Berlin (West)** vor. Die Berichte von dpa und der Berliner „Morgenpost" (Springer) wichen von einander ab. Das Auswärtige Amt hat sich sofort um eine authentische Unterrichtung über die Äußerungen Bereshkows bemüht. Sie sehen danach weit weniger bedenklich aus, als es aufgrund der ersten Presseberichte den Anschein hatte.

Anlage 20

Schriftliche Antwort

des Parlamentarischen Staatssekretärs Moersch vom 17. März 1972 auf die Mündliche Frage des Abgeordneten **Dr. Jahn** (Braunschweig) (CDU/CSU) (Drucksache VI/3243 Frage A 103):

Ist die Bundesregierung davon informiert, daß die niederländische Regierung einen Antrag zur Änderung der Römischen Verträge vorbereitet, in dem vorgesehen ist, daß die „DDR" nach Abschluß eines Generalvertrages mit der Bundesrepublik Deutschland von der EWG nicht mehr länger als innerdeutscher Handelsraum betrachtet werden soll, sondern als Drittland wie die anderen Ostblockländer, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um dieser niederländischen Initiative entgegenzuwirken?

(C)

Nein, das ist der Bundesregierung nicht bekannt.

Anlage 21

Schriftliche Antwort

des Parlamentarischen Staatssekretärs Moersch vom 17. März 1972 auf die Mündlichen Fragen des Abgeordneten **Rollmann** (CDU/CSU) (Drucksache VI/3243 Fragen A 106 und 107):

Ist es richtig, daß der von der sowjetischen Regierung als sowjetischer Generalkonsul in Hamburg vorgesehene Botschaftsrat an der sowjetischen Botschaft in Bonn, German Vladimirov, stellvertretender Leiter des sowjetischen Geheimdienstes (KGB) für die Bundesrepublik Deutschland ist?

Hat die Bundesregierung ein Agrément für Herrn Vladimirov als sowjetischer Generalkonsul bereits erteilt, oder beabsichtigt sie, ein solches zu erteilen?

Die Bundesregierung sieht keine Notwendigkeit, diese Frage hier zu erörtern. Wenn es je Anlaß geben sollte, eine solche Frage zu stellen, so wäre sie im entsprechenden Parlamentarischen Vertrauensmännergremium zu behandeln. Insofern beziehe ich mich auf die Frage des Abgeordneten Dr. Wittmann und auf die Antwort Bundesminister Genschers in der Fragestunde vom 13. Oktober 1971 in der gleichen Sache.

(D)

Die sowjetische Regierung hat bisher nicht um ein **Exequatur für Botschaftsrat Vladimirov als sowjetischer Generalkonsul in Hamburg** nachgesucht.

*

Anlage 22

Schriftliche Antwort

des Staatssekretärs Ahlers vom 16. März 1972 auf die Schriftlichen Fragen des Abgeordneten **Ott** (CDU/CSU) (Drucksache VI/3243 Fragen B 1 und 2):

Wenn die Bundesregierung, wie in der Fragestunde vom 24. Februar 1972 erklärt, die Regierungsanzeige über die Erweiterung der EWG nur in einer bestimmten Anzahl von Zeitungen veröffentlicht hat, um welche Zeitungen, mit welcher Auflagenzahl und welchem Kostenbetrag handelt es sich?

Wenn die Bundesregierung (Fragestunde vom 24. Februar 1972) der Auffassung ist, „daß die Europapolitik eine gemeinsame Angelegenheit ist", aus welchen Gründen hat sie dann in der Ende Januar 1972 gestarteten Anzeigenaktion den Eindruck zu erwecken versucht — was wohl der einzige Zweck der Anzeige war —, daß der Bundesregierung allein das Verdienst in der Europapolitik zuzuschreiben wäre?

Die **Anzeige zur Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften** ist in Boulevardzeitungen, politischen Wochenzeitungen, überregionalen Zeitungen

(A) und in über die Landesgrenzen hinaus verbreiteten regionalen Blättern gestreut worden.

Die Gesamtauflage dieser Zeitungen beträgt 7,4 Millionen.

Die Kosten belaufen sich nach der jetzt vorliegenden Schlußrechnung nur noch auf 144 000 DM. In der Anzeige ist nicht gesagt worden, daß der Bundesregierung allein das Verdienst in der Europapolitik zuzuschreiben ist. Richtig ist allerdings, daß nach jahrelanger Stagnation auf der Gipfelkonferenz in Den Haag am 2. Dezember 1969 der Durchbruch zur Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften gelungen ist. Daran hatten Bundeskanzler Brandt und Bundesaußenminister Scheel einen großen Anteil. Darauf wurde in der Anzeige hingewiesen.

Anlage 23

Schriftliche Antwort

des Parlamentarischen Staatssekretärs Moersch vom 15. März 1972 auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Dr. Jenninger** (CDU/CSU) (Drucksache VI/3243 Frage B 3):

Was hat die Bundesregierung in den letzten zwölf Monaten veranlaßt, um bei der italienischen Regierung die Begnadigung des seit Kriegsende inhaftierten Herbert Kappler zu erreichen?

(B) Die auf ausschließlich humanitäre Erwägungen gestützte Verwendung der Bundesregierung für eine **Begnadigung des Herrn Kappler** ist in mehreren Fragestunden des Bundestages bereits dargelegt worden.

Die Bundesregierung wird die Angelegenheit des Herrn Kappler im Rahmen der ihr gegebenen Möglichkeiten auch weiterhin im Auge behalten.

Anlage 24

Schriftliche Antwort

des Parlamentarischen Staatssekretärs Moersch vom 15. März 1972 auf die Schriftlichen Fragen des Abgeordneten **Dr. Ahrens** (SPD) (Drucksache VI/3243 Fragen B 4 und 5):

Welche Auswirkungen auf die deutsche Hochseefischerei hat die Ausweitung der Fischereigrenze vor den Küsten Islands von 12 auf 50 sm, die vor kurzem vom isländischen Parlament beschlossen worden ist?

Hält die Bundesregierung es für möglich, diese Einschränkung der Fanggründe der deutschen Hochseefischerei wieder rückgängig zu machen oder ihr in anderer Weise zu helfen?

Die Verwirklichung des Beschlusses des isländischen Parlaments vom 15. Februar 1972, wonach die **Fischereigrenzen Islands** mit Wirkung vom 1. September 1972 ab von 12 auf 50 Seemeilen erweitert

(C) werden sollen, hätte **für die deutsche Hochseefischerei sehr ernste Folgen.** 62 % der Anlandungen der deutschen Frischfischtrawler stammten in den letzten Jahren aus den Gewässern um Island. Diese Fänge, die sich im Durchschnitt der Jahre 1961 bis 1970 auf 120 000 t jährlich beliefen, würden bei einer Ausdehnung der isländischen Fischereizone auf 50 Seemeilen vollständig entfallen, weil die Fischerei auf die geringen Bestände außerhalb dieser Zone allein nicht lohnend wäre.

Nennenswerte Ausweichmöglichkeiten bestehen nicht, weil die in Reichweite der deutschen Frischfischflotte liegenden Fanggebiete vor der norwegischen Küste und in der Nordsee seit Jahren so stark befischt sind, daß ein verstärkter Einsatz dort unrentabel wäre.

Diese Versorgungslücke könnte auch durch die Fänge der Kutterfischerei und Frischfischimporte nicht ausgefüllt werden, weil deren Menge und Sortiment für eine kontinuierliche und ausreichende Versorgung des deutschen Marktes unzureichend sind. Daher würden auch Handels- und Verarbeitungsbetriebe empfindlich betroffen. Die Erlöseinbußen würden für die Hochseefischerei etwa 80 bis 100 Millionen DM jährlich betragen. Die Verluste bei den Handels- und Verarbeitungsbetrieben wären entsprechend ihrer Wertschöpfung bedeutend höher. Etwa 1200 Arbeitsplätze auf See und 6000 Arbeitsplätze an Land wären betroffen.

Die Bundesregierung hat beschlossen, eine Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs über die zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Island streitige Frage herbeizuführen, ob die von Island angekündigte Erweiterung der Fischereizone Islands auf 50 sm mit den geltenden Regeln des Völkerrechts vereinbar ist. Die Bundesregierung hofft, daß die isländische Regierung bereit sein wird, für die Dauer des Prozesses mit der Bundesregierung eine vorläufige Regelung zu vereinbaren, wonach deutsche Hochseefischer in bisherigem Umfang in den streitigen Gewässern der hohen See auch nach dem 1. September 1972 fischen können. (D)

Anlage 25

Schriftliche Antwort

des Parlamentarischen Staatssekretärs Moersch vom 15. März 1972 auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Engelsberger** (CDU/CSU) (Drucksache VI/3243 Frage B 6):

Warum ist die Bundesregierung nicht bereit, die Dokumentation über die „Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges" der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, während andererseits von Deutschen begangene Greueltaten immer wieder der Weltöffentlichkeit vor Augen geführt werden?

Die Gründe, warum die Bundesregierung die **Dokumentation über die „Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges"** der

(A) Öffentlichkeit bislang nicht zugänglich gemacht hat, bestehen unverändert weiter. Sie sind in der 229. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 25. April 1969 von Herrn Bundeskanzler Brandt in seiner damaligen Eigenschaft als Bundesminister des Auswärtigen und wiederholt auch später in den Fragestunden des Deutschen Bundestages dargelegt worden.

Die Frage der Veröffentlichung wird erst entschieden werden, wenn die Gesamtdokumentation vorliegt.

Anlage 26

Schriftliche Antwort

des Bundesministers Genscher vom 15. März 1972 auf die Schriftlichen Fragen des Abgeordneten **Dr. Oetting** (SPD) (Drucksache VI/3243 Fragen B 7 und 8):

Kann der Zeitraum verkürzt werden, der bei der Erstattung von Rückführungskosten von Deutschen in die Bundesrepublik Deutschland zwischen der Festsetzung der Umrechnungskurse durch den Bundesminister des Innern und ihrer Mitteilung gegenüber den mit der Erstattung betrauten Behörden besteht, indem diesen Behörden die Kurse mitgeteilt werden?

Können künftig die Umrechnungskurse wieder wie früher für einen längeren Zeitraum festgesetzt werden?

Die Deutsche Bundesbank zeigt dem Bundesministerium des Innern die **Umrechnungskurse für die Deutsche Mark in den europäischen Ostblockstaaten** (B) an, sobald Kursabweichungen von mehr als 1 % eintreten. Das Bundesministerium des Innern gibt die Kursänderungen unverzüglich den obersten Landesbehörden bekannt, welche die von ihnen mit der **Erstattung von Rückführungskosten** betrauten Behörden unterrichten. Eine Mitteilung der Kurse unmittelbar an die unteren Verwaltungsbehörden ist wegen der damit verbundenen Umgehung der obersten Landesbehörden nicht möglich. Der Zeitraum zwischen der Mitteilung der Deutschen Bundesbank über Änderungen der Umrechnungskurse und der Unterrichtung der mit der Erstattung von Rückführungskosten betrauten Behörden läßt sich seitens der Bundesregierung nicht verkürzen.

Die Geltungsdauer der bekanntgegebenen Kurse wird nicht durch die Bundesregierung bestimmt; sie war in der letzten Zeit bedingt durch die häufig eingetretenen Kursänderungen. Die Entwicklung auf dem Devisenmarkt läßt erwarten, daß die Umrechnungskurse, die bei der Erstattung von Rückführungskosten anzuwenden sind, künftig für einen längeren Zeitraum gelten.

Anlage 27

Schriftliche Antwort

des Bundesministers Genscher vom 16. März 1972 auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Lenzer** (CDU/CSU) (Drucksache VI/3243 Frage B 9):

(C) Wie beurteilt die Bundesregierung den vom Technischen Hilfswerk Wetzlar dem Bundesministerium des Innern mit Schreiben vom 14. Februar 1972 unterbreiteten Vorschlag, das in der Nähe der Stadt Wetzlar seit vier Jahren leerstehende Munitionslager für Zwecke des Technischen Hilfswerkes herzurichten, zumal die auf dem Gelände der Gemeinde Solms errichteten Gebäude bereits Eigentum des Bundes sind?

Der mir mit Schreiben vom 14. Februar 1972 durch den Ortsbeauftragten des THW Wetzlar unterbreitete Vorschlag, das **THW Wetzlar in dem in der Nähe Wetzlars gelegenen ehemaligen Munitionslager unterzubringen,** wird von der Bundesregierung positiv beurteilt. Die notwendigen Schritte zur Nutzbarmachung des Objektes sind eingeleitet worden.

In einer Besprechung am 23. Februar 1972 mit dem Bürgermeister der Gemeinde Solms haben nach meinen Informationen der Landesbeauftragte des THW für Hessen und Vertreter der zuständigen Oberfinanzdirektion und des Bundesvermögensamtes Gießen über die Überlassung des Grundstücks verhandelt.

Nach Vorlage eines Bauantrags mit Raumbedarfsplan durch das THW und Erstellung von Bauunterlagen durch das örtliche Bauamt wird das Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz über die Instandsetzung und Herrichtung der Baulichkeiten für die Zwecke des THW befinden.

Anlage 28

(D)

Schriftliche Antwort

des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Bayerl vom 15. März 1972 auf die Schriftlichen Fragen des Abgeordneten **Geisenhofer** (CDU/CSU) (Drucksache VI/3243 Fragen B 10 und 11):

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Zuwanderung nach München im Jahre 1971 sich noch immer auf 31 000 Personen belaufen hat, ca. 30 000 Wohnungen fehlen, darunter ca. 14 000 Sozialwohnungen, die Zahl der Räumungen seit Jahren ca. 300 Fälle jährlich beträgt und 6332 Wohnungsnotstandsfälle in München registriert sind?

Ist die Bundesregierung bereit, in Anbetracht dieser Umstände die Verordnung über Räumungsfristen in der kreisfreien Stadt München und im Landkreis München vom 23. April 1970 bis zum 31. Dezember 1974 zu verlängern?

Der Bundesregierung ist die **angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt in München,** die durch die anhaltende Zuwanderung entstanden ist, bekannt.

Die Bundesregierung hat, um der erwähnten angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt in München schnell Rechnung zu tragen, am 23. April 1970 durch die **Verordnung über Räumungsfristen die Höchstdauer der Räumungsfristen für München (Stadt und Land)** von einem auf zwei Jahre verlängert.

Die Bundesregierung hält im Interesse aller Beteiligten eine gesetzliche Regelung für die bessere Lösung, bei der es nach Möglichkeit gar nicht erst zu einem Räumungsurteil kommt, solange für den Mieter angemessener Ersatzwohnraum zu zumut-

(A) baren Bedingungen nicht zur Verfügung steht. Eine solche Regelung ist nach Auffassung der Bundesregierung durch das Gesetz über den Kündigungsschutz für Mietverhältnisse über Wohnraum vom 25. November 1971 (Bundesgesetzbl. I S. 1839) und durch die Änderungen der Sozialklausel des sozialen Mietrechts durch das Gesetz zur Verbesserung des Mietrechts und zur Begrenzung des Mietanstiegs sowie zur Regelung von Ingenieur- und Architektenleistungen vom 4. November 1971 (Bundesgesetzbl. I S. 1745) erfolgt:

Nach dem zuerst genannten Gesetz kann ein Vermieter von Wohnraum nur kündigen, wenn er ein berechtigtes Interesse an der Beendigung des Mietverhältnisses dartut; schon diese Regelung wird bewirken, daß die Zahl der Kündigungen und damit der Räumungsprozesse merklich zurückgehen wird.

Selbst wenn der Vermieter ein berechtigtes Interesse an der Kündigung hat, ist durch die Ergänzung der Sozialklausel (§ 556 a Abs. 1 BGB) klargestellt, daß das Fehlen einer angemessenen Ersatzwohnung zu zumutbaren Bedingungen für den Mieter und seine Familie eine Härte darstellt; diese Härte kann nach den Umständen des Einzelfalles gewichtiger als das berechtigte Interesse des Vermieters sein und daher zur Verlängerung des Mietverhältnisses führen mit der Folge, daß ein Räumungsurteil trotz eines berechtigten Interesses des Vermieters nicht ergehen kann.

(B) Die Verordnung über Räumungsfristen in der kreisfreien Stadt München und im Landkreis München tritt nach ihrem § 3 erst mit Ablauf des 31. Dezember 1972 außer Kraft; Entscheidungen über Räumungsfristen, die vorher ergangen sind, werden hierdurch nicht berührt. Die Bundesregierung wird rechtzeitig vor diesem Termin prüfen, ob trotz der zuvor geschilderten wesentlichen Verbesserungen des Mietrechts eine Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung über das Jahresende hinaus (u. a. für die Räumungstitel aus der Zeit vor Inkrafttreten der Änderungen des Mietrechts) geboten ist.

Anlage 29

Schriftliche Antwort

des Staatssekretärs Dr. Schöllhorn vom 17. März 1972 auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Pieroth** (CDU/CSU) (Drucksache VI/3243 Frage B 12):

Ist die Bundesregierung der Meinung, daß bei der Vergabe von Aufträgen an Teilstücken der A 14 deutsche Angebote aus konjunkturellen Gründen bevorzugt werden sollten, und hält die Bundesregierung die Vergabe von Aufträgen an ausländische Unternehmer, die ein niedrigeres Angebot auf Grund der unterschiedlichen Lohn- und Sozialabgabenbelastung unterbreiten können, mit den Prinzipien einer vernünftigen Wettbewerbspolitik für vereinbar?

Die Bundesregierung ist bei der **Vergabe von öffentlichen Aufträgen** an bestimmte Grundsätze gebunden.

(C) Nach den haushaltsrechtlichen Vorschriften erhält derjenige Bieter den Zuschlag, der das günstigste Angebot abgegeben hat. Durch den sog. Liberalisierungserlaß der Bundesregierung aus dem Jahre 1960 ist die bis dahin mögliche Diskriminierung von Ausländern grundsätzlich untersagt worden.

Eine Diskriminierung ist auch nach dem inzwischen erreichten Integrationsstand in der EWG — zumal unter Berücksichtigung der im Juli 1971 erlassenen Liberalisierungs- und Koordinierungsrichtlinien für die Vergabe öffentlicher Bauaufträge — nicht mehr möglich.

Die Bundesregierung hat sich auch im Rahmen der EWG-Initiative für eine gemeinsame Industriepolitik ausdrücklich für die Öffnung der öffentlichen Beschaffungsmärkte und die strikte Beachtung des Diskriminierungsverbots ausgesprochen. Andernfalls würde einem Protektionismus der einzelnen Mitgliedstaaten der Weg geöffnet, der mit dem erklärten Interesse der deutschen Industrie, verstärkt auf ausländischen Beschaffungsmärkten zum Zuge zu kommen, nicht vereinbar wäre.

Mit dieser Auffassung der Bundesregierung wäre es nicht in Einklang zu bringen, wenn sie bei der Vergabe von **Aufträgen für Teilstücke der A 14** deutsche Unternehmer begünstigen würde.

Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und ihren westlichen Nachbarn fallen Unterschiede in den Löhnen und bei den Sozialabgaben nicht derart ins Gewicht, daß es deshalb — mit welcher Begründung auch immer — gerechtfertigt wäre, ausländische Bieter vom Wettbewerb auszuschließen. Bei den Brüsseler Beratungen über die Bauvergaberichtlinien ist auch die Frage unterschiedlicher Lohn- und Sozialabgaben erörtert worden. Der Ministerrat war der Meinung, daß diese Frage, die sich auch in anderen Wirtschaftsbereichen immer wieder stellt, ggf. in einem größeren Rahmen gelöst werden sollte. (D)

Die Auswirkungen, die sich aus der Beschäftigung osteuropäischer Baufirmen ergeben, wird die Bundesregierung im Rahmen ihrer Antworten auf die Kleinen Anfragen Drucksachen VI/3097 und VI/3129 behandeln.

Anlage 30

Schriftliche Antwort

des Staatssekretärs Dr. Schöllhorn vom 17. März 1972 auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Wuwer** (SPD) (Drucksache VI/3243 Frage B 13):

Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklungsaussichten im Ost-West-Handel, nachdem die Comecon-Länder bisher den Handel mit dem Westen im wesentlichen bei unvorhergesehenen Störungen auf den Binnenmärkten betrieben haben?

Die **Entwicklungsaussichten des Ost-West-Handels** hängen entscheidend davon ab, inwieweit die

(A) COMECON-Länder verstärkt an der internationalen Arbeitsteilung teilnehmen wollen. Bisher sind im COMECON die darin liegenden Vorteile noch nicht voll genutzt worden. In den stärker außenhandelsorientierten osteuropäischen Staaten bahnt sich jedoch im Zuge der Wirtschaftsreformen eine entscheidende Neubewertung des Außenhandels an. Dieser soll nicht mehr nur den kurzfristigen Ausgleich unvorhergesehener Störungen auf dem Binnenmarkt herbeiführen, sondern langfristig einen positiven Beitrag zum Wirtschaftswachstum erbringen. Eine Reihe von industriellen Kooperationen zwischen westeuropäischen und osteuropäischen Unternehmen zeigt, daß diese Neuorientierung sich zum Teil bereits in der Praxis vollzieht. Wenn diese Entwicklung weiter günstig verläuft, wird sich dies auf den Ost-West-Handel sehr positiv auswirken.

Die Bundesregierung fördert die Ausweitung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, indem sie bestehende Hemmnisse abbaut. Sie ist der Auffassung, daß zwar kurzfristig eine spektakuläre Entwicklung des Ost-West-Handels nicht zu erwarten, daß aber langfristig eine Vertiefung der Arbeitsteilung zwischen Ost- und Westeuropa durchaus möglich ist. Die Erörterung wirtschaftlicher Fragen auf einer Europäischen Sicherheitskonferenz kann hierzu beitragen. Gerade von den osteuropäischen Staaten wird die Bedeutung einer gesamteuropäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit als Thema für eine solche Konferenz immer wieder betont.

(B)

Anlage 31

Schriftliche Antwort

des Staatssekretärs Dr. Rohwedder vom 15. März 1972 auf die Schriftlichen Fragen des Abgeordneten **Urbaniak** (SPD) (Drucksache VI/3243 Fragen B 14 und 15):

Trifft die Meldung der Westfälischen Rundschau vom 3. März 1972 zu, daß die Wirtschaftsverbände auf die Bundesregierung mit dem Ziel einwirken, daß zusätzliche Schachtanlagen im Ruhrgebiet stillzulegen sind und dafür polnische Steinkohle importiert werden soll?

Teilt die Bundesregierung diese Auffassung der Wirtschaftsverbände, oder denkt sie daran, das vereinbarte Anpassungsprogramm im Steinkohlebergbau durchzuführen?

Die Meldung trifft nicht zu. Die Bundesregierung sieht sich von seiten der Wirtschaftsverbände keinen Einwirkungen ausgesetzt, die ein Abgehen von der 1968 eingeschlagenen Kohlepolitik bedingen würden. Meinungsäußerungen zu aktuellen energiepolitischen Problemen sind als Echo der interessierten Wirtschaftsbereiche zu betrachten. Sie bieten eine willkommene Gelegenheit, den Standpunkt der Bundesregierung erneut darzulegen.

Die Bundesregierung verfolgt ihre **Politik der Anpassung und Gesundung des deutschen Steinkohlenbergbaus** konsequent weiter. Sie geht in ihrer Kohlepolitik davon aus, daß die heimische Kohle auch in (C) Zukunft einen wichtigen Beitrag zur Energieversorgung — besonders in den Bereichen Verstromung und Verkokung — leisten kann.

Die Bundesregierung setzt durch ihre dem Steinkohlenbergbau gewährten Absatz-, Struktur- und Sozialhilfen sowie durch die bestehenden flankierenden Maßnahmen einen Rahmen, innerhalb dessen die Unternehmen selbst Entscheidungen über ihre Förderplanung treffen müssen. Gerade die geltenden Regelungen für die Kohleeinfuhr im Kohlezollkontingentgesetz haben sich dank ihrer flexiblen Handhabung als ein äußerst wertvolles Mittel erwiesen, um den Anpassungsprozeß nicht abrupt, sondern unter Beachtung der regional- und sozialpolitischen Folgen von Stillegungen geordnet ablaufen zu lassen.

Der Druck zur Fördereinschränkung als Folge des Strukturwandels trifft vor allem die **Ruhrkohle AG.** Er spiegelt sich gegenwärtig in einer rückläufigen Nachfrage, wachsenden Halden, anhaltendem Kostendruck und einer schlechten Ertrags- und Liquiditätslage wider. Die Ruhrkohle AG hat deshalb eine beschleunigte Abwicklung des im Juni 1971 beschlossenen Gesamtanpassungsprogramms vorgesehen. Gerade in der jetzigen schwierigen Situation des deutschen Steinkohlenbergbaus kann eine zusätzliche Freigabe von Kohleimporten nicht in Betracht gezogen werden. Sie würde einen Bruch in der bisherigen Kohlepolitik bedeuten und in der Öffentlichkeit auf Unverständnis stoßen.

(D)

Anlage 32

Schriftliche Antwort

des Parlamentarischen Staatssekretärs Hermsdorf vom 15. März 1972 auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Biehle** (CDU/CSU) (Drucksache VI/3243 Frage B 17):

Ist die Bundesregierung bereit, Ausgaben für Liebesgabenpakete in die DDR im Lohnsteuerjahresausgleich künftig auch dann steuerlich anerkennen zu lassen, wenn es sich beim jeweiligen Empfänger der Sendung nicht um Verwandte handelt?

Aufwendungen für dem Lebensunterhalt dienende Paket- und Päckchensendungen an Bewohner der DDR können nach § 33 a Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes nur dann zu einer **Steuerermäßigung wegen außergewöhnlicher Belastung** führen, wenn sie zwangsläufig erwachsen. Das ist der Fall, wenn der Steuerpflichtige sich ihnen aus rechtlichen, tatsächlichen oder sittlichen Gründen nicht entziehen kann. Unterhaltsleistungen an Verwandte und sonstige Angehörige in der DDR erwachsen grundsätzlich zwangsläufig, weil hier entweder eine rechtliche oder eine sittliche Pflicht zur Unterstützung dieser Personen besteht.

(A) Es ist bekannt, daß viele Pakete und Päckchen auch an Nichtverwandte in der DDR versandt werden. Bei Zuwendungen an Nichtverwandte kann jedoch nach der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs die Zwangsläufigkeit nur bejaht werden, wenn besondere persönliche Beziehungen zu der unterstützten Person dies rechtfertigen (vgl. Urteil des Bundesfinanzhofs vom 25. März 1966 VI 320/65 — Bundessteuerblatt 1966 Teil III S. 534 — und den darin angeführten weiteren Rechtsprechungshinweis). Ob dies der Fall ist, kann nur nach den gesamten Umständen des Einzelfalls entschieden werden. Die allgemeine sittliche Pflicht zu helfen, wo Not ist, reicht allein nicht aus, die Zwangsläufigkeit zu begründen. Daran muß festgehalten werden, so daß auch eine entsprechende Änderung des Einkommensteuergesetzes nicht befürwortet werden kann.

Es ist nicht möglich, jede altruistische Tat steuerlich zu honorieren.

Anlage 33

Schriftliche Antwort

des Parlamentarischen Staatssekretärs Hermsdorf vom 15. März 1972 auf die Schriftlichen Fragen des (B) Abgeordneten **Börner** (SPD) (Drucksache VI/3243 Fragen B 18 und 19):

Ist die Bundesregierung bereit, die bisher von den amerikanischen Streitkräften genutzten Wohnungen in der Kennedystraße und in der Breitscheidstraße in Kassel dem Magistrat der Stadt Kassel für die Unterbringung einkommensschwacher Familien zur Verfügung zu stellen?

Wann werden die amerikanischen Streitkräfte diese in der Kennedystraße und Breitscheidstraße in Kassel gelegenen Wohnungen räumen?

Die Bundesregierung ist leider nicht in der Lage, die **116 Wohnungen in Kassel, Kennedystraße und Breitscheidstraße,** nach Rückgabe durch die US-Streitkräfte **der Stadt Kassel zur Verfügung zu stellen.** Sie benötigt diese Wohnungen zur Deckung des Wohnraumbedarfs für Angehörige der Bundeswehr. Dieser Bedarf wird durch die Belegung der Kasernenanlage in Rothwesten bei Kassel, die demnächst von den US-Streitkräften zurückgegeben wird, verursacht.

In einer Besprechung zwischen den US-Streitkräften, der Bundeswehr und der Bundesvermögensverwaltung am 10. Februar 1972 in Kassel haben die US-Streitkräfte erklärt, daß sie die 36 Wohnungen in der Breitscheidstraße im August/September 1972 räumen werden. Von den 80 Wohnungen in der Kennedystraße werden die ersten 30 Wohnungen im Oktober 1972 freigemacht werden. Der Zeitplan für die Räumung der übrigen Wohnungen wird z. Z. erstellt und soll der Bundesvermögensverwaltung im April 1972 zugeleitet werden.

Anlage 34 (C)

Schriftliche Antwort

des Parlamentarischen Staatssekretärs Hermsdorf vom 14. März 1972 auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Pieroth** (CDU/CSU) (Drucksache VI/3243 Frage B 20):

Trifft es zu, daß bei einem Manöver der amerikanischen Streitkräfte in der Gemeinde Medard innerhalb einer Stunde ein Schaden von etwa 50 000 DM angerichtet wurde, der zum Teil darauf zurückzuführen ist, daß die Kettenfahrzeuge der amerikanischen Streitkräfte bei 30 Grad im Schatten ohne Gummibeläge auf den aufgeweichten Straßen fuhren, und wie gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls auf die amerikanischen Streitkräfte einzuwirken, damit solche Schäden in Zukunft auf ein erträgliches Maß herabgemindert werden?

Die **Schäden, die amerikanische Manövertruppen an Straßen und einer Brücke in der Gemeinde Medard angerichtet haben,** konnten bei ihrer relativen Geringfügigkeit der Bundesregierung nicht bekannt sein. Ich habe mich jedoch bei den für die Abwicklung der Schäden zuständigen Landesbehörden danach erkundigt.

Ein unsachgemäßes Verhalten von Manövertruppen wird leider nicht immer völlig ausgeschlossen werden können. Nach den Mitteilungen, die ich von den Landesbehörden erhalten habe, haben in der Tat einige der eingesetzten amerikanischen Kettenfahrzeuge keinen Kettenschutz benutzt. Doch habe ich den Mitteilungen nicht entnehmen können, daß gerade dies die spezifische Ursache für die Schäden war. Vielmehr habe ich den Eindruck, daß die Schäden auch bei Benutzung von Kettenschutz entstanden sein würden. Für die Entschädigungsbehörden des Landes ist dies auch ohne Belang, da der durch das Manöver — gleichviel wie im einzelnen — verursachte Schaden jedenfalls zu ersetzen ist. Wir ich erfahre, sind die Landesbehörden auch mit der Feststellung der Höhe der Schäden bereits weit fortgeschritten. (D)

Zu Ihrer Frage, wie die Bundesregierung auf die amerikanischen Streitkräfte einzuwirken gedenkt, damit solche Schäden in Zukunft auf ein erträgliches Maß herabgemindert werden, hat mir der hierfür zuständige Bundesminister der Verteidigung folgendes mitteilen lassen:

Übungen der Stationierungsstreitkräfte sind, wie Übungen der Bundeswehr, anzumelden. In der Anmeldung sind Einzelheiten über das bei der Übung zu benutzende Gebiet, die Zahl der teilnehmenden Soldaten, Räder- und Kettenfahrzeuge und dergl. mitzuteilen. Ggf. werden von der die Übung genehmigenden Behörde Auflagen gemacht, durch die die Benutzung gewisser Straßen, Gewässer usw. beschränkt wird. Diese Auflagen werden von den Stationierungsstreitkräften im allgemeinen auch beachtet. Sollten jedoch im vorliegenden Falle die Schäden durch die Nichtbeachtung von Auflagen entstanden sein, so wird der Bundesminister der Verteidigung an die US-Streitkräfte herantreten und unter Hinweis auf den entstandenen Schaden auf die Verhütung künftiger Schäden hinwirken.

(A)

Anlage 35

Schriftliche Antwort

des Parlamentarischen Staatssekretärs Hermsdorf vom 14. März 1972 auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Dr. Müller-Emmert** (SPD) (Drucksache VI/3243 Frage B 21):

Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, im Rahmen des Eventualhaushaltes 1972 den Gemeinden auch Mittel für die Errichtung von Sportstätten zu gewähren?

Für den Fall einer rückläufigen konjunkturellen Entwicklung hat der Bund im **Eventualhaushalt** u. a. 300 Millionen DM zur Durchführung eines gemeindlichen Investitionsprogramms vorgesehen, um besonders **bedeutsame Infrastrukturinvestitionen der Gemeinden (Gemeindeverbände)** zu fördern. Für die Förderung kommen u. a. **auch Sporteinrichtungen und Sportanlagen** in Betracht. Voraussetzung für die Förderung ist, daß es sich um zusätzliche Investitionen handelt, d. h., daß sie für 1972 noch nicht fest eingeplant waren oder ihre Durchführung bisher nicht sichergestellt war. Die Auswahl der zu fördernden Projekte soll durch die Landesbehörden erfolgen.

Außerdem sollen die Bundesmittel für den Ausbau von Stadien für die Fußballweltmeisterschaft 1974 im Rahmen des Eventualhaushalts um 30 Millionen DM aufgestockt werden.

Ob es zur Ausführung des Eventualhaushaltes kommt, hängt von der weiteren konjunkturellen Entwicklung ab. Der Konjunkturrat für die öffentliche Hand und der Finanzplanungsrat gelangten in ihrer gemeinsamen Sitzung am 9. März 1972 zu der Auffassung, daß bei der gegenwärtigen konjunkturellen Situation eine Notwendigkeit, die Eventualhaushalte des Bundes und der Länder zu aktivieren, nicht besteht.

(B)

Anlage 36

Schriftliche Antwort

des Staatssekretärs Dr. Schöllhorn vom 17. März 1972 auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Wuwer** (SPD) (Drucksache VI/3243 Frage B 22):

Ist die Bundesregierung der gleichen Ansicht wie der Bund der Steuerzahler, daß jetzt nämlich der konjunkturell günstigste Zeitpunkt für die Rückerstattung des Konjunkturzuschlags ist, weil angesichts der allgemein pessimistischen Konjunkturbeurteilung und der dadurch bedingten Sorge vieler Arbeitnehmer um ihre Arbeitsplätze zu erwarten ist, daß die privaten Haushalte die ihnen aus der Rückzahlung zufließenden Gelder nicht für Konsumzwecke ausgeben, sondern sparen werden, wodurch zugleich der Spielraum für eine inflationsfreie Kreditfinanzierung öffentlicher Aufgaben erweitert wird?

In der Bundestagsdebatte über den Jahreswirtschaftsbericht 1972 der Bundesregierung am 15. März 1972 hat Herr Bundesminister Prof. Dr. Schiller die **Rückzahlung des Konjunkturzuschlags** zum 15. Juni 1972 angekündigt. Ich darf sicherlich unterstellen, daß durch diese Bekanntgabe des Rückzahlungstermins Ihre Frage beantwortet ist.

(C)

Anlage 37

Schriftliche Antwort

des Parlamentarischen Staatssekretärs Rohde vom 15. März 1972 auf die Schriftlichen Fragen des Abgeordneten **Zebisch** (SPD) (Drucksache VI/3243 Fragen B 23 und 24):

Treffen die Angaben der Aktion „Das sichere Haus" in München zu, nach denen sich in den Haushalten der Bundesrepublik Deutschland jährlich 11 000 tödliche Unfälle ereignen?

Welche Möglichkeiten der Unfallverhütung sieht die Bundesregierung?

Die von Ihnen zitierten Zahlen beruhen auf Erhebungen von sechs statistischen Landesämtern aus dem Jahre 1969, die auf die Bevölkerungszahl der Bundesrepublik hochgerechnet worden sind. Da von den sechs statistischen Landesämtern rd. 70 % der Bevölkerung erfaßt wurden, kann davon ausgegangen werden, daß die angegebene Zahl der tödlichen Unfälle in der von Ihnen genannten Größenordnung zutrifft. Darauf wurde auch im Unfallverhütungsbericht der Bundesregierung für die Jahre 1968/69 hingewiesen.

Die absolute Zahl der **tödlichen Unfälle** gibt nur zu einem Teil Auskunft über das **Unfallgeschehen im häuslichen Bereich.** Darüber hinaus ist es erforderlich, auch die Zahl der nicht tödlichen Unfälle zu ermitteln und nähere Informationen über die einzelnen Unfallursachen und Unfallschwerpunkte zu erhalten. Das ist schwieriger als im betrieblichen Bereich.

(D)

Um über Arbeit und Umfang des Unfallgeschehens bessere Informationen zu erhalten, hat inzwischen die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung ein statistisches System zur periodischen Ermitlung von Unfällen im Bereich Heim und Freizeit entwickelt, das zur Zeit durch eine Repräsentativbefragung der Bevölkerung auf seine Anwendbarkeit in der Praxis erprobt wird. Ohne dem Ergebnis der Befragung vorgreifen zu wollen, hoffe ich doch, daß sich hier eine Möglichkeit eröffnet, die statistischen Erfassungsmethoden zu verbessern.

Im übrigen darf ich darauf hinweisen, daß es durch das Gesetz über Unfallversicherung für Schüler und Studenten sowie Kinder in Kindergärten in Kürze möglich sein wird, genauere Angaben über das Unfallgeschehen in diesen drei Bereichen zu erhalten. Auf der Grundlage solcher Zahlen wird es eher möglich sein, in diesem Bereich die vom Gesetzgeber angestrebten Unfallverhütungsmaßnahmen gezielt und wirksam einzuleiten.

Neben der Ermittlung der Zahlen ist die nähere Erforschung des Unfallgeschehens im häuslichen Bereich von der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung intensiviert worden. Die Arbeiten sollen das Unfallgeschehen im häuslichen Bereich aufhellen und allen, die sich damit befassen, eine Hilfe bei der Auswahl der jeweils zweckmäßigsten und wirkungsvollsten Unfallverhütungsmaßnahme sein. Auf der Grundlage der ausgewerteten Forschungsergebnisse werden dann gezielte Aufklärungsmaßnahmen ergriffen werden. Als Beispiel

(A) sei hier die Arbeit der Universitätskinderklinik Freiburg genannt, in der ein Verfahren zur Ermittlung von Kinderunfällen in Haus, Schule und Freizeit entwickelt, eine Analyse dieser Unfälle durchgeführt und Ansatzpunkte für die Verhütung derartiger Unfälle aufgezeigt werden.

Ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung des Unfallgeschehens ist mit den Instrumenten des Gesetzes über technische Arbeitsmittel zu leisten. Inzwischen wurden 529 inländische Sicherheitsstandards und -regeln für technische Arbeitsmittel, durch die auch Haushaltsgeräte, Sport- und Bastelgeräte sowie das Spielzeug erfaßt werden, bezeichnet. Diese sicherheitstechnischen Festlegungen, die vom Hersteller oder Einführer technischer Arbeitsmittel zu beachten sind, werden weiter ergänzt und in Verzeichnisse aufgenommen. Für die Prüfung der technischen Arbeitsmittel sind inzwischen 13 Prüfstellen anerkannt worden. Die von den Prüfstellen erteilten Sicherheitszeichen ermöglichen dem Käufer eine zuverlässigere Beurteilung der angebotenen Gegenstände oder Geräte in sicherheitstechnischer Hinsicht. Im Januar 1972 wurde eine „Trägergemeinschaft Sicherheitszeichen" begründet, die ein einheitliches Sicherheitszeichen einführen und für dessen Verbreitung sorgen will.

Wichtig bei allen diesen Maßnahmen ist die Aufklärung der Beteiligten und der Betroffenen. So ist bei der Bundesarbeitsgemeinschaft für Arbeitssicherheit, in der Behörden, die Träger der gesetzlichen Unfallversicherung, die Tarifpartner und weitere Organisationen zusammengefaßt sind, mit unserer Unterstützung eine besondere Arbeitsgruppe „Schule und häuslicher Bereich" gebildet worden. Die Gruppe, die die zahlreichen Maßnahmen auf diesem Gebiet koordinieren soll, hat ihre Tätigkeit aufgenommen und erste Vorschläge zur Verbesserung und Abstimmung der Aufklärungsarbeit in den Schulen und in den Haushalten entwickelt.

(B)

An dieser Stelle konnten nur einige Schwerpunkte unserer verstärkten Anstrengungen aufgezeigt werden, die der Verhütung von Unfällen im häuslichen Bereich, in Schule und Freizeit gelten. Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung mit ihrem erweiterten Arbeitsbereich wird sich verstärkt diesem Bereich widmen.

Anlage 38

Schriftliche Antwort

des Parlamentarischen Staatssekretärs Rohde vom 14. März 1972 auf die Schriftlichen Fragen des Abgeordneten **Link** (CDU/CSU) (Drucksache VI/3243 Fragen B 25 und 26):

Was hat die Bundesregierung dazu bewogen, die Förderung des Versehrtensports mit Rundschreiben des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung vom 15. November 1971 durch bürokratische Erschwernisse, insbesondere durch die Wiedereinführung von Teilnehmerlisten mit eigenhändigen Unterschriften aller Teilnehmer, auf die bereits seit 1959 zur Vereinfachung verzichtet worden war, zu behindern?

(C) Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Hessische Versehrten-Sportverband auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung am 15. Januar 1972 beschlossen hat, den Auftrag zur Durchführung des Versehrtensports zurückzugeben, wenn er gezwungen wird, nach dem Rundschreiben des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung vom 15. November 1971 zu arbeiten, und gedenkt die Bundesregierung, das praxisfremde Rundschreiben ersatzlos aufzuheben?

Was Ihre erste Frage betrifft, so darf ich auf meine Antwort auf eine ähnliche Anfrage des Kollegen Orgaß am 3. März 1972 hinweisen (176. Sitzung des Deutschen Bundestages, Stenographischer Bericht, Seite 10207 D). In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal betonen, daß wir bemüht sind, das **Verfahren bei der Durchführung der Versehrtenleibesübungen** zu überprüfen und gegebenenfalls eine Neuregelung vorzuschlagen.

Was den Beschluß des Hessischen Versehrtensportverbandes betrifft, so hat die Bundesregierung u. a. auch über diesen Komplex am 1. März 1972 mit den Vorsitzenden der Landesversehrtensportverbände ein Gespräch geführt. Dabei hat sich ergeben, daß bisher in keinem Bundesland, auch nicht in Hessen, der Auftrag zur Durchführung der Versehrtenleibesübungen zurückgegeben wurde.

Anlage 39

Schriftliche Antwort

(D)

des Parlamentarischen Staatssekretärs Berkhan vom 15. März 1972 auf die Schriftlichen Fragen des Abgeordneten **Röhner** (CDU/CSU) (Drucksache VI/3243 Fragen B 27 und 28):

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung für die Aufstellung territorialer Truppen unter Ausnutzung des Reservistenpotentials in Oberfranken getroffen, und wann ist mit der Aufstellung von Sicherheitskompanien zu rechnen?

Zu welchem Zeitpunkt kann mit der Vorlage der Infrastrukturforderungen für die hierzu notwendigen Geräteeinheiten gerechnet werden?

Nach den konzeptionellen Vorstellungen für die Territoriale Verteidigung liegt der **Schwerpunkt der Aufgaben des Territorialheeres** in den rückwärtigen Gebieten der Bundesrepublik Deutschland. Während in den grenznahen Räumen im wesentlichen Verbindungs- und Mittleraufgaben zwischen NATO-Streitkräften und den Behörden der Zivilen Verteidigung wahrgenommen werden,, sind in den rückwärtigen Bereichen darüber hinaus umfangreiche Kampf- und Unterstützungsaufgaben zu erfüllen. Entsprechend diesen unterschiedlichen Erfordernissen ist das Territorialheer in einer sich von Ost nach West verdichtenden Organisation aufgebaut.

Aus dieser Konzeption ergibt sich die Beantwortung Ihrer Fragen im einzelnen wie folgt:

1. Oberfranken gehört wegen seiner grenznahen Lage zum Verantwortungsbereich des zuständigen NATO-Befehlshabers. Eine Ausdehnung des Sicherungsauftrages des Territorialheeres

(A)

auf diesen Raum und der Einsatz unter nationaler Führung stehender territorialer Truppen würden die klare Abgrenzung bestehender Verantwortungsbereiche verwischen und die Einheitlichkeit der Führung auflösen. Die Aufstellung derartiger Truppen — etwa in Form der angesprochenen Sicherungskompanien — ist daher in Oberfranken nicht vorgesehen.

2. Die daraus folgende Frage nach der Vorlage entsprechender Infrastrukturforderungen wird damit gegenstandslos.

3. Rolle und Bedeutung der Reservisten für die Einsatzfähigkeit der Streitkräfte und die Notwendigkeit einer sinnvollen Nutzung dieses Potentials sind von der Bundesregierung bereits im Weißbuch 1970 festgestellt worden. Sie werden auch in allen organisatorischen Überlegungen berücksichtigt.

Die Planungen für das Feldheer sehen daher auch im Raum Oberfranken eine gewisse Anzahl überwiegend aus Reservisten bestehender Truppenteile für die dort dislozierte Jägerdivision vor. Das vorhandene Reservistenpotential kann in sinnvoller Weise genutzt werden, diese aktiven und teilaktiven Verbände des Feldheeres aufzufüllen.

Dem besonderen freiwilligen Engagement von Reservisten im Rahmen des „Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr" wird dabei durch die Möglichkeit bevorzugter Einplanung Rechnung getragen.

(B)

Ich hoffe, mit diesen Ausführungen Ihre Anfrage zur Organisation des Territorialheeres in Oberfranken, die nur im Rahmen der Gesamtkonzeption gesehen werden darf, beantwortet zu haben.

Anlage 40

Schriftliche Antwort

des Parlamentarischen Staatssekretärs Berkhan vom 15. März 1972 auf die Schriftlichen Fragen des Abgeordneten **Hansen** (SPD) (Drucksache VI/3243 Fragen B 29 und 30):

Trifft es zu, daß von der Bundesregierung 22 Noratlas Transportflugzeuge an die Firma Stockleigh Holdings Ltd. in Dublin verkauft worden sind (laut der schwedischen Zeitschrift „Aviation Letter", Januar 1972), um über die französischen SNIAS nach Südafrika verbracht zu werden?

Auf welche Weise gedenkt die Bundesregierung einen Weiterverkauf der 22 Noratlas nach Südafrika oder Portugal und damit die Verwendung im Kolonialkrieg zu verhindern?

Es trifft zu, daß zwischen der bundeseigenen **VEBEG-Verwertungsgesellschaft m. b. H. in Frankfurt/Main und der Firma Stockleigh Holdings Ltd.** am 21. Juli 1971 und am 5. August 1971 zwei Verträge über den **Verkauf von insgesamt 22 Noratlas-Flugzeugen** geschlossen worden sind.

(C)

In den Kaufverträgen hatte sich die Firma Stockleigh verpflichtet, ein sog. End-User-Certificat (Endverbleibserklärung) desjenigen Landes beizubringen, in das sie die Flugzeuge zu exportieren beabsichtigte.

Da Firma Stockleigh diese Endverbleibserklärung nicht beschaffen konnte, wurden beide Verträge storniert. Ihre zweite Frage nach dem vermuteten Weiterverkauf der Flugzeuge nach Südafrika oder Portugal ist damit gegenstandslos.

Anlage 41

Schriftliche Antwort

des Parlamentarischen Staatssekretärs Westphal vom 15. März 1972 auf die Schriftlichen Fragen des Abgeordneten **Spitzmüller** (FDP) (Drucksache VI/3243 Fragen B 31 und 32):

Teilt die Bundesregierung die Meinung der „Medical-Tribune" vom 28. Januar 1972, daß Reihenuntersuchungen auf Wurmbefall bei Gastarbeitern nicht nur wünschenswert sind, sondern unerläßlich unter dem Gesichtspunkt des vorbeugenden Gesundheitsschutzes sowie aus arbeitsmedizinischen Aspekten und der Fürsorgepflicht gegenüber den Gastarbeitern und deren Kollegen am Arbeitsplatz?

Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, Voruntersuchungen auf Wurmbefall bereits im Heimatland durchführen zu lassen, so wie dies vielfach bezüglich der Lungentuberkulose geschieht?

(D)

Die im Interview der **Zeitschrift „Medical-Tribune"** genannten Untersuchungsergebnisse stammen aus einem seinerzeit vom Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit finanziell geförderten Forschungsauftrag. Bei der Auswertung des gewonnenen Zahlenmaterials wird im Vergleich mit früher veröffentlichten Angaben erkennbar, daß trotz der z. Z. nachgewiesenen **Verwurmung ausländischer Arbeitnehmer** die Zahl der Wurmträger in der deutschen Bevölkerung innerhalb der letzten 10 Jahre stetig zurückgeht. Demnach handelt es sich bei der Verwurmung eher um ein individualmedizinisches Problem und nicht so sehr um eine Gefährdung der deutschen Bevölkerung. Im übrigen kann davon ausgegangen werden, daß die ausländischen Arbeitnehmer mit ihren Familien bezüglich ihrer gesundheitlichen Betreuung den deutschen Kollegen gleichgestellt sind. Hierauf hat die Bundesregierung bereits in der Antwort auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Hussing und Genossen am 24. Mai 1971 (Drucksache VI/2215) hingewiesen. Angesichts dessen erscheinen generelle Reihenuntersuchungen auf Wurmbefall bei ausländischen Arbeitnehmern derzeit nicht indiziert.

Von der Möglichkeit, Voruntersuchungen auf Wurmbefall bereits in den betreffenden Heimatländern der Arbeitnehmer durchführen zu lassen, wird bereits in außereuropäischen Ländern Gebrauch gemacht.

Die obligatorisch vorgeschriebene Untersuchung bezüglich der Lungentuberkulose ist seuchenhygie-

(A) nisch anders einzustufen als eine Untersuchung auf Wurminfektionen, da die klimatischen und hygienischen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland sowie das Fehlen der Zwischenwirte nach herrschender wissenschaftlicher Meinung für den überwiegenden Teil der relevanten Wurmerkrankungen zu einer geringeren Übertragungsgefahr als in warmen Ländern führen. In gleichem Sinne hat der Bundesgesundheitsrat bereits 1967 votiert.

Anlage 42

Schriftliche Antwort

des Parlamentarischen Staatssekretärs Westphal vom 15. März 1972 auf die Schriftlichen Fragen des Abgeordneten **Dasch** (CDU/CSU) (Drucksache VI/3243 Fragen B 33 und 34):

Ist die Bundesregierung bereit, durch geeignete Maßnahmen beim Bundesgesundheitsamt in Berlin sicherzustellen, daß die Zulassung neuer Medikamente nicht wie bisher 1 1/2 Jahre benötigt, sondern in einem kürzeren Zeitraum durchgeführt werden kann?

Ist die Bundesregierung bereit, das Bundesgesundheitsamt in Berlin anzuweisen, beim Eingang der Zulassungsgesuche die Zulassungszeit einer ganzen Reihe von Medikamenten dadurch abzukürzen, daß durch eine Gruppeneinteilung unterschieden wird in chemisch neue Stoffe, in chemisch bekannte Stoffe und in biologisch-pflanzliche Stoffe, welche erfahrungsgemäß keinerlei schädliche Nebenwirkungen haben und deren positive Wirksamkeit in der Erfahrungsheilkunde längst bekannt ist?

(B) Es ist zwar richtig, daß die **Registrierungen von neuen Arzneispezialitäten** in einer großen Zahl von Fällen einen langen Zeitraum in Anspruch nehmen. Die Zeit von 1 1/2 Jahren ist aber nicht die Regel. Das Bundesgesundheitsamt hat in Gesprächen mit der Arzneimittelindustrie klargestellt, daß die Bearbeitung der Anträge sich dadurch erschwert hat, daß sich die Zahl der Anmeldungen neuer Arzneispezialitäten in den letzten Monaten gegenüber dem langjährigen Durchschnitt erheblich erhöht hat. Die Anmeldungen werden vermutlich im Hinblick auf die Ankündigung schärferer Registrierungsbestimmungen mit dem vorliegenden Gesetzentwurf zur Änderung des Arzneimittelgesetzes schon jetzt vorgenommen. Weiterhin ist festzustellen, daß 90 v. H. der Registrieranträge unvollständig eingereicht werden und dadurch erheblichen und zeitraubenden Schriftverkehr erfordern.

Ich möchte aber auch darauf hinweisen, daß die Registrierung wichtiger Arzneimittel Vorrang hat und in der Bearbeitung vorgezogen wird.

Ein wesentlicher Grund für die langen Registrierzeiten liegt im personellen Engpaß. Die Bundesregierung bemüht sich seit Jahren, weitere Personalstellen für die Prüfarbeiten des Spezialitätenregisters zu erhalten oder vorhandene Stellen hinsichtlich ihrer Dotierung anzuheben. Leider sind diese Bemühungen bisher gescheitert. Der Haushaltsausschuß hat anläßlich der Beratung des Einzelplans 15 beschlossen, die Bundesregierung zu ersuchen, noch vor der Sommerpause dieses Jahres einen Bericht über die festgestellten Beanstandungen vorzulegen und ggf. mit einer Nachschiebeliste (C) Stellenvermehrungen zu beantragen und Vorschläge zu unterbreiten, in welcher Weise Stellenanhebungen vorgenommen werden können. Der Bedarf wird zur Zeit festgestellt; wann jedoch der personelle Engpaß beseitigt werden kann, läßt sich zur Zeit noch nicht übersehen.

Das Arzneimittelgesetz enthält bereits unterschiedliche **Registriervorschriften für Arzneimittel** mit bekannter Wirksamkeit einerseits und für Arzneimittel mit Stoffen in der medizinischen Wissenschaft nicht allgemein bekannter Wirksamkeit andererseits. Für diese zweite „Gruppe" sind die Registriervorschriften strenger.

Eine weitergehende Einteilung wäre nur dann sinnvoll, wenn hierdurch eine Beschleunigung der Überprüfung erreicht werden könnte. Es kann deshalb auf eine gleiche Behandlung bei der Registrierung nicht verzichtet werden.

Anlage 43

Schriftliche Antwort

des Parlamentarischen Staatssekretärs Westphal vom 15. März 1972 auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Weigl** (CDU/CSU) (Drucksache VI/3243 Frage B 35): (D)

Welche Voraussetzungen müssen gegeben sein, damit die Telefongrundgebühren für alleinstehende Rentner und hilfsbedürftige Personen von der Sozialhilfe übernommen werden?

Das **Bundessozialhilfegesetz** regelt keine bestimmten Voraussetzungen für die **Gewährung von Telefongrundgebühren.** Art, Form und Maß der Sozialhilfe richten sich nach den Besonderheiten des Einzelfalles. Das bedeutet, daß in jedem Fall zu prüfen ist, welche Hilfemaßnahmen notwendig und zweckmäßig sind. In diese Prüfung wird z. B. bei alleinstehenden alten, kranken, behinderten und pflegebedürftigen Personen auch die Frage der Notwendigkeit eines Telefonanschlusses und damit der Übernahme der Grundgebühren einzubeziehen sein, wenn nicht in anderer Weise die Verbindung zur Außenwelt (z. B. zum Arzt, Pfleger, Angehörige) hergestellt werden kann. Diese Auffassung vertritt auch der Hessische Verwaltungsgerichtshof in seinem Urteil vom 15. Dezember 1969 (abgedr. in der Zeitschrift für Sozialhilfe, Heft 9/10 1970 S. 280 ff.) für den Bereich der Altenhilfe.

Anlage 44

Schriftliche Antwort

des Parlamentarischen Staatssekretärs Haar vom 15. März 1972 auf die Schriftlichen Fragen des Ab-

(A) geordneten **Gerlach** (Obernau) (CDU/CSU) (Drucksache VI/3243 Fragen B 36 und 37):

Ist der Bundesregierung bekannt, ob im Jahre 1972 weitere Sonderaktionen „Fahrpreisermäßigung bei der Deutschen Bundesbahn", insbesondere für die Sommerzeit 1972, geplant sind?

Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei den letztjährigen Aktionen, insbesondere bei der Dienstag-, Mittwoch-, Donnerstagaktion, während der Sommerzeit in weiten Kreisen der Bevölkerung die Kürze der Ankündigung bemängelt wurde, da eine rechtzeitige Disposition mit dem Arbeitgeber, Absprache innerhalb der Familien und Festlegung der Ferienunterkünfte nicht mehr möglich war, und wird die Bundesregierung daher auf die Deutsche Bundesbahn einwirken, die diesjährigen Programme umgehend zu veröffentlichen, zumal auch für die Deutsche Bundesbahn selbst bei nicht rechtzeitiger Veröffentlichung Einnahmeverluste zu erwarten sind?

Die **Deutsche Bundesbahn** hat auf Anfrage mitgeteilt, daß sie sich über die **Einführung weiterer Sonderaktionen im Laufe des Jahres 1972** noch nicht schlüssig geworden sei.

Die Gestaltung der Sonderaktionen liegt in der Hand der Deutschen Bundesbahn. Der Bundesminister für Verkehr nimmt auf diese Planungen keinen Einfluß. Er schreibt der Bundesbahn auch nicht vor, ihr Programm für diese Aktionen längere Zeit vorher bekanntzugeben.

Die Bundesbahn betrachtet es nämlich als unvorteilhaft, wenn ihre Absichten so früh bekannt werden, daß sich die regelmäßigen Bahnbenutzer langfristig darauf einstellen. Das müßte den wirtschaftlichen Erfolg dieser zur Abminderung des hohen Defizits bestimmten Maßnahmen beeinträchtigen. Wir sollten hier den rein kaufmännischen Dispositio-
(B) nen der Bundesbahn Raum lassen.

Anlage 45

Schriftliche Antwort

des Parlamentarischen Staatssekretärs Haar vom 15. März 1972 auf die Schriftlichen Fragen des Abgeordneten **Haase** (Kellinghusen) (SPD) (Drucksache VI/3243 Fragen B 38 und 39):

Wann ist mit der Vorlage des Gutachtens der Kommission für die Kanalquerung im Raume Brunsbüttel zu rechnen, und ist sichergestellt, daß danach Planung, Planfeststellung und Errichtung des Bauwerks mit den erforderlichen beiderseitigen Straßenanschlüssen so zügig verlaufen, daß mit der Verkehrsfreigabe spätestens 1975 zu rechnen ist?

Ist sich die Bundesregierung darüber im klaren, daß, wenn dieser Termin nicht eingehalten werden kann, die wirtschaftliche Entwicklung im Wirtschaftsraum Brunsbüttel erheblich beeinträchtigt wird und daß es bei saisonbedingtem Spitzenverkehr u. U. zu einem Verkehrschaos kommen kann?

Die von Herrn Minister Leber am 8. November 1971 zusammen mit Herrn Landesminister Dr. Narjes konstituierte **Arbeitsgruppe Brunsbüttel** wird die Ergebnisse ihrer Untersuchungen voraussichtlich Ende Mai 1972 dem Bundesminister für Verkehr zur Entscheidung vorlegen.

Mit der **Verkehrsfreigabe der festen Kanalkreuzung** kann im Jahre 1975 keinesfalls gerechnet werden. Aufgrund des Umfanges und des hohen technischen Schwierigkeitsgrades der Baumaßnahme (C) werden Planung, Planfeststellung und Baudurchführung mindestens 6 Jahre beanspruchen. Demnach ist, sofern die Finanzierung des Vorhabens entsprechend dem Baufortschritt gesichert werden kann, die Verkehrsfreigabe der festen Kanalkreuzung Brunsbüttel frühestens Ende des Jahres 1978 zu erwarten.

Die Bundesregierung ist sich bewußt, daß die Existenz einer festen Kanalkreuzung in Brunsbüttel der wirtschaftlichen Entwicklung dieses Raumes förderlich wäre. Da der feste Kanalübergang nicht kurzfristig geschaffen werden kann, hat sie Maßnahmen zur Vergrößerung der Fährkapazität im Raum Brunsbüttel/Ostermoor eingeleitet. Eine zusätzliche 100 t-Fähre für die Fährstelle Ostermoor ist im Bau; sie wird voraussichtlich Ende 1972 eingesetzt werden können. Eine Steigerung der Leistungsfähigkeit der Fähre Brunsbüttel ist bei der Lage der Fährstelle im Einfahrtsbereich der Schleusen mit Rücksicht auf die unabdingbaren Sicherheitsbelange der Kreuzung zwischen Kanalschiffahrt und Fährverkehr nicht möglich.

Infolge der nunmehr beabsichtigten Industrieansiedlung in Brunsbüttel ist mit einer weiteren Verkehrszunahme in diesem Raum zu rechnen. Dadurch werden möglicherweise trotz der jetzt eingeleiteten Verstärkung der Fährkapazität auch in Zukunft während der Zeiten des Spitzenverkehrs erneut Wartezeiten in Kauf genommen werden müssen. Es wird deshalb zu gegebener Zeit geprüft werden, (D) ob eine weitere Erhöhung der Fährkapazität der Fähre Ostermoor bis zur Fertigstellung der festen Kanalkreuzung vorgesehen werden muß.

Anlage 46

Schriftliche Antwort

des Parlamentarischen Staatssekretärs Haar vom 15. März 1972 auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Dr. Arnold** (CDU/CSU) (Drucksache VI/3243 Frage B 40):

Treffen Berichte zu, wonach die Bundesregierung beabsichtigt, eine drastische Erhöhung der Parkgebühren in den Stadtzentren zu erreichen?

Die Berichte treffen insoweit zu, als erwogen wird, den zuständigen kommunalen Behörden einen größeren gesetzlichen Spielraum zur Festsetzung der Parkgebühren zu geben. Es ist aber nicht beabsichtigt, die Gebühren generell drastisch zu erhöhen. Den Gemeinden soll entsprechend den besonderen örtlichen Gegebenheiten die Möglichkeit eingeräumt werden, in Sonderfällen die Parkuhrgebühren anzuheben und dabei zu staffeln, wenn der Parkraum knapp ist und dringend von Kurzparkern, z. B. für Einkaufszwecke, benötigt wird. Die geplante Regelung kommt den Wünschen des Deutschen Städtetages entgegen.

(A) Bei der **Neuregelung der Parkuhrgebühren** handelt es sich im übrigen um Überlegungen, die z. Zt. noch mit den beteiligten Bundesressorts und den Bundesländern erörtert werden.

Anlage 47

Schriftliche Antwort

des Parlamentarischen Staatssekretärs Haar vom 15. März 1972 auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Wagner** (Günzburg) (CDU/CSU) (Drucksache VI/3243 Frage B 41):

Welche Auswirkungen ergeben sich nach Meinung der Bundesregierung durch die in einzelnen Bundesländern durchgeführte Gebietsreform auf die amtliche Kennzeichnung von Kraftfahrzeugen (§ 23 Abs. 2 Satz 2 und 3 StVZO)?

Bei den bisherigen Gebietsreformen wurde im Einvernehmen mit der Landesregierung gestattet, daß die zugelassenen Kraftfahrzeuge erst dann umgekenzeichnet werden, wenn die Fahrzeuge ohnehin ein neues Kennzeichen erhalten würden oder wenn es der Fahrzeughalter wünscht. Dadurch sind die **Auswirkungen der Gebiets- oder Verwaltungsreform auf die amtliche Kennzeichnung von Kraftfahrzeugen** nur gering.

(B)

Anlage 48

Schriftliche Antwort

des Parlamentarischen Staatssekretärs Haar vom 15. März 1972 auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Weigl** (CDU/CSU) (Drucksache VI/3243 Frage B 42):

Ist die Bundesregierung bereit, im Interesse einer weiteren positiven wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt Weiden in der Oberpfalz zu einem Oberzentrum den Verkehrslandeplatz Weiden aus der Flugüberwachungszone herauszunehmen?

Bei Verhandlungen über eine **Verkleinerung der Flugüberwachungszone** ist bereits in den Jahren 1968/69 versucht worden, auch den **Flugplatz Weiden** aus der Flugüberwachungszone auszuklammer bzw. einen von der Flugüberwachungszone ausgenommenen Luftkorridor für An- und Abflüge nach und von Weiden einzurichten. Die für die Durchführung der Luftverteidigung zuständigen Stellen der NATO und der Drei Mächte konnten den diesbezüglichen Vorschlägen des Bundesministers für Verkehr nicht zustimmen, da ihre Verwirklichung die Ausübung der Luftverteidigungaufgaben beeinträchtigt hätte. Da sich an der Sachlage bisher nichts geändert hat, versprechen weitere Bemühungen in dieser Angelegenheit keinen Erfolg.

Anlage 49 (C)

Schriftliche Antwort

des Parlamentarischen Staatssekretärs Haar vom 15. März 1972 auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD) (Drucksache VI/3243 Frage B 43):

Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um die **gefährliche Verkehrssituation in Möhrfelden** an dem Viadukt, durch den die durch den Ausbau der Autobahn Frankfurt—Darmstadt noch besonders frequentierte B 486 unter der Riedbahnstrecke hindurchgeführt wird, durch die umgehende Errichtung eines geeigneten Kreuzungsbauwerks zu bereinigen?

Da es der Deutschen Bundesbahn, wie mir mitgeteilt wurde, nicht möglich ist, die an dieser Stelle beabsichtigte Linienverbesserung, derentwegen bisher der Baubeginn hinausgeschoben wurde, in absehbarer Zeit zu finanzieren, wird sie gegen die Absichten der Straßenverwaltungen keine Einwendungen mehr erheben. Auf Grund dieser Situation wird sich umgehend die Hessische Straßenbauverwaltung mit der Deutschen Bundesbahn in Verbindung setzen, damit die Verbreiterung des bestehenden Brückenbauwerks, die von der Deutschen Bundesbahn durchgeführt werden soll, möglichst bald in Angriff genommen werden kann.

Anlage 50

Schriftliche Antwort (D)

des Parlamentarischen Staatssekretärs Herold vom 14. März 1972 auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Dr. Jahn** (Braunschweig) (CDU/CSU) (Drucksache VI/3243 Frage B 45):

Kann die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag eine Aufstellung darüber geben, bei welchen Organisationen und Institutionen der Vertriebenenbewegung Mittel für deren staatspolitische und kulturpolitische Arbeit in den Jahren 1971 und 1972 gestrichen wurden?

Die **Zuwendungen, die die Vereinigungen der Vertriebenen für ihre deutschlandpolitische Arbeit** aus den meinem Hause zur Verfügung stehenden Mitteln erhalten, werden aus einem Titel gewährt, der wegen seines vertraulichen Inhalts der Kontrolle eines parlamentarischen Achterausschusses unterliegt, der sich aus Mitgliedern der drei im Bundestag vertretenen Parteien zusammensetzt. Es ist mir deshalb nicht möglich, die von Ihnen erbetene Aufstellung zu geben. Ich stehe Ihnen aber gern zu einem persönlichen Gespräch zur Verfügung. Die im Bundesministerium des Innern verwalteten Mittel zur Förderung der Kulturarbeit der Vertriebenen sind nicht gestrichen worden.

Anlage 51

Schriftliche Antwort

des Parlamentarischen Staatssekretärs Herold vom 13. März 1972 auf die Schriftliche Frage des Ab-

(A) geordneten **Dr. Jahn** (Braunschweig) (CDU/CSU) (Drucksache VI/3243 Frage B 46):

Welche Bildungs- und Informationsinstitute, die im Zonengrenzbereich über die widernatürliche Teilung Deutschlands informierten, wurden seit dem Jahre 1969 geschlossen bzw. in ihrer Arbeit eingeschränkt, und welche mit diesen Institutionen zusammenarbeitenden Organisationen wurden in welchem Umfang bei der Mittelbewilligung in ihrer Arbeit beschränkt bzw. völlig ausgeschaltet?

Das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen fördert seit Anfang der fünfziger Jahre durch das Kulturelle **Zonenrandprogramm** des Bundes Erwachsenenbildungsmaßnahmen im Zonenrandgebiet. Im Rahmen der Erwachsenenbildung werden auch **Bildungs- und Informationsinstitute** bezuschußt, die u. a. durch Kurse, Seminare und Vorträge mit der Teilung Deutschlands zusammenhängende Fragen behandeln. Die genannten Institute sind seit 1969 weder in ihrer Bildungsarbeit eingeschränkt noch geschlossen worden. Im Gegenteil, es wurden seit 1969 die Mittel für die deutschlandpolitische Bildungs- und Informationsarbeit gerade im Zonenrandgebiet laufend erhöht. Dies ergibt sich aus der nachstehenden Aufstellung der Beträge, die, weitgehend auf Vorschlag der vier Zonenrandländer, für die Erwachsenenbildung zur Verfügung gestellt worden sind:

1969	1 751 134 DM
1970	2 099 128 DM
1971	2 427 115 DM.

Für 1972 ist eine weitere Steigerung vorgesehen.

(B) Daneben werden von Jahr zu Jahr steigende Mittel für Einrichtung, Ausbau und Unterhaltung der örtlichen Betreuungs- und Informationsstellen an der Demarkationslinie sowie für die Betreuung der Besuchergruppen zur Verfügung gestellt. Die Bundesregierung hat mithin die für die Erwachsenenbildung im Zonenrandgebiet bereitgestellten Mittel jährlich laufend verstärkt und die Arbeit von Bildungs- und Informationsinstituten in diesem Gebiet im Rahmen des Kulturellen Zonenrandprogramms weder beschränkt noch ausgeschaltet.

Die geförderten Bildungsstätten sind bei der Auswahl der mit ihnen zusammenarbeitenden Organisationen und Verbände unabhängig.

Anlage 52

Schriftliche Antwort

des Bundesministers Dr. von Dohnanyi vom 17. März 1972 auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Pfeiffer** (CDU/CSU) (Drucksache VI/3243 Frage B 47):

Ist die Bundesregierung bereit, den Grundschulversuch an der Gutenbergschule in Reutlingen/Orschel-Hagen, den die PH Reutlingen im Jahre 1967 begonnen hat, gemäß der von Bund und Ländern geschlossenen Rahmenvereinbarung zur koordinierten Vorbereitung, Durchführung und wissenschaftlichen Begleitung von Modellversuchen im Bildungswesen finanziell zu unterstützen, nachdem die Landesregierung diese Schule in das Modellprogramm des Landes aufgenommen hat?

(C) Die Bundesregierung ist grundsätzlich bereit, Modellversuche im Bildungswesen finanziell zu unterstützen, die entsprechend der Rahmenvereinbarung zur koordinierten Vorbereitung, Durchführung und wissenschaftlichen Begleitung von Modellversuchen im Bildungswesen beantragt und vom Innovationsausschuß der Bund-Länder-Kommission dem Bund zur Förderung empfohlen wurden.

Ein Antrag auf **Förderung des Grundschulversuchs an der Gutenbergschule in Reutlingen/Orschel-Hagen** ist nach Auskunft der Geschäftsstelle der Bund-Länder-Kommission bislang vom Kultusministerium des Landes Baden-Württemberg nicht vorgelegt worden.

Anlaage 53

Schriftliche Antwort

des Parlamentarischen Staatssekretärs Raffert vom 16. März 1972 auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten **Lenzer** (CDU/CSU) (Drucksache VI/3243 Frage B 48):

Welche Gründe haben dazu geführt, daß der bereits im Juli 1971 fällige Forschungsbericht IV, der später für Dezember 1971 angekündigt wurde, bisher noch nicht erschienen ist?

Der **Bundesbericht Forschung IV** ist dem Herrn Präsidenten des Deutschen Bundestages am 13. März (D) 1972 zugeleitet worden. Er konnte im Jahre 1971, in dem er nach dem Parlamentsbeschluß vom 30. Juni 1965 (Stenographischer Bericht Nr. 194 und Drucksache IV/3644) hätte vorgelegt werden sollen, vor allem aus zwei Gründen nicht fertiggestellt werden:

Ersten war für die Neugestaltung der Forschungspolitik, die in dem Bericht ihren Niederschlag gefunden hat, die forschungspolitische Planung neu zu entwickeln: sie wird sich nicht mehr — wie bisher — an Institutionen und Programmen orientieren, sondern an den gesellschaftlichen Aufgaben, zu deren Lösung die Forschung beitragen soll.

Zweitens sollten die Ergebnisse der Debatte des Deutschen Bundestages über die Antworten auf die Großen Anfragen der CDU/CSU und der SPD und FDP zur Forschungs- und Technologiepolitik (Drucksache VI/2789), die erst im Dezember 1971 stattfand, noch berücksichtigt werden.

Anlage 54

Schriftliche Antwort

des Parlamentarischen Staatssekretärs Raffert vom 16. März 1972 auf die Schriftliche Frage der Abge-

(A)

ordneten **Frau Dr. Walz** (CDU/CSU) (Drucksache VI/3243 Frage B 49):

In welcher Weise gedenkt die Bundesregierung den Numerus clausus verstärkt abzubauen, wenn nach ihrer Planung von 1972 bis 1975 kaum die Kostensteigerungen aufgefangen werden und ab 1974/1975 sogar eine Stagnation eintritt?

Bund und Länder haben gemeinsam im 1. Rahmenplan **Ausbauziele für die Studienplatzkapazität 1975** beschlossen, bei deren **Verwirklichung der Numerus clausus in den meisten Fächern abgebaut** werden kann. Der für diese Ausbauziele erforderliche Raumbedarf ist — mit allen Vorbehalten zum Baubestand und zum Ersatzbedarf — bei planmäßiger Durchführung der in den Rahmenplan aufgenommenen Baumaßnahmen abgesichert. Darauf hat die Bundesregierung in ihrem Bericht über die Sofortmaßnahmen zum Abbau des Numerus clausus ebenfalls hingewiesen.

Die Bundesregierung hat in ihre Finanzplanung den erkennbaren Bedarf an Bundesmitteln für die Verwirklichung dieser Planvorstellungen aufgenommen. Die Erhöhung der Bundesmittel für den Hochschulbau von 616 Millionen DM 1969 auf 2 Mrd. DM 1975 bedeutet eine Steigerung vom Anfang dieser Legislaturperiode bis 1975 um 225 v. H. Zum Vergleich sei die Baupreissteigerung in den letzten 6 Jahren genannt: rd. 41 v. H. Es kann also keine Rede davon sein, daß Kostensteigerungen kaum aufgefangen werden. Im übrigen geht die Bundesregierung davon aus, daß durch verstärkte Rationalisierung und die Anwendung des vom Planungsausschuß für den Hochschulbau beschlossenen Systems von Kostenrichtwerten die Hochschulbaukosten nicht in gleicher Weise steigen wie die übrigen Baukosten.

(C)

Die langsame Abnahme der bisherigen hohen Steigerungsraten erklärt sich dadurch, daß mit rd. 4 bis 4,5 Mrd. DM Bauvolumen im Hochschulbau ein Niveau erreicht wird, das nach der Befriedigung des Nachholbedarfs einen bedarfsgerechten Ausbau der Hochschulen gewährleistet.

(B)

(D)

